

6. Parteitag, 1. Tagung
der Partei DIE LINKE

Leipzig, 8., 9. und 10. Juni 2018

Antragsheft 2

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Anträge	Seite 5
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 7
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 57
Anträge zur Satzung und Wahlordnung	Seite 79
Berichte	Seite 83
Bericht des Ältestenrates	Seite 85
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 88
Bericht der Inklusionsbeauftragten	Seite 91
Fünfter Gleichstellungsbericht	Seite 95
Sechster Gleichstellungsbericht	Seite 141
Kandidaturen für den Parteivorstand	Seite 177

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 30. April 2018

Anträge an die 1. Tagung des 6. Parteitages

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft

Antrag: G.1.

Antragsteller/innen: KV Städteregion Aachen, LAG Weg mit Hartz IV NRW, BAG Hartz IV

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Anhebung sanktionsfreie Mindestsicherung**

- 2 Die Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung in derzeitiger Höhe von 1050,- Euro ist
3 auf 1200,- Euro anzuheben.

Begründung:

Im Erfurter Programm von 2011 ist folgender Spiegelstrich enthalten:

- für ein Leben in sozialer Sicherheit, für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert, und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg. Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder andere Sanktionen fürchten zu müssen.

Wann genau die 1050,- Euro für die sanktionsfreie Mindestsicherung festgelegt wurden, konnten wir leider nicht ermitteln, die frühesten Dokumente die wir dazu gefunden haben, stammen aus dem Jahr 2013.

Somit besteht unsere Forderung unverändert seit fünf Jahren und bedarf dringend einer Anpassung. Denn, in den letzten Jahren ist natürlich alles teurer geworden, insbesondere die Energiekosten, die Lebensmittel und die Kosten für den ÖPNV haben kräftig angezogen.

Auch die durchschnittlichen Nettolöhne sind seit dem Jahr 2013 bis zum Jahr 2016 um 124,- Euro gestiegen, rechnet man die Lohnentwicklung der letzten beiden Jahre dazu, kommt man geschätzt auf eine Lohnsteigerung bis heute von ca. 200,- Euro.

Die Preisentwicklungen und die Lohnsteigerungen sollten auch in unseren Forderungen berücksichtigt werden, da diese nicht statisch sein dürfen, sondern sich den Lebensrealitäten anpassen müssen.

Wir bitten daher den Bundesparteitag, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir der Forderung in unserem Grundsatzprogramm nach einer armutsfesten sanktionsfreien Mindestsicherung gerecht werden.

Antrag: G.2.

Antragsteller/innen: Jonny Michel, Raimon Brete, (beide Mitglieder im Stadtverband DIE LINKE Chemnitz)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gegen Rassismus im Grundgesetz**

2 Der Bundesvorstand der Partei ersucht nachdrücklich die Bundestagsfraktion, einen wirkungsvollen
3 Verfassungs-Änderungsantrag in Bezug auf den Artikel 3, Absatz 3, GG zu stellen. In ihm steht ge-
4 schrieben:

5 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, sei-
6 ner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benach-
7 teilt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

8 Ziel des Antrages ist die ersatzlose Streichung des Begriffs „Rasse“.

Begründung:

Längst ist es unbestritten, dass die angebliche Existenz von "Menschenrassen" ein Konstrukt aus kolonialer und faschistischer Vergangenheit ist. Der Begriff lebt jedoch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, auch bei Genossinnen und Genossen, in sozialen Netzwerken, bei Politikern und sogar bis in den Medien hartnäckig weiter. Ein Grund dafür, wenn auch nicht der einzige, ist, dass „Rasse“ auch im Grundgesetz und mehreren Landesverfassungen vorkommt. Zwar gab es in der Vergangenheit Versuche, diesen Begriff zu streichen. Diese sind aber fehlgeschlagen, weil, wie in Sachsen mit einem Antrag der Fraktion DIE LINKE, mit der Tilgung des Begriffs gleich ein ganzes Paket Änderungen beantragt wurde, die von vorn herein für die CDU-Fraktion nicht zustimmungsfähig waren. Auch führten die Forderungen nach einem anderen Begriff (bspw. "rassistische Gründe") ins Leere. Dabei ist jeder Ersatz für "Rasse" eine neue Konstruktion, die den Artikel 3 eher verschwurbelt als aufklärend wirken lässt. Die ersatzlose Streichung von „Rasse“ wäre dem Artikel in seiner Aussage und Wirkmächtigkeit in keiner Weise abträglich, da die übrigen Formulierungen nichts offen lassen. Wir bitten um Behandlung und Zustimmung.

Antrag: G.3.

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Frauen und Rente**

2 Der Elternteil, der für die Kindererziehung Teilzeit arbeitet, bekommt bis zum 14. Lebensjahr eines
3 jeden Kindes so viele Entgeltpunkte auf das Rentenkonto gutgeschrieben, als hätte er/sie ganztags
4 gearbeitet. Reduzieren beide Elternteile ihre Erwerbsarbeitszeit, teilen sie sich die Entgeltpunkte ent-
5 sprechend. Ebenso soll es eine entsprechende Anrechnung bei ALG II-Betroffenen geben. Diese Ver-
6 besserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern finanziert werden.

Begründung:

Jede/r, die oder der Kinder beim Erwachsenwerden begleitet hat, weiß, wie groß der Stress in der Familie ist, wenn ein alleinerziehendes Elternteil oder beide Elternteile 8 Stunden täglich Erwerbsarbeit leisten müssen und mit An- und Abfahrtswegen zur Kita und dann zur Arbeit oft 10 und mehr Stunden außer Haus sind. Dazu kommen der Einkauf, Essen zubereiten, Hausarbeit. Das ist weder für die Erwachsenen noch für die Kinder förderlich. Wo soll da noch Zeit für die Kinder bleiben? Kinder brauchen von ihren Eltern Liebe und Zärtlichkeit, Aufmerksamkeit und Zuwendung. Dies alles

ist nicht nur sehr zeitintensiv, sondern auch wenig beachtete wertvolle emotionale „Arbeit“, welche nicht gesehen wird und daher unbenannt bleibt, wohl auch, weil sie nicht in die kapitalistische Zeit- und Profitlogik passt. Wir wollen diese Arbeit anerkennen und wertschätzen.

Noch sind es meist die Frauen, die wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbsarbeit reduzieren. Und es sind Alleinerziehende, die häufig von ALG II betroffen sind. Sie alle leisten damit gesamtgesellschaftlich wertvolle NICHTBEZAHLTE Arbeit. Die Eltern sollten wenigstens dafür entsprechende Rentenpunkte bekommen, damit sie nicht deswegen in Altersarmut landen.

Antrag:

G.4.

Antragsteller/innen:

BV Hamburg-Nord

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Staatsleistungen an die Kirchen ablösen**

- 2 Der Bundestag fordert die Bundestagsfraktion der LINKEN auf, sich im Bundestag noch in 2018
3 für die Ablösung der jährlichen Staatsleistungen an die Kirchen einzusetzen.

Begründung:

Wir verweisen dazu auf einen bereits am 6.5.2015 (Drucksache 18/4842) von Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE gestellten Antrag, eine Kommission beim Bundesfinanzministerium einzurichten zur Evaluierung der Staatsleistungen mit dem Ziel, diese abzulösen.

Vor über 200 Jahren wurden kirchliche Besitztümer im Zuge der staatlichen Säkularisation 1803 „enteignet“, weil den Kirchen die Aufgabe der Verwaltung von Territorien entzogen wurde. Deshalb benötigten die Kirchen keine staatlichen Einkünfte mehr. In diesem Zusammenhang verpflichteten sich die Länder, die Dotierungen der kirchlichen Würdenträger, z.B. Bischöfe zu übernehmen. Diese Zahlungen sind heutzutage nicht mehr hinnehmbar, zumal ein Drittel der Bundesbürger keiner der großen Kirchen angehört. Zudem gibt es seit 1919 den Verfassungsauftrag, der die Ablösung der Staatsleistungen vorsieht, beruhend auf Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 138 der Weimarer Verfassung. Der Verfassungsauftrag wurde bis heute nicht umgesetzt. Diese anhaltende Unterlassung des Gesetzgebers ist nicht verfassungskonform.

Problematisch ist die tatsächliche Bestimmung des Wertes der angeblichen Kirchenverluste. Fakt ist, dass in 2017 die Zahlungen der Bundesländer an die evangelische und die katholische Kirche ca. 500 Millionen Euro betrug. Die Länder Hamburg und Bremen zahlen diese Leistungen nicht, weil die Kirchen dort keine Territorialrechte hatten.

Allein seit 1949 - Inkrafttreten des Grundgesetzes - sind den Kirchen ca. 17 Milliarden Euro zugeflossen. Die erforderliche Ablösesumme seit 1803 ist damit um ein Vielfaches überschritten. Aus Kirchenkreisen ist bekannt, dass die Kirchen sogar bereit sind, über eine Einstellung dieser unrechtmäßigen Zuwendung zu verhandeln, zumal sie nur 3 % der laufenden Einnahmen bilden. Die Ablösung kann schrittweise erfolgen. Es gilt, Fakten zusammenzutragen und Transparenz zu schaffen.

Auch ist zu ermitteln, wie hoch der Betrag ist, der den Kirchen unrechtmäßig zugeflossen ist. Für die Umsetzung im Bundestag ist eine Mehrheit nicht unwahrscheinlich. Nur CDU/ CSU möchten daran festhalten.

Antrag:

G.5.

Antragsteller/innen:

Kreisparteitag Essen

Der Parteitag möge beschließen:

Für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik

*„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.
Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande
wie ein Mensch.*

*Ein Mensch kann überall zustande kommen,
auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund,
aber ein Pass niemals.*

*Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist,
während ein Mensch noch so gut sein kann
und doch nicht anerkannt wird.“*

Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche (1940/41)

1 Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet
2 werden. Für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend: „Die Grenzen verlaufen
3 nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“

4 Migration ist ein Teil der Menschheit

5 Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd über die
6 Welt ausgebreitet. Nach der „Out-of-Africa“-Theorie entstammt die Menschheit aus dem heutigen
7 Afrika. Vor wahrscheinlich 70.000 bis 110.000 Jahren wanderten unsere direkten Vorfahren nach
8 Mesopotamien und von dort in die ganze Welt hinaus.

9 Auch nach der Besiedlung des gesamten Globus wanderten die Menschen von Kontinent zu Kontinent,
10 von Weltteil zu Weltteil. Diese Wanderungsbewegungen ziehen sich durch die gesamte Menschheits-
11 geschichte, auch in der jüngeren Zeit. Von der Völkerwanderung der Spätantike bis zu den großen
12 Migrationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts in die USA und andere Länder des damals fort-
13 geschrittenen Kapitalismus.

14 Natürlich hat sich die Ab- und Zuwanderung von Menschen durch die Etablierung des Kapitalismus
15 verändert. Einwander*innen werden als Lohndrucker*innen missbraucht, Arbeiter*innen werden ge-
16 gegendinander ausgespielt, und der Rassismus wird geschürt. Gegen diese modernen Tendenzen wer-
17 den wir aktiv.

18 Humanismus, Menschenrechte und Solidarität

19 Als LINKE stehen wir in der Tradition des Humanismus. Als die Menschen in Westeuropa die Fesseln
20 des Feudalismus sprengten, taten sie dies unter der Losung der Freiheit und Gleichheit aller. Die uni-
21 versellen Menschenrechte leiten sich daraus ab: Wenn jeder Mensch frei und gleich geboren ist, dann
22 hat jeder Mensch, unabhängig von Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung,
23 das selbstverständliche Menschenrecht auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, das
24 Recht auf ein Leben in Würde, das Recht auf Wasser, Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf.
25 Jeder Mensch hat das Recht, über das eigene Leben zu bestimmen, die Wohnung oder die Arbeit frei
26 zu wählen, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch hat folglich auch das Recht, in
27 Frieden und Wohlstand zu leben.

28 Im Kapitalismus sind die Menschenrechte immer in Gefahr. In einer Gesellschaft, die weltweit auf
29 Ausbeutung beruht, auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, auf der Spaltung zwischen Arm und
30 Reich, werden die Ärmsten in aller Welt zu Opfern der Strategien des internationalen Großkapitals. Mit
31 ihren Waffenexporten, mit ihren Kriegen in aller Welt, mit ihren umweltzerstörenden Technologien und
32 ihren ausbeuterischen Arbeitsbedingungen erzeugen die „reichen“ Länder erst die Fluchtbewegungen,

33 die sie anschließend beklagen. Als LINKE wissen wir, dass erst eine andere Gesellschaftsordnung die
34 Bedingungen dafür schafft, die Menschenrechte universell durchsetzen zu können.

35 Damit sind wir bei Karl Marx, der dazu aufrief: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Den Ärmsten,
36 den Ausgebeuteten, den Geknechteten dieser Welt gilt unsere Solidarität. Offene Grenzen für alle sind
37 die einzig richtige Konsequenz auf die Krisen dieser Welt. Wie können wir Menschen verweigern, sich
38 dort niederzulassen, wo sie ein besseres Leben erwarten, vor allem, wenn sie selbst für die Umstände
39 nicht verantwortlich sind: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht
40 aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebene-
41 nen und überlieferten Umständen.“ (Karl Marx)

42 **Nein zum Einwanderungsgesetz**

43 Der siebte Kongress der 2. Internationale fasste richtigerweise zusammen: „Die Ein- und Auswande-
44 rung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die
45 Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“ Der Kapitalismus hat sich seit
46 Marxens Lebzeiten weiterentwickelt. Trotzdem bleiben die damaligen Feststellungen richtig. Unter
47 kapitalistischen Bedingungen hat jegliche gesetzliche Regelung von Einwanderung stets einen stark
48 restriktiven Charakter: Sie regelt immer auch, unter welchen Bedingungen Menschen gehen müssen.
49 Das trifft leider auch für das vorliegende Konzept der ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN
50 für ein Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz zu.

51 Daraus ergibt sich ein ziemlich konkretes Bild, wie „Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit, Gleichstel-
52 lung und Teilhabe“ erreicht werden können. Um diese Forderungen durchzusetzen, brauchen wir kein
53 linkes Einwanderungsgesetz. Es ist vielmehr Aufgabe der Linken, gegen ausschließende und diskrimi-
54 nierende Gesetze zu kämpfen. Dieser Kampf kann kein rein parlamentarischer sein, sondern bedarf
55 des Aufbaus gesellschaftlicher Gegenmacht durch soziale Bewegungen, auch und gerade mit Mig-
56 rant*innen.

57 Letztendlich müssten linke Befürworter*innen eines Einwanderungsgesetzes erläutern, welche Krite-
58 rien für Einwanderung und Ausschluss ausschlaggebend sind, und die Frage beantworten, ob sie mit
59 ihrer Argumentation nicht einer kapitalistischen Nützlichkeitslogik auf den Leim gehen. Zudem stellt
60 sich die Frage, wie man mit jenen Menschen umgehen möchte, die dennoch einwandern und sich
61 einer solchen Logik nicht unterwerfen wollen. Für uns ist klar: Ein Einwanderungsgesetz ist kein linkes
62 Konzept.

63 **Offene Grenzen**

64 Natürlich sehen auch wir die Probleme, die Einwanderung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen
65 Bedingungen mit sich bringen kann. Doch wir ergeben uns nicht den Sündenbockrufen und der (Un-)
66 Logik nationaler Kapitalfraktionen, die nach geschlossenen Grenzen rufen. Stattdessen wollen wir die
67 Ursachen für Flucht bekämpfen, die internationale Klassensolidarität stärken und die Betroffenen
68 nicht chauvinistisch ausgrenzen. Wir halten fest am Erfurter Programm unserer Partei, in dem es
69 heißt: „Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“ Aus diesem Grund verweigern wir uns der De-
70 batte, wer kommen und wer bleiben darf, und fordern:

- 71 1. Abschaffung aller Beschränkungen, die Menschen vom Aufenthalt in diesem Land und den sozia-
72 len, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen.
- 73 2. Abschaffung des modernen Grenzregimes, angefangen bei der Festung Europa. Eröffnung legaler
74 Fluchtwege, um Schlepper und kriminelle Organisationen trocken zulegen.
- 75 3. Abschaffung der Praxis der Abschiebung und Wiederherstellung des Asylrechts von vor 1992 als
76 ersten Schritt zur Entwicklung eines uneingeschränkten humanitären Asylrechts im Sinne der Ver-
77 einten Nationen. Gleiche Strafen für die gleichen Taten. Sonderstrafatbestände, die nur für ein-
78 zelne Gruppen gelten, sind aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
- 79 4. Abschaffung von Fiktionsbescheinigungen und Kettenduldungen. Vereinfachte Einbürgerung von
80 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Uneingeschränkte Möglichkeit der
81 mehrfachen Staatsbürgerschaft. Straferlass in allen Fällen des Verstoßes gegen das derzeit gel-
82 tende Aufenthaltsrecht; Entkriminalisierung des illegalisierten Aufenthalts in Deutschland.

- 83 5. Uneingeschränktes Wahlrecht für alle Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die
84 seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.
- 85 6. Gesetze gegen Lohndrückerei, die verhindern, dass Arbeiter*innen wie Waren von Land zu Land
86 „verschoben“ werden. Wir fordern einen stärkeren gesetzlichen Arbeiter*innenschutz durch Ver-
87 kürzung des Arbeitstages, eine Anhebung des Mindestlohns auf ein deutlich höheres Niveau ohne
88 Ausnahmen, eine höhere und auskömmliche Rente, Abschaffung sachgrundloser Befristungen, das
89 Verbot von Streikbruch sowie das Recht auf Arbeit.
- 90 7. Uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe. Gesundheits- und
91 Sozialwesen sind so auszubauen, dass alle Menschen die gleiche und ausreichende Daseinsvor-
92 sorge in Anspruch nehmen können, niemand bevorteilt und niemand benachteiligt wird.
- 93 8. Bekämpfung von Fluchtursachen: Krieg, Waffenexporte, Klimaveränderung und die Ausbeutung
94 des globalen Südens durch den Norden müssen verhindert werden. Die Verbindung der Kämpfe
95 um Umweltschutz, um gute Löhne und gegen Krieg sind essentiell für eine solidarische Welt. Die-
96 se Fluchtursachen sind international als legitime Fluchtgründe anzuerkennen und in das Asylrecht
97 aufzunehmen.
- 98 9. Ein solidarisches und bedarfsorientiertes Weltwirtschaftssystem, das die individuellen sowie loka-
99 len Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Für einen
100 guten Lebensstandard weltweit, der die Natur schont und Ressourcen fair verteilt.

101 **Wir stehen an der Seite der Menschen, nicht des Kapitals**

102 Wir widersprechen an dieser Stelle allen, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen wollen.
103 Wir widersprechen allen, die sich für stärkere Grenzkontrollen, Deportationen/Abschiebungen und
104 Einwanderungsbeschränkungen aussprechen.

105 Stattdessen stellen wir uns in die Tradition von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara
106 Zetkin und anderen Teilen der Linken, die sich stets gegen Rassismus, Chauvinismus und Migrations-
107 beschränkungen eingesetzt haben und es auch heute noch tun.

108 Der Kampf um die Gleichstellung aller in Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe,
109 Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung, ist nach wie vor das beste Mittel
110 gegen die mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Spaltung und Ausbeutung.

Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE. Essen vom 3. Februar 2018

Begründung:

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Kreisverband DIE LINKE. Essen legt dem Bundesparteitag nach gründlicher interner Debatte das vorangestellte Positionspapier zur Migrationsfrage vor. Der Bundesparteitag als höchstes Gremium der Partei möge mit der Beschlussfassung ein nach außen wie innerparteilich deutlich sichtbares Zeichen gegen Rassismus setzen.

Wir berufen uns vor allem auf das Grundsatzprogramm unserer Partei, in dem es heißt:

„Allen in Deutschland lebenden Menschen ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Gesundheitsversorgung zu garantieren. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“ (Erfurter Programm, Seite 52)

Wir wollen, dass unsere Partei diese grundlegende Haltung mit einem solchen Positionspapier argumentativ untermauert und damit in die gesellschaftliche Debatte eingreift. Denn Migration, gleich aus welchem Grund, ist so alt wie die Menschheit. Wir alle sind zu 100 Prozent Nachfahren von Migrant*innen! Wer dies verleugnet, verleugnet sich selbst.

Doch vom Grundsatz der offenen Grenzen wurde in den vergangenen zwölf Monaten immer wieder abgewichen. Internationalismus und Klassen-solidarität wurden nationale Borniertheit, Chauvinismus und Kurzsichtigkeit entgegengestellt. Der vorliegende Antrag soll dazu dienen, unsere LINKEN Grundsätze in Erinnerung zu rufen und uns die Weitsicht zu geben, sie zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Als LINKE stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet werden – für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend. „Was bedeuten Grenzen? Was sind Grenzen? Was bezwecken Grenzen? [...] Wir Arbeiter haben keine Grenzen nötig; diese dienen nur gewissen Schichten jedes Landes, denen alle Mittel gut genug sind, die Völker zu verhetzen.“ (Karl Liebknecht)

Auch der siebte Kongress der 2. Internationale fasste 1907 richtigerweise zusammen: „Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“ Der Kapitalismus hat sich seit den Zeiten Liebknechts weiterentwickelt – dennoch bleiben die Feststellungen richtig.

Entsprechend ist ein Einwanderungsgesetz weder damals noch heute ein linkes Konzept, sondern vielmehr das Produkt eines neoliberalen Nützlichkeitsrassismus, der Menschen im Sinne der herrschenden Klasse danach bewertet, wie viel Profit man aus ihnen ziehen kann. Denn wer sagt, wer kommen darf, sagt im gleichen Atemzug, dass es auch eine Gruppe gibt, die nicht kommen darf. Wenn dem nicht so wäre, bräuchte man kein Einwanderungsgesetz.

Zudem kritisieren wir aufs Schärfste die Abschiebep Praxis, an der LINKE Regierungsmitglieder beteiligt sind. Diese verstoßen tagtäglich gegen LINKE Programmatik. Doch auch die Konzeption eines neuen Einwanderungsgesetzes macht es nicht besser. Wenn im Papier der ostdeutschen Landesverbände behauptet wird, man würde Abschiebungen nur in Staaten vollziehen, die eine menschenwürdige Existenz zusagen, dann unterscheidet sich das im Ergebnis kaum vom aktuellen Stand der Politik. Im ostdeutschen Papier heißt es, eine zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht sei zulässig. Inwiefern passt dies zu einer Politik, die international und klassensolidarisch organisiert ist und die die Menschenrechte ernst nimmt?

Darum, liebe Genossinnen und Genossen, bitten wir euch, dem Migrationspapier zuzustimmen. Wir bitten euch, DIE LINKE für eine zukunftsorientierte und solidarische Migrationspolitik aufzustellen. Wer im 21. Jahrhundert noch der Meinung ist, mit Abschiebungen oder „Migrationskontrolle“ Einwanderung regeln zu können, begibt sich mit voller Absicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Logik.

Mit der Annahme dieses Antrags kann es der Partei DIE LINKE zum einen gelingen, die Irritationen innerhalb der Partei auszuräumen, welcher Kurs denn nun eigentlich gefahren werden soll. Zum anderen benötigen die vielen Initiativen in der Gesellschaft, in denen ehrenamtlichen Helfer*innen die Geflüchteten unterstützen, ein Signal, das ihr Engagement würdigt und untermauert, indem wir argumentatives Rüstzeug bieten. Eine Gesellschaft, die in ihrer Haltung gegenüber Migration schwankt oder gar vollständig in rechtes Fahrwasser zu geraten droht, braucht eine starke und wirkmächtige Positionierung von links!

Antrag:

G.6.

Antragsteller/innen:

Feministische Offensive

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Frauen in Bewegung – grenzenlos feministisch**

- 2 Die Frauenbewegung hat viel erreicht im Kampf für gleiche Freiheiten und soziale Rechte. 2018 feiern
3 wir 100 Jahre Frauenwahlrecht und 50 Jahre 1968-Proteste. Feminismus hat sich Gehör verschafft.
4 Aber in einer Situation, geprägt vom neoliberalen Umbau des Sozialstaates und dem Erstarken rechter
5 Parteien und Bewegungen, bleibt viel zu tun. Wir müssen unseren Kampf fortsetzen, ausbauen und gar
6 Errungenschaften neu verteidigen. Was gibt es zu feiern, wenn 100 Jahre nach Durchsetzung des
7 Frauenwahlrechts die Frauenquote im Bundestag so niedrig ist wie vor 20 Jahren? AfD und Konserva-
8 tive bilden die Mehrheit im deutschen Bundestag. Sie vertreten gemeinsam ein veraltetes Frauen- und
9 Familienbild, laut dem die Frauen nicht selbstbestimmt über ihren Körper und ihre Lebensgestaltung
10 entscheiden können. Der Abbau öffentlicher Infrastruktur drängt viele ins Private zurück.

11 Mit der Neuauflage der CDU/CSU/SPD-Koalition wird es kaum Fortschritt für Geschlechtergerechtig-
12 keit geben. Der Koalitionsvertrag ist gleichstellungs- und frauenpolitisch weitgehend ambitionslos. Bei
13 frauenpolitischen Bemühungen werden wirtschaftliche Interessen und Verbesserungen für wenige
14 Frauen in den Vordergrund gestellt, von „wollen, prüfen, evaluieren“ ist viel die Rede.

15 Auf der anderen Seite gibt es viel Bewegung in der Gesellschaft in Deutschland und darüber hinaus:
16 Der kraftvolle Kampf auf der Straße und in den Parlamenten für die Abschaffung des §219a und das
17 Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, die Initiative für ein Paritätsgesetz auf Bundesebene, die Frau-
18 en*kampftagsdemos, zu denen Zehntausende überall in Deutschland auf der Straße waren, die ver-
19 schiedenen Streiks für gute Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Pflege in den Krankenhäusern,
20 die Frauendemonstrationen und -streiks in Spanien und Polen, die Womens Marches weltweit sowie
21 die Debatten um #aufschrei und #metoo sind nur einige Beispiele dafür, dass feministische Kämpfe
22 mehr in den Fokus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gelangen.

23 **Für die Aufwertung von Frauenarbeit und mehr Zeit zum Leben**

24 In den vergangenen Jahren haben zunehmend Lohnarbeitskämpfe in Bereichen stattgefunden, die
25 lange als nicht organisierbar galten. Es sind Bereiche, in denen besonders viele Frauen arbeiten: Kran-
26 kenpflege, Lehre und Erziehung sowie Einzelhandel. Die Löhne sind in den meisten dieser Bereiche
27 sehr niedrig. Dabei geht es bei der Pflege und in der Erziehung um die wichtige Arbeit am und mit dem
28 Menschen. Als LINKE Frauen sind wir solidarisch mit diesen Kämpfen und stehen an der Seite der
29 Streikenden!

30 Die Arbeitskämpfe in diesen Branchen sind jedoch nicht allein Lohnkämpfe, sondern stellen auch die
31 Systemfrage. Welche Folgen hat es, wenn alle Tätigkeiten dem kapitalistischen Profitstreben unterge-
32 ordnet werden? Was passiert mit unserer Gesellschaft, wenn die Sorge umeinander abgewertet und
33 an Frauen delegiert ist? Kurzum: Wie wollen wir leben?

34 Frauen weltweit sind von den Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge in besonderer Weise be-
35 troffen. Wohnen, Gesundheitsvorsorge, Wasser, Energie und Bildung werden zunehmend zu Luxusgü-
36 tern. DIE LINKE streitet gegen eine Politik, die die Mehrheit der Menschen in die Verarmung treibt. Der
37 Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern, der Gender-Pay-Gap, beträgt in Deutschland 21 Pro-
38 zent – und diese Zahl bewegt sich seit Jahren kaum nach unten. Frauen verdienen durchschnittlich
39 nicht nur weniger als ihre männlichen Kollegen, sie arbeiten auch häufiger in Teilzeitjobs als Männer
40 oder gehen keiner geregelten Lohnarbeit nach. Das führt viele Frauen am Ende ihres Erwerbslebens
41 direkt in die Altersarmut. Studien gehen bereits heute davon aus, dass mehr als jede vierte Frau im
42 Alter unter der Armutsgrenze leben wird. Erwerbslosigkeit, geringfügige Beschäftigung, Niedriglöhne
43 und das Hartz-IV-Sanktionssystem sind Ursachen für Armut und soziale Ausgrenzung. Das Armutsrisi-
44 ko von Alleinerziehenden liegt bei fast 50 Prozent. Auch hier sind die meisten von ihnen Frauen. Die
45 Schere zwischen Armut und Reichtum geht immer weiter auseinander und trifft Frauen in besonderem
46 Maße.

47 Deshalb fordern wir die Schließung des Gender-Pay-Gap nach oben. Wir kämpfen für eine sanktions-
48 freie Mindestsicherung sowie Mindestrente von 1.050 Euro und die Aufwertung von Pflege- und Erzie-
49 hungsjobs. Da es nicht nur an Lohn, sondern auch an Personal mangelt, fordern wir im Rahmen unse-
50 rer Kampagne, neben einem Pflegemindestlohn von 14 Euro, die Einstellung von 100.000 Pflegekräf-
51 ten. Frauenarbeit ist mehr wert!

52 Doch Frauen arbeiten nicht nur häufiger in schlecht bezahlten Jobs, sie leisten auch den Großteil der
53 nicht entlohnten Sorge- und Pflegearbeit. Weltweit übertrifft die Zahl unbezahlten Arbeitsstunden in
54 der Reproduktion die der bezahlten Arbeitsstunden in der Produktion bei weitem (Gender Care Gap).
55 Dazu gehören Kindererziehung, Sorge von pflegebedürftigen Angehörigen oder die Arbeit im Haushalt.
56 Gleichzeitig entsteht eine globale Neuverteilung von Sorgearbeit anhand transnationaler Sorgeketten:
57 Wer es sich leisten kann, entkommt den Engpässen des deutschen Pflegesystems, indem die Sorge-
58 arbeit an Migrantinnen weitergegeben wird. Oft ohne offiziellen Aufenthaltsstatus und ohne Rechte
59 entsteht mit ihnen eine neue Generation von „Hausklavinnen“. Dass Sorgearbeiten von ärmeren in
60 wohlhabendere Haushalte und von armen in reiche Länder verschoben werden, ist nichts Neues.

61 So bleiben sowohl die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als auch die Geringbewertung von Sorge-
62 arbeit intakt. Dabei würde eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich für alle zu weniger
63 Stress im Job und mehr Zeit für Sorgearbeiten führen. Vor wenigen Wochen führten die Beschäftigten
64 in der Metallbranche einen Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung. Selbst in einer Branche, in der
65 mehrheitlich Männer arbeiten, werden die Forderungen nach mehr Zeit für Freunde und Familie lauter.
66 Unsere Partei, DIE LINKE, fordert eine Lohnarbeitszeit, die um die 30-Stunden-Woche kreist, sowie die
67 Vergabe unbefristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse an Menschen ohne gültigen Aufenthaltssta-
68 tus. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um einerseits migrantische Hausarbeiterinnen zu
69 stärken und andererseits mehr Zeit für unersetzliche Aufgaben außerhalb der Lohnarbeit zu haben. Als
70 Frauen wissen wir, dass sich das Leben nicht allein um den Erwerb dreht. Damit wirklich alle Men-
71 schen Zeit haben für Kindererziehung, für die Sorge um Familienangehörige oder Freunde, für kreati-
72 ves Schaffen, persönliche Weiterbildung, soziales oder politisches Engagement, für Feste und für Mu-
73 ße..., damit das möglich ist, muss perspektivisch die 20-Stunden-Woche eingeführt werden.

74 **Für eine friedliche Gesellschaft**

75 Weltweit gefährdet eine neue Runde des Wettrüstens Frieden und Sicherheit. Auch die neue Bundes-
76 regierung setzt auf Krieg und ist durch den Einsatz deutscher Panzer Teil von Zerstörung und Krieg,
77 wie z.B. in Afrin. Hier führt das türkische Militär einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg u.a. mit
78 deutschen Leopard-Panzern und weiteren Waffen aus deutscher Produktion.

79 In Afrin organisierten Frauen sich in allen Bereichen autonom, alle Leitungsstrukturen werden immer
80 durch das Prinzip der Doppelspitze von einem Mann und einer Frau besetzt. Frauen haben in Nordsy-
81 rien eine nachhaltige Arbeit für den Frieden in der Gesellschaft geleistet. Sie haben Versorgungssys-
82 teme für Geflüchtete und von Armut betroffene Familien eingerichtet, ein Bildungssystem, eine Ge-
83 sundheitsversorgung und zahlreiche Frauenkooperativen aufgebaut. All dies wird mit dem Angriff der
84 Türkei auf Nordsyrien wieder zerstört werden.

85 Frauen sind starke Kämpferinnen für den Frieden und setzen sich kompromisslos und unmissverständ-
86 lich gegen Militarismus und Krieg ein. Kriegseinsätze mit der notwendigen Durchsetzung von Frauen-
87 rechten zu begründen, lehnen wir ebenso strikt ab wie Vergewaltigung und Versklavung von Frauen
88 als Mittel der Kriegsführung.

89 Die Bundesregierung unterstützt die Forderung nach Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Pro-
90 zent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP), wie von NATO und EU vorangetrieben. Das sind mindes-
91 tens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Woh-
92 nungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung,
93 ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

94 Wir rufen unsere Mitglieder und Sympathisant*innen auf, sich im Vorfeld des im Juli in Brüssel statt-
95 findenden NATO-Gipfels in Veranstaltungen kritisch, feministisch mit der NATO-Politik und Alternati-
96 ven dazu auseinanderzusetzen und zu den Anti-NATO-Aktionen – **Demo und Gegengipfel am 7.- 8.**
97 **Juli 2018 – nach Brüssel zu mobilisieren.**

98 **Für eine Gesellschaft ohne Sexismus und Rassismus**

99 Faschisten und Ultra-Rechte sind auf dem Vormarsch, hetzen Menschen gegeneinander auf und spal-
100 ten so die Gesellschaft. Sie nutzen die Ängste vieler Menschen, um Hass und Aggression gegen Ge-
101 flüchtete, Muslime und Migrant*innen zu lenken. Frauenrechte werden für rassistische Hetze und
102 Ausgrenzung instrumentalisiert. Für DIE LINKE ist klar: Feminismus geht nur antirassistisch und darf
103 nie auf Kosten von Ausgegrenzten stattfinden. Feminismus heißt, Sexismus offen zu benennen und
104 notwendige Debatten darüber zu führen.

105 Sexismus und Rassismus sind als Denkmuster tief in unserer Gesellschaft verankert und kooperieren
106 miteinander. Sexismus wird von Rechten sogar als Wahlkampfmittel genutzt, indem sie mit „Bikini
107 statt Burka“ ihren Blick auf den weiblichen Körper als politischem Kampfplatz dokumentieren. Diese
108 vermeintlichen Kämpfe für Frauenrechte werden als Vorwand genutzt, um zu hetzen und gesellschaft-
109 liche Stimmung zu erzeugen.

110 In der rechtspopulistischen Erzählung wird die deutsche Frau zum zu beschützenden Wesen erklärt
111 und in eine entmündigte Opferrolle gedrängt. Dem gegenüber werden Menschen mit Migrationshin-
112 tergrund zu Tätern stigmatisiert, bis hin zur entmenschlichenden Darstellung als triebgesteuertes We-
113 sen. Dieser vereinfachte Diskurs ist falsch und gefährlich. Falsch, weil die meisten Frauen Gewalt im
114 privaten Raum und von ihnen bekannten Menschen erfahren. Gefährlich, weil es Frauen mit Migrati-
115 onshintergrund vom Diskurs ausschließt und männliche Asylsuchende zum Feindbild erklärt. Das
116 Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit ist universell und endet nicht an Grenzen
117 eines Staates oder im Kopf. Aufmärschen der Rechten, die Frauenrechte in jegliche Richtung instru-
118 mentalisieren, stellen wir uns entschieden entgegen.

119 **Für sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt**

120 Mit dem Erstarken extrem rechter Akteure in Europa geraten auch die Vielfalt von Lebensentwürfen
121 und damit einhergehend sexuelle Selbstbestimmung sowie sexuelle und reproduktive Rechte unter
122 Druck. Während das traditionelle Familienbild mit klarer geschlechtsspezifischer Rollenaufteilung und
123 – damit verbunden – Zementierung ökonomischer Abhängigkeit als Norm hochgehalten wird, werden
124 alle, die diesem Ideal nicht entsprechen, abgewertet und als Feinde der Familie bekämpft.

125 In der rechten Familienideologie bildet sich eine gefährliche Allianz aus christlichen Fundamentalisten
126 und vielfältigen Schattierungen der Neuen (und alten) Rechten. Auch in Deutschland ist es nicht nur
127 die AfD, die reproduktive Rechte und die Selbstbestimmung von Frauen einschränken möchte. Es ist
128 unübersehbar, dass auch die konservativen Parteien auf der rechten Welle surfen: Bestes Beispiel
129 dafür ist der neue Gesundheitsminister Jens Spahn, der Frauen unterstellt, sie würden die „Pille da-
130 nach“ wie Smarties nehmen, wenn sie frei zugänglich wäre.

131 Durch die CDU/CSU/SPD-Koalition hat sich die SPD zum Steigbügelhalter der reaktionären und neo-
132 liberalen Politik gemacht, mit erheblichen Folgen besonders für Frauen. Das bewies zuletzt der Rück-
133 zug der SPD beim §219a zugunsten des Koalitionsfriedens.

134 In vielen Ländern erleben wir Großdemonstrationen unter dem Titel "Demo für alle" als Reaktion auf
135 Debatten zur gleichgeschlechtlichen Ehe und auf die geplante stärkere Förderung der Akzeptanz ge-
136 genüber homo- und transsexueller Identität in der Schule.

137 Bei den "Märschen für das Leben" steht die vollständige Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs
138 im Zentrum. Die Anmaßung auf Kontrolle über den Körper von Frauen, ihre Sexualität und ihr
139 Leben, ist Teil der ökonomischen, politischen und Krise der Demokratie und der patriarchalen und
140 neoliberalen Offensive. Es ist ermutigend, dass sich in vielen Ländern eine öffentlich sichtbare Ge-
141 genwehr organisiert, sich Bündnisse gründen und vielfältige Aktionen auf der Straße stattfinden. DIE
142 LINKE ist Teil dieses Widerstands. Wir engagieren wir uns für die soziale Absicherung vielfältiger Le-
143 bensentwürfe, Entscheidungsfreiheit und eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Wir
144 fordern die sofortige Streichung des Paragraphen 219a StGB, der Ärztinnen und Ärzten „Werbung“ für
145 Abtreibung verbietet. Das Relikt aus Zeiten des Nationalsozialismus nimmt Gesundheitsrisiken be-
146 wusst in Kauf, verhindert das Recht auf Informationsfreiheit von Frauen, schränkt ihre Wahlmöglich-
147 keiten enorm ein und steht der Selbstbestimmung von Frauen diametral entgegen. DIE LINKE bekräf-
148 tigt darüber hinaus die Forderung nach Streichung des Strafrechtsparagraphen 218. DIE LINKE unter-
149 stützt das Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland und weitere ProChoice-Initiativen
150 bundesweit und darüber hinaus Wir rufen unsere Mitglieder, Parteistrukturen und Sympathisant*innen
151 auf, sich an den Gegenprotesten zum „Marsch für das Leben“ am 22.9.2018 in Berlin zu beteiligen
152 und auch regionale Aufmärsche christlicher Fundamentalisten und rechter Gruppierungen in gemein-
153 samen Bündnissen mit anderen Organisationen zu stoppen“

154 Frauen sollen und können selbst über ihr Leben entscheiden. Wir stehen gleichermaßen an der Seite
155 von Frauen, die eine ungewollte Schwangerschaft beenden wollen, wie von Frauen, die Kinder be-
156 kommen und unter guten Bedingungen großziehen möchten. Deshalb setzen wir uns unter anderem
157 für die Verbesserung der Situation der Hebammen und für eine Kindergrundsicherung von 573 Euro
158 pro Monat für alle Kinder ein.

159 DIE LINKE streitet für ein besseres Leben für alle Menschen, für eine solidarische, vielfältige und fried-
160 liche Gesellschaft, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ermög-
161 licht. Wir tun das im Parlament, auf der Straße und in den Betrieben, vernetzt mit feministischen Be-
162 wegungen und Initiativen.

Antrag:

G.7.

Antragsteller/innen:

BAG Betrieb und Gewerkschaft, BAG Sozialistische Linke, Ralf Krämer (Del. SL), Nadine Bendahou (Del. Solid), Barbara Borchardt (Del. B&G), Esther Braun, Jochen Dürr (Del. B&G), Fabio de Masi, MdB, stv. Fraktionsvorsitzender und Leiter AK Wirtschaft und Finanzen, Ulrike Eifler (Del. B&G), Susanne Ferschl, MdB, stv. Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Gute Arbeit, Uwe Hirsch, Jutta Krellmann, MdB, Sprecherin für Mitbestimmung und Arbeit, Marianne Küng-Vildebrand (Del. B&G), Jakob Migen- da (Del. Solid), Andreas Nolte, Jan Richter, Katharina Anna Schramm (Del. Solid), Jana Seppelt, Torsten Steidten, Regina Stosch, Axel Troost, stv. Parteivorsitzender, Alexander Ulrich, MdB, Sahra Wagen- knecht, MdB Fraktionsvorsitzende, Sabine Wils, Sabine Zimmermann, MdB und arbeitsmarktpolitische Sprecherin

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für ein Recht auf gute Arbeit und gutes Leben**

2 Wir werden wir künftig leben und arbeiten? Das ist die zentrale Frage, die sich die Menschen im Ange-
3 sichts tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche stellen. Die Unsicherheit ist groß. Die Widersprüche
4 treten immer deutlicher hervor:

- 5 ■ Die Gesellschaft ist reicher als je zuvor und die Produktivität der Arbeit nimmt weiter zu. Doch
6 zugleich wachsen Armut und Ausgrenzung. Viele Menschen fühlen sich in ihrem sozialen Status
7 und ihren Perspektiven bedroht. Eine kleine Minderheit von Kapitalbesitzern und Privilegierten eig-
8 net sich den Löwenanteil der Zuwächse an und setzt auch politisch ihre Interessen durch.
- 9 ■ Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten für ein besseres Leben. Die Arbeit kann erleichtert
10 und interessanter werden. Doch ihre kapitalistische Anwendung erhöht Stress und Überwachung,
11 bedroht Arbeitsplätze, planbare Freizeit, Qualifikationen und soziale Errungenschaften.
- 12 ■ Energieversorgung, Wirtschaft und Verkehr können auf regenerative Energien und Stoffkreisläufe
13 umgestellt werden. Doch kapitalistische Interessen stehen einer konsequenten Umbaupolitik mit
14 guten Ersatzarbeitsplätzen im Wege.
- 15 ■ Soziale Sicherheit für alle ist möglich. Doch viele Kinder wachsen in Armut auf und vielen Jüngeren
16 werden gute Perspektiven vorenthalten. Das Alter könnte ein erfüllender Lebensabschnitt werden.
17 Doch immer mehr alte Menschen müssen in Armut leben.
- 18 ■ Hunger und Armut könnten weltweit überwunden werden. Die Menschen wünschen sich Frieden,
19 gute Nachbarschaft, internationale Zusammenarbeit. Doch die großen Konzerne, imperialistische
20 Politik sowie herrschende oder gewalttätige Gruppen beuten die natürlichen Ressourcen und die
21 Menschen aus und treiben sie in immer neue Katastrophen von Armut, Krieg und ökologischer Zer-
22 störung. Die Folge sind Flucht- und Wanderungsbewegungen und die Gefahr großer Kriege.

23 DIE LINKE muss attraktive und überzeugende Wege aufzeigen, wie die positiven Möglichkeiten genutzt
24 und verwirklicht und die Probleme und Risiken unter Kontrolle gebracht und gebannt werden können.
25 Sie braucht klare Botschaften und Alternativen, die die Menschen verstehen und für die einzutreten
26 Sinn macht:

27 Die Menschen haben im Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten ein Recht auf ein gutes Leben.
28 Dazu gehört ganz wesentlich eine gute Arbeit, die angemessen bezahlt ist, soziale Sicherheit und Teil-
29 habe bietet, und möglichst den Qualifikationen, Kompetenzen und Neigungen der Einzelnen ent-
30 spricht. Wirtschaft und Lebensweise müssen ökologisch und zugleich sozial gerecht umgebaut wer-

31 den. Kriege und internationale Feindschaften müssen beendet werden. Armut und Elend müssen
32 weltweit bekämpft und Perspektiven für ein besseres Leben in allen Ländern entwickelt werden. DIE
33 LINKE kämpft für eine bessere Welt, die jeder und jedem ein Leben in Frieden, Freiheit, sozialer Si-
34 cherheit und Gerechtigkeit bietet.

35 Dafür muss die Wirtschaft in den Dienst der Menschen gestellt werden. Die Vorherrschaft des Profits
36 über das Leben und die Bedürfnisse der Menschen muss überwunden werden. Wir brauchen eine Ge-
37 sellschaft, in der die Interessen der Vielen im Mittelpunkt stehen und nicht die Privilegien von Wenig-
38 gen. Wir müssen den Kapitalismus, die Vorherrschaft der Kapitalbesitzer und ihrer Interessen, angrei-
39 fen und überwinden!

40 Doch wir können nicht warten, bis das erreichbar ist, und die Menschen bis dahin vertrösten. Wir
41 müssen gemeinsam mit möglichst vielen hier und jetzt für Verbesserungen kämpfen. Dabei können
42 und müssen wir die Möglichkeiten nutzen, die dieses reiche Land, die Demokratie und der Sozialstaat
43 bieten. Weder kapitalistische Unternehmen und ihre Verbände noch neoliberale Politik oder rechte
44 Hetzer werden uns dabei aufhalten. Sie wollen die Kräfte der Linken, der Arbeit, der sozialen Gerech-
45 tigkeit und Solidarität schwächen und spalten. Doch sie werden keinen Erfolg haben.

46 Gute Arbeit und gutes Leben für alle Menschen, die hier leben – dafür treten wir ein, dafür kämpfen
47 wir. Ein Recht auf gute Arbeit muss zu einem einklagbaren Recht einer jeden Person werden, nicht nur
48 ein unverbindlich formulierter Anspruch. Der demokratische und soziale Rechtsstaat muss verpflichtet
49 und in die Lage versetzt werden, dieses Recht zu gewährleisten und nötigenfalls selbst entsprechende
50 Arbeitsangebote zu organisieren. Zusätzlich ist eine wirklich bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne
51 Sanktionen erforderlich. So können wir allen hier lebenden Menschen soziale Sicherheit und Teilhabe
52 bieten und Existenzängste überwinden.

53 Die Arbeitsangebote müssen den Mindestkriterien guter Arbeit genügen: existenzsichernder Lohn auf
54 Grundlage geltender Tarifverträge und ein auf derzeit 12 Euro erhöhten Mindeststundenlohn, Berück-
55 sichtigung der Qualifikation, Wahlmöglichkeiten, gesundheitlich vertretbare und mitbestimmte Ar-
56beitsbedingungen, geregelte Arbeitszeit und regelmäßiger bezahlter Urlaub, volle Arbeitnehmerrechte
57 und soziale Sicherung, insbesondere Sozialversicherung.

58 Das Recht auf gute Arbeit ist zu verbinden mit einer Politik des sozial-ökologischen Umbaus. In Bil-
59 dung und Erziehung, Gesundheitswesen und Pflege, sozialen Dienstleistungen und Kultur sowie für
60 den ökologischen Umbau sind in großem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze notwendig, zu schaffen
61 und anzubieten. Ein Recht auf gute Arbeit könnte zudem einen wichtigen Beitrag zur besseren Integra-
62 tion geflüchteter und anderer eingewanderter Menschen leisten, da eine Einbeziehung in Erwerbsar-
63 beit hierbei eine zentrale Rolle spielt. Es würde zugleich die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen
64 fördern. Ein Recht auf gute Arbeit wäre auch ein wichtiger Hebel, um die Benachteiligung von Frauen
65 zu vermindern und ihre Erwerbchancen bei unterbrochenen Erwerbsbiografien zu verbessern. Auch
66 das Risiko erfolgloser selbstständiger Existenzgründungen würde abgefedert.

67 Um das Recht auf gute Arbeit in allen Regionen der Bundesrepublik zu verwirklichen, muss der Staat
68 eine aktive beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik betreiben. Ein Recht auf gute
69 Arbeit muss einhergehen mit einem Umbau der Wirtschaftsordnung und einer Demokratisierung der
70 Wirtschaft und der Arbeitsverhältnisse. Ein Recht auf gute Arbeit kann nur im Zusammenwirken mit
71 einem großen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor garantiert werden. Der gesellschaftliche
72 Bedarf – Bildung, Gesundheit, Pflege, Soziales, Wohnen – für zusätzliche Beschäftigung im öffentlichen
73 und gemeinwirtschaftlichen Bereich ist vorhanden. Finanziert werden kann dies über eine stärkere
74 Besteuerung großer Einkommen und Vermögen und finanzstarker Unternehmen. Zudem stabilisiert
75 eine solche Politik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und weist durch steigende Steuer- und Sozi-
76 albeitragseinnahmen eine hohe Selbstfinanzierung auf.

77 In letzter Instanz muss Erwerbslosen, die keine andere Erwerbsarbeit gefunden haben, öffentlich ge-
78 förderte Beschäftigung in gemeinwohlorientierten Bereichen angeboten werden. Dies hat zugleich
79 einen gesellschaftlichen Nutzen, indem bislang ungedeckte Bedarfe befriedigt und Leistungen für be-
80 nachteiligte Bevölkerungsgruppen verfügbar gemacht werden. Auch diese Beschäftigung muss den

81 genannten Kriterien guter Arbeit genügen und sie muss freiwillig sein. Dies muss in Kooperation mit
82 öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitgebern organisiert werden. In letzter Instanz haben Länder und
83 Kommunen die Verantwortung, die notwendigen Arbeitsplätze in hinreichender Qualität und Anzahl
84 anzubieten. Die konkreten Einsatzfelder sind vor Ort unter Mitbestimmung der Gewerkschaften zu
85 bestimmen.

86 Ein Recht auf gute Arbeit muss aber auch den privatwirtschaftlichen Sektor in die Pflicht nehmen und
87 die im Grundgesetz verankerte Sozialbindung des Eigentums stärker zur Geltung bringen. Unterneh-
88 men werden dem Gemeinwohl verpflichtet; sie haben ihren Beschäftigten gute, menschenwürdige
89 Arbeit anzubieten. Sie könnten verpflichtet werden, einen Teil der bei ihnen bestehenden Arbeitsplätze
90 für benachteiligte Gruppen bereit zu stellen.

91 Das Recht auf gute Arbeit muss verbunden werden mit einem Recht auf Bildung und Weiterbildung.
92 Die Arbeitsverwaltung muss als Serviceeinrichtung einerseits Arbeitsangebote vermitteln, andererseits
93 Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarfe ermitteln und den Menschen entsprechende Angebote
94 machen.

95 Wer erwerbslos wird, hat zunächst Anspruch auf ein am bisherigen Einkommen bzw. den geleisteten
96 Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung orientiertes Arbeitslosengeld. Das bestehende Arbeitslosen-
97 geld I muss verbessert werden, indem die Bezugsdauer verlängert und die Anspruchsvoraussetzungen
98 realistischer gestaltet werden.

99 Die Gesellschaft hat die berechtigte Erwartung, dass die Menschen bereit sind, sich gemäß ihren Fä-
100 higkeiten und Möglichkeiten an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit - das ist nicht nur Erwerbsar-
101 beit - zu beteiligen. Zugleich muss aber klar sein: Jede und jeder hat das Recht, konkrete Arbeitsan-
102 gebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder Sanktionen fürchten zu müssen. Zwang zur Erwerbsarbeit
103 lehnen wir ab. Menschen ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen haben in letzter Instanz
104 Anspruch auf eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich ver-
105 hindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.

106 Die Ziele einer sozialen Gestaltung der Gesellschaft müssen aber anspruchsvoller sein, als eine bloße
107 Existenzsicherung zu gewährleisten. Gute Arbeit bietet darüber hinausgehende soziale Teilhabe und
108 Anerkennung sowie Perspektiven zur persönlichen und beruflichen Verwirklichung und Weiterentwick-
109 lung. Die zentrale Aufgabe sozialistischer Politik liegt in der demokratischen, sozialen und ökologi-
110 schen Umgestaltung des gesellschaftlichen Produktions- und Arbeitsprozesses und der gerechten
111 Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, im Bereich der Erwerbsarbeit wie in den Bereichen
112 der unbezahlten Arbeit in privaten Haushalten oder ehrenamtlich.

113 Zentrale Bedingungen dafür werden im Erwerbssektor gesetzt. Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem
114 Lohn- und Personalausgleich verkürzen. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen -
115 das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung
116 und Pflege und zugleich die sozialstaatlichen Leistungen in diesen Bereichen müssen verbessert wer-
117 den. Die Beschäftigten brauchen zudem größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre
118 Arbeitszeit und genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Das streben
119 wir als ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ an. Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindes-
120 tens den Produktivitätszuwachs und die Preissteigerungen ausgleichen, und eine Aufwertung bisher
121 unterbezahlter Berufe. Um dies zu ermöglichen müssen die Tarifbindung gestärkt und die Herstellung
122 der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden. Wir wollen die Gewerkschaften
123 stärken und unterstützen sie in ihren Bemühungen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und für
124 soziale Gestaltung und Verkürzung der Arbeitszeiten.

125 Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen
126 Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke
127 demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Verände-
128 rung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an. Hierfür ist es erforderlich, die Solidarität der Lohnab-
129 hängigen herzustellen, von den Kernbelegschaften bis zu den Erwerbslosen und prekär Beschäftigten.
130 Eine wichtige Aufgabe der LINKEN besteht darin, deren gemeinsame Interessen zu betonen. Für die

131 Entstehung und Durchsetzung von Klassenmacht sind gewerkschaftliche und politische Organisatio-
132 nen erforderlich, in denen gemeinsame Interessen formuliert und Kämpfe zu ihrer Durchsetzung ge-
133 führt werden. Es ist Aufgabe der Partei DIE LINKE, diesen Prozess bewusst und aktiv zu fördern.

134 DIE LINKE streitet für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft.
135 Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz für eine grundlegende Um-
136 gestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft. Dabei knüpfen wir an
137 die sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften sowie ökologischen
138 Regulierungen an, die in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit be-
139 reits durchgesetzt wurden. Wir wollen sie weiterentwickeln und als Ausgangspunkte für weitergehen-
140 de Veränderungen nutzen.

Begründung:

Das Neue daran ist, ein Recht auf gute Arbeit nicht nur als allgemeine Deklaration, sondern als indivi-
duell einklagbaren Anspruch zu formulieren und zu fordern, den der Sozialstaat gewährleisten muss.
Zusammen mit der Forderung nach einer bedarfsdeckenden sanktionsfreien Mindestsicherung fordert
DIE LINKE damit als einzige Partei eine klare und umfassende Alternative zum unwürdigen Hartz IV-
Regime. Damit kann das Profil der LINKEN als soziale Alternative wesentlich geschärft werden.

Antrag:

G.8.

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Abrüsten! - Deeskalation ist das Gebot der Stunde

2 DIE LINKE kämpft für eine friedliche Außenpolitik, Abrüstung und 3 Entspannungspolitik.

4 Es ist Zeit für eine starke Friedensbewegung.

5 Die Welt ist aus den Fugen. Statt Völkerrecht und Verhandlungen kündigt der US-amerikanische Prä-
6 sident Bombardierungen über Twitter an und riskiert eine weltweite Eskalation von Gewalt und Krieg.
7 Der Kampf um weltweite Hegemonie, um Einflusszonen der Großmächte tobt als Wirtschaftskrieg, als
8 kalter Krieg und auch die heißen, militärischen Auseinandersetzungen nehmen zu.

9 Mit den Bombardierungen von Syrien versuchen die USA, ihre Rolle als größte Militärmacht zu
10 festigen. Ihre Verbündeten ringen darum, weltpolitisch eine bedeutendere Rolle zu spielen. Die
11 Regionalmächte, Türkei und Russland kämpfen um Einfluss und die Aufteilung von Nachkriegs-Syrien.
12 Die großen Staaten - allen voran die USA - rüsten auf. Die NATO will ihre Mitgliedstaaten zur Aufrüs-
13 tung verpflichten. Es droht ein neues Wettrüsten. Auch Deutschland plant, die Ausgaben fürs Militär
14 nahezu zu verdoppeln. Die Bundesregierung will Deutschland als weltpolitischen Akteur mit militäri-
15 scher Macht, als Dominanzmacht in und mit der EU aufstellen. DIE LINKE stellt sich dem entgegen:
16 Deeskalation und Abrüstung sind das Gebot der Stunde.

17 Waffenexporte verbieten!

18 Die neue alte Bundesregierung aus CDU/CSU/SPD führt die expansive Rüstungsexportpolitik fort. Sie
19 hat dem völkerrechtswidrigen Angriff des türkischen Militärs auf die kurdische Stadt Afrin in Nordsyri-
20 en tatenlos zugesehen. Während Leopard-2-Panzer aus Deutschland durch Afrin rollten, hat die Bun-
21 desregierung geschwiegen. Stattdessen hofiert sie die türkische Regierung. Wir fordern die Bundesre-
22 gierung auf, die Angriffe der Türkei klar zu verurteilen. Dieser Angriffskrieg ist ein Bruch des Völker-
23 rechts! Die Zusammenarbeit mit der Türkei, insbesondere im Polizei-, Militär und Geheimdienstbe-
24 reich, muss beendet werden. Die Bundeswehrsoldaten müssen aus der Türkei vollständig abgezogen
25 werden. Die Türkei entwickelt sich zunehmend zu einer Diktatur. Erdogan setzt vorgezogene Wahlen
26 an, während die Opposition im Gefängnis sitzt. Die willkürlichen Festnahmen und die politische Ver-

27 folgen der Opposition, besonders von Kurdinnen und Kurden, von Linken, von Journalistinnen und
28 Journalisten, müssen sofort aufhören. Kurdinnen und Kurden müssen sich frei politisch betätigen kön-
29 nen, auch in Deutschland. Das PKK-Verbot in Deutschland und das Verbot von kurdischen Symbolen
30 müssen aufgehoben werden.

31 Auch nach dem Einmarsch der türkischen Truppen in Afrin wurden aus Deutschland noch Waffen und
32 Waffenteile an die Türkei geliefert. Wir sagen: Nein! Sämtliche Waffenexporte in die Türkei müssen
33 sofort eingestellt werden.

34 Rüstungsexporte aus Deutschland gehen auch an Länder, die Militär- und Kriegseinsätze durchführen:
35 USA und Frankreich, Ägypten, Algerien, Israel, die Vereinten Arabischen Emirate werden von
36 Deutschland mit Waffen beliefert. Eine Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens bombardiert
37 völkerrechtswidrig den Jemen, täglich sterben Zivilistinnen und Zivilisten. Saudi-Arabien ist der größte
38 Abnehmer deutscher Rüstungsexporte. Die Bundesregierung hat zuletzt den Export von
39 Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien genehmigt. Wir sagen: Nein! Exporte von Waffen und Rüstung
40 an Kriegsparteien müssen sofort gestoppt werden.

41 Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der
42 Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Mit Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen
43 wollen wir Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue
44 Arbeitsplätze zu schaffen.

45 **Auslandseinsätze beenden!**

46 Die Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden ausgeweitet. Der Einsatz in Afghanistan geht ins 17.
47 Jahr. Die Zahl der deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan ist um die Hälfte erhöht wor-
48 den. Der Einsatz umfasst Ausbildung, Logistik-Unterstützung für afghanische (auch kämpfende) Trup-
49 pen, Soldaten zum Schutz anderer Truppen bis zu Kampfeinsätzen. Ziviler Aufbau und Entwicklungshil-
50 fe werden unter schwierigsten Bedingungen versucht. Gleichzeitig wird Afghanistan als „sicheres Her-
51 kunftsland“ geführt und Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg sind, werden in diese
52 lebensgefährliche Situation abgeschoben. DIE LINKE sagt Nein! Wir stellen uns gegen den Bundes-
53 wehreinsatz in Afghanistan und gegen Abschiebungen nach Afghanistan.

54 Der Bundeswehr-Einsatz im Irak soll mit dem neuen Mandat umfangreich auf das gesamte Land
55 ausgeweitet werden. Die Tornados über dem Irak und Syrien werden mit dem neuen Mandat weiter
56 fliegen. Die Situation vor Ort ist brandgefährlich; die türkische Armee ist inzwischen auch im Nordirak
57 einmarschiert. Der Einsatz der Bundeswehr im Irak und alle anderen Auslandseinsätze müssen sofort
58 beendet werden.

59 **Abrüsten!**

60 Die Regierung will bis 2030 130 Milliarden Euro für neue Waffensysteme und Auslandseinsätze der
61 Bundeswehr ausgeben. Sie plant, bewaffnete Drohnen (Heron TP) anzuschaffen, und treibt gleichzeitig
62 die Entwicklung der so genannten Euro-Drohne voran.

63 Bis 2021 ist geplant, den Militärhaushalt auf rund 42,4 Milliarden Euro anwachsen zu lassen. Das ist
64 ein Anstieg um 58 Prozent gegenüber 2017! Es könnte noch weitergehen: 2014 hatten die führenden
65 NATO-Chefs beschlossen, jeder Bündnisstaat solle bis zum Jahr 2024 zwei Prozent des
66 Bruttoinlandsprodukts für den Militärhaushalt aufwenden. Für die Bundesrepublik wären dies etwa 75
67 Milliarden Euro. Angela Merkel hat sich in ihrer Regierungserklärung zum Aufrüstungsziel der NATO
68 bekannt. DIE LINKE wendet sich klar gegen das 2%-Ziel der NATO und sagt: KITAS statt Kanonen! Die
69 Steuergelder, die hier in Waffen und Aufrüstung gesteckt werden, werden dringend benötigt für den
70 Aufbau der sozialen Infrastruktur unserer Gesellschaft.

71 **Gegen eine EU-Militärunion**

72 Die Bundesregierung treibt PESCO, die „ständige strukturierte (militärische) Zusammenarbeit in der
73 EU“ weiter voran. Bisher ist es ausgeschlossen, aus dem EU-Haushalt Militärausgaben zu tätigen. Un-
74 ter deutsch-französischer Führung soll das Verbot umgangen und mit PESCO und Aufrüstungsfonds
75 eine Möglichkeit geschaffen werden, als EU auch eigenständig militärisch zu agieren.

76 DIE LINKE sagt Nein! Den EU-Haushalt für militärische Zwecke und Einsätze zu nutzen, lehnen wir ab.
77 Wir stellen uns dem Umbau der EU zu einer Militär-Union entgegen.

78 **Entspannungspolitik statt Konfrontation**

79 Wir treten für eine Europäische Entspannungspolitik ein. Die Beziehungen zwischen EU und Russland
80 sind, zuletzt angesichts des Vorfalls mit Chemiekampfstoffen in Salisbury, von Sanktionen und
81 Gegensanktionen bestimmt. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert verbale und militärische
82 Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten.

83 Die Bundeswehr hat Soldaten in Litauen und Polen, direkt an der russischen Grenze stationiert. Wir
84 sagen Nein! Wir fordern den Rückzug der Bundeswehr. Truppentransporte von NATO-Staaten über
85 deutsches Territorium wollen wir verbieten. Militärische Liegenschaften in Deutschland dürfen nicht
86 für Kriegsführung genutzt werden. Die Nutzungsverträge für US-amerikanische Militärstützpunkte
87 wollen wir beenden.

88 Es ist klar: Die NATO ist kein Sicherheitsbündnis. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Erset-
89 zung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zent-
90 rales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird
91 DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen
92 Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzo-
93 gen wird.

- 94 ■ DIE LINKE ruft ihre Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, zu den Aktionen
95 gegen den NATO-Gipfel nach Brüssel zu mobilisieren!
- 96 ■ DIE LINKE ist gegen die „Modernisierung“ von Atomwaffen. Wir fordern ein Ende der „nuklearen
97 Teilhabe“ und den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Die Bundesregierung
98 muss dem Atomwaffenverbotsvertrag endlich beitreten.
- 99 ■ Wir kämpfen für den Frieden und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die
100 Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik
101 der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je. Wir wollen eine starke
102 Friedensbewegung, und arbeiten als LINKE in der Friedensbewegung mit.
- 103 ■ Als Ansatzpunkt für Proteste sind Rüstungsstandorte und militärische Einrichtungen der Bundes-
104 wehr und der US-Armee geeignet. „Krieg beginnt hier“, denn Waffen werden an bestimmten Orten
105 hergestellt und der Einsatz der Bundeswehr oder anderen Militärs wird an bestimmten Orten geübt.
106 DIE LINKE beteiligt sich an Protesten vor Ort, auch gegen Werbespektakel der Bundeswehr.

107 Wir kämpfen gegen die Militarisierung der Politik, gegen die Versuche, Macht- und Einflusszonen,
108 Profitinteressen und Freihandel mit Waffengewalt durchzusetzen. Um Krieg und Gewalt zu beenden
109 und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative
110 Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent
111 abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler
112 Solidarität.

Antrag:

G.9.

Antragsteller/innen:

Antikapitalistische Linke NRW, Antikapitalistische Linke Hamburg, Kreisverband Wesel, Otto Ersching (Ersatzdelegierter), Thies Gleiss (Mitglied des PV), Inge Höger (Delegierte), Kerstin Cademartori (Delegierte), Lucy Redler (Mitglied des PV), Sascha Stanicic (Delegierter)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für eine moderne, weltoffene Migrationspolitik**

2 Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd über die
3 Welt ausgebreitet. Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt
4 und ausgebeutet werden. Für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend, denn wie
5 Karl Liebknecht schon wusste: „Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen
6 Oben und Unten.“

7 Seitdem in den letzten Jahren eine große Zahl von Flüchtlingen und Migrant*innen vor allem nach
8 Südeuropa, aber auch nach Deutschland einwanderten, erleben wir in einem erschreckenden Ausmaß,
9 dass die herrschende Politik das Asylrecht immer stärker zur Disposition stellt und zahlreiche Sozial-
10 leistungen für diese Menschen reduziert bzw. abgeschafft hat. Zunächst waren seit 2010 überwiegend
11 eingewanderte Rumän*innen und Bulgar*innen, also EU-Bürger*innen, Zielscheibe rassistischer An-
12 griffe und medialer Kampagnen. Seit 2015 nahm der Rassismus gegen die vor Kriegen, Hunger, Armut
13 und wirtschaftlicher Verelendung sowie den Folgen des Klimawandels flüchtenden Menschen neue
14 Dimensionen an. Die herrschende Politik hat seitdem in mehreren „Asylpaketen“ u.a. durch die Aus-
15 weitung „sicherer Herkunftsländer“, durch den immer lauter werden Ruf nach „Obergrenzen“ als auch
16 durch eine drastische Einschränkung sozialer Ansprüche das Grundrecht auf Asyl beschränkt und die
17 politischen Verhältnisse weiter nach rechts verschoben. Der Aufstieg der AfD und ihr Einzug in zahl-
18 reiche Landtage und in den Bundestag ist unmittelbarer Ausdruck dieses Rechtsrucks in der deut-
19 schen Politik.

20 Gerade mit Blick auf die aktuelle politische Gemengelage in unserem Land ist eine Versachlichung der
21 Debatte dringend notwendig. DIE LINKE ist gefordert, sich dem erstarkenden Rassismus in den Weg
22 zu stellen, um die Spaltung in der Arbeiter*innenklasse zu überwinden und soziale Errungenschaften
23 durchzusetzen.

24 In der LINKEN wird seitdem ebenfalls kontrovers darüber diskutiert, ob die im „Erfurter Programm“
25 beschlossenen Grundsätze beibehalten werden können und wie eine linke Asyl- und Einwanderungs-
26 politik aussehen kann. DIE LINKE. hält es deshalb für erforderlich, die Debatte über flüchtlings- und
27 migrationspolitische Grundsätze zu führen, die Position zu klären und mit einem klaren Profil für sie
28 einzutreten.

29 Nur wenn wir es schaffen, die verschiedenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der sozia-
30 len Frage zu verknüpfen, können wir erfolgreich sein. DIE LINKE steht für konsequente Umverteilung
31 von oben nach unten und damit auch für eine Stärkung der öffentlichen Hand und der Sozialkassen,
32 so dass alle, die ihrer bedürfen, auch ohne Konkurrenzkampf die notwendige Hilfe erhalten. Wir brau-
33 chen keine Obergrenze für Flüchtlinge, sondern eine Obergrenze für Reichtum durch eine konsequen-
34 te Vermögens- und Erbschaftssteuer.“

35 Wir halten fest:

36 Der moderne Kapitalismus des 21. Jahrhunderts treibt immer mehr Menschen zur Flucht oder mehr
37 oder weniger erzwungenen Migration aus ihren Heimatgebieten dorthin, wo sie eine bessere Zukunft
38 erhoffen. Weltweit sind inzwischen mehr als 65 Millionen Menschen vor Krieg, Konflikten und Verfol-
39 gung auf der Flucht. Die Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren von 37,5 Mio. fast verdoppelt. 40
40 Millionen sind Binnenvertriebene in ihrem Heimatland. 55 % fliehen vor den von den Industrienationen
41 mit verursachten Kriegen und Konflikten in Syrien, Afghanistan und dem Südsudan. Es geht im Nor-
42 malfall um Menschen, die vor Kriegen, Hunger und Armut oder den Folgen des Klimawandels fliehen,

43 die ihre Lebenssituation verbessern wollen und denen dies durch Grenzen und Abschottung häufig
44 verwehrt bleibt, während für Kapital und Superreiche keine Barrieren bestehen. Als Linke wollen wir
45 dagegen Freizügigkeit für alle Menschen, aber Schranken für das Kapital, dort wo es Lebensgrundla-
46 gen, wie bei EU-Freihandelsabkommen, zerstört.

47 Migration – egal ob Flucht oder Arbeitsmigration – ist für viele Menschen mit Zwängen verbunden.
48 Sowohl die Frage, wer gezwungen ist zu emigrieren, als auch die Frage, wer das Recht auf Freizügig-
49 keit uneingeschränkt genießt, ist im Kapitalismus immer abhängig von Kräfteverhältnissen. Es ist die
50 imperiale Politik der Weltmächte, die vielen Menschen auf der Welt ihre Existenzgrundlage entzieht.
51 Unsere Aufgabe sehen wir als LINKE auch darin, in der deutschen Wirtschafts-, Handels- und Außen-
52 politik für eine Politik zu streiten, die den Menschen dient und Lebensbedingungen verbessert, statt
53 sie zu zerstören. Wir stellen uns ebenso gegen Auslandseinsätze und Waffenexporte, wie auch gegen
54 die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik, die mit zur verschärften Verarmung der Bevölkerungen
55 in vielen anderen Ländern beiträgt und durch die kapitalistische Produktionsweise den Klimawandel
56 befördert und Menschen die Lebensgrundlage entzieht.

57 **I. Das Recht auf Asyl**

58 Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ steht seit 1949 im
59 Grundgesetz. Dieses in der Verfassung verankerte Grundrecht ist eine Lehre aus der Geschichte. Lan-
60 ge Zeit galt dieses Asylrecht unbeschränkt.

61 DIE LINKE bekennt sich zu einem uneingeschränkten und bedingungslosen Recht auf Asyl. Das Grund-
62 recht auf Asyl wurde 1949 als Konsequenz aus Faschismus und Holocaust in das Grundgesetz aufge-
63 nommen, um damit allen Menschen in Deutschland Schutz zu bieten, die vor individueller oder kollek-
64 tiver politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Dieses Grundrecht hatte zunächst über
65 viele Jahre einen von allen Parteien und zivilgesellschaftlichen Kräften getragenen sog. „Ewigkeitssta-
66 tus.“ Als zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts allerdings aufgrund von Bürgerkriegen im
67 ehemaligen Jugoslawien eine verstärkte Flucht erfolgte und erstmalig nach dem zweiten Weltkrieg
68 auch eine vermehrte Flüchtlingseinwanderung nach Deutschland einsetzte, kamen verstärkt rassis-
69 tisch aufgeladene Debatten auf, die u.a. medial mit „Das Boot ist voll“ oder „Wir dürfen die deutsche
70 Bevölkerung nicht überfordern“-Kampagnen begleitet wurden. Nachdem 1992 mit ca. 440.000 Flücht-
71 lingen der höchste Stand von Einwanderung erreicht war, forderten zunächst CDU/CSU und rechte
72 Kräfte erstmals die Einschränkung des Asylrechts, dem auch die SPD sich nicht entziehen wollte, so
73 dass 1993 das bis dahin uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl mit dem sog. „Asylkompromiss“ wei-
74 testgehend seiner wesentlichen Substanz beraubt wurde. Durch die Einführung von sog. „Sicheren
75 Dritt- und Herkunftsländern“ wurde ab diesem Zeitpunkt allen auf dem Landweg einreisenden Flücht-
76 lingen das Recht auf Asyl in Deutschland verweigert und durch die sog. Dublin-Verordnung ermöglicht,
77 dass diese Flüchtlinge in das Land ihrer Durch- bzw. Einreise in die EU rücküberstellt wurden. Hinzu
78 kam das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz.

79 Auch wenn die Sozialleistungskürzungen des Asylbewerberleistungsgesetzes durch ein Urteil des Ver-
80 fassungsgerichts wieder gekippt wurden, haben wir faktisch derzeit nur noch ein verstümmeltes Asyl-
81 recht.

82 Wir treten ein für:

- 83 1. Für DIE LINKE ist das Recht auf Asyl eine Lehre aus der Geschichte. Wir verteidigen dieses Recht
84 an jedem Ort und wir streiten dafür, dass dieses Grundrecht vollständig wieder hergestellt wird.
- 85 2. DIE LINKE lehnt das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten ebenso wie das der sicheren Dritt-
86 staaten ab. Debatten um Obergrenzen lehnen wir ebenso strikt ab.
- 87 3. Das Asylrecht darf nicht nur greifen, wenn eine unmittelbare persönliche politische Verfolgung
88 vorliegt. Es muss auch für Menschen gelten, die aufgrund der politischen Situation in den Her-
89 kunftsstaaten oder durch den Klimawandel potentiell bedroht sind.
- 90 4. Wir kämpfen für eine Welt, in der niemand gezwungen ist zu fliehen. Deshalb beziehen wir jeder
91 Zeit Stellung gegen die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik, die Menschen in Armut und Elend
92 treibt. Zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Waffenexporten sagen wir NEIN.

93 **II. Zuwanderung und Einwanderungsgesetz**

94 Zurzeit wird viel über ein angebliche notwendiges Einwanderungsgesetz diskutiert. Ein Einwande-
95 rungsgesetz dient dem Staat, Einwanderung zu steuern und nach Bedarf auch zu begrenzen. Deutsch-
96 land ist ein Land mit einer langen Geschichte der Einwanderung. Deutschland ist ein traditionelles
97 Einwanderungsland. Bereits im Deutschen Reich, in der Weimarer Republik und später in der Bundes-
98 republik Deutschland hat es immer Migrant*innen gegeben.

99 Durch diverse Anwerbeabkommen mit verschiedenen Ländern wurde in 1950 – 70er Jahren des letz-
100 ten Jahrhunderts Einwanderung bewusst gefördert. Es ging dabei um den Zuzug von Arbeitskräften im
101 Interesse einer boomenden Wirtschaft, aber auch um Lohndumping und damit um eine Einschränkung
102 der Kampfkraft der Lohnabhängigen.

103 Während bürgerliche und neoliberale Parteien das Thema Einwanderung immer unter dem Aspekt der
104 (ökonomischen) Nützlichkeit diskutieren, darf dies keine Grundlage für eine Diskussion in der LINKEN
105 sein.

106 Erst kürzlich hat die SPD einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der u.a. diese
107 Orientierung enthält: „Das Einwanderungsgesetz führt ein Punktesystem ein, das die Einwanderung
108 von Arbeitskräften nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes steuert und gestaltet. Es
109 richtet sich an qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder zur
110 Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einwandern. Es wirbt bei ausländischen Fachkräften mit attrakti-
111 ven Rahmenbedingungen (durch die Öffnung für Nichtakademikerinnen und -akademiker, den Verzicht
112 auf ein Mindestgehalt, die Abschaffung der zeitraubenden Vorrangprüfung, eine erleichterte Anerken-
113 nung der Abschlüsse in Deutschland, den Nachzug der Kernfamilie und eine schnelle Niederlassungs-
114 erlaubnis), beinhaltet aber gleichzeitig Steuerungselemente, um sowohl die Einwanderungskriterien
115 als auch das Einwanderungskontingent flexibel den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes an-
116 anpassen zu können“ (Drucksache 19/44 vom 08.11.2017). Diese SPD-Position unterscheidet sich
117 grundsätzlich nicht mehr von entsprechenden Positionen von CDU/CSU, FDP oder der Grünen.

118 Dies ist keinesfalls unser Ansatz und deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

119 Es gibt aber auch Stimmen in der LINKEN, die meinen, dass wir nun mit einem eigenen Einwande-
120 rungsgesetz dem etwas entgegenstellen müssen. Die vorgelegte „Konzeption“ für ein linkes Einwande-
121 rungsgesetz versucht zwar mit der Logik der ökonomischen Nützlichkeit zu brechen, bricht jedoch
122 nicht mit den gegebenen Verhältnissen. Auch deshalb sehen wir dieses Vorhaben kritisch.

123 Wir sprechen uns sowohl aus inhaltlichen als auch aus strategischen Gründen dagegen aus, ein eige-
124 nes linkes Einwanderungsgesetz zu formulieren. Denn die Debatte um ein Einwanderungsgesetz ist
125 nicht unsere. Ein Einwanderungsgesetz regelt immer auch, wer nicht kommen darf und wer abgeschot-
126 ten wird.

127 Unsere Aufgabe als LINKE sehen wir auch darin, lohnabhängigen und erwerbslosen Menschen, unab-
128 hängig von nationalen, religiösen oder ethischen Grenzen, zu einem gemeinsamen Kampf für soziale
129 Errungenschaften zusammen zu bringen. Hierfür wollen wir diskriminierende und ausschließende Reg-
130 lementierungen überwinden.

131 Alle Menschen sind gleich viel wert - völlig unabhängig von Nationalität, Religion, Herkunft, Ge-
132 schlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung. Als Linke beziehen wir uns auf diese humanis-
133 tische philosophische Tradition. Wie kann man dann einigen eine Einreise erlauben, anderen verwei-
134 gern oder sie gar deportieren?

135 Wenn alle Menschen gleich viel wert sind, dann hat jede*r das Recht, in Wohlstand und Frieden zu
136 leben. Wie können wir dann Menschen verweigern, sich dort niederzulassen, wo sie ein besseres Le-
137 ben erwarten? Vor allem, wenn sie selbst für die Umstände nicht verantwortlich sind: „Die Menschen
138 machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstge-
139 wählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (Karl
140 Marx)

141 Wir halten fest:

- 142 1. Ein Einwanderungsgesetz ist ein mögliches Instrument von Kapitalfraktionen, um ihre Interessen
143 durchzusetzen und Einwanderung auf für die kapitalistische Verwertungslogik nützliche Menschen
144 zu begrenzen. Wir lehnen eine Begrenzung wie auch eine Unterscheidung nach Nützlichkeit ab.
- 145 2. Einwanderung und Migrationsbewegungen sind Ausdruck der herrschenden Kräfteverhältnisse im
146 Kapitalismus. Sowohl die Frage, wer gezwungen ist zu immigrieren, als auch die Frage, wer das
147 Recht auf Freizügigkeit genießt, hängt von diesem Kräfteverhältnis im Widerspruch zwischen Arbeit
148 und Kapital ab. Es muss also darum gehen, dieses Kräfteverhältnis zu verändern.
- 149 3. Das derzeitige geltende Zuwanderungsrecht ist ausgesprochen restriktiv und geht mit einem Nützlichkeitsrassismus gegenüber potentiell Zuwandernden einher. Wir bleiben dabei: Gesetze, die Einreise- und Beteiligungsmöglichkeiten einschränken, lehnen wir ab.
- 150 4. Während wir uns der grenzenlosen Freizügigkeit von Waren und Kapital entgegenstellen, verteidigen wir das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen. DIE LINKE ist für das Recht zu kommen, das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen. Wir lehnen Abschiebungen von Geflüchteten ab.
- 151 5. Ein eigenes „Linkes Einwanderungsgesetz“ lehnen wir aus diesen Erwägungen ab. Stattdessen stellen wir den Kampf gegen diskriminierende Sondergesetze (z.B. das Ausländer Aufenthaltsgesetz) in den Mittelpunkt der Debatte und treten ein für grundsätzliche Erleichterungen bei Einreise und Einbürgerung. Ein Einwanderungsgesetz dient lediglich dem Zweck Einwanderung nach bestimmten Kriterien zu fördern oder einzuschränken. Unsere Aufgabe als LINKE ist es nicht, Einwanderung unter bestimmten Aspekten zu fördern oder gar zu regulieren. Im Gegenteil, unsere Aufgabe ist der Kampf gegen vorhandene restriktive Reglementierungen, gegen die Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Wir treten ein für eine an Menschenrechten, Freizügigkeit und Klasseninteressen orientierte Integrationspolitik.

165 Wir treten ein für:

- 166 1. Abschaffung aller Beschränkungen, die Menschen vom Aufenthalt in diesem Land und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren.
- 167 2. Erleichterung der Einbürgerung, Abschaffung von Fiktionsbescheinigungen und Kettenduldungen, vor allem die vereinfachte Einbürgerung von Menschen, die seit über fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Uneingeschränkte Möglichkeit der mehrfachen Staatsbürgerschaft.
- 168 3. Amnestie für alle sich nach geltendem Recht illegal in Deutschland aufhaltenden Menschen.
- 169 4. Uneingeschränktes Wahlrecht für alle Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.
- 170 5. ein solidarisches und bedarfsorientiertes Weltwirtschaftssystem, das die individuellen und lokalen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt sowie auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Für einen guten Lebensstandard weltweit, der die Natur schont und Ressourcen fair verteilt.
- 171 6. die Bekämpfung von Fluchtursachen, zu denen neben Krieg und Waffenexporten auch die Ausbeutung des globalen Südens durch den Norden sowie die Klimaveränderungen zählen. Die Verbindung der Kämpfe um Umweltschutz, um gute Löhne und gegen Krieg sind essentiell für eine solidarische Welt. Diese Fluchtursachen sind international als legitime Fluchtgründe anzuerkennen und in das Asylrecht aufzunehmen.

Antrag:

G.10.

Antragsteller/innen:

KV Städteregion Aachen, LAG „Weg mit Hartz IV“ NRW, BAG Hartz IV

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Keine Anrechnung von Kindergeld auf den Regelsatz**

- 2 Familien und Alleinstehende, die mit Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben und Leis-
3 tungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, sollen das Kindergeld in vollem Umfang zusätzlich zu
4 ihren Leistungen erhalten und die bisherige Praxis einer Anrechnung auf den Regelsatz soll entfallen.
5 Die Abgeordneten der Bundestagsfraktion bringen einen entsprechenden Antrag zur Gesetzesände-
6 rung in den Bundestag ein.

Begründung:

Der „Nationale Aktionsplan: Für ein kindgerechtes Deutschland von 2005 bis 2010“ war eine Initiative der Bundesregierung; dort steht u.a. dass Kinder ein Recht haben, ohne Benachteiligung aufzuwachsen, die Realität sieht in Deutschland jedoch ganz anders aus.

Immer mehr Familien leben in Armut – Armut behindert die kindliche Entwicklung!

Die Armut nimmt in unserer Gesellschaft weiterhin zu. Hiervon sind besonders häufig Familien und Alleinerziehende betroffen. Diese Armut geht oft mit einer Bildungsarmut der Kinder einher. Das Kindergeld für die o.g. Personengruppen soll die wirtschaftliche Not der Familien und somit der Kinder im Leistungsbezug lindern und würde zumindest ansatzweise eine Chancengleichheit gewährleisten, die wir zurzeit nicht haben.

Eine Hauptgruppe der von Hartz IV verursachten Armen sind Familien und Alleinerziehende. Familien und Alleinerziehende mit drei und mehr Kindern sind besonders stark von Armut betroffen, d.h. Kinder sind in unserer Gesellschaft häufiger von Armut betroffen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, da mittlerweile jedes siebte Kind von Hartz IV Leistungen leben muss.

In Deutschland sind mehr als zwei Millionen Kinder auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Diese Leistungen sind weder auskömmlich noch dazu geeignet, die Bildung und Teilhabe zu fördern, da auch das damals so hoch gelobte Paket zur „Bildung und Teilhabe“ völlig unzureichend und die Beantragung der Leistungen schwierig ist.

Es geht bei diesem Antrag nicht zuletzt um unsere Demokratie. Dies bedeutet: Teilhabe, Gesundheit, Glück und Frieden gibt es nur dann, wenn wir uns wieder auf unser Sozialstaatsprinzip besinnen. Die Demokratie lebt von Kindern, die zu aufrechten Bürger*innen erzogen werden, und nicht von Kindern, die durch das Hartz-IV-Regime gebrochen wurden.

Wir als Partei DIE LINKE sind verpflichtet, konkrete Maßnahmen und Vorschläge zu entwickeln, Armut in unserem reichen Land zu überwinden, in jedem Fall aber zu lindern – erst recht, wenn diese Armut Kinder betrifft.

Antrag:

G.11.

Antragsteller/innen:

BAG Grundeinkommen, Edith E. Preiss, Olaf Michael Ostertag

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Wirtschaft der Zukunft denken - DIE LINKE stellt sich den Ideen der**
2 **Gemeinwohl-Ökonomie**

3 Über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen werden in vielen Teilen der Gesellschaft gedacht.
4 So werden unter den Überbegriffen „solidarische Ökonomie“ oder „Gemeinwohl-Ökonomie“ zahlreiche
5 Konzepte für eine alternative Wirtschaftsordnung diskutiert.

6 Die Feststellung, dass eine rein quantitative Steigerung („Wirtschaftswachstum“) von Waren und
7 Dienstleistungen rein gar nichts über die Lebensqualität aussagt, führt hier zu der Forderung, der
8 Maßeinheit „Bruttoinlandsprodukt“ einen „Lebensqualitätsindex“ gegenüberzustellen.

9 Auf Basis von „Gemeinwohlbilanzen“ soll auch das Steuersystem radikal umgebaut werden, sodass im
10 Sinne des sozial-ökologischen Umbaus verantwortliche Produkte verbilligt werden – und nicht nach-
11 haltige verteuert.

12 DIE LINKE verbindet mit der Bewegung für eine Gemeinwohl-Ökonomie die Zielstellung, die Kapital-
13 und Machtkonzentration aufzuheben. Die Herausforderung, die uns diese Bewegung stellt, ist: Eine
14 Wirtschaftsordnung jenseits des Kapitalismus, jedoch als Marktwirtschaft zu denken, zu beschreiben
15 und konkrete Umsetzungsvorschläge in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Dabei sind die
16 Vorstellungen dieser Bewegung für die neuen Regeln für einen genau zu definierenden Markt so
17 grundstürzend, dass sie ohne zu übertreiben revolutionär genannt werden können. Eine Wirtschaft
18 nach Maßgaben der Gemeinwohl-Ökonomie hätte mit der heutigen – zum Glück – nichts mehr zu tun.

19 DIE LINKE nimmt die aus der Bewegung für eine Gemeinwohl-Ökonomie kommenden Vorschläge auf
20 und nimmt in ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Forderungen entsprechend darauf Bezug.

21 Denn es ist Zeit, konkrete Alternativen zu benennen und zu verwirklichen.

Begründung:

Mit dem Begriff „Gemeinwohl-Ökonomie“ ist mehr als nur sozial gerechtes, umweltfreundliches und
solidarisches Wirtschaften gemeint. Auch die Menschenwürde und die demokratische Mitbestimmung
sind Bestandteil der Konzepte. Unternehmungen dieser Form des Wirtschaftens sollen und wollen der
Gesellschaft als Ganzes nutzen und von der Gesellschaft / Politik durch eine angemessene Steuerpoli-
tik unterstützt werden.

Die Frage "Wie nützlich, nachhaltig und den Zusammenhalt fördernd ist diese Unternehmung für die
Bürgerinnen und Bürger" soll zukünftig bei der Steuererhebung, Bewertung und Förderung von Betrie-
ben eine große Rolle spielen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung umfasst 2.200 Unternehmen, 160 Organisationen, 9000 Per-
sonen und 100 Regionalgruppen (Stand Juni 2017).

Den bisher größten politischen Erfolg feierte diese Bewegung auf EU-Ebene. Der Europäische Wirt-
schafts- und Sozialausschuss, ein 350-köpfiges Beratungsorgan von Kommission, Parlament und Rat,
verfasste eine sogenannte Initiativstellungnahme zur Gemeinwohl-Ökonomie, die in einem achtmona-
tigen Verfahren auf ein Zehnseitendokument kondensiert wurde. In der Abstimmung im Plenum im
September 2015 votierten 86 Prozent der Ausschuss-Mitglieder für die Gemeinwohl-Ökonomie und
ihren Einbau in den Rechtsrahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Auch im Bericht 2017 des Club of
Rome wird die Gemeinwohl-Ökonomie als gutes Beispiel vorgestellt.

Antrag: **G.12.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Mehr Transparenz und demokratische Kontrolle bei der Verteilung von**
2 **Geldauflagen in Gerichtsverfahren**

3 Wir fordern die völlige Verfolgbarkeit der Geldflüsse und eine Erhöhung der Transparenz bei der Verteilung von Geldauflagen in Gerichtsverfahren.

5 Richter*innen und Staatsanwält*innen dürfen die Gelder nur noch an gemeinnützige Einrichtungen verteilen, die auch im zentralen Verzeichnis registriert sind. Richter*innen und Angehörige dürfen
6 keinen persönlichen Vorteil durch die Zuweisung an die geldempfangenden Organisationen haben.
7

Begründung:

In Ermittlungs-, Straf- und Gnadenverfahren können Betroffenen die Zahlung von Geldauflagen auferlegt werden. Richter*innen und Staatsanwält*innen können diese Geldzahlungen entweder der Staatskasse oder gemeinnützigen Einrichtungen zuweisen.

In den Bundesländern gibt es daher zentrale Verzeichnisse, in denen gemeinnützige Einrichtungen registriert sind. Die Zuweisung kann allerdings auch an nicht registrierte Einrichtungen erfolgen. Dazu kommt, dass diese nicht einmal steuerrechtlich als gemeinnützig anerkannt sein müssen. Sie sind auch nicht dazu verpflichtet, eine Meldung über den zugewiesenen Betrag oder die Verwendung des Geldes abzugeben.

Da es keine einheitliche verpflichtende Regelung zur Offenlegung der Zuweisungen gibt, ist die genaue Summe aller zugewiesenen Auflagen schwer zu ermitteln. Allerdings wurden nach dem Recherchezentrum CORRECTIV von 2007-2014 mehr als 350 Millionen Euro von Richter*innen zugewiesen. Im Jahr 2016 waren es allein schon mehr als 100 Millionen Euro.

Die Entscheidung über die Gelderverteilung obliegt nur den Richter*innen und Staatsanwält*innen. Die Nichtregelung des Empfänger*innenkreises, des Verteilungsschlüssels und der Veröffentlichung der zugewiesenen Gelder führt zur völligen Intransparenz und öffnet das Tor für Korruption, Vetternwirtschaft und Missbrauch.

Unser Antrag verfolgt das Ziel, ein gerechteres Verteilungssystem zu schaffen, bei dem die Gelder von den Richter*innen und Staatsanwält*innen einem Sammelfonds zugewiesen und nach einem bedarfsgerechten Schlüssel verteilt werden. Die Bundestagsfraktion sollte im Falle der Antragsannahme initiativ werden, z.B. durch eine Anfrage im Bundestag und im Weiteren durch parlamentarische Initiativen, die im Antragssinne mehr Transparenz und demokratische Kontrolle bei der Verteilung von Geldauflagen in Gerichtsverfahren verfolgt.

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 18. April 2018

Antrag:

G.13.

Antragsteller/innen:

AG Cuba Si, Wolfgang Gehrcke, Harri Grünberg,
Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Frieden in Europa – Schluss mit der Gewalt in Syrien und im Nahen Osten**
2 **– Abrüstung in der Welt**

3 Die Raketenangriffe der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Syrien haben die Menschheit er-
4 neut an den Rand eines weltweiten Krieges gebracht. Ein unmittelbares militärisches Aufeinandertref-
5 fen in Syrien zwischen den USA und Russland war und ist nicht ausgeschlossen.

6 Die Angriffe auf Syrien waren völkerrechtswidrige Kriegshandlungen und nicht – wie die Bundesregie-
7 rung behauptet – eine berechtigte Strafe gegen Syrien.

8 Bis heute ist nicht aufgeklärt, ob, wie behauptet, Giftgas in Syrien eingesetzt worden ist. Das Völker-
9 recht gilt weltweit. Die Charta der Vereinten Nationen und die Charta der Menschenrechte verbieten
10 die Androhung von Gewalt, erst recht den Einsatz von Gewalt.

11 Das besonnene Vorgehen Russlands in diesem Konflikt, der Verzicht auf eine adäquate militärische
12 Antwort auf die Aggression der USA, Frankreichs und Großbritanniens haben in letzter Minute eine
13 Eskalation der Gewalt verhindert. In diesem Sinne ist Russland für DIE LINKE Partner und nicht Geg-
14 ner.

15 Wir haben nicht vergessen, dass die Befreiung Europas und damit auch die Befreiung Deutschlands
16 vom Faschismus die Tat der Roten Armee und der Anti-Hitler-Koalition war. 27 Millionen Bürgerinnen
17 und Bürger der Sowjetunion und 6,5 Millionen europäische Jüdinnen und Juden wurden Opfer des
18 barbarischen Gewaltsystems, das den Namen unseres Landes trägt. DIE LINKE tritt ein für gute Nach-
19 barschaft zu Russland, für die Sicherheit Israels und den Frieden im Nahen Osten.

20 Gute Nachbarschaft erfordert in Europa eine Zusammenarbeit mit Russland, die Aufhebung der Sank-
21 tionen gegen Russland, den Abzug der Bundeswehr von der russischen Westgrenze und den Verzicht
22 unseres Landes auf weitere Aufrüstung. Gute Nachbarschaft zu Russland bedeutet, Städtepartner-
23 schaften auszubauen, Jugendbegegnungen zu verstetigen und in der Öffentlichkeit für eine Verbesse-
24 rung des politisch-kulturellen Klimas zu Russland zu werben.

25 Gute Nachbarschaft zu Russland eröffnet einen Weg für einen gemeinsamen politischen, sozialen und
26 wirtschaftlichen Raum von Wladiwostok bis Lissabon. Russland gehört zu Europa, nicht nur geogra-
27 fisch, sondern auch kulturell, politisch und sozial. Die ständigen Versuche, Russland zu isolieren, müs-
28 sen aufgegeben werden. Eine notwendige Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen
29 Union könnten in diesem Sinne einer weiteren Spaltung Europas entgegenwirken.

30 Der gemeinsame Raum zwischen Wladiwostok und Lissabon sollte Schritt für Schritt demilitarisiert
31 werden. Europa muss perspektivisch ein Kontinent ohne Massenvernichtungswaffen werden. Beste-
32 hende Konflikte in Europa wie der Ukraine-Konflikt, bestehende Differenzen zum Status der Krim, Kon-
33 flikte auf dem West-Balkan und sogenannte eingefrorene Konflikte wie z.B. der Konflikt um Berg-
34 Karabach, Transnistrien u.a. müssen ausschließlich diplomatisch und dürfen nicht militärisch gelöst
35 werden. Deutschland sollte – soweit gewünscht – eine Vermittlungsrolle in diesen Konflikten einneh-
36 men, auch das erfordert einen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik. Nicht Verhärtung der deut-
37 schen Haltung zu Russland und weitere Aufrüstung dürfen die deutsche Außenpolitik bestimmen, son-
38 dern Deutschland muss aktiv für Frieden und Abrüstung wirken. Deutschland erklärt sein Nein zum
39 zweiprozentigen Aufrüstungsziel der NATO, scheidet aus den militärischen Strukturen der NATO aus
40 und setzt sich für eine Überwindung der NATO durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ein-
41 schließlich Russlands ein. DIE LINKE widerspricht der Militarisierung der Europäischen Union und wird
42 sich in diesem Sinne nicht an EU-Militärmaßnahmen beteiligen. DIE LINKE verpflichtet sich der Abrüs-
43 tung und dem Völkerrecht und will als Partei der Abrüstung und des Völkerrechts politisch agieren.

44 Für die Sicherheit unseres Landes und Europas ist es unverzichtbar, die Atomwaffen der USA aus
45 Deutschland abzuziehen und die US-Garnisonen in Ramstein und anderswo zu schließen.
46 Die Verpflichtung, dass von deutschem Boden kein Krieg ausgehen darf, heißt auch, nicht zuzulassen,
47 dass die NATO und die USA von deutschem Boden aus Krieg führen.

48 Der Parteitag der Partei DIE LINKE ruft die ganze Partei auf, die Unterschriftensammlung der Frie-
49 densbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten: Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das
50 Gebot der Stunde.“ mit aller Kraft zu unterstützen und beschließt, als Teil der Friedensbewegung den
51 1. September dieses Jahres als Aktionstag der Verständigung mit Russland zu begehen.

52 Der Parteitag der Partei DIE LINKE bestärkt ihre Bundestagsfraktion in ihrer Haltung, keinem Aus-
53 landseinsatz der Bundeswehr zuzustimmen, die Bundeswehr sofort aus bestehenden Konflikten zu-
54 rückzuziehen und dafür zu wirken, dass aktuelle Konflikte nicht durch militärische Maßnahmen belas-
55 tet werden.

56 Der Parteitag der Partei DIE LINKE tritt für eine friedliche Lösung des Syrien-Konfliktes ein, bestärkt
57 den UN-Sonderbeauftragten Staffan de Mistura in seiner Arbeit und fordert die Türkei auf, ihre Ag-
58 gressionen gegen Kurdinnen und Kurden zu beenden.

Antrag:

G.14.

Antragsteller/innen:

Sabine Leidig (Hessen), Caren Lay (Sachsen), Luigi Pantisano
(BaWü), Harald Wolf (Berlin), Dagmar Uhlig (BaWü)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Nulltarif für Bus und Bahn als Offensive für eine sozial und ökologisch**
2 **gerechte Verkehrswende**

3 Wir wollen soziale und ökologische Mobilität für alle – mit weniger Verkehr. Es geht um unsere Le-
4 bensqualität, um soziale Teilhabe und um noch mehr: Der fortschreitende Klimawandel bedroht die
5 Lebensgrundlage vieler Menschen und wird vom Verkehr befeuert. Um Öl werden Kriege geführt, Roh-
6 stoffe wie Eisenerz oder Lithium werden unter zerstörerischen Bedingungen geplündert, für „Bio“-Sprit
7 wird Ackerland missbraucht Die herrschenden Verkehrsverhältnisse gehen auf Kosten der Armen –
8 hier und im globalen Süden. Daran wird sich nichts ändern, wenn künftig die Motoren elektrisch sind
9 und die Kfz autonom fahren.

10 DIE LINKE streitet für eine gerechte Verkehrswende. Der motorisierte Individualverkehr (MiV) kann
11 und muss deutlich reduziert werden. Geschwindigkeitsbegrenzung und viel geringere Emissionsgrenz-
12 werte sind nötig und Ersatz für fossile Brennstoffe bei Bussen, Taxen und car-Sharing-Fuhrparks.

13 Wir machen uns für Alternativen stark. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Umweltinitiativen. Für
14 Ausbau der Bahn in der Fläche und für öffentlichen Nahverkehr der überall in Stadt und Land verläss-
15 lich und in gutem Takt zur Verfügung steht. Für attraktive Arbeit im öffentlichen Verkehr.

16 **Im Zentrum steht: „Nahverkehr für alle“ und schrittweise zum Nulltarif**

17 Unser mittelfristiges Ziel ist ein bundesweiter ÖPNV-Nulltarif und die Halbierung des Autoverkehrs.
18 Nur so können wir die klimapolitischen Versprechen einhalten und Lebensqualität in den Städten
19 merklich verbessern. Dafür hat DIE LINKE einen Stufen-Plan vorgelegt. Wir starten mit drei Paketen:

20 **1) Modellprojekte**

21 für einen ÖPNV zum Nulltarif ab 2019 in den 15 Städten, die von besonders hoher Stickoxid- und
22 Feinstaub-Belastung betroffen sind. Die Kommunen werden in die Lage versetzt, eine Nahverkehrsab-
23 gabe für Unternehmen einzuführen. Der Bund unterstützt die Modellstädte mit Förderung von bis zu
24 90 Prozent. Die Erfahrungen werden ausgewertet und verallgemeinert.

25 **2) Ausbau des ÖPNV**

26 Jährlich werden 8 Milliarden Euro in bundesweite Sofortmaßnahmen zum Ausbau und zur Verbesserung der Qualität von Bus und Bahn investiert: Vor allem in ländlichen Räumen und in Metropolregionen mit vielen Pendler*innen: Für dichtere Takte, mehr Personal, Qualifizierung und bessere Bezahlung.
29

30 **3) „Freie Fahrt für Kinder & Jugendliche in Bus & Bahn“:**

31 Alle Menschen unter 18, Schüler*innen Azubis und Hartz-4-Betroffene fahren ab 1.1.2019 zum Nulltarif. Diese Kosten übernimmt der Bund vollständig.
32

33 **Geld ist genug da - Umverteilung ist möglich und nötig!**

34 Bei einem flächendeckenden konsequenten Nulltarif müssten jährlich rund 11 Milliarden Euro Einnahmeverluste aus Fahrscheinverkäufen im ÖPNV ersetzt werden. Hinzu kommen bis zu 5 Milliarden Euro pro Jahr für den Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur. Insgesamt 16 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Bus und Bahn. Aber eigentlich kein Problem:
37

38 Wir fordern, dass endlich die Subventionen von Dieseltreibstoff beendet wird: derzeit 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Auch die Steuervorteile für Dienstwagen sind zu streichen: 3 Milliarden Euro jährlich. Dazu rund 1 Milliarde Zuschüsse für Elektroautos, die den Autokonzernen zufließen und in den ÖPNV umgeleitet werden müssen.
41

42 Außerdem fordern wir eine Sonderabgabe der Automobilindustrie, zweckgebunden als „Abgabe zur Verbesserung der Luftqualität“: fünf Jahre lang je 4 Milliarden. Laut Straßenverkehrsgesetz kann „das Feilbieten nicht genehmigter Fahrzeuge“ mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden. (Bei mindestens 5 Millionen illegalen Diesel-PKW also rund 25 Milliarden Euro Strafe, die bei den Profiteuren einzutreiben sind).
46

47 Im Übrigen sparen die Kommunen mit der angestrebten Verlagerung vom MiV auf den Umweltverbund schon alleine dadurch Geld ein, da ÖPNV, Fuß- und Fahrradverkehr deutlich geringere Kosten verursachen als der Autoverkehr. Der Autoverkehr hat den geringsten Kostendeckungsgrad und kostet die öffentliche Hand rund das Dreifache des ÖPNV; der Fuß- und Fahrradverkehr ist nochmals deutlich günstiger.¹
51

52 Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit für die Kommunen wäre eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen. Die sind Nutznießer des ÖPNV: Beschäftigte und Kund*innen können mit dem öffentlichen Verkehr anreisen und Kosten für Parkplätze entfallen.
54

55 **Fuß- und Fahrradgerechtigkeit gehört dazu**

56 Auch die Bedingungen für Fuß und Fahrrad müssen deutlich verbessert werden. Schließlich handelt es sich dabei um die umweltfreundlichste und preiswerteste Fortbewegung. Für umwelt- und menschengerechte Verkehrsverhältnisse spielt das alltägliche Fahrradfahren eine wesentliche Rolle; die meisten Wege - sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum - sind kürzer als 10 Kilometer.
59

60 Für Massenmotorisierung wurden hunderte Milliarden in autogerechte Straßen investiert. Das Verkehrsrecht wurde aufs Auto ausgerichtet und das Fahrrad an den Rand gedrängt. Das wollen wir ändern und den Straßenraum umverteilen.
62

63 Fuß- und Fahrradgerechtigkeit ist Teil der sozialökologischen Verkehrswende: Sichere Fuß- und Fahrradwege auf allen Straßen, Kinder die wieder alleine zur Schule radeln und entspannte Fußwege sind unser Ziel. Tempo 30, echte Strafen für „Gefährder“ und Verkehrsregeln, die Autos nicht bevorzugen, all das kann dazu beitragen.
66

67 Und ein „Verkehrswendefonds“, mit dem der Bund den Kommunen Geld für den Umbau zur Verfügung stellt, anstatt noch mehr Autobahnen zu bauen
68

69 **Die Verkehrsverhältnisse zum Tanzen bringen**

70 Mit dem „Dieselskandal“ kam Bewegung in die Diskussion um die Zukunft der Verkehrspolitik. In eini-
71 gen Städten drohen Fahrverbote, weil die Kommunen für den Gesundheitsschutz der Bewohner*innen
72 gerichtlich verantwortlich gemacht werden. Die Bundesregierung überraschte mit dem Vorschlag,
73 Nulltarif in einigen konkret benannten Städten einzuführen – für weniger Autoverkehr (vorgetragen in
74 einem Brief an die EU-Kommission, um eine Klage wegen Nichteinhaltung der Stickoxid-Grenzwerte
75 abzuwenden).

76 Mit dem Volksentscheid Fahrrad Berlin wurde gezeigt, dass notwendige Veränderungen von unten
77 angestoßen und durchgesetzt werden können; „Changing Cities e.V.“ unterstützt jetzt deutschland-
78 weit Initiativen und Projekte für nachhaltige Mobilität und lebenswerte Städte dabei, genauso erfolg-
79 reich zu sein.

80 Und 71 Prozent der Bevölkerung finden den Vorschlag gut, „den öffentlichen Fern- und Nahverkehr
81 aus ökologischen und verkehrspolitischen Gründen ab 2020 kostenfrei zu machen“. ²

82 Es gibt also Rückenwind; den wollen wir nutzen!

83 **Der Parteitag beschließt:**

- 84 1. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Einführung von Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr als
85 zentralen Baustein für eine sozial-ökologische Verkehrswende und wird sich auf allen Ebenen da-
86 für einsetzen
- 87 ▪ mit Beschlüssen und Bundesratsinitiativen aus den Ländern mit unserer Regierungsbeteili-
88 gung,
 - 89 ▪ mit Anträgen in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen und im Bundestag.
 - 90 ▪ mit Ratschlägen und Veranstaltungen zur Vernetzung von Aktiven
 - 91 ▪ mit eigenen Materialien und Aktionen in der Öffentlichkeit
- 92 2. Der Parteivorstand soll eine „Aktionswoche Nulltarif“ vorbereiten, in der interessierte Kreisver-
93 bände bei lokalen Aktionen unterstützt werden.

Der Antrag wird unterstützt von folgenden Genossinnen und Genossen, darunter mindestens* 25 De-
legierte und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme:

Gökay Akbulut (MdB, Baden-Württemberg), Ludwig Baumgarten (Bayern), Max Becker (Sachsen), Herbert Beh-
rens (Delegierter, Niedersachsen), Marco Böhme (Delegierter, Sachsen), Èric Bourguignon (Delegierter, Bayern),
Christopher Colditz (Delegierter, Sachsen), Matthias Ehm (Delegierter, Baden-Württemberg), Katalin Gennburg
(Berlin), Stefan Hartmann (Sachsen), Lisa Hofmann (Delegierte, Hessen) Kerstin Kassner (MdB, Delegierte,
Mecklenburg-Vorpommern), Achim Kessler (MdB, Delegierter, Hessen), Andrea Kubank (Delegierter, Sachsen),
Johannes König (Bayern); Silvio Lang (Sachsen), Paul Lehmann (Bayern), Gesine Löttsch (MdB, Delegierte, Berlin),
Cornelia Möhring (MdB, Schleswig-Holstein), Niema Movassat (MdB, Nordrhein-Westfalen), Felix Muster (Dele-
gierter, Sachsen), Luise Neuhaus-Wartenberg (Delegierte, Sachsen), Johannes Osmayer (Delegierter, Sachsen),
Sören Pellmann (MdB, Delegierter, Sachsen), Ingrid Remmers (MdB, Nordrhein-Westfalen), Martina Renner
(MdB, Thüringen), Simone Rost (Delegierte, Hessen), Niklas Schenker (Delegierter, Berlin), Mirko Schultze (Dele-
gierter, Sachsen), Petra Sitte (MdB, Sachsen-Anhalt), Johanna Tiarks (Delegierte, Baden-Württemberg), Marika
Tändler-Walenta (Delegierte, Sachsen), Dagmar Uhlig (Delegierte, Baden-Württemberg), Harald Weinberg (MdB,
Bayern), Katrin Werner (MdB, Rheinland-Pfalz)

(* - Bis Redaktionsschluss lagen noch nicht aus allen Kreisverbänden die Namen der gewählten Delegierten vor.)

¹ Prof. Carsten Sommer u. a.: NRVP – Kostenvergleich zwischen Radverkehr, Fußverkehr, Kfz-Verkehr und ÖPNV
anhand von kommunalen Haushalten, Universität Kassel 2015

² Infratest-dimap, Januar 2018

Antrag:

G.15.

Antragsteller/innen:

Christine Buchholz, Ates Gürpınar, Kerstin Köditz, Martina Renner, Amira Mohamed Ali, Jan van Aken, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Ulrike Eifler, Nicole Gohlke, Ulla Jelpke, Cornelia Kerth, Achim Kessler, Jules El-Khatib, Caren Lay, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller, Thomas Nord, Sören Pellmann, Dirk Spöri, Friedrich Straetmanns, Hartmut Thuleweit, Katrin Werner, Gerd Wiegel, Ulrich Willken

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gegen Rassismus und rechte Hetze - unsere Alternative heißt soziale**
2 **Gerechtigkeit!**

3 Wir erleben derzeit einen gesellschaftlichen Rechtsruck. Rechte Organisationen und Parteien gewinnen zunehmend an Einfluss. Die Kräfteverhältnisse verschieben sich, antirassistische Tabus brechen. Rechte Gewalt nimmt neue Ausmaße an. Rechte Aufmärsche sind an der Tagesordnung. Mit der Normalisierung der AfD geht zugleich eine Radikalisierung einher.

7 Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten sitzen mit dem Einzug der AfD auch wieder Nazis im Bundestag. Die AfD ist keine normale, demokratische Partei. Die AfD schürt Rassismus gegen Geflüchtete und Muslim*innen, macht sie für alle gesellschaftliche Übel verantwortlich - von Armut bis sexueller Gewalt. Sie ist die geistige Brandstifterin von tausenden von rechten Angriffen auf Geflüchtete, Muslime und andere. Die AfD gibt vor, die Rechte von Jüdinnen und Juden zu verteidigen und hat zahlreiche Antisemiten in ihren Reihen. Sie stellt das Gedenken und die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Frage und propagiert einen völkischen Nationalismus.

14 Die AfD spielt sich als Hüterin von Frauenrechten auf, nur um Rassismus zu verbreiten, und stellt gleichzeitig die erkämpften Rechte von Frauen in Frage. Sie bekämpft das linke Erbe der 1968er- Bewegung und will die Zeit wieder in die 1940er und 50er Jahre zurückdrehen.

17 Sie gibt sich als Partei der kleinen Leute aus, macht aber tatsächlich Politik für Besserverdienende und Vermögende.

19 Die AfD ist der Kristallisationspunkt der extremen Rechten in Deutschland und entwickelt sich immer weiter nach rechts. Nationalisten, Rassisten, Antisemiten und Holocaust-Leugner haben erneut Auftrieb und nun eine Plattform – auch in vielen Parlamenten. Es gibt keine Abgrenzung mehr nach rechts außen: Das Parteiausschlussverfahren gegen Höcke wurde demonstrativ fallen gelassen. Die zahlreichen Nazi-Skandale in der Partei haben keinerlei Folgen. Der neofaschistische „Flügel“ wird vom national-konservativen Teil der AfD akzeptiert und kann in der Partei ungestört aufbauen und setzt vermehrt auf Straßenmobilisierungen – mit Pegida, den Identitären und Neonazis. Das ist brandgefährlich.

27 **Den Rechtsruck stoppen!**

- 28 ■ Die AfD hat in uns ihre entschiedenste Gegnerin. Wir wenden uns gegen die Normalisierung der
29 AfD. Wir bekräftigen die Beschlüsse von Parteivorstand und Bundestagsfraktion und treten öffentlich für einen Kurs der strikten Abgrenzung ein, der im Idealfall in einer politischen Isolierung der
30 AfD endet. Gegen den Rechtsruck brauchen wir viele, massenhafte und breite Proteste, um AfD
31 und rechte Ideologie zurückzudrängen.
- 32 ■ DIE LINKE bietet den alten und neuen Hetzern Paroli – in den Parlamenten und auf den Straßen –
33 ob in der Stadt oder auf dem Land, ob in Kandel oder in Berlin: DIE LINKE mobilisiert breit gegen
34 rechte Aufmärsche und Aktivitäten.
- 35 ■ Wir klären auf gegen rechte Parolen. Geflüchtete, Muslime oder Juden dürfen nicht zu Sünden-
36 böcken für Probleme werden, die ihre Ursache im Kapitalismus haben. DIE LINKE beteiligt sich weiterhin an der Bündnis-Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“, an den Stammtischkämpferausbildungen, der Aufklärungskampagne gegen rassistische Parolen.

- 40 ▪ Wir unterstützen zudem die Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg am 30. Juni
41 2018. Denn die AfD will den Parteitag nutzen, um im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern ihre
42 rechte Hetze zu verbreiten. Wir wollen ein sichtbares, buntes Zeichen des Protests und der Solidari-
43 tät dagegen setzen.
- 44 ▪ Wir beteiligen uns an der Aktionskonferenz von „Aufstehen gegen Rassismus“ vom 31. August bis
45 zum 2. September in Frankfurt am Main, um uns bundesweit im Bündnis mit anderen über Strate-
46 gien gegen Rechts auszutauschen und zu vernetzen. Wir unterstützen den „Rock gegen Rechts“ am
47 1. September in Frankfurt am Main, der von einem breiten Bündnis organisiert wird.
- 48 ▪ Wir kämpfen für ein starkes Ergebnis der LINKEN bei den Landtagswahlen in Bayern am 14. Okto-
49 ber und in Hessen am 28. Oktober. Und wir kämpfen gemeinsam mit vielen für eine Niederlage der
50 AfD.
- 51 ▪ Bei den Europawahlen sowie den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in Bremen, Branden-
52 burg, Thüringen und Sachsen 2019 stehen wir angesichts des Aufstiegs von rechten Parteien in
53 vielen Ländern Europas für grenzenlose Solidarität gegen Neoliberalismus und Ausgrenzung.
54 Unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit – gegen Rassismus und rechte Hetze!

Antrag:

G.16.

Antragsteller/innen:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Impfpflicht**

2 Wir fordern eine allgemeine Impfpflicht für die dringenden Impfeempfehlungen des Robert-Koch-
3 Instituts für alle Kinder bis 14 Jahren, für die nicht gegenteilige medizinische Indikationen vorliegen,
4 und die Einführung eines Ordnungswidrigkeitentatbestands für alle Eltern, die vorsätzlich oder fahrläs-
5 sig gegen diese Pflicht verstoßen.

Begründung:

Röteln, Mumps, Pocken und Tetanus - dies alles sind Krankheiten, die heute - zumindest in westlichen Industriestaaten - kaum noch vorkommen. Das hat einen guten Grund. Gegen alle diese Krankheiten besteht ein effektiver Impfschutz. Alle diese schrecklichen Krankheiten wurden nach und nach systematisch weitgehend ausgerottet. Dies ist ein enormer medizinischer Fortschritt, der allein im Bereich der Tetanusinfektion geschätzt in Deutschland mehreren hundert Menschen jährlich das Leben rettet. Diesen Fortschritt zu verkennen, wäre töricht. Es gibt allerdings dennoch viele nicht geimpfte Personen, insbesondere Kinder sind oft mangelhaft geschützt. Dies weist das Robert-Koch-Institut (RKI) in seinen jährlich erscheinenden Publikationen deutlich nach. So gibt es Landkreise in der Bundesrepublik, in denen über 30 Prozent der 2-Jährigen nicht gegen Masern, also eine im schlimmsten Fall, vor allem für Kinder, tödliche Krankheit, geschützt sind. Bei anderen Krankheiten liegen die Impfquoten teilweise noch deutlich niedriger. Dies hat vielfältige Gründe. Zum einen herrscht in der Bevölkerung teilweise schlichtes Unwissen über die Gefahren einer solchen Krankheit, hier leistet die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gute und unerlässliche Aufklärungsarbeit, hier ist ein weitergehender politischer Auftrag lediglich in der Erhöhung der Mittel zu sehen. Zum anderen gibt es tief sitzende Vorurteile gegen das Impfen als solches. Eines der bekannteren, ist die Mär von sogenannten Impfschäden. Hierbei sollen den Impfstoffen tatsächlich zugesetzte Additive, um die gewünschte Immunreaktion zu provozieren und zu verstärken, wie z.B. Aluminiumverbindungen, zu langfristigen Hirnschäden und teilweise zum Tod führen. Allerdings gibt es weltweit keinen einzigen, wissenschaftlich einwandfrei nachgewiesenen Fall und auch nur ein knappes Dutzend Verdachtsfälle, weltweit, lediglich kurzzeitige Folgen wie Hautrötungen oder Fieber sind belegt. Hier hilft nur konsequente Aufklärungsarbeit und eine Impfpflicht für alle Kinder, deren Immunsystem dafür empfänglich ist. Denn eine Impfung schützt schließlich nicht nur den oder die Geimpfte*n, sondern alle Menschen,

die eine Impfung nicht vertragen. Dies sind vor allem Kinder mit Schilddrüsenunterfunktionen, Leberschäden oder ähnlichem.

Warum 14 Jahre? Die Strafmündigkeit und die Religionsmündigkeit, das heißt das Alter, mit dem die Konfession frei gewählt werden kann, liegen derzeit bei 14 Jahren. Es ist davon auszugehen, dass Kinder ab diesem Alter grundlegende ethische Entscheidung selbst treffen und Folgen und Risiken ihres Handelns relativ gut abschätzen können.

Antrag:

G.17.

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für eine konsequent internationalistische Linke**

2 Der rechte Zeitgeist ist weit in die sogenannte bürgerliche Mitte vorgedrungen: Migrant*innen und
3 Geflüchtete erleben in der Bundesrepublik täglich rassistische Ressentiments und fremdenfeindliche
4 Angriffe, die AfD feiert als rechtsextreme Partei mit immer stärker national-kollektivistischer Prägung
5 einen Erfolg nach dem anderen und die bürgerlichen Parteien eifern diesen Erfolgen nach, indem sie
6 sich inhaltlich und rhetorisch der AfD annähern. Volkstümelei und ein Besinnen auf das „gute alte“
7 Deutschland sollen dem Vormarsch der rechten Partei Einhalt gebieten – ein Kurs, der sich nicht be-
8 währt hat, wie vergangene Wahlergebnisse und aktuelle Wahlrends zeigen.

9 Gleichzeitig wird von rechts die Angst vor offenen Grenzen und der Internationalisierung geschürt.
10 Ökonomischer Protektionismus – immer wieder gewürzt mit einer großzügigen Prise (kultur-) rassisti-
11 scher Ressentiments – wird als sicheres Gegenmodell zur Globalisierung verkauft, der Nationalstaat
12 als sicherer Hafen. Dabei bedienen AfD und Konsorten teilweise berechtigte soziale Ängste, indem sie
13 mehr oder weniger direkt behaupten, nur der Nationalstaat könne soziale Sicherheit garantieren –
14 Migration, Europäisierung und Globalisierung gefährden dieser Argumentation zufolge auch den Sozi-
15 alstaat durch Überlastung oder Sozialdumping-Konkurrenz in anderen Staaten innerhalb und außer-
16 halb der Europäischen Union (EU).

17 Leider ist die Überzeugung, soziale Sicherheiten könnten nur auf nationaler Ebene durchgesetzt wer-
18 den, auch in der Partei DIE LINKE verbreitet, ebenso wie eine tiefe Skepsis gegenüber einer EU, die
19 vor allem eines zu sein scheint: Neoliberal.

20 Diesem Trend muss die Partei DIE LINKE ein Ende setzen! Wenn das Kapital transnational handlungs-
21 fähig ist, bedarf es der transnational handlungsfähigen Gegenkräfte der Arbeiter*innenbewegung, um
22 soziale und ökonomische Gerechtigkeit für Arbeiter*innen in Deutschland, in der EU und global er-
23 streiten zu können! Dabei ist mittelfristig die EU, welche drastischen Reformen unterzogen werden
24 muss, der am nächsten liegende Ansatzpunkt, während perspektivisch auch stärker im globalen Zu-
25 sammenhang gearbeitet werden muss.

26 Ein „Zurück“ zum Nationalstaat kann es nicht geben und die Partei DIE LINKE darf – auch um inhaltli-
27 che Verwechselbarkeit auszuschließen – keinen Zweifel daran lassen, dass sie dafür nicht steht, denn
28 die Aufrechterhaltung von Nationalstaaten ist kein linkes Projekte.

29 **Deshalb möge der Bundesparteitag beschließen:**

30 Die Partei DIE LINKE steht für eine fortschrittliche Politik, bei der Veränderungsansprüche nicht an
31 territorialen oder kulturellen Grenzen enden, sondern die über jede Form von Grenzen hinaus denkt
32 und perspektivisch diese Grenzen überwinden will. Nationalismus ist kein linkes Projekt, deshalb strei-
33 tet die Partei DIE LINKE für offene Grenzen, internationale Solidarität und perspektivisch für ein Ende
34 der Nationalstaaten.

35 Die Partei DIE LINKE erkennt an, dass in einem Nexus der transnationalen Vernetzung des Kapitals
36 und seiner politischen Kräfte der Nationalstaat nicht mehr der zentrale Bezugspunkt linker (arbeits-
37 bzw. klassenkämpferischer) Politik sein kann. Stattdessen setzt sich die Partei DIE LINKE aktiv für die

38 weitere internationale Vernetzung progressiver Kräfte, die Weiterentwicklung der „Europäischen Lin-
39 ken (EL)“, die internationale Ausweitung national erkämpfter Rechte sowie für die Internationalisierung
40 der sozialen Frage(n) ein. Zu diesem Zweck – und mit Blick auf die kommenden Europa-Wahlen –
41 schärft die Partei DIE LINKE ihren Blick auf die EU und andere internationale Institutionen als zentrale
42 Bezugspunkte sozialer Kämpfe!

43 Die Partei DIE LINKE stellt dem national orientierten Zeitgeist konsequent eine solidarische, fort-
44 schrittliche und auf die Überwindung von Ressentiments ausgerichtete Politik gegenüber, die auch
45 Migrant*innen, Geflüchtete und ethnische Minderheiten einbezieht und antifaschistische Kämpfe in-
46 ternational solidarisch begleitet!

Antrag:

G.18.

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **80 Jahre nach der Reichspogromnacht**

2 „Zuviel an Not und Tod, an KZ-Qualen, an Verwüstung und Vernichtung, an millionenfachem Mord hat
3 der Nationalsozialismus gebracht, sodass es nichts Wichtigeres geben kann als Aufstehen gegen jede
4 Erscheinung von Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Militarismus.“
5 (Peter Gingold)

6 Vor 80 Jahren, am 9. November 1938, brannten in Deutschland Synagogen, wurden jüdische Geschäf-
7 te und Wohnungen überfallen, geplündert und zerstört. Die Reichspogromnacht markierte den Über-
8 gang von der Diskriminierung der Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti in Deutschland zu deren syste-
9 matischer Verfolgung, die europaweit in Shoa und Porajmos mündeten.

10 Der 9. November 1938 war der Beginn der Umsetzung des industriellen Massenmordes an der jüdi-
11 schen Minderheit, aber auch der Roma und Sinti in Deutschland und ganz Europa. Im Verlauf der
12 Pogrome wurden auf Anweisung des Gestapo-Chefs Heinrich Müller und seines Vorgesetzten Reinhard
13 Heydrich etwa 30.000 Männer verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und
14 Sachsenhausen verschleppt. Insgesamt mussten in den Tagen der Novemberpogrome über 400 Jüdin-
15 nen und Juden ihr Leben lassen. Doch diese Pogrome und die darauf folgende industriell organisierte
16 Ermordung von Millionen von Menschen war nicht nur das Werk einzelner Nazis. Ohne die aktive
17 und passive Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung wären Reichspogromnacht, Shoa und
18 Porajmos nicht möglich gewesen.

19 Wir sehen es als gesellschaftliche Verpflichtung, dass das Gedenken an die Opfer des Nazi-Terrors
20 weit über die bisherigen Gedenkfeiern hinausgehen muss. Antisemitismus ist ebenso wie Antiziganis-
21 mus noch immer fest in der Gesellschaft verankert und äußert sich in unzähligen Straftaten jeglicher
22 Art. Wir wollen aus diesem Grund nicht nur an die Opfer erinnern, sondern empfinden es als zwingend
23 notwendig, auch gegen alle heutigen Formen von Antisemitismus und Antiziganismus aktiv vorzuge-
24 hen. Wir stellen uns geschichtsrevisionistischen Positionen entgegen, die deutsche Täter*innen zu
25 Opfern verklärt, und wehren uns dagegen, dass Antisemitismus und Antiziganismus wieder salonfähig
26 werden.

27 Wir als Linke fühlen uns dabei nicht nur dem Gedenken an die Opfer der gegen Jüdinnen und Juden
28 gerichteten Pogrome verpflichtet. Vielmehr sehen wir uns auch heutzutage in der Pflicht, Widerstand
29 gegen jede antisemitische, antiziganistische, antimuslimische und rassistische Hetze sowie gegen
30 Provokationen von Neonazis, Rassist*innen und anderen Rechten zu leisten. Gerade in einer Zeit, in
31 der Antisemitismus sowie Hass und Hetze gegen Muslim*innen zunehmend wieder salonfähig zu wer-
32 den scheinen, sind alle Demokrat*innen gefordert, deutlich und entschlossen Stellung gegen die men-
33 schenverachtenden Umtriebe zu beziehen. Nicht nur am 9. November gilt unsere Solidarität den Op-
34 fern rechter Gewalt, Geflüchteten, Antifaschist*innen und Angehörigen von gesellschaftlich marginali-

35 sierten Gruppen, die von Neofaschist*innen bedroht werden. Antisemitismus, rassistischem Hass und
36 rechter Hetze setzen wir unser Bild einer solidarischen und sozial gerechten Gesellschaftsordnung
37 entgegen. Wir dulden keine Form von Menschenfeindlichkeit und treten ein für eine Welt ohne Anti-
38 semitismus! Deshalb beteiligen wir uns bundesweit an den Gedenkveranstaltungen zur Reichs-
39 pogromnacht und wollen auch mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen zur Erinnerung an die
40 Reichspogromnacht einen Anstoß geben, Antisemitismus entgegen zu treten.

41 Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!

Antrag: **G.19.**

Antragsteller/innen: BAG Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **50 Jahre Prager Frühling**

2 „Zu lange haben wir im Dunkeln gelebt, treten wir ins Licht.“ (Alexander Dubcek)

3 Vor 50 Jahren, 1968, herrschte in zahlreichen Ländern der Welt Aufbruchsstimmung. Die Menschen
4 gingen damals (wie auch heute) für Veränderungen auf die Straße, sie demonstrierten für Freiheit,
5 Gleichberechtigung und das Recht auf Mit- und Selbstbestimmung. Auch in der Tschechoslowakei
6 (ČSSR) gab es einen Wandel. Wie auch in anderen Staaten des Warschauer Vertrages gab es in der
7 ČSSR keine Presse- und Meinungsfreiheit, keine freien Wahlen. Alles war nach dem Prinzip des durch
8 Stalin pervertierten demokratischen Zentralismus aufgebaut. Doch schon 1948 kam es dazu, dass
9 Jugoslawien mit der stalinistischen Sowjetunion brach und in den 1950er Jahren eine Arbeiterselbst-
10 verwaltung einführte. Dies war einer der ersten Schritte eines dritten Weges zwischen Kapitalismus
11 und Staatssozialismus. Der rote Faden, die Betriebe in ihrer Selbständigkeit zu stärken und zum Dreh-
12 und Angelpunkt einer Wirtschaftsreform zu machen, war auch im wirtschaftlichen Reformprogramm
13 des Prager Frühlings zu erkennen.

14 1968 gab es dann innerhalb der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ einen weiteren Anlauf zu mehr
15 Sozialismus, Freiheit und Demokratie, diesmal in der ČSSR. Am 5. Januar 1968 wurde der damalige
16 Parteichef der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPČ) Novotny vom Reformpolitiker
17 Alexander Dubcek abgelöst. Damit begannen die Reformen für einen demokratischen Sozialismus.
18 Unter dem Stichwort „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ setzten sich die KPČ und Dubcek für

- 19 ■ Pressefreiheit,
- 20 ■ Aufhebung der Zensur,
- 21 ■ die Demokratisierung des Staates,
- 22 ■ Versammlungsfreiheit,
- 23 ■ Freiheit der Gewerkschaften und der Gewerkschaftlichen Organisation,
- 24 ■ Abbau des Zentralismus und
- 25 ■ Reformen für eine Sozialistische Umgestaltung der Ökonomie

26 ein.

27 Wer wie wir als DIE LINKE für die Emanzipation der Gesellschaft und des Individuums kämpft und dazu
28 beitragen will, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes,
29 ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, dessen Sympathie muss den historischen Bestrebungen
30 eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz, eben dem „Prager Frühling“, gelten.

31 Am 27. Juni vor 50 Jahren erschien im Zuge des Prager Frühlings das „Manifest der 2000 Worte“. Die-
32 ses vom Schriftsteller Ludvik Vaculik verfasste Dokument wurde damals von 69 prominenten Wissen-
33 schaftlerInnen, KünstlerInnen und SportlerInnen unterzeichnet und gleichzeitig in verschiedenen Zeit-
34 schriften veröffentlicht. Das „Manifest der 2000 Worte“ war ein wichtiges Ereignis innerhalb des „Pra-
35 ger Frühlings“. Mit dem Prager Frühling verbinden wir heute vor allem den Einsatz für einen Sozialis-
36 mus mit menschlichem Antlitz, den Versuch, Demokratie und Sozialismus zusammenzubringen. Dieser

37 so wichtige Aufbruch wurde durch den Einmarsch sowjetischer Panzer gewaltsam beendet. Doch der
38 Impuls, Demokratie und Sozialismus zusammenzubringen, hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt.

39 Gerade in den heutigen Zeiten, die auch in der LINKEN wieder einen starken Hang hin zu starken
40 Frauen bzw. Männern mit sich bringt, ist es wichtig, dass wir als Linke deutlich machen, dass jede
41 Wahrheit gezwungen ist, den radikalen Widerspruch aktiv auszuhalten. Deshalb ist es uns wichtig, zu
42 verdeutlichen, dass es mit uns

- 43 ■ keinen Stalinismus,
- 44 ■ keinen autoritären Sozialismus,
- 45 ■ keinen bornierten Avantgardismus,
- 46 ■ kein linkes Spießertum

47 geben wird.

48 Im vor 50 Jahren veröffentlichten „Manifest der 2000 Worte“ heißt es u.a.: „Die praktische Qualität
49 der zukünftigen Demokratie hängt jetzt davon ab, was mit den Unternehmen und in den Unternehmen
50 geschehen wird.“ Auch heute, 40 Jahre später, in einem anderen Wirtschaftssystem, gilt: Demokratie
51 ist unvollständig, solange es keine Demokratisierung der Produktion gibt. Was also ansteht, ist eine
52 Demokratisierung der Wirtschaft. Das bedeutet sowohl mehr Mitbestimmung in den Betrieben, die
53 Stärkung der Kartellämter und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Mehr Wirtschaftsde-
54 mokratie kann darüber hinaus bedeuten, dass Betriebe, die geschlossen und verlagert werden sollen,
55 von den Beschäftigten bzw. den regionalen Akteuren übernommen werden können – und das inklusive
56 der Kundendateien und bestehenden Lieferverträge.

57 Darum erklärt der Bundesparteitag:

58 Die Impulse des Prager Frühlings heute aufzugreifen, bedeutet, für eine Demokratisierung zu streiten
59 sowohl der Gesellschaft als auch der Wirtschaft – und das nicht nur an Jahrestagen wie dem des „Ma-
60 nifestes der 2000 Worte“ am 27. Juni. Der Prager Frühling ist für die poststalinistische und postreal-
61 sozialistische Linke eine Erfahrung eines modernen Sozialismus, der demokratische Freiheiten, prakti-
62 zierte sozialistische Eigentumsverhältnisse und wirtschaftliche Effizienz verbinden kann.

63 50 Jahre später heißt es für uns, Bilanz zu ziehen und einen Blick zurückzuwerfen, um nach vorne auf
64 die kommenden Aufgaben zu schauen. Was können wir vom „Prager Frühling“ lernen, um in einer po-
65 larisierten gesellschaftlichen Situation mit einer starken rechten Bewegung zu agieren und Siege zu
66 organisieren?

67 Aus diesem Grunde wird die 2018 stattfindende „Linke Woche der Zukunft“ auch bewusst an den
68 „Prager Frühling“ anknüpfen und unsere Perspektiven, basierend auf den damals vertretenen Ideen
69 und den Lehren aus seinem Scheitern behandeln.

Antrag: G.20.

Antragsteller/innen: BAG Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für eine Linke Position zum laufenden Handelskrieg: Weder Freihandel** 2 **noch Protektionismus**

3 „Die Sozialisten Deutschlands stehen dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kamp-
4 fe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüber; die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, ist nur
5 eine praktische Frage, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß.“ (Wilhelm Liebknecht)

6 Der nächste Handelskrieg hat begonnen, und zwar nicht wegen der Launen eines narzisstischen Prä-
7 sidenten. Er hat mit der ausklingenden Hegemonie des Westens und der Auflösung seiner Bündnissys-
8 teme zu tun, seit ihm mit dem „Sozialistischen Lager“ als Feind auch die verbindliche Klammer abhan-
9 denkam. Er hat zu tun mit dem Abstieg der USA und dem Versuch, ihre industrielle Basis zu reanimie-

10 ren, mit dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht und mit dem Kampf der Giganten um die Vorherrschaft
11 und nie ging die Ablösung einer Weltmacht lautlos über die Bühne.

12 Es ist auch keineswegs das erste Mal, dass ein Handelskrieg zwischen den USA und der EU entbrennt.
13 Im Jahr 2002 hatten die USA schon einmal Schutzzölle auf Stahlimporte angekündigt. Und so gibt es
14 seit Jahren einen Stahlkrieg, es gab auch schon einen Bananenkrieg, einen Waschmaschinenkrieg
15 usw. Wenn die erneute Zuspitzung des Konflikts diesmal bedrohlicher wirkt, dann deshalb, weil die
16 Regierungen verschiedener imperialistischer Länder nicht einmal mehr am Schein eines regulierten,
17 weltweiten Freihandels festhalten und weil die deutsche Industrie in Wirklichkeit nicht den Stahlkrieg,
18 sondern den Autokrieg fürchtet: 2017 importierten die USA nach Angaben der Commerzbank Autos
19 aus Deutschland im Wert von 20 Mrd. US-Dollar; BMW, Daimler und VW exportierten sogar mehr Au-
20 tos in die USA als nach China. Was Zölle betrifft, sitzt die EU überdies Trump gegenüber im Glashaus.
21 EU-Unternehmen zahlen in den USA im Durchschnitt 3,5 Prozent an Abgaben, US-Unternehmen in der
22 EU aber 5,2 Prozent. Die deutschen Autohersteller bezahlen in den USA nur 2,5 Prozent, US-
23 Autokonzerne in der EU dagegen 10 Prozent des Produktwerts. Und gegen China erhebt die EU schon
24 jetzt eine Unmenge an Schutzzöllen – insbesondere gegen chinesische Solaranlagen.

25 Für die Eroberung und Beherrschung der Länder des globalen Südens setzt die EU ungeniert den Ex-
26 port der eigenen Agrarprodukte durch, während sie sich selbst soweit irgend möglich von den land-
27 wirtschaftlichen Produkten des globalen Südens abschirmt. Ärmere und arme Länder werden von ihr
28 zugleich als verlängerte Werkbank für Billigprodukte benutzt, wie notorisch bekannt aus der Textil-
29 branche. Das Zerstörungswerk des globalen Handels wird besonders sinnfällig im Bereich des Agro-
30 business, wo der Weidewirtschaft die Regenwälder und die heimische Bauernschaft geopfert und in
31 großem Stil Futtermittel für die hiesige Massentierhaltung angebaut werden.

32 Im derzeitigen Handelskrieg befürchten wir einen Rückfall in die Zeit des späten 19. Jahrhunderts, als
33 aggressive Rivalität der Großmächte die internationalen Wirtschaftsbeziehungen prägte. Bislang hat
34 die von der NATO nach dem Fall der Sowjetunion ausgerufene militärische Sicherung der weltweiten
35 Rohstoffquellen dem Nahen Osten einen endlosen Krieg beschert, in dem es keine Gewinner geben
36 wird – außer der waffenproduzierenden Industrie. Parallel dazu wurde auch eine neue Runde des ato-
37 maren Wetttrüstens eingeleitet.

38 Für DIE LINKE ergibt sich daraus, dass aus linker Sicht weder der ungehemmte Freihandel noch eine
39 protektionistische Wirtschaftspolitik sinnvolle Perspektiven darstellen.

40 Freihandel und Protektionismus schließen sich gegenseitig nicht aus, sie sind vielmehr zwei Seiten
41 einer Medaille. Und die heißt: internationale Konkurrenz. Die Fahne des Freihandels schwenkt der
42 wirtschaftlich Stärkere, dessen Produkte konkurrenzfähiger sind oder der dank militärischer Stärke
43 die Währung des internationalen Handels kontrolliert. Freier Handel heißt dann: Vorfahrt für meine
44 Produkte. Protektionismus ist der umgekehrte Mechanismus, er wehrt die billigeren oder besseren
45 Produkte aus dem Ausland ab. In beiden Fällen geht es um nichts anderes als um die Förderung der
46 eigenen Industrie auf Kosten der ausländischen – ein Kampf, der umso erbitterter wird, je stärker die
47 Überproduktion ist. Diesen Wettlauf zu unterstützen, haben abhängig Beschäftigte kein Interesse, ja,
48 er ist tödlich, denn er verschwendet wertvolle natürliche Ressourcen und treibt eine Eskalation der
49 Interessenkonflikte voran, die letztlich nur in realen Kriegen münden kann.

50 Darum tritt DIE LINKE in der derzeitigen Diskussion um den laufenden Handelskrieg für folgende Prin-
51 zipien ein:

- 52 ■ Deutschlands Exportorientierung ist nicht tragbar. Das Niederkonkurrieren der Schwächeren ver-
53 tiefte die Ungleichheiten und raubt großen Bevölkerungsteilen des globalen Südens die Lebensper-
54 spektiven.
- 55 ■ Der globalisierte Handel schädigt unwiderruflich die Weltmeere durch die Containerschifffahrt und
56 die Erdatmosphäre durch Flugzeuge. Die absurden globalen Transporte rechnen sich nur, weil sie
57 so gnadenlos billig sind: weil subventioniert, weil die in diesem Sektor Beschäftigten so schranken-
58 los ausgebeutet und die ökologischen Kosten nicht mit eingerechnet werden.
- 59 ■ Wir brauchen globale Solidarität statt globalen Handel.

- 60 ▪ Wir brauchen globale soziale und gewerkschaftliche Rechte und eine Angleichung der Lebensver-
61 hältnisse.
62 ▪ Wir brauchen eine gemeinsame sparsame, ökologisch verantwortliche Bewirtschaftung der natürli-
63 chen Ressourcen. Wir brauchen keinen Freihandel mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die jedes
64 Land leicht selber herstellen kann, wir brauchen regionale, ökologisch nachhaltige Wirtschafts-
65 kreisläufe.

Antrag:

G.21.

Antragsteller/innen:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; Ilja Seifert, PV; Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte; Dennis-Friedel Heiermann, Delegierter der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; Rolf Kohn, Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für ein Verbot von Zwangsunterbringung von Menschen mit psychischen**
2 **Beeinträchtigungen und die Förderung von alternativen Maßnahmen**

3 Die Partei DIE LINKE setzt sich dafür ein, Zwangsunterbringungen von Menschen mit psychischen
4 Beeinträchtigungen in Einrichtungen zu verbieten.

5 Die Partei DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ihre Vertreter*innen in den zuständigen Parlamenten
6 und Gremien alle möglichen gesetzlichen, administrativen und gerichtlichen Maßnahmen anregen und
7 unterstützen, um Zwangsunterbringung durch Rechtsänderungen zu verbieten und um mit den Artikeln
8 14, 19 und 22 des Übereinkommens (UN-Behindertenrechtskonvention) übereinstimmende alternative
9 Maßnahmen zu fördern.

Begründung:

In seinem Bericht bei der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland hat der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgestellt:

„Der Ausschuss ist besorgt über die verbreitete Praxis der Zwangsunterbringungen von Menschen mit psychosozialen Behinderungen in Einrichtungen, den mangelnden Schutz ihrer Privatsphäre und den Mangel an verfügbaren Daten über ihre Situation.“

Und er fordert auf, alle gesetzlichen, administrativen und gerichtlichen Maßnahmen zu ergreifen,

„um Zwangsunterbringung durch Rechtsänderungen zu verbieten und um mit den Artikeln 14, 19 und 22 des Übereinkommens (UN-BRK) übereinstimmende alternative Maßnahmen zu fördern.“

Alleine in Bayern werden jährlich über 61.000 Personen zwangsuntergebracht – das sind 61.000 Verstöße gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

Die bayerische Landesregierung hat den Entwurf eines sogenannten „Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes“ eingebracht, das in Wirklichkeit Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung stigmatisiert, kriminalisiert und diskriminiert. Personenbezogene Patientendaten sollten an die Polizei- und Ordnungsbehörden übermittelt werden und fünf Jahre gespeichert werden können. Dies hätte eine erhebliche Einschränkung der Grundrechte dargestellt. Unmittelbare Zwangsmaßnahmen, wie z. B. Fixierung und Zwangsmedikation, sollten erleichtert werden. Beides ist nach der UN-BRK und dem Staatenbericht eine Form von Folter.

Dazu kam ein gefährliches Zusammenspiel zwischen dem geplanten PsychKHG und dem bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG): Der geplante Gesetzentwurf des PsychKHG wollte Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen kriminalisieren, Menschen die im Laufe ihres Lebens von einer angeordneten Unterbringung betroffen waren, im besonderen Maße polizeilicher Willkür aussetzen.

Auch wenn das bayerische Landeskabinett - als Reaktion auf die große öffentliche Empörung und die Expert*innenanhörung - zugesagt hat, den Gesetzentwurf des PsychKHG zu entschärfen, soll es z.B. weiter eine Weitergabe von sensiblen Daten an die Polizei geben. Der Schutz der Privatsphäre und die ärztliche Schweigepflicht werden massiv abgebaut.

Die Verletzung von Menschenrechten, Stigmatisierung und Diskriminierung nehmen in Deutschland zu. AfD und auch die CDU/CSU brechen ethische und gesellschaftliche Tabus. Menschenrechte werden nicht beachtet oder sogar bewusst verletzt. Dies gilt für den Umgang mit Flüchtlingen, Menschen mit Behinderungen, alten oder armen Menschen.

Die Partei DIE LINKE muss dem offensiv entgegenreten und im Sinne eines humanistisch-sozialistischem Menschenbildes die ethische Frage immer wieder stellen, Menschenrechte offensiv einfordern. Dies gilt auch für das Verbot von Zwangsunterbringungen.

Antrag:

G.22.

Antragsteller/innen:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW; Fraktion DIE LINKE in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe; Doris Petras, Arbeitskreis Medikamentenversuche an ehemaligen Heimkindern; Rolf Kohn, Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte; Dennis-Friedel Heiermann, Delegierter der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; Margot Kohlhas-Erlei; Alisan Sengül; Roland Koslowski

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Medikamentenversuche an ehemaligen Heimkindern**

2 Die Partei DIE LINKE unterstützt die Aufklärung über die Medikamentenversuche an ehemaligen
3 Heimkindern.

4 Die ehemaligen Heimkinder, an denen Medikamentenversuche durchgeführt wurden, sollen für das
5 erlittene Leid und die Folgen entschädigt werden.

6 Die Partei DIE LINKE unterstützt die Erstellung einer Dokumentation und Wanderausstellung in Zu-
7 sammenarbeit mit den zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaften der LINKEN, dem Arbeitskreis „Me-
8 dikamentenversuche an ehemaligen Heimkindern“ und den ehemaligen Heimkindern.

9 **Der Parteitag bittet die Fraktionen der Länder und die Bundestagsfraktion,**

- 10 ■ das Thema in den Parlamenten weiter und verstärkt durch Anfragen und Anträge in den parlamen-
11 tarischen Raum und die Öffentlichkeit zu tragen;
12 ■ durch Fachgespräche und andere Aktivitäten die wissenschaftliche Aufklärung voran zu treiben;
13 ■ alle möglichen Initiativen zu ergreifen, dass die ehemaligen Heimkinder, an denen Medikamenten-
14 versuche durchgeführt wurden, entschädigt werden.

Begründung:

Laut einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste (WD) des Deutschen Bundestages „Durchführung von Arzneimittelstudien an Heimkindern von 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland“, die im Auftrag der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler von der LINKEN erstellt wurde, lebten zwischen 1949 und 1975 etwa 700.000 - 800.000 Kinder und Jugendliche in Heimen. Viele dieser Kinder und Jugendlichen wurden in den Heimen misshandelt, gedemütigt, vernachlässigt oder missbraucht. Erst nach jahrzehntelanger Diskussion und Aufklärungsarbeit wurden zwei Hilfsfonds aufgelegt, aus denen diese ehemaligen Heimkinder und Kinder, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder Psychiatrie waren, Leistungen bekommen konnten. Eine Anerkennung eines systematischen Unrechtes und des damit verbundenen gesetzlichen Entschädigungsanspruchs erfolgte leider nicht.

Eine besonders menschenverachtende und grausame Misshandlung von ehemaligen Heimkindern war der vielfältige Einsatz von Medikamenten, um Heimkinder „ruhigzustellen“ oder um an ihnen Medikamentenversuche durchzuführen. Eine 2016 veröffentlichte Studie ergab, dass über 50 Arzneimittelstudien an Heimbewohnern durchgeführt wurden, z.T. im Auftrag oder mit Wissen von Behörden. (Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte. Arzneimittelstudien an Heimkindern.“) Dabei wurden neben Impfstoffen und Psychopharmaka auch Medikamente zur Senkung der Libido getestet. Es konnten keine Einwilligungen der Betroffenen bzw. ihrer gesetzlichen Vertreter*innen gefunden werden....

Das Bundesgesundheitsministerium war nachweislich Auftraggeber mindestens einer Studie. Allein mit dem Psychopharmaka Decentan wurden Versuche an Heimkindern in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern durchgeführt. In Niedersachsen gibt es eine personelle Verstrickung des Sozialministeriums mit den Versuchen, in Frankfurt wurde vor kurzem aufgedeckt, dass kurz nach dem Krieg Medikamentenversuche an Heimkindern in 4 Fällen zum Tod geführt haben. Auch in den neuen Bundesländern wurden Medikamentenversuche an Heimkindern durchgeführt.

Nur durch Druck, Öffentlichkeitsarbeit und hartnäckigen (Nach-)Forschungen konnte es bisher gelingen, dass die Medikamentenversuche und damit auch das dadurch entstandene Leid der betroffenen Heimkinder in die Öffentlichkeit gerückt wurden. Es gab bisher Rundfunk- und Presseberichte und auch Anhörungen in Landtagen. Einen guten Teil der Aufklärung und Aufarbeitung hat ein Arbeitskreis der beiden Fraktionen der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe geleistet. In diesem arbeiten Mitglieder der beiden Fraktionen, ehemalige Heimkinder, Wissenschaftler*innen und auch Bundestagsabgeordnete mit. Gerade in einer Zeit, in der ethische und moralische Grundsätze massiv in Frage gestellt werden, ist es eine ethische und moralische Verantwortung, die Geschichte der Medikamentenversuche an den Heimkindern aufzuarbeiten und die Betroffenen zu entschädigen. Denn: Die ehemaligen Heimkinder leiden bis heute und müssen die schwerwiegenden psychischen und physischen Folgen der Versuche ertragen.

Antrag:

G.23.

Antragsteller/innen:

BAG Ökologische Plattform und Philine Edbauer/Hannes Volkmann, SprecherInnen der LAG Wirtschaftspolitik Berlin, Erika und Wilfried Maier, Klaus Steinitz, Rolf Sukowski, Frank Thiel u.a.

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau**
2 **vorantreiben!**

3 **Der Parteitag erklärt:**

4 Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsweise bringt große Teile der Weltbevölkerung um ein menschenwürdiges Leben. Sie bedroht das Menschsein und die Menschheit. Fast
5 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, der eine Übernutzung der globalen Ressourcen
6 feststellte, werden forciert natürliche Lebensbedingungen zerstört. Seit 1995 stattfindende UN-
7 Klimakonferenzen haben den Anstieg der globalen Erwärmung nicht gestoppt. Darunter leiden die
8 global Ärmsten bereits seit Jahrzehnten. Die Hauptverursacher ihrer Nöte und Bedrohungen sind die
9 Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Mit ihrem Profitstreben, mit der
10 uns aufgezwungenen Lebensweise, mit ihrer »Sicherheits-«, Militarisierungs- und Rüstungspolitik werden
11 die Ressourcen zur Lösung der globalen Probleme vernichtet. Die Herrschenden führen Kriege,
12 treiben Menschen zur Flucht, schaffen neue Kriegsgefahren einschließlich eines globalen Atomkrieges.
13
14

15 DIE LINKE als sozialistische Partei, die das Soziale in das Zentrum ihrer Politik gestellt hat und an der
16 Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen festhält, hat der herrschenden Wirtschafts- und Ge-

17 sellschaftspolitik den Kampf angesagt. Sie sieht sich gefordert, ihr Ringen um solidarisches Wirtschaft-
18 ten und somit um einen gerechten sozial-ökologischen Umbau zu intensivieren. DIE LINKE will alle
19 Formen und Instrumente demokratischer Politik nutzen, um die gesellschaftliche Entwicklung in
20 Deutschland und der Europäischen Union wirksamer mitzubestimmen. Insbesondere will sie das ge-
21 sellschaftliche Wirtschaftsleben demokratisieren.

22 Solche gesellschaftlichen Veränderungen beginnen erst, wenn wir uns selbst verändern.

23 **Der Parteitag beschließt:**

- 24 1. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften und
25 Vorstände werden aufgerufen, lokale und regionale Foren zum sozial-ökologischen Umbau und so
26 zum solidarischen Wirtschaften zu organisieren und durchzuführen. Dort sollen Erfahrungen, Vor-
27 stellungen, Projekte und Vorschläge, die auf solidarisches und daher insbesondere ökologisch ver-
28 antwortungsvolles Handeln zielen, diskutiert werden. Ein mögliches Motto ist: „Solidarisch wirt-
29 schaften, damit es für alle gut reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“.
- 30 2. Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren analysiert und Vor-
31 schläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw. Vorhaben unterbreitet. Die Arbeits-
32 gruppe bereitet ein bundesweites Forum der Partei zum solidarischen Wirtschaften und so zum so-
33 zial-ökologischen Umbau vor. Es sollte im Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konfe-
34 renz, die praktische Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam
35 präsentiert und debattiert, veranstaltet werden. Das Forum und die Veranstaltung sollen eine Ta-
36 gung des Parteitages im Jahre 2019 vorbereiten bzw. mit dieser verbunden werden.
- 37 3. Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die innerparteiliche politische
38 Bildung, das „solidarisches Wirtschaften“ wie sozial-ökologischen Umbau erklärt. Es soll Zusam-
39 menhänge zwischen der Ökonomie, dem Sozialen, der Ökologie und der Demokratie aufzeigen,
40 Diskussionen anregen und auf konkretes politisches Handeln zielen.
41 Die Öffentlichkeitsarbeit wird die ökologische Dimension in unserer Gesamtpolitik und die entspre-
42 chenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei stärker kommunizieren.
- 43 4. Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen Veranstaltung/Konferenz und der
44 Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie die verschiedenen Formen demokratischer
45 Politik – von der Straßenblockade aus Protest (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte), über
46 partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit und Teilhabe an
47 Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden können, um Politikwirksamkeit
48 zu erhöhen. Probleme und Widersprüche sollen offen und solidarisch debattiert werden.
- 49 5. Die fachpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN in den Parlamenten, Ver-
50 waltungen bzw. Regierungen werden gebeten, sich in die Vorbereitung und Durchführung der Foren
51 aktiv einzubringen. Die in der Bundesstiftung und im Stiftungsverbund der RLS tätigen Genossin-
52 nen und Genossen der Partei werden aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung
53 und insbesondere an der Erarbeitung des unter Punkt 3. genannten Bildungsmaterials engagiert zu
54 beteiligen

Begründung:

Nur ein radikales Umsteuern der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird ein menschen-
würdiges Leben für jede und jeden und damit soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ermögli-
chen. Die Herausforderung ist eindeutig: JETZT endlich müssen Elend, Armut und soziale Ausgrenzung
wirksamer bekämpft, der weiteren Zerstörung des Klimas, der biologischen Vielfalt, der natürlichen
Lebensbedingungen Einhalt geboten werden. Das heißt zunächst und vor allem, JETZT Schluss zu ma-
chen mit Austeritätspolitik und Ausplünderung, mit einer „Sicherheitspolitik“, die Krieg toleriert und
Unsicherheit mehrt, mit profitfixierter Wirtschaftspolitik. JETZT muss ihr Ersatz beginnen – mit sozial
gerechter Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Ressourcen, mit der systematischen Verbes-
serung der Bedingungen für „gute Arbeit“, mit Hilfen für die Opfer von Gewalt und mit Entspannungs-
politik, mit dem Umbau der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, mit der Umstellung der indivi-
duellen und kollektiven Lebensstile. Dieser sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft beginnt und

geht einher mit dem Ringen um die Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse durch jene, die solidarisch leben und wirtschaften wollen.

DIE LINKE. hat auf den verschiedenen politischen Ebenen in vielfältigen politischen Aktivitäten – von Straßenblockaden, Demonstrationen, Petitionen über Projekte der Lokal-, Kommunal- und Landes-, Bundes-, EU- und Europapolitik bis hin zu parlamentarischen Initiativen und zur Teilhabe an Verwaltungen und Regierungen – bewiesen: Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, Gleichstellung der Geschlechter und Ethnien, gleichgestellte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, solidarisches Miteinander und damit insbesondere Internationalismus und Ökologie sind ihr wichtig. Es gibt eine große Anzahl von Konzepten, Programmen und anderen Ausarbeitungen, darunter auch und insbesondere „Plan B“, die belegen, dass in der Partei an Zukunftsvisionen und konkreten Wegen des sozial-ökologischen Umbaus gearbeitet wird. Aber seltener werden eigene konkrete Referenzprojekte für Problemlösungen in der Kommune und im Land initiiert und vertreten. Erlangte Erfolge werden nicht ausreichend durch die Landes- und Bundespartei kommuniziert. Die Parteigliederungen werden in ihrer Breite nicht konsequent als Orte solidarischen, ökologischen und alternativ-kulturellen Lebens wahrgenommen. Es besteht zwar ein großes öffentliches Interesse an sozialökologischen Themen und wirtschaftspolitischen Konzepten, jedoch werden diese nur wenig mit linker bzw. sozialistischer Politik in Verbindung gebracht.

Unser Antrag zielt auf die Aktivierung aller Gliederungen der LINKEN, sich für den sozial-ökologischen Umbau in Wort und Tat zu engagieren. Mit unserer Initiative knüpfen wir an die vielfältigen emanzipativen Aktivitäten anderer demokratischer Akteure an.

Antrag:

G.24.

Antragsteller/innen:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW; Fraktion DIE LINKE in der LWL; Rolf Kohn, Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik; Margot Kohlas-Erlei, KV Hamm; Alisan Segül, KV Hamm; Roland Koslowski, KV Hamm

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Aufrüstung, Rüstungsexport und Folgen für Menschen mit Behinderungen**

2 DIE LINKE und die Bundestagsfraktion DIE LINKE setzen sich mit aller Kraft dafür ein,

- 3 ▪ dass die Hilfe für geflüchtete Menschen mit Behinderungen in Deutschland und in anderen Ländern
4 verstärkt wird,
5 ▪ dass die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eingehalten wird und
6 deshalb die vorliegenden Beeinträchtigungen und daraus resultierenden Bedürfnisse schon bei der
7 Aufnahme der Flüchtlinge ermittelt werden,
8 ▪ dass Deutschland keine Rüstung mehr exportiert,
9 ▪ dass die Rüstungsausgaben in Deutschland nicht erhöht werden.

Begründung:

Menschen mit Behinderungen sind besonders von den Folgen von Aufrüstung, Rüstungsexport und Krieg betroffen.

CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, in den nächsten Jahren die Ausgaben für Rüstung fast zu verdoppeln: Der Militärhaushalt von derzeit 37 Milliarden Euro soll auf über 70 Milliarden Euro pro Jahr in den nächsten Jahren erhöht werden! Diese 33 Milliarden Mehrausgaben werden mit drastischen Kürzungen im Sozialbereich finanziert werden, die Kürzungen gehen auf Kosten von Rentner*innen, armen Familien oder auch gerade von Menschen mit Behinderungen. Schon bei der Verabschiedung und der jetzt folgenden Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes war und ist ein entscheidender Aspekt die Kürzung oder Deckelung von Leistungen für Menschen mit Behinderungen.

Von 2015 bis 2017 wurden unter der CDU-SPD-Regierung so viele Rüstungsexporte gebilligt wie unter keiner Bundesregierung zuvor - auch in Spannungsgebiete. So wurden von 2014 bis 2017 für mehr als 25 Milliarden Rüstungsexporte genehmigt - eine Steigerung von 21 Prozent gegenüber der schwarz-gelben Koalition. Die Rüstungsexporte in den Nahen Osten wurden sogar verdoppelt.

Mit den exportierten Waffen werden Kriege unterstützt und geführt. Krieg und die damit verbundenen Misshandlungen, Vergewaltigungen und Folterungen, die daraus folgenden Krankheiten und Hunger führen oft zu Behinderungen: z.B. zu Amputationen auf Grund von Bombenangriffen oder auch Traumatisierungen! Bei den syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die in Jordanien und im Libanon leben, liegt der Anteil von Menschen mit Behinderungen bei über 20 Prozent.

Situation der Flüchtlinge mit Behinderungen in Flüchtlingslagern: „Flüchtlinge mit einer Behinderung sind einem größeren Risiko ausgesetzt, Opfer von Gewalt zu werden, so etwa von sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt, ebenso wie von Diskriminierung. Zudem laufen sie Gefahr, vom Zugang zu humanitärer Hilfe ausgeschlossen zu werden, wie auch von Bildung, Existenzgrundlagen und Gesundheitsversorgung“, so Gunta Anca, Vize-Präsidentin des European Disability Forums bei einer Veranstaltung im Europäischen Parlament.

Menschen mit Behinderungen werden von der humanitären Hilfe oft nicht erreicht, weil sie kaum sichtbar sind. Fortbewegung und Zugang zu Hilfsgütern, Lebensmitteln oder sanitären Einrichtungen sind für sie eine Herausforderung, oftmals auch schlichtweg unmöglich. Die Bedingungen für Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern sind völlig unzureichend: Die oft nicht barrierefreie Unterkunft erschwert es behinderten Flüchtlingen, z.B. die Versorgungsstationen für Wasser und Nahrung zu erreichen. Notwendige Hilfsmittel wie z.B. Rollstühle sind nicht vorhanden, behinderungsbedingte Mehrbedarfe an Wasser, Pflegemitteln oder auch Medikamenten können nicht gedeckt werden.

Situation der Flüchtlinge mit Behinderungen in Deutschland: Und obwohl es diesen klaren Zusammenhang zwischen Krieg und Beeinträchtigung gibt, taucht die Gruppe behinderter bzw. beeinträchtigter Flüchtlinge in der gesellschaftlichen Diskussion in Deutschland kaum auf. Dies gilt für die in Deutschland lebenden Flüchtlingen mit Behinderungen als auch für die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer von Kriegsgebieten.

Eine Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung ergab, dass diese keine Angaben über den Anteil von Menschen mit Behinderungen bei den Flüchtlingen in Deutschland machen konnte. Dabei fordert die EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eine Ermittlung der vorliegenden Beeinträchtigungen und daraus resultierenden Bedürfnisse schon bei der Aufnahme der Geflüchteten!

Die Monitoringstelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte schätzt, dass ca. 15 Prozent der in Deutschland lebenden Flüchtlinge beeinträchtigt sind, zwischen 16 und 55 Prozent traumatisiert. Und auch in Deutschland sind die gesundheitliche Versorgung, die Barrierefreiheit der Unterkunft von Flüchtlingen mit Behinderungen oft nicht gegeben.

Antrag:

G.25.

Antragsteller/innen:

BAG LiSA, Ayse Fehimli-Kuzu, Helene Füllgraf, Dr. Monika Kulas, Ingrid Jost, Marion Morassi, Marina Ertel, Hildegard Heinemann, Cornelia Swillus-Knöchel, Eva Vogt

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Auswirkung der Digitalisierung, Arbeit 4.0 auf Frauen ist in**
2 **gebührendem Maß zu berücksichtigen**

3 Die Auswirkung der Digitalisierung, Arbeit 4.0 auf Frauen ist in gebührendem Maß zu berücksichtigen.
4 Frauenthemen sind Querschnittsthemen. Dies gilt auch für das Thema Digitalisierung. Viele der tech-
5 nischen Errungenschaften bieten keinen Ausweg aus dem klassischen „zugewiesenen“ Rollenmodell
6 für Frauen. Damit die Digitalisierung nicht zu einer Verstärkung des derzeitigen Rollback von Fraueng-
7 leichstellung missbraucht werden kann, wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, wie diese techni-
8 schen Neuerungen zum Nutzen einer zukünftig gleichberechtigten Gesellschaft und der damit verbun-
9 denen Aufgaben- und Erwerbsarbeitsverteilung genutzt werden können.

Begründung:

Es ist klar erkannt worden, dass prekäre Arbeitsverhältnisse eine eigenständige unabhängige Versor-
gung im Alter unmöglich machen, und dass dies in hohem Masse Frauen betrifft. Was weniger Beach-
tung findet, ist, dass Frauen zusätzlich zu Teilzeit, zu gering bezahlter Erwerbsarbeit oder gar unent-
geltlich geleisteter Care-Arbeit in hohem Maße mit steigender Digitalisierung durch Jobverlust gefähr-
det sind. Schon aus diesem Grunde ist unerlässlich, der Zukunft der Arbeit und den damit verbunde-
nen Veränderungen, Digitalisierung und Arbeit 4.0 im Programm der Partei DIE LINKE den entspre-
chenden Stellenwert zu geben und die geschlechterspezifischen Besonderheiten zu beachten. Digitali-
sierung, die Arbeit 4.0 stellen eine große Herausforderung für alle künftigen Lebens- und Arbeitsver-
hältnisse dar. Frauen sind in den SAHGE Berufen – soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienste, Gesund-
heit/Pflege und Erziehung – mit 80 Prozent prozentual stark vertreten.

Die Verlagerung von Arbeitsbeziehungen auf virtuelle Märkte, bei denen Arbeitsverträge durch AGB's
und damit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten ausgesetzt sind, gilt auch für menschnahe Dienst-
leistungen. Die Plattform helping beispielsweise vermittelt haushaltsnahe Dienstleistungen. Das er-
möglicht vielen Frauen die berufliche Karriere, indem sie einfach für die Hausarbeit Personal buchen
können, oft zu gering bezahlt und international besetzt. Die Gesellschaft wird dadurch zwar internati-
onaler, nicht aber solidarischer. Auch für Kranken- und Pflegedienste gibt es entsprechende Netzange-
bote. Vermittlungsprovisionen liegen bei bis zu 20 Prozent. Die notwendige Auseinandersetzung zwi-
schen den Geschlechtern zur gerechteren Aufteilung der Care-Arbeit wird ausgesetzt. Die Ausgebeu-
teten kamen früher aus Asien und Südamerika, heute in der Regel aus den osteuropäischen Ländern.
Was bleibt, ist die Verknüpfung der „Zuständigkeit“ auf Seiten der Frauen. Statt den Kampf für eine
solidarischere Gesellschaft zu führen, besteht die Gefahr der Endsolidarisierung der Frauen unterei-
nander.

Wir wollen die Gesellschaft verändern, die Falle Überbelastung, Prekariat und Altersarmut für Frauen
und deren Kinder eliminieren. Mit diesen Strukturen werden diese gefestigt und ausgebaut. Lasst uns
dagegen arbeiten.

Auch in Warenhandel und Vertrieb, Büro- und Verwaltungstätigkeit ist der Frauenanteil je nach Beruf
mit bis zu 99 Prozent sehr hoch. Sehr stark ist gerade in diesen Branchen mit massiver Vernichtung
von Arbeitsverhältnissen zu rechnen. Auf der Tabelle gefährdeter Berufe (A.T. Kearney) liegen sie zu-
sammen mit der Gastronomie unter den Top 10. Berufe im Kommunikativen Umfeld wie Social Media
Management und Marketing haben ebenso einen hohen Frauenanteil mit prekären Beschäftigungsbe-
dingungen und sind in der Betrachtung entsprechend zu berücksichtigen.

Antrag:

G.26.

Antragsteller/innen:

Geraer Sozialistischer Dialog, Ortsverband Eppendorf Hohe Luft
- Ost (Hamburg)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarität! Linke Opposition gegen Rechts**

2 „Die Dänen sind geiziger als die Italiener. Die spanischen Frauen geben sich leichter der verbotenen
3 Liebe hin als die deutschen. Alle Letten stehlen. Alle Bulgaren riechen schlecht. Rumänen sind tapfe-
4 rer als Franzosen. Russen unterschlagen Geld. Das ist alles nicht wahr – wird aber im nächsten Kriege
5 gedruckt zu lesen sein. (...)

6 Die falschen Staaten von Europa: England, Frankreich, Spanien, Italien, Ungarn, Preußen, Estland,
7 Lettland, Rumänien, Bayern. Die Grenzen stehen fest.

8 Die richtigen Staaten von Europa: Arbeitslose, Arbeitsmänner, Arbeitgeber und Nutznießer fremder
9 Arbeit. Die Grenzen fließen.“ („Nationales“. Peter Panter alias Kurt Tucholsky, Die Weltbühne, 1924)

10 Erneut in der deutschen Geschichte wird „Nationales“ gegen die Bevölkerungen aus der Mottenkiste
11 geholt. Mittels „Teile und Herrsche“ soll von der steigenden sozialen Ungleichheit abgelenkt, ihre Ur-
12 sachen verschleiert, die Nutznießer geschützt und Sündenböcke präsentiert werden. Verantwortlich
13 für Krise, Umweltzerstörung, Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau seien nicht die
14 Kriegstreiber und die Rüstungsproduzenten, die Banken und Konzerne, die Immobilienhaie oder Aus-
15 beuter oder korrupte Politiker, sondern „der Flüchtling“. Amen.

16 So wurde die AfD groß (gemacht). Mit ihr ist eine stramm rechte Truppe von reaktionären Rassisten
17 und Revisionisten, Militaristen und Neoliberalen in den Bundestag eingezogen. Dass es ihr in dem
18 Maße gelingen konnte, Menschen gegeneinander auszuspielen und sich zugleich als „Protestpartei“ zu
19 gerieren, liegt an der jahrzehntelangen Entwürdigung der Mehrheit durch die neoliberale Politik, die zu
20 enormer Wut und Verrohung der Kultur geführt hat. Die AfD ist jedoch gegen soziale Verbesserungen,
21 Arbeit für alle, demokratische Partizipation, internationale solidarische Entwicklung, Friedens- und
22 Entspannungspolitik, Emanzipation und Lebensfreude.

23 Auch die „neue“ Bundesregierung steht für die „Schwarze Null“, für Austeritätspolitik und Aufrüstung,
24 Steigerung des Reichtums der Wenigen und Vertiefung der Armut der Vielen, Waffenexporte in alle
25 Welt und Abschottung der Geflüchteten. Menschenrechte und das Recht auf Asyl sind zur Verhand-
26 lungsmasse im Parlamentsroutinendreh geworden. Gleichwohl steht die „GroKo“ unter erheblichem
27 Druck der Bevölkerung und der Bewegungen, die dem Rechten entgegen mehrheitlich gegen Militär-
28 einsätze, für soziale Verbesserungen und Demokratie sind.

29 Hier ist DIE LINKE gefordert. Nicht als Regierung im Wartestand, sondern als offensive Opposition. Wo
30 DIE LINKE stark ist, ist die Rechte schwach – und umgekehrt.

31 Mit der Bekämpfung von Vorurteilen, dem Engagement für Frieden, internationale Solidarität und sozi-
32 ales Allgemeinwohl, in Bündnissen, dynamisch und genießend ist die Schaffung einer neuen Lebens-
33 weise für strukturelle Veränderungen verbunden. Die Realisierung menschlicher Verhältnisse bedarf
34 überzeugter Menschen, die klassenbewusst, über soziale, kulturelle und Ländergrenzen hinweg, ande-
35 re, bessere und würdige gesellschaftliche Bedingungen schaffen.

36 Wenn wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, finden sich in allen „Milieus“ Mitstreiter.

37 Wir sehen demnach folgende Schwerpunkte für die Partei:

38 **Aufklärung gegen Rechts**

39 Gegen die rechten Rattenfänger hat DIE LINKE eine elementare Bildungsaufgabe. Von einem egalitä-
40 ren Menschenbild ausgehend, setzen wir uns kritisch mit Rassismus und Ressentiments auseinander,
41 klären über gesellschaftliche Zusammenhänge auf, ermuntern zum Widerspruch und mobilisieren für
42 den gemeinsamen Kampf für soziale Verbesserungen. Raus aus der Depression! So schaffen wir Soli-
43 darität und Hoffnung gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit der herrschenden Politik.

44 Wir sind treibende oppositionelle Kraft in den Parlamenten und verstärken unsere Arbeit in sozialen
45 Bewegungen, auf der Straße, in Betrieben und Gewerkschaften, in Schulen und Hochschulen, in der
46 Friedensbewegung und in antifaschistischen Bündnissen.

47 **Frieden erkämpfen, Fluchtursachen bekämpfen**

48 Die militärische und wirtschaftliche Versklavung großer Teile der Welt ist Folge der kapitalistischen
49 Konkurrenz- und Profitlogik, der imperialistischen Herrschafts- und Expansionspolitik und Fluchtursa-
50 che Nummer Eins. Wir setzen uns daher für die Beendigung aller Kriege und den sofortigen Stopp aller
51 Waffenexporte ein. Entspannung und Kooperation statt Eskalation und machtpolitischer Einmischung
52 müssen die internationalen Beziehungen bestimmen. Die Freihandelsdiktate müssen abgeschafft und
53 eine solidarische Weltwirtschaftsordnung durchgesetzt werden, damit alle in Würde leben können und
54 kein Mensch fliehen muss!

55 Wir widersetzen uns der geplanten Erhöhung der Militärhaushalte der NATO-Staaten auf zwei Prozent
56 des BIP sowie der Militarisierung der EU u.a. durch „Pesco“ und unterstützen die Kampagne „Abrüsten
57 statt Aufrüsten“. Statt neuer Milliarden für Militär fordern wir öffentliche Investitionen im zivilen Be-
58 reich: für Kitas und (Hoch-)schulen, Sozialwohnungen, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr, kom-
59 munale Infrastruktur, Alterssicherung, Ökologie und Klima sowie wirklich hilfreiche Entwicklungshilfe.
60 Jede Milliarde aus dem Militärhaushalt, die stattdessen für Entwicklungshilfe ausgegeben wird, ist ein
61 Beitrag zur Verhinderung der Fluchtragödien und für ein besseres Leben – überall.

62 **Soziale Progression statt Schuldenbremse**

63 Durch die interessegeleitete und unnötige Knappheit an Wohnraum, Arbeitsplätzen und sozialen Gü-
64 tern wird Elend produziert und Konkurrenz geschürt. Doch Geld ist genug da! Die sozialen, kulturellen
65 und Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen (Rekommunalisierung!) und der Wohnungsbau
66 müssen und können ausgebaut werden. Auch Integration und Inklusion gelingen nur mit den erforder-
67 lichen Ressourcen. Dafür muss die Schuldenbremse gelöst werden. Der Staat muss für die Entwick-
68 lung des Allgemeinwohls Investitionen tätigen, die Mittel dafür werden u.a. in Form von Steuermehr-
69 einnahmen zu Lasten der Reichen und Konzerngewinne vielfach kompensiert. Überhaupt: Der Gestal-
70 tungsanspruch der Politik muss gestärkt und der gesellschaftliche Reichtum von oben nach unten
71 umverteilt werden. An erster Stelle im Grundgesetz steht die Würde des Menschen. Die Schulden-
72 Bremse ist damit unvereinbar.

73 Zum Wohle der Allgemeinheit fordern wir auch die Enteignung von Banken, Konzernen und Immobili-
74 en.

75 Dazu muss das Streiten für die Interessen von Lohnabhängigen contra Konzerninteressen zentraler
76 Orientierungspunkt bleiben. Darin unterscheidet sich unsere Partei vor dem Hintergrund unserer Ge-
77 schichte und grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus von den bürgerlichen Parteien. Nur der konse-
78 quente Kampf für die Realisierung des gemeinsamen sozialen Interesses schützt davor, auf rechte
79 Propaganda hereinzufallen. Solidarische Bewegung für die Verbesserung der Lebenslage aller ist das
80 beste Mittel gegen Rechts.

81 **Dialog für Parteientwicklung**

82 DIE LINKE ist eine Partei mit antifaschistischen Wurzeln, internationalistischer Reichweite und sozialer
83 Bodenhaftung und steht mit sozialistischer Geschichte und Zukunft für die Humanisierung der Welt.
84 Konsequente Links überzeugt und begeistert; Marketing, Verbürokratisierung und Realpolitik sind un-
85 attraktiv und Wasser auf die Mühlen der AfD. Wir wollen daher auf der Grundlage des Erfurter Pro-
86 gramms das sozialistische Profil unserer Partei schärfen und insbesondere die außerparlamentarische
87 Arbeit intensivieren. Wir wirken für eine Parteikultur, die von der Wertschätzung alter und neuer Mit-
88 glieder geprägt ist, in der sich alle als Gleiche unter Gleichen verstehen und argumentativ um die Aus-
89 richtung und Reichweite linker Politik ringen. Um noch wirksamer Opposition sein zu können, bedarf
90 es der produktiven politischen Klärung der Konflikte, statt sie personalisierend, intrigant oder über die
91 Medien zu führen.

Antrag:

G.27.

Antragsteller/innen:

Geraer Sozialistischer Dialog, Ortsverband Eppendorf Hohe Luft
- Ost (Hamburg)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Schuldenbremse muss weg!**

2 **Für die ungehemmte Entwicklung von Sozialem, Bildung, Kultur und Gesundheit in öffentlicher**
3 **Verantwortung**

4 DIE LINKE wird sich auf Landes- sowie Bundesebene dafür einsetzen, dass die sogenannte Schulden-
5 bremse sowohl im praktischen staatlichen Handeln überschritten wird, als auch aus den Länderver-
6 fassungen und aus dem Grundgesetz gestrichen wird. DIE LINKE wird sich dafür an entsprechenden
7 außerparlamentarischen Initiativen beteiligen und parlamentarische Vorstöße unternehmen.

8 Die Menschheit ist reich. Täglich schafft die Bevölkerung diesen materiellen und geistigen Reichtum –
9 in Fabriken und Büros, auf dem Feld und auf der See, in Schulen und Hochschulen, auf Bühnen und in
10 Ateliers – und stützt sich dabei auf wissenschaftliche und technische Errungenschaften und das kul-
11 turelle Erbe aus tausenden Jahren Menschheitsgeschichte. Längst sind wir dabei so produktiv, dass
12 kein Mensch mehr Not leiden müsste.

13 Gegen die erforderliche Wende zur Sozialstaatlichkeit, die heute auf erheblich erweitertem Niveau
14 möglich ist, wirkt die Schuldenbremse als entscheidender Hemmschuh. Materiell bedeutet sie ein
15 Verbot von Kreditaufnahme für die Entwicklung des Gemeinwesens, praktisch führt sie dazu, dass
16 auch alle Steuermehreinnahmen nutzlos in der Schuldentilgung verschwinden, ideologisch werden mit
17 ihr berechnete Ansprüche für ein besseres Leben als Maßlosigkeit denunziert. Doch der Reichtum ist
18 groß genug, dass alle sozial gesichert, klug und menschenfreundlich gebildet, geschichtsbewusst kul-
19 turell angeregt und solidarisch die Entfaltung einer aufgeklärten und friedlichen Menschheit bewusst
20 realisieren könnten.

21 DIE LINKE stellt klar:

22 Sinnvolle Staatsverschuldung bedeutet nichts anderes als öffentliche Investition in die Entwicklung
23 des Gemeinwesens. Seit jeher ist es so gewesen, dass die Entwicklung des Allgemeinwohls ein höhe-
24 res Produktivitätsniveau bedeutet. Die zum Anschlag notwendig aufzubringenden Mittel werden dop-
25 pelt und dreifach wieder erwirtschaftet. Hohe staatliche Ausgaben sind also gut, denn sie sind die
26 Hoffnung auf erfreuliche Entwicklung. Allerdings gilt: Die Mittel müssen zukunftsweisend in sozialer
27 Infrastruktur landen statt destruktiv in Rüstungsgütern.

28 In der großen Krise 2007/08 haben sich die europäischen Staaten massiv verschuldet, um die großen
29 Privatbanken zu retten, und sie – wenn schon „systemrelevant“ – nicht einmal in Gemeineigentum
30 überführt. Bankenrettung, Steuerbefreiung für die Vermögenden und das jahrzehntelange Schleifen
31 des Sozialstaats sind die wesentlichen Ursachen für die heutigen hohen Schulden. Dies sind „Investi-
32 tionen“, die gesellschaftliche Entwicklung sogar einschränken statt zu befördern. Höhere Löhne, In-
33 vestitionen in Bildung, Kultur, Gesundheit, öffentliche soziale Infrastruktur und Sozialprogramme wie
34 bspw. eine sanktionsfreie, einträgliche Grundsicherung (statt Hartz IV) und eine würdige Rente für alle
35 bedeuten hingegen produktivitätssteigernde Innovation, direktes Wachstum, gesteigerte Binnenkauf-
36 kraft und nebenbei entsprechend ansteigende staatliche Steuereinnahmen.

37 Schulden sind dann kein Problem, wenn man die Macht der Banken, die bei hoher Kreditlast den Staat
38 erpressen könnten, nicht länger akzeptiert. Die politische Souveränität des Staates über das Banken-
39 wesen kann wiederhergestellt werden. Die Deregulierung der Finanzwirtschaft ist eine umkehrbare
40 politische Fehlentscheidung gewesen. Auch Banken sind dem Grundgesetz und dem Allgemeinwohl
41 verpflichtet. Auf Gewinne haben sie keinen Rechtsanspruch. Wenn sie den Staat bzw. das Allgemein-
42 wohl gefährden, können sie enteignet werden (Art. 15 GG).

43 Die Schuldenbremse wurde ins Grundgesetz eingefügt, doch sie steht im Widerspruch zum dort ge-
44 fassten grundlegenden und verbindlichen Sozialstaatsgebot und widerspricht dem Demokratieprinzip,
45 weil sie die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zur Verwirklichung der Würde des Menschen (Art. 1
46 GG) beschneidet.

47 Eine erhebliche Besteuerung der wirklich Reichen und Superreichen ist sinnvoll und dringend erforder-
48 lich – damit deren Geld nicht länger in nutzlosen Luxusgütern, Krieg und schädlichen Spekulationen
49 versackt und damit die antidemokratische Macht des Geldes beschnitten wird. Aber: Die positive Ent-
50 wicklung des Sozialstaats muss nicht warten, bis das Geld über Vermögens- und Spekulationssteuern
51 und einen erhöhten Spitzensteuersatz eingesammelt ist – sie kann und muss sofort beginnen.

52 Die Überwindung der Schuldenbremse in der BRD bedeutet:

- 53 ■ die Befreiung der Kommunen und Länder aus den Daumenschrauben des Austeritätswangs,
- 54 ■ internationale Solidarität, weil die deutsche Regierung ein Hauptaggressor für die „schwarze Null“
55 ist und ein Durchbruch hier international befreiend wirkt – von Griechenland bis Argentinien,
- 56 ■ Kampf gegen Rechts, weil AfD und Konsorten die soziale Verunsicherung unter angeblichen Man-
57 gelbedingungen für ihre menschenfeindliche Ideologie der Konkurrenz jeder gegen jeden nutzen.

58 DIE LINKE macht dagegen deutlich: Es ist genug für alle da – lasst uns gemeinsam und solidarisch
59 darum kämpfen!

Antrag:

G.28.

Antragsteller/innen:

KV Bochum, Martin Hantke (BAG FIP), Sevim Dagdelen (KV Bochum), Alexander Neu (KV Rhein-Sieg),
Heike Hänsel (KV Tübingen), Sören Pellmann (KV Leipzig), Harri Grünberg (Cuba Si), Christian Leye
(Landessprecher LV NRW), Diether Dehm (LV Niedersachsen), Zaklin Nastic (Landessprecherin LV
Hamburg), Fabio De Masi (LV Hamburg), Thomas Kachel (KV Leipzig), Volker Kùlow (KV Leipzig), Sabi-
ne Zimmermann (LV Sachsen), Ruth Firmenich (Parteivorstand), Harald Schindel (KV Saarbrücken),
Alexander King (Sprecher BV Tempelhof-Schöneberg), Carsten Schulz (BV Tempelhof-Schöneberg),
Uwe Hiksich (Marxistisches Forum), Ezgi Güyildar (KV Essen), Amid Rabieh (Kreissprecher KV Bochum)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für Entspannungspolitik mit Russland – Sanktionen beenden**

2 **Wachsende Kriegsgefahr**

3 Die Gefahr eines großen Krieges wächst. Die von der Bundesregierung unterstützten Militärschläge
4 der USA, Großbritanniens und Frankreich in Syrien am 14. April 2018 gegen Chemiewaffenanlagen
5 stellen eine neue gefährliche Eskalation von NATO-Staaten dar. Auch der wissenschaftliche Dienst des
6 Deutschen Bundestags hat diesen Angriff, den sowohl Bundeskanzlern Angela Merkel wie auch Au-
7 ßenminister Heiko Maas rechtfertigen, als völkerrechtswidrig eingestuft. „Der Einsatz militärischer
8 Gewalt gegen einen Staat, um die Verletzung einer internationalen Konvention durch diesen Staat zu
9 ahnden, stellt einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot dar“, heißt es unmissverständ-
10 lich in dem Gutachten. Der völkerrechtswidrige Angriff der drei NATO-Mitglieder stellt aber nicht nur
11 einen gravierenden Bruch der UN-Charta dar, sondern auch eine weitere Eskalation im Verhältnis zu
12 Russland. Die Bundesregierung trägt durch ihre Zustimmung des Völkerrechtsbruchs mit zur Erosion
13 des internationalen Rechts wie der weiteren Eskalation gegenüber Russland bei. Die von US-Präsident
14 Trump mit den Worten „Get ready Russia“ angekündigten Angriffe sind als Teil einer Strategie der
15 Spannung mit Russland zu werten und bergen die Gefahr der Entfesselung eines großen Krieges, auch
16 auf Grundlage von Missverständnissen oder technischen Pannen.

17 **Aufrüstung der NATO**

18 Während die NATO insgesamt 900 Milliarden Dollar für Rüstung ausgibt, sind es bei Russland rund 70
19 Milliarden Dollar. Von einer russischen Bedrohung zu fabulieren, ist Teil der Bemühungen in der NATO,
20 Rechtfertigungen für eine Erhöhung der eigenen Rüstungsausgaben zu konstruieren. Sowohl die USA
21 als auch andere NATO-Staaten wie Deutschland rüsten jetzt massiv auf. Während die USA beschlos-
22 sen haben, ihren ohnehin schon exorbitanten Rüstungshaushalt von 600 Milliarden Dollar um weitere
23 100 Milliarden auf 700 Milliarden zu steigern, hat sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag
24 erneut zu einem gigantischen Aufrüstungsprogramm verpflichtet. Die deutschen Rüstungsausgaben
25 würden von jetzt rund 41 Milliarden Dollar (37 Mrd. Euro) auf fast 80 Milliarden Dollar steigen (rund
26 75 Mrd. Euro). Deutschland würde damit zur größten Militärmacht in Europa.

27 **Militärbasen im Ausland**

28 Auch die Anzahl der Militärbasen im Ausland ist von einer starken Asymmetrie geprägt. Während die
29 USA über etwa 1000 Militärbasen im Ausland verfügen, sind es im Falle Russlands 20. Größere NATO-
30 Staaten, wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien weiten ihre ausländischen Militärbasen aus.
31 Deutschland ist zurzeit allein in 11 bewaffneten Auslandseinsätzen der Bundeswehr aktiv, die, wie im
32 Fall Afghanistans, langjährige Truppenstationierungen beinhalten.

33 **Heranrücken an die russische Grenze**

34 Die NATO hat sich nicht nur zu einem offenen Kriegsführungsbündnis entwickelt, das seit Jahren in
35 Afghanistan, weit entfernt vom Bündnisgebiet, Krieg führt, sondern ist, trotz anderslautender Zusagen
36 im Rahmen der Beendigung des Kalten Krieges, immer weiter an die Grenzen Russlands herangerückt.
37 Auch die Bundeswehr steht nun erstmals direkt an der Westgrenze Russlands. Mit Projekten wie dem
38 so genannten Raketenschild hat die NATO zudem ein neues atomares Wettrüsten in Europa entfesselt.
39 NATO- und US-Stützpunkte in Deutschland stellen nicht nur die Infrastruktur für völkerrechtswidrige
40 Militärinterventionen dar, sondern auch das Rückgrat einer militärischen Eskalationspolitik gegen
41 Russland. Dabei spielt der US-Stützpunkt Ramstein die zentrale Rolle. Durch die angekündigte Moder-
42 nisierung der US-Atombomben, verbunden mit der nuklearen Teilhabe Deutschlands, wird Mitteleuro-
43 pa als potentiell atomares Schlachtfeld markiert.

44 **Wirtschaftskrieg von USA, NATO und EU**

45 Mit immer schärferen Sanktionen versuchen USA, NATO und EU, Russland einen Wirtschaftskrieg
46 aufzuzwingen. Wie im Fall Skripal werden dabei selbst minimale rechtsstaatliche Standards ausge-
47 setzt, um Begründungen zu konstruieren. Die Sanktionen gegen Russland gehen auch auf Kosten der
48 Bevölkerung in der EU und insbesondere in Deutschland. Wie im Fall der Energieversorgung sollen sie
49 sogar dazu beitragen, die Profitinteressen von US-Frackingkonzernen zu bedienen. Diese westlichen
50 Sanktionen haben dazu beigetragen, einen gefährlichen neuen Kalten Krieg in Europa zu forcieren.

51 DIE LINKE fordert, dass dieser Aufmarsch gegen Russland wie auch der Wirtschaftskrieg sofort been-
52 det werden müssen. Die Bundesregierung muss endlich die Initiative für eine neue Entspannungspoli-
53 tik in Europa nach dem Vorbild Willy Brandts übernehmen.

54 DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, zur Vorbereitung einer neuen Entspannungspolitik folgen-
55 de fünf Punkte umzusetzen:

- 56 1. Die Sanktionen gegen Russland werden sofort beendet. Es muss ein neuer Prozess einer Konferenz
57 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleitet werden, um die Einhaltung des
58 Völkerrechts durchzusetzen.
- 59 2. Die militärischen Verbände der Bundeswehr, die im Rahmen der NATO stationiert sind, werden von
60 der Westgrenze Russlands abgezogen.
- 61 3. Die NATO-Aufrüstungsverpflichtung auf 2 Prozent des BIP und fast 80 Milliarden Dollar wird
62 gekündigt und die Bundesregierung verpflichtet sich dazu, den deutschen Rüstungshaushalt um
63 jährlich 10 Prozent zu reduzieren. Gleichzeitig werden Verhandlungen mit Russland über
64 gemeinsame Abrüstungsanstrengungen aufgenommen.

- 65 4. Deutsche Militärbasen im Ausland werden aufgelöst. Die Bundeswehr wird aus allen
66 Auslandseinsätzen zurückgezogen, insbesondere auch aus Jordanien und der Türkei, da diese
67 Einsätze für eine unmittelbare regionale Konfrontation mit Russland dienen können.
68 5. Zur Lösung des Konflikts in Syrien wird Deutschland gemeinsam mit Russland im Rahmen der UN
69 diplomatische Initiativen für ein souveränes, einheitliches und demokratisches Syrien ergreifen und
70 zudem alle Waffenlieferungen an Staaten im Nahen Osten einstellen, auch diejenigen an Staaten,
71 die, wie die Türkei und Saudi-Arabien, mit ihrer Unterstützung islamistischer Terrorgruppen in
72 Syrien zu einer Fortdauer des Konflikts und zur Verfolgung von Minderheiten, wie Kurden, Christen,
73 Eziden, Alawiten, Aleviten und Drusen in Syrien beitragen.

Antrag: **G.29.**

Antragsteller/innen: Kai-Uwe Georg Frank (KV Frankfurt a. M.)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Parteien im Bundestag müssen von allen Bürger und Bürgerinnen aller Bundesländer gewählt werden
2 können.

Begründung:

Stellt euch vor, DIE LINKE wäre NUR in Hessen wählbar. Bürger andere Bundesländer würden euch aber auch gerne wählen wollen.

Aber können es NICHT. Da die Partei NICHT auf dem Wahlzettel steht, nehmen wir mal die CSU. Wie viele Bundesländer können diese Partei wählen?

Und wie kann es sein, das eine Partei, die nur von den Bürgern eines Bundeslands gewählt werden kann, so viel Macht ausüben kann?

Ich bitte um Zustimmung, dass NUR Parteien im Bundestag zugelassen werden, die von allen Bürgern der BRD gewählt werden können.

Antrag: **G.30.**

Antragsteller/innen: Kai-Uwe Georg Frank (KV Frankfurt a. M.)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Änderungen der Diätenerhöhung (Abgeordnetenentschädigung)**

- 2 Eine Diätenerhöhung (Abgeordnetenentschädigung) ist auf max. 1 Prozent bis 10.000,00 Euro zu be-
3 grenzen und ab 10.001,00 Euro mit einer Erhöhung auf max. 0,5 Prozent zu begrenzen.

Begründung:

Warum ist die Begrenzung?

Derzeit bekommt ein Abgeordneter/e 9.541,74 Euro bei eine kommenden Diätenerhöhung von z.B. 2 Prozent wäre das ein monatliches Plus von 190,83 Euro.

Kleines Beispiel:

Wenn ein Arbeiter als Single 1.800,00 Euro brutto verdient und 2 Prozent mehr Lohn bekommt, hat dieser nur 36,00 Euro brutto mehr und davon bleiben ihm netto ca. 19,80 Euro im Monat.

Nehmen wir eine Rentnerin mit 1.000,00 Euro netto Rente über Existenzminimum, bei 2 Prozent Rentenerhöhung hätte sie ein Plus von 20,00 Euro.

Antrag: G.31.

Antragsteller/innen: Kai-Uwe Georg Frank (KV Frankfurt a. M.)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Änderungen des Parteispenden-Systems**

- 2 Spendengelder/Parteispenden sowie Spenden an Politiker, Minister und Abgeordnete sollten ab so-
3 fort ab dem ersten Euro auf ein zentrales Konto des Bundestags überwiesen/eingezahlt werden.

Begründung:

Die Verteilung der Spendengelder erfolgt prozentual, verteilt auf die Anzahl der Sitze im Bundestag der einzelnen Parteien. Dadurch werden parteinahe Spenden unterbunden.

Somit würde sich derzeit bei 709 Sitzen folgende Verteilung der Spendengelder an die Parteien ergeben.

Ausgehend von 1.000.000.000,00 Euro:

CDU/CSU:	246 Sitze = 34,70% =	347.000.000,00 Euro
SPD:	153 Sitze = 21,58% =	215.800.000,00 Euro
DIE LINKE:	69 Sitze = 9,73% =	97.300.000,00 Euro
Bü 90/Grüne:	67 Sitze = 9,45% =	94.500.000,00 Euro
FDP:	80 Sitze = 11,28% =	112.800.000,00 Euro
AfD:	94 Sitze = 13,26% =	132.600.000,00 Euro

Antrag: G.32.

Antragsteller/innen: Kai-Uwe Georg Frank (KV Frankfurt a. M.)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Politiker/Minister/Abgeordnete Vollzeit/Lobbyisten**

- 2 Politiker, Minister und Abgeordnete sollen dem Volk dienen und sich aus der Privatwirt-
3 schaft/Wirtschaft zurückziehen.

Begründung:

Die Begründung ist in drei Punkte untergliedert:

1. Politiker, Minister und Abgeordnete sollten aus ALLEN Vorständen (Vorstandsposten) zurücktreten und sich aus der Wirtschaft zurückziehen.
2. Eigene Firmen und Kanzleien müssen ausgesetzt werden.
3. Für Lobbyisten sollte eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet werden, bestehend aus je einem Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien. Lobbyisten sollte dadurch der Zugang durch die Hintertür verschlossen werden. Lobbyisten dürfen dann nur noch Anträge und Forderungen an dieses Gremium (Task Force) richten / einreichen.

Antrag:

G.33.

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Raus aus der Schulden- und Armutsfalle: Für eine wirkliche, soziale**
2 **Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens**

3 Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt: Auf der einen Seite steigt die Anzahl der Vermögens-
4 millionäre rapide an, auf der anderen Seite aber auch die Zahl der verschuldeten und armen
5 Menschen. Prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit, hohe Mieten und Krankheit, um nur einige
6 der vielen Gründe zu nennen, treiben Menschen unverschuldet in die Armut- und damit zwangsläufig
7 auch in die Schuldenfalle. Diese Menschen bewegen sich oft aus Scham und Angst unterhalb des
8 „Radars“, sie werden von der Gesellschaft mit ihren Ängsten und Nöten nicht wahrgenommen und
9 werden dadurch bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche stigmatisiert, ausgegrenzt und in prekäre
10 Beschäftigung gedrängt. Sie haben keine Lobby, aber es gibt diese Menschen mit steigender Tendenz.
11 6,85 Millionen Menschen in Deutschland, und damit jeder zehnte, sind permanent verschuldet. Es
12 kann jede*n treffen, aber vor allem die Zahl der Frauen und der Menschen, die im steigenden Alter in
13 die Schuldenfalle geraten, steigt besorgniserregend, sagen Experten. Alleinerziehend zu sein, wird zum
14 Risikofaktor und die Altersarmut bekommt eine ganz neue Dimension. Schulden in Deutschland
15 stigmatisieren und drängen die Betroffenen ins gesellschaftliche Abseits. Die sogenannte Reform des
16 Verbraucherinsolvenzverfahrens von 2013 hat die Lage der Menschen, die in der Schuldenfalle
17 stecken, weiter verschlechtert und nicht verbessert. Zudem ist sie zutiefst unsozial, ungerecht, ohne
18 wirkliche Perspektive für die Betroffenen und spaltet in zwei Klassen. Ohnehin weitgehend mittellose
19 Verbraucher*innen sollen, um in den Genuss der raschen Restschuldbefreiung nach 3 Jahren zu
20 kommen, 35 Prozent der Forderung zusätzlich zu den Kosten des Verfahrens (die in der Regel schon
21 rund 2000 € betragen) begleichen. In der Praxis dürften das aber nur wenige Verbraucher*innen
22 schaffen, Expertisen gehen von einer Quote von 1 Prozent aus. Schuldnerberatungsstellen,
23 Richter*innen, ja selbst Wirtschaftsauskunftsunternehmen, beschreiben die Voraussetzungen als
24 „utopisch“. Die wenigen wirtschaftlich starken Schuldner*innen werden bevorzugt, Prekäre werden
25 nochmals bestraft. Die Hürde ist zu hoch und zu kompliziert. Das zeigt sich auch dadurch, dass die
26 Zahl der verschuldeten Haushalte steigt, aber die Zahl der der Insolvenzverfahren sinkt. Die
27 Betroffenen resignieren und finden sich damit ab. Dies kann aber nicht die Lösung sein! Den
28 betroffenen Menschen muss schnellstmöglich wieder eine selbstbestimmte Teilhabe ohne
29 Bevormundung am wirtschaftlichen Leben und damit auch an der gesellschaftlichen Teilhabe
30 ermöglicht werden. Diese Teilhabe ist unabdingbar, nicht verhandelbar und damit ein wesentlicher
31 Eckpfeiler in allen Belangen der sozialen Gerechtigkeit. Eine grundlegende, wirkliche Reform des
32 Verbraucherinsolvenzverfahrens, die den Belangen der betroffenen Menschen wirklich gerecht wird,
33 ihre Rechte und ihre Teilhabe stärkt, sie nicht stigmatisiert und ausgrenzt, ist somit zwingend
34 erforderlich.

35 Wir fordern:

- 36 ■ Eine vollständige Restschuldbefreiung ohne Wenn und Aber inklusive der Verfahrenskosten nach
37 36 Monaten. Die Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen in prekären Verhältnissen ist
38 zu verhindern und auszuschließen. Der Schufa-Eintrag ist nach dem Antrag auf
39 Restschuldbefreiung sofort zu löschen bzw. so zu ändern, dass nur eine Kreditaufnahme bis zum
40 Ende des Verfahrens ausgeschlossen wird. Dies darf nur für Kreditunternehmen ersichtlich sein,
41 nicht bei einer Selbstauskunft. Damit soll der Stigmatisierung vor allem bei der Wohnungssuche
42 entgegengewirkt werden.
- 43 ■ Menschen, die schon durchgehend seit mindestens 48 Monaten im öffentlichen
44 Schuldnerverzeichnis eingetragen sind, erhalten eine verkürzte vollständige Restschuldbefreiung
45 von 12 Monaten ab Antrag. Damit sollen die Haushalte bzw. die Menschen aus der Schulden- und
46 Armutsfalle geholt werden, die bereits resigniert haben. Da sie quasi schon seit 48 Monaten mit

- 47 den Schulden leben, diese aber nicht über eine Restschuldbefreiung abbauen konnten, soll ihnen
48 die Möglichkeit einer verkürzten Restschuldbefreiung gegeben werden.
- 49 ■ Schulden verhindern, bevor sie entstehen. Stärkung der Schuldnerberatungsstellen, Einrichtung
50 einer mobilen Schuldnerberatung in ländlichen Gebieten, betroffene Verbraucher*innen sollen
51 spätestens nach 14 Tagen einen Termin bekommen. Kostenfreie juristische Hilfe für alle
52 betroffenen Verbraucher*innen - ohne Bedingungen.
 - 53 ■ DIE LINKE unterstützt öffentlich die obengenannten Forderungen mit allen ihren verfügbaren
54 Möglichkeiten, auch durch Gesetzesinitiativen.

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei

Antrag: P. 1.

Antragsteller/innen: KV Potsdam-Mittelmark, KV Brandenburg an der Havel

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Friedensinitiative 2020 – Aufbruch in ein Jahrzehnt intensiver Aktivitäten**
2 **für eine bessere Welt durch Frieden und Völkerverständigung**

3 Vom Bundesparteitag DIE LINKE wird ein klares Signal für intensive Aktivitäten für Frieden und Völker-
4 verständigung in alle Bundesländer, aber auch über die deutschen Grenzen hinaus gesendet. Grundla-
5 ge sind die vom Erfurter Parteitag 2011 beschlossenen und in unserem Parteiprogramm (Abschnitte
6 4.5 und 4.6) verankerten friedenspolitischen Ziele.

7 Deshalb werden in den Vorständen aller Ebenen der Partei Personen benannt, die für die Umsetzung
8 dieser Aufgabe eine Steuerungsrolle übernehmen. Der Parteivorstand beauftragt Mitglieder des Vor-
9 standes, die friedenspolitische Arbeit auf allen Ebenen zu vernetzen und einen regelmäßigen Aus-
10 tausch von Vorhaben, Ergebnissen und Erfahrungen zu organisieren.

11 Frieden und Völkerverständigung können wir als DIE LINKE nicht allein erreichen. Deshalb suchen wir
12 aktiv nach Verbündeten in Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Kirchen und Parteien. Um uns auch
13 europaweit aktiv für Frieden und gegen Kriege einzusetzen, nehmen wir Kontakt zu friedliebenden
14 Kräften in unseren Nachbarstaaten auf, schließen Bündnisse und führen gemeinsame Aktionen durch.
15 In Zeiten wirtschaftlicher Sanktionen und militärischer Drohungen gegen jedwede Völker dieser Erde
16 werden wir deutlich andere Zeichen setzen. Freundschaftsbesuche und Partnerschaften auf kommuna-
17 ler, politischer oder auch ganz privater Ebene dienen der Völkerverständigung und bauen Ängste
18 voreinander ab.

19 Wir veranstalten regelmäßige Friedensforen als Mittel der Aufklärung über die Ursachen von Kriegen
20 und leisten unseren Beitrag zum Wiedererstarken der nationalen und internationalen Friedensbewe-
21 gung. Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, nach einer Zukunft für ihre Kinder und Enkel ohne
22 Angst vor Krieg und der Erhalt unserer einen Welt müssen für die Regierungen dieser Welt auf Straßen
23 und Plätzen immer wieder sichtbar und hörbar zum Ausdruck gebracht werden.

24 Folgende Ziele werden von uns in jeder politischen Konstellation vertreten und sollen im Rahmen der
25 Friedensoffensive 2020 erreicht werden:

26 a) auf nationaler Ebene:

- 27 ■ Deutschland wird sich seiner Verantwortung aus zwei Weltkriegen bewusst, beendet seine Mit-
28 gliedschaft in der NATO und bleibt künftig bündnisfrei wie Schweden, Finnland, Österreich und die
29 Schweiz.
- 30 ■ Deutschland tritt dem von der UNO 2017 mit großer Mehrheit beschlossenen Atomwaffenverbots-
31 vertrag bei, verzichtet auf das Prinzip der nuklearen Teilhabe und setzt sich in diesem Zusammen-
32 hang für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ein.
- 33 ■ Die Bundeswehr wird aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen und übernimmt ausschließlich
34 Aufgaben der Landesverteidigung. Langfristiges Ziel ist es, die SoldatInnen der Bundeswehr nicht
35 für den militärischen Einsatz, sondern für friedliche Einsätze zur Bewältigung nationaler und inter-

- 36 nationaler Krisen und Katastrophen als HelferInnen, ÄrztInnen, WissenschaftlerInnen und Techni-
37 kerInnen auszubilden und auszustatten.
- 38 ■ Truppentransporte der NATO über das Territorium der BRD werden untersagt. Es werden keine
39 Überfluggenehmigungen für NATO-Fluggeräte bei Auslandseinsätzen erteilt.
 - 40 ■ Die Bundesregierung nutzt ihr Recht, das Abkommen von 1954 über die Stationierung von auslän-
41 dischen Streitkräften auf dem Territorium der BRD zu kündigen. Der US-Militärstandort in
42 Ramstein, die Basis für den völkerrechtswidrigen Drohneneinsatz, wird schnellstmöglich geschlos-
43 sen.
 - 44 ■ Deutschland beendet alle Rüstungsexporte. Deutschen Rüstungsunternehmen wird es untersagt,
45 das Exportverbot durch die Verlagerung der Produktion ins Ausland zu umgehen. Die Unternehmen
46 müssen in das Kriegswaffenkontrollgesetz eingebunden werden. Die Sicherung bisheriger Arbeits-
47 plätze in der Rüstungsindustrie wird durch die Umstellung der Produktion auf zivile Güter erreicht
48 und mit staatlicher Förderung unterstützt.
 - 49 ■ Der nationale Rüstungshaushalt wird entsprechend der Umstrukturierung der Bundeswehr redu-
50 ziert. Die freiwerdenden Finanzmittel werden zur Lösung wichtiger sozialpolitischer Aufgaben wie
51 z.B. Verbesserung des Zustandes in den Bereichen Bildung, Pflege, Gesundheitswesen und gesetz-
52 liche Rentenversicherung eingesetzt.
- 53 b) auf internationaler Ebene
- 54 ■ Deutschland setzt sich in Europa für eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland ein und un-
55 ternimmt Bemühungen zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wla-
56 diwostok.
 - 57 ■ Ziel ist es, in diesem Raum eine gemeinsame Sicherheitspartnerschaft zu bilden und im Gegenzug
58 die NATO als Überbleibsel einer Politik des Kalten Krieges aufzulösen. Alle Staaten bekennen sich
59 zur Nichtandrohung und Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen gemäß
60 UNO Charta Kapitel 1, Artikel 2, Absatz 4.
 - 61 ■ Deutschland wird bei den aktuellen und künftigen Konflikten die Rolle eines Vermittlers einnehmen
62 und das Ziel verfolgen, Spannungen zwischen Staaten abzubauen und Konfliktpotentiale zu mini-
63 mieren.
 - 64 ■ Deutschland setzt sich in allen internationalen Gremien unermüdlich für die weltweite Abschaffung
65 und Vernichtung von Atomwaffen ein.
 - 66 ■ Deutschland beteiligt sich aktiv an der Realisierung der von der UNO beschlossenen Agenda 2030
67 für eine bessere, gerechtere und nachhaltigere Welt und der Umsetzung der darin verankerten 17
68 Ziele. Damit tragen wir dazu bei, Fluchtursachen zu beseitigen, die Armut auf der Welt zu bekämp-
69 fen und die Welt insgesamt friedlicher zu machen.

Begründung:

Mit der breiten Zustimmung der Delegierten des Bundesparteitages 2017 in Hannover zur Ergänzung der Überschrift des Bundestagswahlprogramms „Sozial. Gerecht. Für alle“ um das Wort FRIEDEN, wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die Sicherung des Friedens von der Parteibasis als vorrangige Aufgabe angesehen wird.

Bereits im Parteiprogramm von 2011 sind zu den Themen Frieden, Abrüstung, Europa und kollektive Sicherheit viele Grundsätze beschlossen worden. Seitdem gibt es immer mehr Krisenherde auf der Erde, die Weltpolitik verschärft sich, der kalte Krieg kehrt zurück, die Gefahr eines neuen, nuklearen Weltkrieges wächst, die Lage in Europa wird durch einen deutlichen Rechtsruck und eine stetige Militarisierung geprägt, der Einsatz von Drohnen entmenschlicht kriegerische Aktionen und immer mehr Menschen aus Kriegsgebieten sind gezwungen, ihr Land zu verlassen. Deutschland trägt auf Grund seiner Rolle aus zwei Weltkriegen eine besondere Verantwortung und kann jetzt eine wichtige Vorbildfunktion in der Entschärfung der militärpolitischen Lage übernehmen.

Unsere Mitglieder und Sympathisanten leisten an der Basis eine hervorragende Arbeit. Der Kreisverband DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark hatte bereits Ende 2016 eine Friedensinitiative beschlossen. Im Rahmen dieser Initiative haben unsere Linken kommunalen Abgeordneten in ihren Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen Resolutionen zum Abzug der US-Atomwaffen aus

Deutschland auf die Tagesordnungen setzen lassen. In allen Orten, wo das bisher geschah, wurden die Resolutionen über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg mehrheitlich, teilweise sogar einstimmig beschlossen. Beispielhaft seien hier die Gemeinden Wiesenburg/Mark, Kloster Lehnin, Borkwalde oder die Städte Werder/Havel, Brandenburg an der Havel, Bad Belzig, Potsdam und Cottbus genannt. Am 01.03.2018 beschloss auch der Kreistag Potsdam-Mittelmark die Resolution mit großer Mehrheit.

Das Thema FRIEDEN bewegt also eindeutig nicht nur DIE LINKE, sondern findet auch Unterstützung in anderen Parteien sowie in der breiten Öffentlichkeit. Wir müssen als Friedenspartei Worte in konkrete Taten umsetzen und das für alle Menschen deutlich sichtbar machen!

Im Rahmen eines unserer Friedensforen kam aus der Bürgerschaft der Vorschlag, das Jahr 2018 zum Jahr des Friedens zu erklären. Diese Idee verankerten wir noch im Jahr 2017 in einem Kreisparteitagsbeschluss. In einem offenen Brief an den Parteivorstand haben wir darum gebeten, diese Friedensinitiative bundesweit zu verbreiten. Im März 2018 schlossen sich die Delegierten des Landesparteitages Brandenburg diesem Anliegen an. Am Thema Frieden lassen sich unmittelbar auch wichtige Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung verdeutlichen. Frieden - Soziales, Frieden - Umwelt, Frieden - Demokratie, Frieden - Wirtschaft, all das steht in unmittelbarem Zusammenhang und nicht im Widerspruch. Aber OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS! Frieden ist das oberste Gebot der Daseinsfürsorge. Deshalb bitten wir alle Bundesparteitagsdelegierten, unserem Antrag zuzustimmen, um ausgehend vom Jahr 2018 mit der FRIEDENSOFFENSIVE 2020 uns alle noch stärker in die Pflicht zu nehmen, einen aktiven Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft zu führen und diesem Ziel ein großes Stück näher zu kommen.

Antrag:

P.2.

Antragsteller/innen:

KV Apolda-Weimar

Der Parteitag möge beschließen:

1 Änderung der Präambel des Grundsatzprogramms zum Thema Asyl

2 In der Präambel des Grundsatzprogramms der Partei DIE LINKE ist nach dem Absatz „für die Überwin-
3 dung jeglicher Form der Diskriminierung [...]“ der folgende Absatz einzufügen:

4 „für ein Ende von Flucht und Vertreibung, für eine Gesellschaft, die die Fluchtursachen dieser Welt
5 aktiv bekämpft, Vertriebenen ein Zuhause bietet und sichere Fluchtwege schafft.“

Begründung:

Die Präambel des Grundsatzprogrammes hebt die essentiellen Themen der Partei, die in den Folgekapiteln ausführlich betrachtet werden, in kurzen Blöcken hervor. Diese Forderungen werden bereits im Kapitel „Demokratisierung der Gesellschaft“ betrachtet. In der Präambel wurden sie jedoch nicht aufgeführt.

Wir leben in der Zeit nach den erschreckenden Wahlergebnissen der AfD und der drastischen Zunahme von asylfeindlichen Ressentiments in Deutschland. Die Partei DIE LINKE stellt sich gegen eine Politik, die bedürftige Menschengruppen gegeneinander ausspielt. Sie bleibt ihren Idealen treu und hebt ihre Position in der Asylpolitik hervor.

Antrag: **P.3.**

Antragsteller/innen: KV Apolda-Weimar

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Änderung der Präambel des Grundsatzprogramms zum Thema Europa**

2 In der Präambel des Grundsatzprogramms der Partei DIE LINKE ist der Halbsatz „für einen Neustart
3 der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion, für den Vorrang
4 sozialer Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten “ zu ersetzen mit:

5 „für einen Neustart der Europäischen Union als demokratischer, sozialer, ökologischer und friedlicher
6 Bundesstaat. Ein Europa, das von einer vom Parlament gewählten Regierung geführt wird, statt von
7 den Kommissaren der Mitgliedsländer. Für einem Vorrang sozialer und freiheitlicher Rechte vor den
8 Binnenmarktfreiheiten.“

9 Im Kapitel „4.5 Wie wollen wir die Europäische Union grundlegend umgestalten? Demokratie, Sozial-
10 staatlichkeit, Ökologie und Frieden“ ist nach dem Absatz „Die Europäische Union braucht einen Neu-
11 start mit einer vollständigen Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU [...]“ folgender
12 Absatz einzufügen:

13 „Die Kommission der Europäischen Union muss durch eine vom Europaparlament gewählte Regierung
14 ersetzt werden. Das Parlament muss endlich selbst eigene Anträge beschließen können. Sachthemen
15 müssen auf der zur Lösung am besten geeigneten Ebene entschieden werden. Im Zweifel möglichst
16 nah am Bürger, den sie betreffen. Damit wäre die EU kein Staatenbund mehr, mit zweifelhafter demo-
17 kratischen Legitimität, sondern ein Bundesstaat: Eine Republik Europa.“

Begründung:

Die Europäische Union ist zeitgleich das erfolgreichste Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte, eine Plattform für Problemlösungen, die Nationalstaaten nicht mehr anpacken können und eine Triebfeder, die europäische Völker gegeneinander ausspielt. Es liegt in der Natur der EU als Staatenbund, dass die Entscheidungsträger außerhalb des Europaparlaments einzig und allein gegenüber ihren jeweiligen nationalstaatlichen Regierungen verantwortlich sind. Der Ministerrat der EU besteht aus nationalstaatlichen Ministern der Mitgliedsländer, während die Kommission der EU (die de-facto-Regierung Europas) von den Regierungen der Mitgliedsländer bestellt wird.

Es überrascht nicht, dass sich in dieser Folge europäische Debatten immer um die gegenseitige Ausspielung nationaler Interessen drehen. In den letzten Jahren betraf dies vor allem die wirtschaftlich schwächeren Staaten in Südeuropa gegen die wirtschaftlich stärkeren Staaten in Nordeuropa im Verlauf der Eurokrise sowie den Konflikt mit den osteuropäischen Staaten im Verlauf der Flüchtlingskrise. Es ist essentiell, dass im Verlauf der europäischen Einigung nicht die Einzelinteressen von Mitgliedsstaaten im Vordergrund stehen, sondern der Wettbewerb der Ideen, welche Politik für alle Menschen in Europa am besten ist.

Ein solidarisches egalitäres Europa kann nicht als Staatenbund gelingen. Er wird immer wieder neue Konflikte entlang geographischer Linien fokussieren. Daher ist es für ein Gelingen der europäischen Idee essentiell, die EU weiterzuentwickeln. Das erfolgreiche Gegenmodell wird auf der Ebene der Nationalstaaten bereits gelebt: Eine parlamentarische Demokratie.

Antrag:

P.4.

Antragsteller/innen:

Raimon Brete, Jonny Michel, Matthias Schwander, Dietmar Lehmann (alle Mitglieder im SV Chemnitz)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Konferenz linker Parteien, Verbände und Vereine baldmöglichst vorzubereiten und einzuberufen. Ziel sollte die Bündelung und Stärkung linker Aktivitäten
- 2 und Ressourcen für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie sowie eines einheitlichen Handels
- 3 zur Sicherung von Frieden, sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität sein.
- 4

Begründung:

Die Zeit ist bedrückend; denn der Frieden ist weltweit in akuter Gefahr. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit breiten sich sukzessive und anscheinend unaufhaltsam aus, soziale Ungerechtigkeiten erreichen neue Dimensionen, die Entsolidarisierung zwischen den Menschen ist nicht mehr zu übersehen und die Linke fällt unaufhaltsam in die Bedeutungslosigkeit.

Die Sozialdemokratie ist am Ende ihres Lateins bzw. hat sich nunmehr endgültig als Verfechterin einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft offenbart und sieht sich als Ultima Ratio für vermeintlich linke Ideale und menschliche Interessen. Sozialistische Grundpositionen sind nebulös formuliert bzw. obsolet – Hauptsache mitregieren!

Die jüngsten Wahlen in Deutschland zeigen uns, die CDU bleibt vorne und die SPD stürzt ab. DIE LINKE verliert und die AfD marschiert sichtbar unaufhaltsam in kommunale Vertretungen, sitzt unüberseh- und unüberhörbar in 14 Landtagen und ist Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag.

Die Bundesrepublik beteiligt sich aktiv an unsinnigen Sanktionen gegen Russland und die Bundeswehr steht wieder an deren Grenzen. Und das 73 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus.

Es ist höchste Zeit, dass die Kräfte, die eine friedliche, soziale und solidarische Gesellschaft wirklich wollen, sich zusammenschließen und eine wirkliche und wirksame linke Alternative gemeinsam begründen und dafür aktiv sowie vorurteilsfrei arbeiten.

Wir wissen nur zu gut, Erfolge kann man nur miteinander und nicht getrennt und gegeneinander erreichen.

Packen wir es bei aller Unterschiedlichkeit in einzelnen Fragen zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung an, wenn der Grundkonsens Frieden und soziale Gerechtigkeit lautet.

Das Ziel bleibt die Überwindung des vorherrschenden und ungerechten sowie kriegerischen kapitalistischen Gesellschaftssystems.

Antrag:

P.5.

Antragsteller/innen:

Kommunistische Plattform, Cuba Sí, Melanie Becker (NRW, Delegierte), Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss), Dr. Ulrike Bretschneider (kpf, Delegierte), Arne Brix (NDS, Delegierter), Ellen Brombacher (Berlin, Delegierte), Rim Farha (kpf, Delegierte), Kristian Glaser (Hamburg, Delegierter), Victor Grossman (Berlin), Bodo Hinkel (Kpf), Ersatzdelegierter), Reiner Hofmann (Berlin, Ersatzdelegierter), Stephan Jegielka (Berlin, Delegierter), Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin), Horsta Krum (kpf, Ersatzdelegierte), Ulrich Lenz (RLP, Delegierter), Sabine Lösing (NDS, MdEP), Prof. Dr. Moritz Mebel (Berlin), Gina Piesch (Berlin), Erich Postler (kpf, Delegierter), Friedrich Rabe (Bundesausschuss), Melanie Rott (Berlin, Delegierte), Dr. Johanna Scheringer-Wright (Ökologische Plattform, MdL, Delegierte), Carsten Schulz (Berlin, Delegierter), Waltraud Tegge (MV, Delegierte), Michael Teske (Sachsen-Anhalt, Delegierter), Joachim Traut (Thüringen, Delegierter), Ulrich Vanek (kpf, Delegierter), Elisabeth Wissel (Berlin, Delegierte), Dr. Friedrich Wolff (Wandlitz-Stolzenhagen)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Überlegungen zu Ursachen der Rechtsentwicklung und daraus**
2 **resultierende Schlussfolgerungen für linke Politik**

3 Den vielfältigen, teils kontrovers ausgetragenen Diskussionen in unserer Partei über Ursachen der
4 wachsenden Rechtsentwicklung und daraus resultierenden Schlussfolgerungen für linke Politik Rech-
5 nung tragend, hat sich die Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE am
6 15. April 2018 intensiv mit dieser Problematik befasst. Im Ergebnis der Debatte wurde ein Beschluss
7 »Überlegungen zu Ursachen der Rechtsentwicklung und daraus resultierende Schlussfolgen für linke
8 Politik« angenommen (siehe Anlage).

9 Der Parteitag möge beschließen, dass sowohl der Parteivorstand und der Bundesausschuss als auch
10 die Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei gebeten werden, über dieses Material zu diskutie-
11 ren.

12 Gegebenenfalls sollte der Parteivorstand über dabei geäußerte Standpunkte, Kritiken, Fragen und
13 Ergänzungen in Kenntnis gesetzt werden, um im Ergebnis dieses Diskussionsprozesses nicht zuletzt
14 einen fundierten Leitfaden zum Umgang mit rechten Tendenzen für die bevorstehenden Wahlkämpfe
15 zu erarbeiten.

Begründung:

In vielen Diskussionen innerhalb und außerhalb der Partei spielen die Ursachen für die zunehmende Rechtsentwicklung, meist im Kontext mit der sogenannten Flüchtlingsproblematik, eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Überzeugung, dass unsere Partei sich zu dieser Problematik eine komplexe Position erarbeiten sollte, machen wir das vorliegende Diskussionsangebot.

Anlage: Beschluss der KPF-Bundeskonferenz vom 15. April 2018

Überlegungen zu Ursachen der Rechtsentwicklung und daraus resultierende Schlussfolgerungen für linke Politik

Nicht nur in Deutschland zeichnen sich ernst zu nehmende Tendenzen rechter Entwicklungen ab. Diese sind nicht von wachsenden sozialen Klüften zu trennen. Immer mehr Menschen leben unter prekären Bedingungen und unentwegt wachsen die Abstiegsängste all jener, deren Lebenssituation gegenwärtig noch nicht prekär ist, es aber morgen schon sein kann. Zugleich wächst der Reichtum einiger weniger ins Unermessliche. Die Ursachen für die stetig weiter auseinanderklaffende Schere zwischen den nicht oder wenig Begüterten einerseits und den Reichen andererseits werden unterschiedlich gesehen.

Linke benennen in der Regel die kapitalistischen Verhältnisse als entscheidende Ursache für die permanent wachsende soziale Ungleichheit. Und sie gehen davon aus, dass es diese kapitalistischen

Verhältnisse sind, die die Umwelt zerstören und zunehmend imperiale Politik gebären; so die Kriege und deren in jeder Hinsicht verheerende Folgen.

Die Rechten ethnisieren jegliche Probleme, nicht zuletzt die sozialen. Diese Ethnisierung ist der Kern rechter Demagogie. Flüchtlinge und Asylbewerber, so wiederholen es z.B. AfD-Abgeordnete im Bundestag und in 14 Landtagen ununterbrochen, sind die Hauptursache für im Land ungelöste Probleme; ob sie nun z.B. soziale Verwerfungen, Sicherheitsfragen oder anderes betreffen. Ohne die Vielzahl der nach Deutschland Gekommenen würden die Ressourcen für die Deutschen schon ausreichen, wird suggeriert. Das wird teils pseudosachlich formuliert, teils mehr oder weniger offen völkisch-rassistisch. In der Sache bleibt es sich gleich.

Diese Demagogie traf besonders in den letzten zwei bis drei Jahren auf »günstige« Bedingungen. 2015 wurden die bis dahin schon sehr spürbaren sozialen Auswirkungen der Agenda 2010 vertieft, weil der massenhaften Aufnahme von Flüchtlingen – ein Gebot der Humanität – nicht das notwendige staatliche Management folgte, um die daraus resultierenden Probleme konstruktiv lösen zu können.

Dem »Wir schaffen das« von Frau Merkel folgte nicht das dazu notwendige komplexe, zentral gesteuerte Paket von Lösungsschritten, sondern die Kommunen wurden mit den Problemen allein gelassen. Nicht die zeitweise sprunghaft ansteigende Anzahl der Flüchtlinge stellte das eigentliche Problem dar, sondern die Tatsache, dass den daraus resultierenden vielfältigen Aufgaben – häufig materieller Natur – nicht adäquat Rechnung getragen wurde. So entstand und entsteht der materielle Nährboden für verstärktes Konkurrenzdenken und Konkurrenzverhalten, als es dem kapitalistischen Wesen ohnehin entspricht. Was das wiederum für das politische Klima im Land bedeutet, erleben wir täglich.

Durch die so entstandene Lage, die teilweise chaotische Züge annahm, wurde der rechten Demagogie Tür und Tor geöffnet. Dieser Zustand dauert an, obwohl die Anzahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden beträchtlich zurückgegangen ist.

Den Rechten bekam und bekommt diese Situation wie eine Badekur. Sie erstarkten und dieser Prozess ist wohl kaum abgeschlossen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Medien begleitet diesen Prozess auf letztlich nicht aufklärerische, sondern eher populär machende Weise. Und bürgerliche Parteien der sogenannten Mitte neigen mehr und mehr dazu, den Rechten Stimmen abjagen zu wollen, indem sie de facto deren Losungen übernehmen und ihre praktische Politik entsprechend ausrichten. Gedacht sei zum Beispiel an die Obergrenzendebatte und die sogenannten Asylpakete. Auch die SPD-Politik wird in dieser Hinsicht zunehmend prinzipienloser. Schon in der Weimarer Republik hat solcherart Anpassung der bürgerlichen Parteien an Nazis nicht funktioniert. Gerade in Anbetracht geschichtlicher Erfahrungen ist es unbegreiflich, dass die durch das Agieren der AfD befeuerten Debatten im Bundestag sowohl von Medien als auch von Parteien der sogenannten Mitte als Zuwachs an Demokratie charakterisiert werden.

DIE LINKE darf sich unter den gegebenen Umständen nicht dazu verführen lassen, sich den rechten Interpretationsmustern auch nur im Geringsten anzupassen. Heißt das, dass die Probleme, die nicht durch Flüchtlinge verursacht wurden und werden, aber durch das beschriebene Versagen staatlichen Handelns teilweise verschärft spürbar werden, nicht benannt werden dürfen? Das wäre grundfalsch.

Probleme müssen benannt werden; und gerade deshalb – will man Lösungen erarbeiten – die realen Ursachen für deren Existenz. Und das ist letztlich die immer brutaler verlaufende Profitmaximierung und in diesem Kontext sind es nicht zuletzt Rüstung und Kriegsbeteiligung. Für die 134,2 Millionen Euro, die ein Eurofighter kostet, könnten ein Jahr lang 3.126 Menschen mit der Pflegestufe 3 vollstationär untergebracht werden. Für die 760 Millionen Euro, für die 2017 von der Bundeswehr 104 Leopard 2A7 bestellt wurden, könnte man 124.590 Kindergartenplätze ein Jahr lang bezahlen, 2.000 Plätze für einen Panzer! Wer diese Wahrheiten auszusprechen sich nicht scheut, kann kaum in die Lage kommen mitzutun, wenn die unter den Zwängen der kapitalistischen Verhältnisse Leidenden gegeneinander ausgespielt werden. Wer dies ausspricht, wird weder Ressentiments noch staatlichen Rassismus bedienen. Die Folgen der Politik im Kapitalinteresse für die Armen in Deutschland dürfen nicht einmal ansatzweise den Flüchtlingen angelastet werden, z.B. durch Formulierungen, die Zuwanderung könne nicht auf Kosten der deutschen Bevölkerung erfolgen.

Und ebenso wenig dürfen Linke auf jene herabschauen, die Opfer der rechten Propaganda werden. Vielmehr müssen wir uns fragen, warum viele von ihnen die Antworten auf die sie im Alltag bewegenden Fragen nicht bei uns suchen und warum es den Rechten inzwischen so leicht fällt, sich als einzige Kraft gegen die Etablierten darzustellen. Dabei sind sie nur der extrem rechte, zunehmend in die Mitte wachsende Rand des Establishments.

Von uns müssen überzeugendere Antworten kommen, wo die Gründe liegen für fehlenden Wohnraum und unbezahlbare Mieten, für zu wenig Lehrer und kaputtgesparte Schulen, für anscheinend fehlende Gelder einerseits und andererseits die Zusage an die NATO, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Diese wenigen Beispiele sollen genügen. Dort, wo wir in Parlamenten sitzen oder in Kommunalverwaltungen, gilt es natürlich, um praktische Lösungen zu ringen. Und das ist vor allem auch der Anspruch dort, wo wir in Landesregierungen mitwirken. Was wir in diesen Koalitionen bewirken können und was nicht, bedarf der ehrlichen Analyse. Auf der Hand liegt: Besonders glaubwürdig wirken wir dann, wenn wir wahrnehmbar für die Rechte all jener eintreten, die keine Lobby haben, nicht zuletzt in außerparlamentarischen Bewegungen. Wir müssen sein, wo die sozialen Brennpunkte sind. Wir müssen stärker noch als bisher den inzwischen riesigen Niedriglohnsektor anprangern und nicht minder die Sanktionen durch die Jobcenter, die Leiharbeit, die drohende Altersarmut, den Pflegenotstand, die Bildungsschranken – diese und weitere Bestandteile einer asozialen Politik im Interesse der Profitmaximierung. Und wir müssen um breitestmögliche Bündnisse mit allen Humanisten im Kampf gegen diese Politik und um humane Konzepte ringen.

Unsere Antwort auf den sich zunehmend braun einfärbenden Neoliberalismus muss die Aufklärung sein, wer ursächlich für die stetig prekärer werdende Lage die Verantwortung trägt. Das schließt ein, wieder und wieder darauf zu verweisen, dass – würde Deutschland sich nicht an Kriegen beteiligen – sofort mehr Geld da wäre und zugleich weit weniger Menschen Veranlassung hätten, ihre Länder zu verlassen. Und: Wir müssen vor Ort wieder mehr zur Kümmererpartei werden und als außerparlamentarische Kraft wahrnehmbarer.

Antrag:

P.6.

Antragsteller/innen:

BV Hamburg-Nord

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Parteidiskussion zur Klärung unserer Positionen zum Thema Migration**
- 2 Der Bundesparteitag beauftragt den Parteivorstand und ruft alle Gliederungen der Partei auf, in der
- 3 LINKEN zum Thema Migration eine organisierte Diskussion anzustoßen und zu ermöglichen, bei der
- 4 die unterschiedlichen Standpunkte mit Vertreter*innen der unterschiedlichen Positionen diskutiert
- 5 werden. Die Meinungsbildung der Genoss*innen soll auf Grundlage eines Abwägens der Argumente im
- 6 Original und nicht auf dem Konsum von Social Media-Kommentaren erfolgen können.
- 7 Der Bundesparteitag ruft insbesondere GenossInnen, die in einem hohen Maße in der Öffentlichkeit
- 8 wahrgenommen werden, dazu auf, Vorstöße zur Veränderung des Grundsatzprogramms der LINKEN
- 9 nicht über die Medienöffentlichkeit zu unternehmen.

Begründung:

Die Gräben zum Thema Migration in der LINKEN sind tief. Trotz anderslautender Erklärungen aus dem Parteivorstand ist es bisher nur in wenigen Einzelfällen zu einem Austausch der Positionen und Argumente gekommen. Nicht das Gespräch über die Position der anderen schafft Klarheit, nur das gemeinsame Austauschen und Bewerten der Argumente kann hier helfen. Wenn das gemeinsame Gespräch nicht mehr möglich ist, ist der Zusammenhalt der LINKEN in Gefahr.

Antrag: **P.7.**

Antragsteller/innen: Sigrid Papadimitriu (Mitglied im SV Chemnitz)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Ergänzung des Parteiprogramms der Partei DIE LINKE**

2 Im Abschnitt „Migration und Integration als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für
3 Menschen in Not“ (S. 36, 2. Absatz) wird der Satz „Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen“
4 ergänzt durch: „in ferner Zukunft; in der Gegenwart und nahen Zukunft Grenzen so offen und durch-
5 lässig wie möglich.“

Begründung:

1. Aus der Konzeption einer linken Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung vom 29. 1. 2017 der Projektgruppe „Einwanderung“ im Auftrag der Linksfraktionen der sechs ostdeutschen Landtage:
„Vorwort
[...]
Die Forderung nach „offenen Grenzen für Menschen in Not“ und dem grundsätzlichen Anspruch auf Bewegungsfreiheit („offene Grenzen für alle Menschen“) aus dem Erfurter Programm der LINKEN kann nur so verstanden werden, dass die Gesellschaften für Einwanderungsbewegungen so offen und durchlässig wie möglich gestaltet werden.“ (Seite 3, letzter Absatz)
2. Aus meinen politischen Erfahrungen und meinen volkswirtschaftlichen Kenntnissen heraus halte ich obige Antragsforderung für unabweisbar.

Antrag: **P.8.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Nord

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Parteidiskussion zur Klärung einer Strategie, mit der DIE LINKE eine** 2 **gesellschaftliche Wende für sozialen und demokratischen Fortschritt, für** 3 **Frieden und eine nachhaltige Welt ermöglichen kann**

4 Der Bundesparteitag beauftragt den Parteivorstand und ruft alle Gliederungen der Partei auf, in der
5 LINKEN eine organisierte Diskussion darüber anzustoßen und zu ermöglichen, wie wir eine gesell-
6 schaftliche Wende für sozialen und demokratischen Fortschritt, für Frieden und eine nachhaltige Welt
7 ermöglichen können, d.h. welche Strategie wir haben. Für die Diskussion sollen Vertreter*innen der
8 unterschiedlichen Positionen zu Wort kommen. Die Meinungsbildung der Genoss*innen soll auf
9 Grundlage eines Abwägens der Argumente im Original erfolgen können.

Begründung:

Das Ziel der LINKEN ist es, eine gesellschaftliche Wende für sozialen und demokratischen Fortschritt, für Frieden und eine nachhaltige Welt zu ermöglichen. Für die Zukunft wird eine Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft angestrebt.

Völlig offen ist für DIE LINKE als Partei jedoch die Frage, wie dieses Ziel erreicht werden kann. In der LINKEN werden hierzu mindestens drei unterschiedliche Antworten gegeben. Das hat Folgen: Bei verschiedenen konkreten Themen (Migration, EU-Politik, Verhalten gegenüber dem Block der neoliberalen Parteien, Bündnis gegen Rassismus...) laufen die Ansätze in der LINKEN diametral gegeneinander. Deshalb brauchen wir als LINKE eine Klärung der eigenen Strategie, mit der wir unseren Beitrag hin zur notwendigen gesellschaftlichen Wende leisten können.

Antrag:

P.9.

Antragsteller/innen:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Im Interesse der Gesamtpartei: Die Haltung der LINKEN zum**
2 **bedingungslosen Grundeinkommen offen halten!**

3 Der Bundesparteitag 2018 der Partei DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Haltung der Partei zu For-
4 derungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auch künftig offen zu halten. Er empfiehlt
5 daher allen Mitgliedern, Gliederungen und Zusammenschlüssen der LINKEN dringend, einen Mitglie-
6 derentscheid zu dieser Frage und die dahin gehende Unterschriftensammlung nicht zu unterstützen.
7 Sollte es zu einem Mitgliederentscheid kommen, werden die Mitglieder aufgefordert, dagegen zu
8 stimmen, dass die DIE LINKE sich Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zu
9 eigen macht.

10 Die Haltung der LINKEN zu Konzepten und Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkom-
11 men ist seit der Gründung der Partei hoch umstritten. Im Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE,
12 das 2011 auf dem Parteitag in Erfurt mit breiter Mehrheit beschlossen und in einem Mitgliederent-
13 scheid bestätigt wurde, fordert DIE LINKE:

- 14 ■ eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert. Hartz IV muss weg. Jeder
15 und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne
16 Sperrzeiten oder andere Sanktionen fürchten zu müssen.
- 17 ■ eine armutsfeste solidarische gesetzliche Rente für alle Erwerbstätigen inklusive einer solidari-
18 schen Mindestrente
- 19 ■ eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege
- 20 ■ ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Ein-
21 zeln – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.

22 Weiter stellt das Programm in einer ausdrücklich verhandelten und einem Konsens zugeführten For-
23 mulierung fest: „Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grund-
24 einkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzel-
25 nen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert.
26 Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“

27 Auf dem Bundesparteitag 2015 in Bielefeld wurde mit wenigen Gegenstimmen ein Beschluss „DIE
28 LINKE und das Bedingungslose Grundeinkommen“ gefasst, der als Kompromiss gemeinsam von der
29 BAG Grundeinkommen und der BAG Sozialistische Linke eingebracht wurde. Darin wird festgestellt:

30 „Es wird innerhalb der Partei DIE LINKE und unter ihren WählerInnen auch in absehbarer Zukunft so-
31 wohl BefürworterInnen wie GegnerInnen eines Bedingungslosen Grundeinkommens geben. In Debat-
32 ten zum Thema ist daher UnterstützerInnen wie GegnerInnen von Konzepten eines Bedingungslosen
33 Grundeinkommens gleichermaßen Gelegenheit zu geben, ihre Positionen darzustellen. So kann diese
34 Debatte in einer Weise geführt werden, die die Partei DIE LINKE nicht spaltet, sondern stärkt. Damit
35 die Diskussion möglichst sachlich und qualifiziert geführt werden kann, ist die politische Bildung für
36 den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf allen Ebenen zu verstärken.

37 Parteigliederungen sollten sich im Sinne des Grundsatzprogramms bei ihren Diskussionen die Be-
38 schränkung auferlegen, die Position zum Bedingungslosen Grundeinkommen nicht entscheiden zu
39 wollen. Ebenso gebietet es der Respekt der Mitglieder untereinander, die jeweilige Position jedes ein-
40 zeln Mitglieds in dieser Frage zu achten und jede Form von Ausgrenzung zu unterlassen. Jede Form
41 von Entscheidung in dieser Frage durch Parteitagsmehrheiten in der einen oder anderen Richtung
42 würde jeweils Teile der Partei und ihrer sozialen Basis von der LINKEN abstoßen.

43 Es wird noch ein längerer Diskussionsprozess erforderlich sein um zu klären, ob und ggf. welche ab-
44 gestimmte und gemeinsame Position zum Bedingungslosen Grundeinkommen DIE LINKE entwickeln
45 kann. Die Haltung der LINKEN wird dabei bestimmt werden von einer gemeinsamen Beschreibung der
46 anzustrebenden Gesellschaft ebenso wie einer Verständigung über die Einschätzung der gegenwärtig
47 realen Entwicklungen.“

48 Die dort beschriebene Situation hat sich seitdem nicht geändert. Eine „abgestimmte und gemeinsame
49 Position“ der LINKEN zum bedingungslosen Grundeinkommen ist in den kommenden Jahren nicht
50 absehbar und auch im kommenden Jahrzehnt äußerst unwahrscheinlich. Einerseits wird die BAG
51 Grundeinkommen wahrscheinlich nicht von ihrem Ziel abgehen und sich auflösen, andererseits wer-
52 den die GegnerInnen wahrscheinlich nicht von ihrer Position abgehen. Auch „eine gemeinsame Be-
53 schreibung der anzustrebenden Gesellschaft ebenso wie eine Verständigung über die Einschätzung
54 der gegenwärtig realen Entwicklungen“ liegt über das im Grundsatzprogramm dazu Festgehaltene
55 hinaus nicht vor.

56 Das Vorhaben, mit einem Mitgliederentscheid eine Positionierung zur Forderung nach einem Bedin-
57 gungslosen Grundeinkommen erzwingen zu wollen, steht damit in Widerspruch zum Grundsatzpro-
58 gramm und zu dem Parteitagsbeschluss von 2015. Die Bedingungen für eine politisch sinnvolle Ent-
59 scheidung über die Haltung der Partei DIE LINKE sind nicht gegeben. Zudem sieht der Parteitagsbe-
60 schluss von 2015 vor, dazu zunächst eine Diskussion und Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag
61 durchzuführen und diesen dann einem Mitgliederentscheid zuzuführen.

62 Der Parteivorstand hat vor diesem Hintergrund am 15.10.2017 unter Verweis auf das Grundsatz-
63 programm und den Parteitagsbeschluss von Bielefeld beschlossen:

64 „Im Sinne der bisherigen Beschlusslage unserer Partei empfiehlt der Parteivorstand, von einem Mit-
65 gliederentscheid Abstand zu nehmen und stattdessen die Diskussion um das Pro und Kontra sowie
66 mögliche Anforderungen an ein emanzipatorisches BGE kontrovers weiterzuführen.“

67 Der Bundesparteitag bekräftigt diese Aufforderung. Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, dafür
68 zu sorgen, dass die Partei ausgewogen informiert wird und diskutieren kann, indem neben den Pro-
69 Materialien der BAG Grundeinkommen gleichgewichtig Contra-Materialien zur Verfügung stehen.

Begründung:

Linke KritikerInnen halten die Begründungen eines BGE für unzutreffend und die Forderung für prob-
lematisch. Die „emanzipatorischen“ Varianten würden immense Umverteilungsvolumina und damit
Abgabenbelastungen aller Einkommen erfordern und sind unter kapitalistischen Verhältnissen illusio-
när. Die Berechnungen im Konzept der BAG Grundeinkommen gehen nicht auf, ein BGE müsste un-
vermeidlich ganz überwiegend von den Lohnabhängigen bezahlt werden, die Abgabenbelastungen
würden sich mehr als verdoppeln. Von der zentralen Bedeutung der Erwerbsarbeit und den tatsächlich
in der Gesellschaft geführten Auseinandersetzungen würde abgelenkt, ungewollt könnte neoliberaler
Politik Vorschub geleistet werden.

Weitere Texte zur Kritik von BGE-Vorstellungen: www.grundeinkommen-kritik.de

Links zu den Beschlüssen der LINKEN:

<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2016-2018/beschluesse/detail/news/zu-bestrebungen-fuer-einen-mitgliederentscheid-zum-bedingungslosen-grundeinkommen/>

<https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/bielefelder-parteitag-2015/beschluesse-und-resolutionen/die-linke-und-das-bedingungslose-grundeinkommen/>

Antrag: P.10.

Antragsteller/innen: OV Friedrichshain Nordost (LV Berlin)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum übernächsten Bundesparteitag einen beschlussfähigen
- 2 Antrag zur Neugestaltung der Beitragstabelle vorzulegen. Im Laufe des Erarbeitungsprozesses hat der
- 3 PV eines oder mehrere mögliche Gestaltungsmodelle parteiintern zur Diskussion zu stellen. Ziel ist,
- 4 durch eine deutliche Reduzierung der Mitgliedsbeiträge und gesteigerte Beitragsehrlichkeit den Ein-
- 5 stieg und Verbleib in der Partei für Menschen aller Einkommensklassen zu vereinfachen.

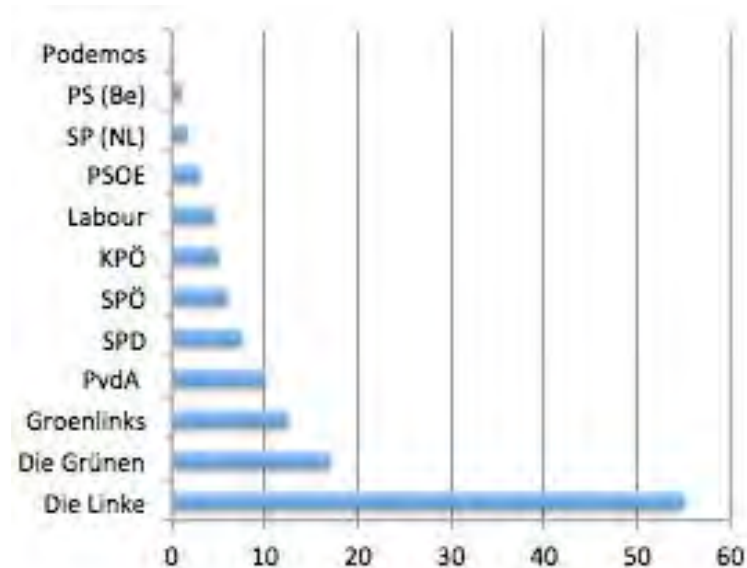
Begründung:

Die aktuellen Beitragssätze sind zu hoch

Entsprechend der Beitragstabelle soll ein*e Durchschnittsverdiener*in 55€ im Monat zahlen. Mit höherem Einkommen steigt der geforderte Mitgliedsbeitrag zusätzlich, so dass vielen Menschen Beiträge im dreistelligen Bereich abverlangt werden. Aber auch bei geringem Einkommen werden bereits vergleichsweise hohe Beiträge erhoben: Wer beispielsweise knapp über 900 Euro netto verdient und damit armutsgefährdet ist (!), soll 15 Euro im Monat zahlen. Das ist einfach zu viel. Ganz allgemein und besonders für die, die durch ihre ehrenamtliche politische Tätigkeit weitere Ausgaben (Fahrkosten, Verpflegung) privat aufbringen müssen.

Einzigartiges System

DIE LINKE fordert damit ganz erheblich mehr Beiträge als alle anderen politischen Parteien. Es gibt keine relevante Partei, die so viel verlangt. In der SPD werden bei einem Durchschnittseinkommen 7,50 Euro fällig, bei uns 55 Euro. Völlig klar: Die SPD nimmt Großspenden von Unternehmen an und verschafft sich so einen Wettbewerbsvorteil. An solcherlei Praxis dürfen und werden wir uns nicht beteiligen. Allerdings beliefen sich diese Großspenden der SPD bspw. im Wahljahr 2017 auf 350.000 Euro. Daraus ergäbe sich für uns rechnerisch ein Mehrbedarf von 48 Cents pro Mitglied im Monat. Tatsächlich ist der verlangte Beitrag beispielsweise bei einem Durchschnittsverdiener aber 47,50 Euro höher.



Grafik: Beitrag bei durchschnittlichem Einkommen (1750 Netto) im deutschen und europäischen Vergleich

Beitragsehrlichkeit

Die Beitragstabelle verkennt die Lebensrealität der Mitglieder und die Beitragsehrlichkeit leidet infolgedessen massiv unter diesen Anforderungen. Die Menschen sind nicht bereit, solche Summen zu zahlen. Der tatsächliche Durchschnittsbeitrag liegt bei 13,40 Euro. Bei den Neumitgliedern schwankte der durchschnittliche Beitrag in den letzten 5 Jahren zwischen 6,65 und 9,48 Euro. Mit einer Tabelle, die realistisch auch durchgesetzt werden kann, werden wir mehr Mitglieder gewinnen, zu Beitragsehrlichkeit anregen und dadurch letztendlich mehr Beiträge einnehmen können als bisher. Dadurch können wir mit den Parteien, die sich von Großunternehmen zahlen lassen, besser mithalten. Mit einer engen Kommunikation an die Mitglieder können wir die Zahler hoher Beiträge mit guten Argumenten bitten, ihre Beiträge freiwillig nicht zu senken. Die Zahler geringer Beiträge werden wir bitten, mehr zu zahlen, um der Partei den Übergang zu erleichtern. Durch freiwillige Stufen, wie sie beispielsweise die SPD verwendet, können zusätzliche Impulse gesetzt und die großartige Zahlungsbereitschaft einiger Mitglieder erhalten werden.

Mitgliederpartei

Wir wollen eine Partei für alle Menschen sein und keine Kaderorganisation. Wir reduzieren die Mitglieder nicht auf ihren finanziellen Beitrag. Es sind Genoss*innen, die unsere Positionen auf der Arbeit, im Freundeskreis und in der Familie stark machen. Wir brauchen sie. Natürlich gehört ein Mitgliedsbeitrag dazu, aber jener muss so gestaltet sein, dass er nicht abschreckt, sein Ziel damit verfehlt und Ungerechtigkeiten schafft, weil er in der Praxis nicht durchsetzbar ist.

Ein Verfahren nach dem Motto: „Jeder zahlt, wie er Lust hat“ ist auch keine Lösung. Wir wollen eine ehrliche Tabelle. Wir wollen nicht, dass viele Genoss*innen, die sich in ihrer Freizeit einbringen für die Partei bei Infoständen, in der Gremienarbeit, beim Plakatieren, usw. und dabei zusätzliche Kosten privat auf sich nehmen, ein schlechtes Gewissen haben müssen, weil sie verständlicherweise nicht bereit sind, obendrauf solche Beiträge zu zahlen. Wir wollen, dass unsere Genoss*innen auch Raum haben, sich in der Gewerkschaft, der freiwilligen Feuerwehr, in lokalen Initiativen, in der Flüchtlingshilfe, für linke Medien- und Kulturarbeit mit Engagement und Beitrag einzubringen. Das ist nicht möglich, wenn ihre finanziellen Ressourcen durch den Beitrag der LINKEN erschöpft werden. Und wir wollen nicht, dass Lagerarbeiter*innen, Krankenpfleger*innen, Lehrer*innen, Gewerkschaftssekretär*innen oder Ärzt*innen von einer Mitgliedschaft absehen, weil sie dafür so viel mehr bezahlen müssen, als üblich ist.

Der Parteivorstand hat das Thema in einer Sitzung im Februar auf die Tagesordnung gesetzt und debattiert. Wir wollen als Bundesparteitag ein Signal setzen, dass die Beiträge reduziert werden müssen. Und wir wollen dafür einen Zeitplan festlegen.

Anhang: aktuelle Beitragstabelle

Quellen:

Daten zu Mitgliedsbeiträgen der LINKEN: Parteivorstand, 8.2.2018

Beitragstabelle der Partei DIE LINKE

(gültig ab 1. Januar 2016)

Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Beitragstabelle ein. Grundlage dafür sind seine regelmäßig wiederkehrenden Einkünfte und Bezüge abzüglich Sozialabgaben und Steuern. Gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern die Einkünfte und Bezüge um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß.

Monatliche Einkünfte und Bezüge in Euro		Monatlicher Mitgliedsbeitrag in Euro
Mitglieder ohne Einkommen (z.B. Schüler_innen) und Transferleistungsbeziehende*		1,50
bis 500		3,00
über 500	bis 600	5,00
über 600	bis 700	7,00
über 700	bis 800	9,00
über 800	bis 900	12,00
über 900	bis 1000	15,00
über 1000	bis 1100	20,00
über 1100	bis 1300	25,00
über 1300	bis 1500	35,00
über 1500	bis 1700	45,00
über 1700	bis 1900	55,00
über 1900	bis 2100	65,00
über 2100	bis 2300	75,00
über 2300	bis 2500	85,00
darüber		4 Prozent des Nettoeinkommens

*) Bezieher_innen von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung und Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Antrag: **P.11.**

Antragsteller/innen: KV Stuttgart

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE produziert Leerplakate "Hier kommt DIE LINKE" als Easy-Plate-Plakate in A1 für den Media-
- 2 Shop.

Begründung:

Wir verwenden immer wieder Leerplakate („Hier kommt DIE LINKE“) zur Einladung für Veranstaltungen. Dafür die bestehenden Leerplakate in Papierform auf alte Easy-Plate-Plakate zu kleistern, ist unpraktisch und sieht nicht gut aus. Wegen des Gewichts haben wir komplett auf Holzpappen, worauf früher die Papierplakate aufgezogen wurden, verzichtet. Diese Leerplakate als Easy-Plates würden sicher bundesweit in zahlreichen Ortsverbänden auf Abnehmer*innen stoßen.

Antrag: **P.12.**

Antragsteller/innen: KV Stuttgart

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Essbare, süße Werbemittel für bundesweite Kampagnen (vegetarisch/**
- 2 **vegan)**

- 3 Der Parteivorstand wird aufgefordert, für die bundesweiten Kampagnen zu Wohnen und Pflege ein ess-
- 4 bares, süßes Werbemittel bereitzustellen.
- 5 Diese essbaren, süßen Werbemittel sollen – im Gegensatz zu den bisherigen – vegetarisch, vorzugs-
- 6 weise sogar vegan sein, um einen Großteil der Personen einzuschließen, die bisher aus dem Raster
- 7 fallen.

Begründung:

An Infoständen im politischen Straßenkampf erwiesen sich essbare, süße Werbemittel als nützlich und eine gute Form der Kontaktaufnahme mit Passant*Innen.

Der Anteil an Vegetarier*Innen und Veganer*Innen wächst stetig, inzwischen machen sie gut 10% der Bevölkerung aus, ebenso gibt es viele religiöse Gruppierungen, die bestimmte Lebensmittel aus ihrer Ernährung ausschließen. Somit verpassen wir auch eine Chance, um positiv auf uns Aufmerksam zu machen.

Bei einer vegetarisch/veganen Alternative würde sich diese Problematik nicht stellen

Antrag: **P. 13.**

Antragsteller/innen: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Bundesparteitag empfiehlt dem Bundesausschuss, bei der Vorschlagsliste zur Aufstellungs-
- 2 versammlung zur Europawahl aus jedem Bundesland mindestens eine Kandidatur zu berücksichtigen.
- 3 Des Weiteren empfiehlt der Bundesparteitag der Aufstellungsversammlung zur Europawahl, darauf zu
- 4 achten, dass möglichst jedes Bundesland mit eine*r Kandidat*in auf der Kandidat*innenliste vertreten
- 5 ist.

Begründung:

Um einen erfolgreichen Europawahlkampf führen zu können und zu den entsprechenden Debatten eingeladen zu werden, ist es erforderlich, eine eigene regionale Kandidat*in zur Europawahl vor Ort zu haben. Im Land Bremen stellt sich diese Notwendigkeit im nächsten Jahr besonders, da wir zeitgleich eine Landtagswahl und Kommunalwahlen haben.

Antrag: **P. 14.**

Antragsteller/innen: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Abschiebung konsequent entgegenstehen! –**
- 2 **Widerstand 31. Mai supporten!**

- 3 DIE LINKE beschließt, dem Bündnis "Widerstand 31 Mai" einen Spendenbeitrag von 1000 € zu über-
- 4 weisen.

Begründung:

Am 31. Mai 2017 rief in Nürnberg die versuchte Abschiebung des afghanischen Berufsschüler Asef Proteste von Seiten der Mitschüler*innen, Teilen des Lehrkörpers und weiterer, sich solidarischer Menschen hervor. Insgesamt ca. 300 Menschen blockierten Fahrzeuge der Polizei, worauf diese mit massiver Gewalt und Repression reagierte. Mittlerweile laufen viele Prozesse, die Anwalts- und Gerichtskosten für die Aktivist*Innen erzeugen. Das Bündnis Widerstand 31. Mai bildete sich als Reaktion auf diese rechtlichen und finanziellen Repressionsmaßnahmen gegen einzelne Personen im Nachgang zu diesen Geschehnissen. Die Betroffenen und Zuwiderhandelnden der Polizeigewalt sollen ein unterstützendes Umfeld sowie die Möglichkeit, ihre Prozesse kämpferisch zu gestalten zuteilwerden. Im Hintergrund des Bündnisses steht die radikale Einsicht, dass jede Abschiebung eine zu viel ist, und das unsere Solidarität all jenen zu gelten hat, die blockiert haben, was wir alle ablehnen.

Mit dem Inkrafttreten der verschärften Paragraphen 113 (Widerstand) und 114 (tätlicher Angriff), noch vor dem 31 Mai, kommen diese jetzt erstmalig bei den betreffenden Prozessen in Benutzung und erzeugen ein bedrohliches Klima der Kriminalisierung von Widerstand. Diese Präzedenzfälle werden bei mangelnder Unterstützung zu abschreckenden Beispielen, sich gegen Polizeigewalt zur Wehr zu setzen. Reibungslose, im Hinterzimmer ablaufende Verurteilungen werden die zukünftigen Perspektiven widerständischer Praxis prägen und eine Grundstimmung der problemlosen Abfertigung subversiver Praxis schaffen. Deshalb muss den Betroffenen der nötige Rückhalt gegeben werden, für eine offensive Prozessführung ohne Angst. Gegen jegliche Form von Einschüchterungsversuch von Seiten Staat und Polizei. Keine Alleinstellung der Aktivist*Innen des 31. Mai vor den juristischen Repressalien und den erstmaligen Anwendungen der Paragraphen 113 und 114.

Kein Präzedenzfall für die Isolierung linker Akteur*Innen. Solidarität mit dem Widerstand gegen Abschiebungen.

Antrag:

P. 15.

Antragsteller/innen:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Barrierefreie Sprache in der Partei DIE LINKE**

2 Wir finden: Alle sollen an Politik teilhaben können. Barrieren machen das oft schwer. Barrieren können
3 in Texten sein. Und in Diskussionen. Barrieren können sein:

- 4 ▪ lange Sätze
- 5 ▪ schwierige Wörter
- 6 ▪ viele Aussagen in einem Satz
- 7 ▪ keine Aussagen in einem Satz
- 8 ▪ schwierige Zitate
- 9 ▪ zu lange Texte

10 Texte und Diskussionen sind deswegen manchmal schwer zu verstehen. Auch bei der Partei
11 DIE LINKE.

12 Wir wollen für die DIE LINKE

- 13 ▪ Bei der LINKEN sollen Anträge möglichst in Leichter Sprache verfügbar sein
- 14 ▪ Teilnehmer*innen von politischen Diskussionen sollen sich um Leichte Sprache bemühen
- 15 ▪ Das Thema soll auf dem Bundesparteitag angesprochen werden
- 16 ▪ Dazu soll die Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE angefragt werden - sie soll uns unterstüt-
17 zen

18 Wir wollen:

- 19 ▪ Alle sollen Politik verstehen können.
- 20 ▪ Alle sollen daran teilhaben können.
- 21 ▪ Leichte Sprache hilft dabei.

Begründung:

Barrieren gibt es viele. Zum Beispiel Treppen können Barrieren sein. Oder enge Gänge im Supermarkt. Aber auch Texte haben Barrieren. Auch Diskussionen können eine Barriere sein. Sie sind manchmal schwer zu verstehen. Nicht alle können komplizierte Texte und Diskussionen verstehen.

Zum Beispiel:

- Menschen mit Lern-Behinderung
- Menschen mit geistiger Behinderung
- Menschen, die nicht gut Deutsch verstehen

Antrag:

P.16.

Antragsteller/innen: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 **UmFAIRteilen! Für eine Mandatszeitbegrenzung und**
2 **gegen die Oligarchisierung LINKER Politik!**

3 Wir setzen uns für Erneuerungsquoten bei der Nominierung und Aufstellung von Wahlkreis- und Lis-
4 tenkandidat_innen bei allen Wahlen ein. Diese sollen der Mindestbedingung genügen, dass die Quote
5 sich vor allem auf die jeweils „Dienstältesten“ (also Wieder-Kandidierenden) bezieht.

6 Der Anspruch ist, dass es nach jeder Legislaturperiode zu einer Erneuerung von mindestens 1/3 der
7 Abgeordneten kommt. Die Quote bezieht sich dann jeweils auf Platzanzahl bei Listenwahlen, welche
8 das letzte Mal „gezogen“ haben.

9 Wir fordern, dass sämtliche LINKEN Abgeordneten in deutlich größerem Umfang als bisher ihre Diäten
10 per Spende für politische Arbeit zur Verfügung stellen. Daher schließen wir uns einem Projekt wie
11 “Solidarity for all” an, in dem nach dem Vorbild der griechischen Syriza-Abgeordneten mit Spenden-
12 geldern der Mandatsträger_innen eine umfangreiche soziale und kollektive Infrastruktur aufgebaut
13 werden soll.

14 Wir fordern, dass Mandatsträger_innen für ihre Abgeordnetentätigkeit lediglich eine Summe entspre-
15 chend dem durchschnittlichen Bruttoentgelt(1) für sich persönlich behalten (bspw. 2015 für eine Voll-
16 zeitbeschäftigung 2916 Euro brutto pro Monat). Für Personen mit Kindern, Krankheiten oder anderem
17 Sonderbedarf kann dieser Betrag natürlich durch weitere Pauschalsätze angepasst werden. Der Rest
18 soll umfangreich in die regionale politische Arbeit fließen.

Begründung:

Schon die Pariser Commune wusste: Die Oligarchisierung (2) und Entfremdung von Staats- und Ver-
waltungsapparaten fängt an, wo “Herrschen” zum Beruf wird (3). Wir halten fest an dieser Kritik.
Grundsätzlich stellt sich für uns die Frage nach Möglichkeiten demokratischer Politik über die parla-
mentarische Demokratie hinaus. Wir betrachten weder Politik als das exklusive Berufsfeld einiger
„Fachkräfte“ noch das bürokratische Spezialistentum als Leitbild für politische Kompetenz.

Dabei geht es uns auch darum, dass nicht Abgeordnete wie Provinzfürsten ihre Ressourcen für Büros
und Personal nach Gutdünken verteilen. Dies bedeutet oft größeren innerparteilichen Machtzuwachs,
anstatt ihre Ressourcen kollektiver Kontrolle zu unterstellen. Darum fordern wir das bedingungslose
Spenden der Gelder. Zudem glauben wir, dass nur eine verbindliche Erneuerungsquote ein wirksames
Werkzeug gegen das Auseinanderdriften von außerparlamentarischer Politik als Praxis kollektiven
Handelns und dem Herrschen als bürokratischem Akt darstellen kann.

Ein reger Wechsel zwischen Abgeordneten, Partei- und Jugendverbandsmitgliedern und außerparla-
mentarischen Aktivist_innen ist für uns ein wünschenswerter Zustand, um die festgefahrenen Verhält-
nisse innerfraktionärer Machtkämpfe und parlamentarischen Trotts zu bekämpfen. Prinzipiell fordern
wir diese Veränderungen für alle Parlamentarier_innen. Wir sehen allerdings absolut keinen Grund,
warum nicht LINKE sich selbst dazu verpflichten und dies umsetzen sollten. DIE LINKE fordert Um-
FAIRteilen in fast jedem Statement – also warum nicht bei sich selbst damit anfangen?

Fußnoten

(1) Die Bundesregierung erhebt jährlich das durchschnittliche Bruttogehalt aller gesetzlich Versiche-
ten. Dieses Gehalt ist die Maßgabe bei der Vergabe von Rentenpunkten. Bei einem Monatsgehalt in
Höhe des durchschnittlichen Bruttogehalts erwirbt man einen Rentenpunkt pro Beitragsjahr.

(2) Oligarchisierung: die Umwandlung von einer demokratischen Herrschaft in die Herrschaft Weniger,
deren Entscheidungen wiederum zwangsläufig stark von ihren Eigeninteressen geprägt werden.

(3) Siehe Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. MEW Bd. 17, S.336-339, und: Lenin: Staat und Revolution. Diesen beiden Texten in ihren Forderungen folgend, müsste es eigentlich lauten: ALLE Beschäftigten bei der Partei, in Fraktionen und in Staatsfunktionen dürfen nur einen „Arbeiterlohn“ erhalten, was einer Halbierung der Gehälter nahezu ALLER dieser Beschäftigten gleich käme.

Antrag:

P.17.

Antragsteller/innen:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Querfrontlern den Kampf ansagen, Ken Jebsen ausgrenzen!**

2 DIE LINKE lehnt jede Zusammenarbeit mit Querfrontlern wie Ken Jebsen, Jürgen Elsässer und den
3 Montagsmahnwachen entschieden ab.

4 DIE LINKE verurteilt den eindeutigen Antisemitismus Ken Jebsens und solidarisiert sich mit dem Berli-
5 ner Kultursenator der Partei DIE LINKE, Klaus Lederer gegen die Vorwürfe der Zensur und nicht-
6 rechtsstaatlichem Verhalten

Begründung:

Im Spätjahr 2017 kritisierte der Berliner Kultursenator der Linken, Klaus Lederer, die Verleihung eines Medienpreises an den bekannten Querfrontler und Antisemiten Ken Jebsen im staatlich geförderten Kino Babylon in Berlin, woraufhin die Veranstaltung abgesagt wurde. Als Reaktion darauf entstand ein gewaltiger Shitstorm, der neben einschlägigen Rechten auch von einigen Genoss*innen innerhalb der Partei DIE LINKE mitgetragen wurde (u.a. Diether Dehm und Wolfgang Gehrke). Vorwürfe von Zensur und SED-ähnlichen Eingriffen in das öffentliche Leben wurden laut.

Wer sich nun beginnt zu wundern, wer dieser Ken Jebsen eigentlich ist und warum seine Phrasen antisemitisch sind, hier ein kurzer Abriss: Ken Jebsen ist ein ehemaliger Radiomoderator des RBB der wegen Vorwürfen der Holocaustleugung und antisemitischer Äußerungen bereits damals schon scharf kritisiert und letztendlich auch entlassen wurde. Um dennoch seine „Meinung“ kundzutun gründete er mithilfe von Crowdfunding den Internetblog Ken.fm wo er regelmäßig Verschwörungstheorien verbreitet. Dazu gehört, für ihn selbstverständlich, eine unverhältnismäßige Hetze gegen „Zionisten“ und den Staat Israel, dem er in bester antisemitischer Manier die widerlichsten Absichten unterstellt. (Quellen: Junge Welt vom 14.12.2017, Artikel „Kens Welt“, Neues Deutschland.de vom 16.12.2017, Interview „Jebsen entmündigt sein Publikum“)

Diese ganze Geschichte ist für uns vor allem deshalb von Bedeutung, weil es zum einen nicht tolerierbar ist, dass Menschen, die antisemitische Ressentiments schüren und ihre Judenfeindlichkeit als sogenannte „Israelkritik“ tarnen, Widerhall innerhalb der Partei DIE LINKE finden, zum anderen weil solche Hetze berechnete, linke Kritik an der Regierung Netanjahu in Israel in den Schatten stellt und verzerrt. Angesichts der Antikommunistischen Ressentiments, die in diesem Zusammenhang vielfach geäußert wurden, erachtet es die linksjugend ['solid] als wichtig, sich entsprechend zu positionieren. Der Antrag wurde auf dem Bundeskongress 2018 mit der Forderung verabschiedet, diese Positionierungen ebenfalls an den Bundesparteitag zu stellen.

Antrag:

P. 18.

Antragsteller/innen:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, BAG Gesundheit und Soziales, Ilja Seifert (Mitglied des PV), Thies Gleis (Mitglied des PV), Lucy Redler (Mitglied des PV), Margit Glasow (Inklusionsbeauftragte des PV), Sören Pellmann (MdB), Kathrin Vogler (MdB); Andre Baumgartner (Teilhabebeauftragter Bayern), Dennis-Fiedel Heiermann (Delegierter der BAG SbBp); Rolf Kohn (Fraktionssprecher DIE LINKE in der LWL)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für ein Leben in Würde - jenseits von Selektion, Menschenverachtung und**
2 **Rassismus**

- 3 1. DIE LINKE stößt eine bundesweite Debatte - innerhalb und außerhalb der Partei - darüber an, in
4 was für einer Gesellschaft wir leben wollen und welches Menschenbild das unsere ist. Wir stellen
5 dabei konsequent unsere linken Wertvorstellungen in den Mittelpunkt und treten entschlossen je-
6 der Art von Abwertung menschlichen Lebens sowie jeglicher Form von Rassismus entgegen. Wir
7 machen deutlich, dass jeder Mensch das Recht hat, sich frei auf der Grundlage seiner individuellen
8 Fähigkeiten zu entfalten und in Würde zu leben und zu sterben.
- 9 2. Um diese Debatte voranzutreiben, wird eine vom Parteivorstand zu berufende Ethik-Arbeitsgruppe
10 innerhalb unserer Partei gebildet, bestehend aus Mitgliedern der Kreisverbände, der Zusammen-
11 schlüsse und der Fraktionen sowie darüber hinaus aus Expert_innen und Interessierten. Die Ar-
12beitsgruppe erarbeitet ein Konzept, in welcher Form aktive Aufklärungsarbeit durch die Partei ge-
13leistet werden kann.
- 14 3. Darüber hinaus begleitet die Ethik-Arbeitsgruppe die bio- und medizinethische Diskussion und die
15 relevanten Gesetzgebungsvorhaben sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, tritt
16 jedweder selektierenden Politik entgegen und unterbreitet den Gremien der Partei Empfehlungen.
- 17 4. Zur Umsetzung ihrer Arbeit wird die Ethik-Arbeitsgruppe mit einem entsprechenden Budget ausge-
18stattet.

Begründung:

Angesichts der aktuellen rassistischen, behindertenfeindlichen Provokationen und der zunehmenden Hetze gegen vermeintlich unwertes Leben sind wir zutiefst besorgt und wollen dieser unmenschlichen Debatte unsere gesellschaftlichen Werte und Wertorientierungen entgegenstellen. Wir möchten in der Partei und in der gesamten Gesellschaft zu Wachsamkeit aufrufen und Aufklärungsarbeit leisten, damit gesellschaftliche Tendenzen, menschliches Leben in "lebenswert" und "lebensunwert" einzuteilen, unterbunden werden. Dazu wollen wir die Auseinandersetzung auf ideologischer Ebene führen und deutlich machen, dass das bestehende kapitalistische System mit seiner Fixierung auf Leistung, Verwertbarkeit und Wettbewerb dem Neoliberalismus Orientierungsmuster für Rechtsextremismus und -populismus bietet.

Antrag: **P.19.**

Antragsteller/innen: Éric Bourguignon (Delegierter für Oberbayern / München)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **EU-Wahl 2019 – Vor-Wahlkampf im Herbst und Winter 2018**

2 DIE LINKE organisiert zwischen dem 15. Oktober und 15. Dezember 2018 vier dezentrale öffentliche
3 Workshops in vier unterschiedlichen Städten mit der Beteiligung von mindestens einer/einem EU-
4 Abgeordneten unserer Fraktion.

5 Unsere EU Abgeordneten bekommen damit eine erstklassige Möglichkeit, über ihre Aktivität Bilanz zu
6 ziehen.

7 Der Parteivorstand übernimmt die Verantwortung für die Organisation gemeinsam mit vier Landesver-
8 bänden und motivierten Freiwilligen.

9 Die 4 Workshops werden live gestreamt und veröffentlicht.

Begründung:

Die Europawahl findet in Deutschland voraussichtlich am 26. Mai 2019 statt. Die exzellente langfristi-
ge Arbeit unserer Europaabgeordneten in Brüssel ist außerhalb der Partei und auch in der Partei nicht
genügend bekannt. DIE LINKE muss sich im Vorfeld des EU-Wahlkampfes viel stärker für ein radikal
anderes Europa mobilisieren.

Da die europäischen politischen Zuständigkeiten und Strukturen in Brüssel und Straßburg oft auch
nicht sehr bekannt sind, erscheinen Fortbildungsworkshops mit unseren EU-Abgeordneten als ein
logisches erstes Mittel, um uns gemeinsam auf den Haupt-Wahlkampf vorzubereiten.

Antrag: **P.20.**

Antragsteller/innen: KV Bielefeld

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Leitanträge besser strukturieren und zuspitzen**

2 Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, Leitanträge zukünftig besser zu strukturieren, inhaltlich
3 auf das Wesentliche zu konzentrieren und deutlich auf Handlungsziele zu konzentrieren. Ziel eines
4 Leitantrages sollte es sein, der Partei Orientierung für die Schwerpunktsetzung der politischen Arbeit
5 und/oder Stärkung der Struktur der Parteigliederung zu geben.

Anträge zur Satzung und Wahlordnung

Antrag: **S.8.**

Antragsteller/innen:

DIE LINKE. Kreis Herford; Antikapitalistische LINKE (AKL) NRW; Antikapitalistische LINKE (AKL) Hamburg, DIE LINKE. Kreisverband Wesel; Kerstin Cademartori (Delegierte), Otto Ersching (Ersatzdelegierter – KV Märkischer Kreis), Thies Gleiss (PV Mitglied), Ludger Klein-Ridder (KV Gütersloh), Fabian Stoffel Ersatzdelegierter - KV Herford), Frank Schwarzer (KV Bielefeld), Tobi* Warkentin (Delegierter Linksjugend/solid), Ingrid Wolff (KV Herford)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Unter "6. Die allgemeinen Verfahrensregeln der Partei" wird in Paragraph 36 ein Absatz (5) eingefügt:
- 2 Begrenzung von Zeiten als Mandatsträger*innen
- 3 Die Ausübung von Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentsmandaten wird auf zwei, in begründeten Ausnahmefällen auf maximal drei Legislaturperioden begrenzt. Kandidierende sind angehalten,
- 4 sich an diese Regelung zu halten. Delegierte sind aufgerufen, bei Listenaufstellungen entsprechend
- 5 dieser Regelung abzustimmen.
- 6

Begründung:

Die Ausübung eines Parlamentsmandates ist eine verantwortungsvolle Pflicht, die der/dem Abgeordneten von der Partei für begrenzte Zeit übertragen wird.

Der Berufswunsch "Abgeordnete/r" widerspricht den Grundsätzen einer bewegungsorientierten, gesellschaftsverändernden und basisdemokratischen Partei. Die Geschichte linker Parteien und Bewegungen zeigt, dass die Fixierung auf Parlamentsmandate und die Machtverschiebung zugunsten der Fraktionen eine inhaltliche Rechtsbewegung und Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse bedeuten. Wir dürfen nicht vergessen, dass Fraktionen eines von vielen Instrumenten zur Veränderung der Gesellschaft sind, die der Partei zur Verfügung stehen. Die Mitglieder der Partei müssen über den Weg der vorhandenen demokratischen Strukturen darüber entscheiden, auf welche Weise alle Instrumente der gesellschaftlichen Veränderung genutzt werden und in welche Richtung wir als Partei DIE LINKE uns bewegen und wofür wir kämpfen. Dies kann nicht von Einzelnen im Alleingang getan werden.

Antrag: S.9.

Antragsteller/innen: DIE LINKE. Kreis Rhein-Sieg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Bundessatzung wird wie folgt geändert:
- 2 § 4 Abs. 3, Satz 2 („Dieses ist mit der Einladung anzukündigen.“) wird ersetzt durch:
- 3 „Dies gilt auch für Mandatsträgerbeiträge.“
- 4 Der gesamte Absatz 3 des § 4 (Rechte und Pflichten der Mitglieder) würde dann lauten:
- 5 „Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Parteitagen bzw. Delegierten- oder Mit-
- 6 gliederversammlungen kann von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrages abhängig gemacht werden,
- 7 soweit das Mitglied nicht von der Beitragszahlung befreit ist. Dies gilt auch für Mandatsträger-
- 8 beiträge.“

Begründung:

Mandatsträgerabgaben sind eine wichtige Säule zur Finanzierung unserer Partei. Gerade weil wir auf Spenden von Unternehmen verzichten, ist es umso wichtiger, dass die Zahlungsverpflichtungen unserer Mandatsträger*innen zuverlässig bedient werden. Es ist nicht nur besonders unsolidarisch, wenn einzelne Mandatsträger*innen die Zahlungen verweigern, es lässt auch große Zweifel daran aufkommen, ob die Betroffenen wirklich das gemeinsame Ziel einer solidarischen Gesellschaft teilen.

Aber: Noch immer gibt es in vielen Kreisverbänden Fälle, in denen Mandatsträger*innen keine ordnungsgemäßen Abgaben zahlen. In Einzelfällen kam es daher auch schon dazu, dass Büros nicht weiter finanziert werden konnten. Oft entstehen dabei große Differenzen, die eine Zusammenarbeit erschweren, in Einzelfällen sogar dauerhaft unmöglich machen. Um hier mehr Rechtssicherheit zu schaffen, schlägt der KV neben Änderungen der (NRW-)Landessatzung und (NRW-)Landesfinanzordnung die vorliegende Änderung zu den Rechten und Pflichten der Mitglieder hier auf Bundesebene vor.

Dabei handelt es sich um eine mildere Möglichkeit, nicht zahlende Mandatsträger*innen zur Einhaltung ihrer solidarischen Verpflichtungen zu bewegen, als es ein möglicher Parteiausschluss ist, der im Antrag S.7. (Antragsteller: Landesparteitag DIE LINKE. NRW) vorgeschlagen wird. Unser Antrag steht jenem nicht entgegen und kann quasi als Vorstufe gesehen werden.

Uns geht es hier um den Entzug des Wahlrechts (aktiv und passiv!) – bei Verweigerung der Zahlung der Mandatsträgerbeiträge. Dies ist schon in der jetzigen Satzung für Mitglieder möglich, die ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt haben. Es ist nicht einzusehen, dass Mandatsträger*innen hier anders behandelt werden als Mitglieder bezüglich ihrer Mitgliedsbeiträge. Daher der vorgeschlagene Zusatz: „Dies gilt auch für Mandatsträgerbeiträge.“

Dass das Stimmrecht den Betroffenen versagt werden kann, muss bisher jedoch in der Einladung angekündigt werden. Dies eröffnet Missbrauchsmöglichkeiten, die mit der Streichung des entsprechenden Satzes verhindert werden sollen.

Antrag: **S.10.**

Antragsteller/innen: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In §15 (7) der Satzung wird die folgende Ergänzung eingefügt:
- 2 „4. Die Spitzenkandidatur(en) zur Wahl des Deutschen Bundestages“

Begründung:

Der oder die Spitzenkandidat*innen repräsentieren DIE LINKE in der Zeit des Bundestagswahlkampfes – in der die Aufmerksamkeit für Politik besonders hoch ist. Außerdem ist damit üblicherweise der nachfolgende Fraktionsvorsitz verbunden. Somit ist die Spitzenkandidatur ein Amt von solch grundlegender Bedeutung, dass es nicht alleine durch eine kleine Runde besetzt werden sollte, sondern demokratisch auf dem Parteitag als höchstem Organ der Partei.

Zudem wird durch eine Wahl auf dem Parteitag auch das Primat der Partei gegenüber der Fraktion gestärkt.

Antrag: **WO.1.**

Antragsteller/innen: KV Lahn-Dill

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In der Wahlordnung im § 4 Abs. 4 wird nach Satz 1 eingefügt:
- 2 „(Ausnahme Kreisverbände)“

Begründung:

In der Praxis z.B. bei der Aufstellung kommunaler Wahllisten kommt es immer wieder vor, dass trotz Hilfestellung von externen Personen es problematisch wird, geeignete Personen für die Wahlleitung zu finden, die selber nicht kandidieren und bei Abendwahlterminen auf den ÖPNV angewiesen sind. Mit dem Wegfall dieser Einschränkung können Wahlen flexibler organisiert werden.

Berichte an die 1. Tagung des 6. Parteitages

Bericht des Ältestenrates der Partei DIE LINKE

an die 1. Tagung des 6. Parteitages in Leipzig, 8. bis 10. Juni 2018

Der Ältestenrat hat in der Wahlperiode seine Beratungen gemäß Satzungsauftrag auf eine Teilnahme an öffentlichen Debatten und Beratungen des Parteivorstandes gerichtet. Bemühungen, die in wachsendem Maße Aufmerksamkeit und Unterstützung an der Basis der Partei finden.

Die im Bericht des Ältestenrates an die 2. Tagung des 5. Parteitages in Hannover dargelegten Schwerpunkte standen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Das gilt besonders für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, zur Außenpolitik, zur Lage in der europäischen Union und in Europa, den Problemen der ELP und der Entwicklung der Partei DIE LINKE. Stärker noch als bisher werden wir unseren Blick auf die politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik zu richten haben.

In Deutschland und der EU macht sich eine Zäsur der Geschichtsentwicklung ständig breiter, die zur großen Herausforderung der Zeit an DIE LINKE, ihrem Profil und ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an den politischen Kämpfen der Gegenwart und für eine friedliche und sozial gesicherte Zukunft wird.

Der Ältestenrat und der Prozess der Parteientwicklung

Parteien sind Teil der Gesellschaft, was auch für DIE LINKE gilt.

Der Ältestenrat ging daher in seinen Beratungen stets von den Prozessen in der Gesellschaft aus und nahm, ausgehend von seinen Analysen konstruktiv und kritisch an der Entwicklung der Partei teil.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl brachten einen Achtungserfolg in den westlichen und beachtliche Rückschläge in den östlichen Ländern. Die Wahlniederlage der CDU gab mehr Raum für die AfD und die Niederlage der SPD brachte für DIE LINKE keinen Zuwachs.

Die Phasen der Regierungsbildung mit dem Scheitern der Jamaika-Konzeption und einer stark geschwächten Großen Koalition hat tiefere Veränderungen im politischen Geschehen und Verhalten der BRD ausgelöst.

In seiner Beratung am 6. März 2018 führte der Ältestenrat eine Debatte über die neue politische Situation in der BRD und zur Entwicklung unserer Partei. Der CDU/CSU ist es trotz Wahlniederlage gelungen, ihre Machtstellung zu festigen und die SPD versucht Nutzen aus der Regierungsbildung, nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche zu ziehen. Die Opposition im Deutschen Bundestag ist aus einer neuen Stimmungslage entstanden. Die Grünen und die FDP ringen nach dem Scheitern der Regierungsbildung um Positionen für Zugewinn und die AfD drängt verstärkt auf eine Rechtsentwicklung, wie sie in Ungarn, Österreich, Polen und anderen Ländern erfolgt.

DIE LINKE tritt im Parlament als linkspolitische Kraft in Erscheinung, führt jedoch in der Partei unter den Spitzenkräften eine Debatte, die in den Massenmedien ständig gegen DIE LINKE aufgegriffen wird und in der Partei Unsicherheiten auslöst.

Mit der Wahl zum Bundestag war ein Wachstum der Mitgliedschaft der Partei verbunden, den es nun zur politischen Stärkung der Partei zu nutzen gilt.

Der Ältestenrat unterstützt die Bemühungen um Aktionskampagnen im Bereich sozialer Kämpfe.

Die bisher aus den Stimmverlusten im Osten gezogene Lehren bilden aber noch keine Konzeption für grundlegende Veränderungen. Die neu ausgelöste Debatte über Regierungsbildung der Partei DIE LINKE mit der CDU in einer Phase der Wahlvorbereitung in ostdeutschen Ländern ist politisch unreif und kann nur als Streben von Führungskräften nach Regierungsposten ausgelegt werden.

Der Ältestenrat unterstützt die Erwartungen in breiten Kreisen der Mitgliedschaft an den Leipziger Parteitag und fordert die Delegierten auf, für ein deutliches linkes Profil der Partei einzutreten und zur politischen Stärkung der Partei beizutragen.

Für die Erneuerung einer Europa-Diskussion

Der Bericht des Ältestenrates auf dem Parteitag 2017 in Hannover gab Auskunft über seine Anstrengungen im Rahmen der Europäischen Linken und der parlamentarischen Linkskräfte der europäischen Union an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Wir waren um Fortsetzung dieser Debatten bemüht und haben am 6. März 2018 unsere Gedanken in einem Arbeitspapier »Für die Erneuerung einer Europadiskussion in der Partei DIE LINKE« zum Ausdruck gebracht. Auf drei Komplexe haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit gerichtet:

1. Die europäischen Linkskräfte sollten sich gerade heute auf den antifaschistischen Gründungsprozess einer Europa-Entwicklung besinnen, der auch von Kräften aus Italien und Frankreich getragen wurde, die sich gegen den deutschen Faschismus stellten. Gerade jetzt, wo eine starke Rechtsentwicklung, bis zum Auftreten faschistischer Elemente in den EU-Ländern erfolgt, der Einfluss linker Kräfte zurückgedrängt wird und krisenhafte Momente auftreten, gilt es, Ansatzpunkte für eine antikapitalistische EU-Politik in die Debatte zu bringen und linke Politik ohne Anpassung zu vertreten. Der Prozess der Transformation in der EU ist auf Sozialabbau in allen gesellschaftlichen Bereichen gerichtet. Tatsachen belegen, wie Lohnabbau greift, eine ganze junge Generation durch fehlende Ausbildung und ohne Arbeit zu einer verlorenen Generation wird, wie neoliberale Reformen Demokratie zerstören und Ausbeutung vertiefen.
Mit ein wenig »besserem« Kapitalismus ist die Lage nicht zu verändern. Daher ist ein neuer anti-kapitalistischer Ansatz unverzichtbar geworden.
2. Europa ist größer als die EU – ist unser Standpunkt. Die Ansätze für eine Friedensordnung, wie sie die Pariser Charta 1990, noch mit der Sowjetunion und dem Grundsatz Willi Brandts »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts«, beschreibt, sind längst gegenstandslos geworden. Was als Gegensatz zwischen EU und Russland erscheint, ist dem Wesen nach der Beginn einer neuen Phase europäischer Entwicklung. Der Krieg gegen Jugoslawien hat auf europäischem Boden stattgefunden. Krieg zwischen europäischen Mächten wird nun, wie Syrien zeigt, als außereuropäisch, oder noch auf anderen Feldern ausgetragen. Sanktionen gegen Russland bringen beiden Seiten, besonders in der Wirtschaft, großen Schaden. Diplomatie, die für Eskalation eingesetzt wird, zerstört Vertrauen. Da ist der Weg zu militärischer Gewalt dann nicht mehr weit.
3. Eine neue Europa-Debatte fordert auch eine Erneuerung der eigenen linken Partei heraus. Was sich bisher vollzieht, ist das Verkünden von Begriffen, sind Unterstellungen und Kämpfe um Einfluss. Was auf der Strecke bleibt, sind Inhalte und Gesellschaftsanalysen sowie eine so notwendige Strategiedebatte.
Nebeneinander bzw. gegeneinander läuft Vieles. Was grundlegend fehlt, ist ein Miteinander für und in einer Linksdebatte in der EU und europaweit.

Das Arbeitspapier wurde mit Sprechern für Europapolitik der Landtagsfraktionen diskutiert, die es als Anregung für ihre Tätigkeit begrüßten und dem Ältestenrat Hinweise für die weitere Diskussion gaben.

Der Ältestenrat in der Mitte des Parteilebens

Der Ältestenrat hatte im November 2017 die Berliner Landesvorsitzende, Katina Schubert, sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Carola Bluhm und Udo Wolf, eingeladen.

Im Mittelpunkt standen die bisher erreichten Ergebnisse seit Eintritt in die Landesregierung und die Einbindung der neuen Mitglieder in den Landesverband und die Bezirksverbände. Letztgenanntes ist auch deshalb notwendig, weil die Mehrheit der Eintritte über das Internet erfolgt. Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände unternehmen große Anstrengungen, um die neuen Mitglieder in die Arbeit einzubinden und politische Bildung zu vermitteln. Um dies kontinuierlich zu realisieren, wird für die AG »Politische Bildung« eine halbe feste Stelle in der Landesgeschäftsstelle eingerichtet.

Am Anfang stehen die Überlegungen und Ideen, wie DIE LINKE in den Ostbezirken wieder an Stärke gewinnt. Dabei kommt natürlich den Bezirksverbänden große Bedeutung zu.

Kritische Anmerkungen gab es, weil ältere Mitglieder zunehmend häufiger den Eindruck erhalten, dass ihre Meinungen und Anregungen nicht mehr gefragt sind.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus informierten über die bisher erreichten Ergebnisse und über Probleme, die noch mehr Aufmerksamkeit finden müssten. Schwerpunkt ist und bleibt das Thema Wohnen in seinen vielfältigen Facetten. Deutlich gemacht wurde auch, dass DIE LINKE mit diesem Ressort ein schweres Erbe übernommen hat. Aufgezeigt wurde ebenfalls wie die Kommunikation mit den in der Stadt Wohnenden entwickelt wird.

Bei Carola Bluhm und Udo Wolf war erkennbar, dass sie aus der Niederlage nach der letzten Regierungsbeteiligung nach Schlussfolgerungen suchen und um Fortschritte ringen.

Eine Vielzahl Fragen gab es zum Thema Erinnerungskultur.

In der Sitzung wurde sich geeinigt, dass der Vorstand des Ältestenrates ein Gespräch mit Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa, führt. Dies geschah inzwischen.

Klaus Lederer informierte umfassend über seine Arbeitsschwerpunkte.

Der Ältestenrat verwies, ausgehend von seiner Sitzung, auf das Thema Erinnerungskultur. Ein Anliegen ist, dass z. B. bezüglich der Gedenkstätte Plötzensee mit der Tschechischen KP zusammengearbeitet wird, da ein großer Teil der Ermordeten Tschechinnen und Tschechen waren.

Auch die Geschichte der Stadt Berlin nach 1945 braucht ein gemeinsames Herangehen.

Den Erscheinungen von Gleichsetzung der DDR und der Nazi-Zeit mit der Begrifflichkeit der zwei Diktaturen ist entschieden entgegenzutreten.

Im Gespräch wurde deutlich, dass größere Anstrengungen des Parteivorstandes erforderlich sind, um die erforderlichen Konzepte zu erarbeiten und Erinnerungskultur zum festen Bestandteil der politischen Arbeit zu machen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird im frühen Herbst eine »Geschichte des Ältestenrates« veröffentlichen. Sie könnte Anstoß für eine schon länger notwendige Debatte über unsere Parteigeschichte, ihre geschichtlichen Wurzeln und ihre historischen Herausforderungen sein. Die herrschende Politik spricht von neuer, größerer Verantwortung und meint, Neoliberalismus stärker und für Kapitalinteressen, militärische Stärke und imperiale Politik zu vertreten.

Die Zeiten eines Dritten Weges sind vorbei. Verantwortung lautet für DIE LINKE Systemkritik und Veränderung der Gesellschaft. Stellt sie sich dieser Herausforderung nicht, wird sie, wie das politische Leben in vielen europäischen Ländern bereits zeigt, in Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission an die 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 8. bis 10. Juni 2018 in Leipzig

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wurde auf der 2. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE in Hannover vom 9. bis 11. Juni 2017 in der Stärke von neun Mitgliedern gewählt. Sie setzt sich zusammen aus fünf Genossinnen aus den Landesverbänden Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern sowie vier Genossen aus den Landesverbänden Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

Gemäß § 9 Absatz 5 des Parteiengesetzes hat die BFRK den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichts des Parteivorstandes an den Parteitag geprüft. Die BFRK bestätigt, dass die Rechenschaftslegungen der Partei für 2015 und 2016 den Festlegungen des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung entsprechen. Vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer ist für die Rechenschaftsberichte jeweils das uneingeschränkte Testat erteilt worden.

Bei allen Prüfungen der BFRK standen die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge, der Mandatsträgerbeiträge und Spenden sowie die Mitgliedergewinnung im Mittelpunkt.

Im Berichtszeitraum konnte die Mitgliederzahl im Jahr der Bundestagswahl wieder erhöht werden, von 58.910 Ende 2016 auf 62.300 Ende 2017.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erhöhten sich von 9.353 T€ im Jahr 2015 auf 9.631 T€ im Jahr 2016 und im Jahr 2017 auf vorläufig 10.042 T€. Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied entwickelte sich von 13,21 € im Jahr 2015 auf 13,62 € im Jahr 2016 und auf vorläufig 13,43 € im Jahr 2017.

Dies zeigt, dass die von der BFRK erarbeitete Handreichung zur Ermittlung eines satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrages zwar umgesetzt wird, aber an der Beitragsehrlichkeit in den Landesverbänden weiter gearbeitet werden muss. Noch immer gibt es bei den Mitgliedsbeiträgen erhebliche Unterschiede in den einzelnen Landesverbänden. An der Spitze liegt im Jahr 2017 der Landesverband Brandenburg mit einem Durchschnittsbeitrag von 19,74 € je Mitglied und am niedrigsten ist der Durchschnittsbeitrag im Landesverband Saar. Dort beträgt der Durchschnittsbeitrag 4,32 € je Mitglied.

Im November 2017 wurden die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Parteivorstandes geprüft. Auf der Grundlage ihrer monatlichen Einkünfte und Bezüge zahlen:

Einkommen über		Beitrag		Zahler/innen		
in Euro		in Euro				
500	-	600		5,00	1	
600	-	700		7,00	1	
700	-	800		10,00	1	
800	-	900		12,00	1	
900	-	1.000		15,00	1	
1.000	-	1.100		20,00	2	
1.100	-	1.300	25,00	-	30,00	4
1.300	-	1.500	35,00	-	40,00	2
1.500	-	1.700	45,00	-	50,00	2
1.700	-	1.900			55,00	1
1.900	-	2.100	65,00	-	70,00	2
2.100	-	2.300			75,00	2
2.300	-	2.500			85,00	1

Darüber 4 % vom Netto	100,00	-	110,00	3
	120,00			4
	125,00	-	130,00	2
	150,00	-	175,00	4
	200,00			4
	220,00	-	250,00	5
	über 300,00			1

Unter den 16 Vorstandsmitgliedern, die mehr als 120,00 € Beitrag zahlen, befinden sich 6 Bundestagsabgeordnete. Positiv ist dabei zu bemerken, dass ein Mitglied eines Landtages den höchsten Mitgliedsbeitrag der Parteivorstandsmitglieder zahlt. Da eine weitere Reihe von Vorstandsmitgliedern in verantwortungsvollen Funktionen oder Stellungen sind, sind noch Reserven in der Beitragszahlung vorhanden. Es stellt sich die Frage, wenn Vorstandsmitglieder es mit der Ehrlichkeit der Beitragszahlung nicht so genau nehmen, wie ernst nehmen sie dann die Arbeit für die Partei?

Im Berichtszeitraum wurden nachstehende Verbände geprüft:

1./2.4.2016	LV Berlin
17.5.2016	LV Baden-Württemberg
2.7.2016	KV Würzburg
29./30.7.2016	LV Hessen
27.8.2016	LV Schleswig-Holstein
15.10.2016	KV Trier-Saarburg im LV Rheinland-Pfalz
11./12.12.2016	Parteivorstand
16.12.2016	LV Thüringen / KV Eichsfeld im LV Thüringen
31.3.2017	LV Brandenburg
18.9.2017	LV Hamburg
4.10.2017	LV Hamburg
16.10.2017	LV Saarland
17./18.11.2017	Parteivorstand
3.3.2018	LV Niedersachsen
7.4.2018	LV Sachsen

Die Prüfung im LV Bayern ist für den 5.5.2018 geplant.

Die getroffenen Feststellungen wurden sowohl vor Ort in den Landesverbänden und im Parteivorstand ausgewertet als auch in der Schulung der Landesfinanzrevisionskommissionen (LFRK) am 14./15. 10. 2017 in Elgersburg allen Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

Jedem Landesverband wurde ein Stick mit den aktuellen Dokumenten der Partei übergeben. Zu den Schulungsinhalten gehörten vor allem die allgemeinen Grundsätze der Buchführung und Musterdokumente für die Prüfungen der LFRK.

Zu den wesentlichen Feststellungen gehören folgende Punkte:

1. Die BFRK hat regelmäßig auf die Einhaltung der Abgabetermine der Finanzabrechnungen und Rechenschaftsberichte hingewiesen.
2. Die Reisekostenordnung für Mitglieder des Parteivorstandes und die Ordnung für die Erstattung von Reisekosten an ehrenamtliche Funktionäre der Partei DIE LINKE sind in eine gemeinsame Reisekostenordnung umzuarbeiten.
3. Die Nutzung des Wahlkampf-Trucks sollte zukünftig auch bei Landtags- und Europa-Wahlkämpfen geprüft werden.

4. Die Spendenkampagne über Neue Medien sollte zukünftig ständiger Bestandteil von Wahlkämpfen aller Ebenen sein.
5. Vorschüsse sind spätestens nach 8 Wochen abzurechnen bzw. zurückzuzahlen. Weitere Vorschüsse sind nur nach Abrechnung aller bereits gewährten Vorschüsse auszuführen.
6. Im Zahlungsverkehr haben immer zwei Zeichnungsberechtigte gemeinsam zu unterzeichnen. Es gibt auch die Möglichkeit, mit zwei Pincodes im Onlineverfahren zu arbeiten. Die Belege sind jährlich mit »1« beginnend fortlaufend zu nummerieren.
7. Die Belege müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet geführt werden, einen Verweis auf den jeweiligen Beschluss oder die Regelung sowie den dazugehörigen Vertrag enthalten. In Honorarverträgen ist die Verpflichtung der Auftragnehmer/innen aufzunehmen, dass diese für die Versteuerung des Honorars und die Abführung von Sozialabgaben selbst verantwortlich sind.
8. Bei Reisekosten sind der Vordruck zu benutzen und die Inhalte zu kontrollieren, insbesondere wer, wann, wohin in wessen Auftrag gefahren ist. Die Einladung ist beizufügen oder ein Hinweis auf den Beschluss zur Kostenübernahme zu vermerken (z. B. Reisekosten Parteitag oder Hinweis auf Stellenbeschreibung oder Funktion). Die Termineinhaltung ist zu beachten – spätestens Ende des Folgemonats ist abzurechnen.
9. Die Thermobelege sind wegen der langen Aufbewahrungsfristen entweder einzuscannen oder zu kopieren.
10. Da sich sachverständige Dritte schnell und ohne fremde Hilfe in der Buchführung zurechtfinden sollen, ist es wichtig, bei einer Zusammenfassung von Ausgabebelegen (Kassenbons) die Ausgaben zu markieren, die zu einer Buchung zusammengefasst wurden. Es sollte eine Aufstellung der erfassten Ausgaben gemacht werden. Das führt auch zur Vermeidung von Rechenfehlern bei der Zusammenfassung. Ein- und Ausgabebelege dürfen nicht zusammengefasst – also saldiert – werden.
11. Dauerschuldverhältnisse (z.B. Mietverträge) sind nur mit Zustimmung der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters/des Landesvorstandes möglich.
12. Bankkonten der Kreisverbände sind nur mit Zustimmung der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters zu eröffnen. Ortsgruppen, Basisgruppen oder Zusammenschlüsse sind nach Satzung und Finanzordnung keine eigenständige Gliederung der Partei mit eigener Finanzausstattung und sind deshalb nicht berechtigt, eigene Konten zu eröffnen.

Insgesamt stellen wir fest, dass sich die Arbeit auf dem Gebiet der Finanzen verbessert hat. Dazu haben die Prüfungseinsätze der BFRK und die Schulungen der Landesfinanzrevisionskommissionen durch die BFRK beigetragen.

Des Weiteren hat die BFRK auf ihrer Klausur 2016 die Broschüre zur Einwerbung von Testamentspenden erarbeitet. Die Broschüre »Wir alle sind Erben« wurde Anfang 2018 rechtlich geprüft. Im neuen Parteivorstand ist nun zu entscheiden, wer den Entwurf nochmal überarbeitet.

Im Ergebnis ihrer Prüfungstätigkeit bestätigt die BFRK den Finanzbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE und empfiehlt die Entlastung des Parteivorstandes.

Bericht der Inklusionsbeauftragten an die 1. Tagung des 6. Bundesparteitags im Juni 2018

In meiner Arbeit als Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE habe ich mich seit dem letzten Parteitag 2017 weiterhin vom Teilhabekonzept und insbesondere von drei Zielsetzungen leiten lassen:

1. Barrierefreiheit Schritt für Schritt zum Markenzeichen der Partei zu entwickeln,
2. das Recht auf Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen zu stärken und
3. die Bewusstseinsbildung dahingehend zu fördern, dass es bei dem Thema Inklusion um Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller Menschen geht.

1. Barrierefreiheit Schritt für Schritt umsetzen

Ausgehend von unserem Ziel, eine inklusive Partei zu werden, habe ich zusammen mit der AG Teilhabe viele Anstrengungen unternommen, das Teilhabekonzept innerhalb der Partei, vor allem innerhalb der Landesverbände bekannter zu machen. Wir wollen gemeinsam eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Menschen willkommen fühlen und wissen, dass sie selbstbestimmt und gleichberechtigt an allen Aktivitäten unserer Partei teilhaben können. Wer zu uns kommt, soll wissen: DIE LINKE strebt danach, Büros, Veranstaltungen, Materialien, Internetauftritte usw. weitgehend barrierefrei zu gestalten.

Die AG Teilhabe hat dazu regelmäßige Treffen bzw. Telefonkonferenzen durchgeführt. Und ich bin darüber hinaus als Inklusionsbeauftragte in viele Landesverbände gereist. Ich war in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen unterwegs. Und natürlich auch in meinem eigenen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe an Sitzungen der Landesvorstände teilgenommen und mit den Genoss/innen vor Ort darüber diskutiert, wie wir Barrierefreiheit gemeinsam weiter umsetzen können. Dabei habe ich mich sehr über die große Offenheit der Landesvorstände und die gute Zusammenarbeit mit vielen LAGen Selbstbestimmte Behindertenpolitik gefreut.

Ich wurde dabei in meiner Auffassung bestärkt, dass die Umsetzung von Barrierefreiheit ein langer Prozess ist. Gemeinsam müssen wir weiter daran arbeiten, die Genossinnen und Genossen vor Ort zu sensibilisieren, wie wichtig Barrierefreiheit ist – und zwar nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Nein, Barrierefreiheit hat einen Nutzen für alle Menschen – insbesondere wenn wir uns verdeutlichen, dass viele unserer Mitglieder schon in einem fortgeschrittenen Alter sind.

Und wir müssen uns verdeutlichen, was Barrierefreiheit tatsächlich bedeutet: Es reicht nicht, dass Büros und Veranstaltungen stufenlos erreichbar sind. Wir brauchen auch Barrierefreiheit in kommunikativer und struktureller Hinsicht. Wir brauchen Höranlagen, Gebärden- und Schriftdolmetscher, wir brauchen Dokumente in Brailleschrift, in einfacher und leichter Sprache. Wir müssen in einfacher Sprache reden. Und wir müssen dafür sorgen, dass unsere Genoss/innen überhaupt zu den Parteiveranstaltungen kommen können. Das heißt, wir brauchen barrierefreie Mobilität.

Wettbewerb »Barrierefreie Geschäftsstellen«

Mit diesem Wettbewerb wollen wir ebenfalls für Barrierefreiheit werben. Als Mitglieder der AG Teilhabe Bund sind wir davon überzeugt: Wenn wir mit guten Beispielen aufzeigen, wie Barrierefreiheit – oft schon mit geringen finanziellen Mitteln – gelingen kann, wird das ein Signal an andere Geschäftsstellen sein, dem nachzueifern.

Der Preis wurde nun schon das zweite Mal ausgelobt. Im Jahre 2017 bewarben sich vier Geschäftsstellen aus verschiedenen Bundesländern auf diesen Preis. Die AG Teilhabe empfahl dem Parteivorstand, alle vier Bewerber/innen auszuzeichnen. Diesem Vorschlag folgte der Parteivorstand, die Preise, in diesem Fall Übersetzungen in leichte Sprache, gingen nach Nürnberg (Bayern), Kassel (Hessen), Tübingen (Baden-Württemberg) und Hamm (NRW).

Ich möchte an dieser Stelle den Kreisverband in Hamm einmal hervorheben, nicht weil seine Geschäftsstelle die beste unter den Preisträgern war, sondern weil sie eine Besonderheit aufweist, die

für viele unserer Gremien interessant sein könnte: Der Kreisverband in Hamm, in dem es seit kurzem gleichzeitig eine Beratungsstelle für Menschen mit Hörbehinderungen gibt, verleiht eine mobile Höranlage deutschlandweit gegen eine Gebühr. Die Einnahmen aus dem Verleih werden wieder für die Erweiterung der Anlage und mehr Barrierefreiheit in der Partei eingesetzt.

Der Wettbewerb »Barrierefreie Geschäftsstellen« wird – hoffentlich – auch 2018 wieder ausgeschrieben werden. Und hoffentlich werden sich dann noch mehr Geschäftsstellen an diesem Wettbewerb beteiligen. Bitte traut Euch, auch wenn noch nicht alles perfekt ist. Wichtig ist meiner Meinung nach der Wille, Barrierefreiheit Schritt für Schritt umzusetzen. Und dieser Wille soll belohnt werden.

Teilhabe-Konzept auf Landesebene umzusetzen

Ich stelle immer wieder fest, dass das Teilhabe-Konzept noch zu wenig bekannt ist. Deshalb brauchen wir – das ist meine Überzeugung – in allen Bundesländern Inklusionsbeauftragte und dazugehörige Teilhabe-AGs. Viel zu groß ist die Aufgabe, Barrierefreiheit umfänglich in all unseren Strukturen zu gewährleisten. Der bzw. die Inklusionsbeauftragte und die dazugehörige AG Teilhabe auf Landesebene sollten analog der AG Teilhabe Bund arbeiten, die Umsetzung des Teilhabe-Konzeptes auf Landesebene überprüfen und Barrierefreiheit vor allem auf landesweiten Veranstaltungen umsetzen. Diese AG sollte eine kleine Gruppe aus fünf bis sechs Leuten sein – bestehend aus Landesinklusionsbeauftragtem/r, einem Mitglied der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Landesgeschäftsführer/in und Landes-schatzmeister/in. Mit der AG Teilhabe auf Landesebene hätte man so ein Gremium, das bestimmte Dinge gemeinsam entscheiden kann. Zum Beispiel die Frage der Finanzen. Wenn wir davon sprechen, dass der Landesschatzmeister Mitglied der AG Teilhabe sein sollte, dann hat das einen einfachen Grund – denn wenn wir über Barrierefreiheit reden, müssen wir auch über Finanzen reden.

In NRW gibt es bereits eine Inklusionsbeauftragte und einen Inklusionsfond, in Bayern einen Teilhabe-beauftragten. In Mecklenburg-Vorpommern wurde auf dem Landesparteitag im November letzten Jahres zusammen mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik ein Antrag zur weiteren Umsetzung des Teilhabe-Konzeptes zugestimmt. Das muss nun mit einem Maßnahmenplan unteretzt werden. Ein Team von Inklusionsbeauftragten aus Bund und Ländern könnte bundesweit gut zusammenarbeiten und Dinge zielgerichtet anpacken, gut koordinieren, sich gegenseitig unterstützen, Aktionen gemeinsam organisieren usw. Das sollten wir uns gemeinsam als Ziel setzen.

Ein Wort zum Bundestagswahlkampf

Unser Bundestagskurzwahlprogramm stand diesmal in barrierefreier Form so vielfältig und umfangreich wie nie zuvor zur Verfügung: in Gebärdensprache per Video, als Audiodatei, in Brailleschrift, in leicht verständlicher Sprache und in leichter Sprache. Die Materialien wurden in vielfältigster Weise genutzt, auf den Infoständen verteilt, an Vereine verschickt. Das Wahlprogramm in leichter Sprache wurde 5.442-mal heruntergeladen, die Audio-Datei unseres Wahlprogramms wurde von über tausend Menschen gehört, die für Lesehilfen (Vorlesegeräte) optimierte Seite (Wahlprogramm auf einer Seite wurde 14.610-mal aufgerufen. Die Seite mit dem Video »Kernforderungen in Gebärdensprache« wurde 3.152-mal aufgerufen und »Kurzfassung des Wahlprogramms in Gebärdensprache« 2.097-mal.

Das ist ein großer Erfolg und zeigt einen Bedarf. Dennoch müssen wir beim nächsten Bundestagswahlkampf einiges verbessern. Uns ist auch bewusst, dass es in Hinsicht auf die Barrierefreiheit unserer Internetseiten noch immer einiges zu tun gibt. Hier sind wir als AG Teilhabe im Gespräch mit Menschen mit Sinnesbehinderungen und werden in den nächsten Wochen einige Veränderungen anstoßen.

2. Recht auf Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen stärken

Es ist mir ein besonders wichtiges Anliegen, dass Menschen, die in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind, ihr Selbstvertretungsrecht auf allen Ebenen wahrnehmen können, sei es als Abgeordnete, als Ehrenamtliche oder als Hauptamtliche. Das hat einen speziellen Grund: Nur Menschen, die selbst Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren haben, können sich mit aller Konsequenz für Menschen in ähnlich schwierigen Lebenssituationen einsetzen. Diese Menschen brauchen wir und ich möchte sie bestärken, sich einzubringen, auch unter Berücksichtigung der jeweils notwendigen Assistenz bzw. eines Nachteilsausgleiches.

Im Teilhabekonzept heißt es, dass DIE LINKE Bedingungen dafür schaffen will, dass Menschen mit Behinderungen ermutigt werden, sich aktiv in die Parteiarbeit einzubringen und als Abgeordnete, Ehrenamtliche und Hauptamtliche tätig werden zu können. Das müssen wir verstärken. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung – für Menschen mit Behinderungen und ebenso für Menschen, die aus anderen Gründen Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren. Einen Anfang können wir bei den vielen Kommunalwahlen im nächsten Jahr machen.

3. Bewusstseinsbildung fördern

Inklusion ist mehr als die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Sie betrifft alle Menschen, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen sind – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Alter (bei Menschen mit Behinderungen werden Benachteiligungen nur extrem deutlich). Dafür müssen wir – zunächst innerhalb der Partei – die entsprechenden Bedingungen schaffen. Und wir müssen uns klar zu bestimmten Fragen – wie zum Beispiel zu Sonderstrukturen – positionieren.

Ich habe deshalb die Idee der Freitag-Talks entwickelt. In regelmäßigen Abständen werden – meist an einem Freitag – in Berlin Expert/innen zu bestimmten Themen eingeladen, um Standpunkte innerhalb der Partei zum Thema Inklusion zu erarbeiten, möglicherweise werden Positionspapiere auf den Weg gebracht. So gab es im Oktober 2016 ein Fachgespräch zum Thema »Wahlrecht für alle« mit Dr. Palleit vom »Deutschen Institut für Menschenrechte«. Ein weiterer Freitag-Talk fand im Januar 2017 zum Thema Medizinethik statt.

Im September 2017 fand ein Fachgespräch zur schulischen Inklusion in Köln statt. Dieses Gespräch habe ich zusammen mit den LINKS-Fraktionen der Landschaftsverbände LVR und LWL vorbereitet und organisiert. Das Ziel bestand darin, uns als LINKE in Bezug auf schulische Inklusion zu positionieren und gemeinsam einen Strategieplan zu entwickeln, dieses wichtige Thema nicht von unseren politischen Gegnern kaputtmachen zu lassen. Wir sind uns einig darüber: Politik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen, dass auf allen Bildungsebenen angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden. Im März dieses Jahres fand nun ein Freitag-Talk in Berlin – zusammen mit vielen linken Bildungspolitikern/innen aus Bund und Ländern statt und diskutierte dieses Thema weiter.

Weitere Anstrengungen für eine inklusive Partei

Ich möchte mich bei Euch allen für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Lasst uns gemeinsam unsere Anstrengungen für die Entwicklung einer inklusiven Partei fortsetzen. Lasst uns darüber streiten und nach Lösungen suchen, wie wir das Thema Inklusion trotz des zunehmenden Rechtsrucks in der Gesellschaft in die Offensive bringen können.

Dabei möchte ich noch einmal klar unterstreichen, dass ich bei all meinen Überlegungen und Aktivitäten immer davon ausgehe, dass es bei der Umsetzung von Inklusion um weit mehr geht als um die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen. Es geht gleichermaßen um Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, um Menschen mit geringem Einkommen, um Flüchtlinge, um alte Menschen usw. Nach meinem Verständnis müssen sich alle Menschen frei entfalten und aktiv in die gesellschaftlichen und insbesondere politischen Prozesse einbringen können. Es geht um inklusive

Gerechtigkeit, um Chancengerechtigkeit all der Menschen, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Weitere Details meiner Arbeit könnt Ihr in meinen Berichten nachlesen unter
https://www.die-linke.de/fileadmin/download/inklusion/bericht_3_2018.pdf und
https://www.die-linke.de/fileadmin/download/inklusion/bericht_2_2017.pdf

Solidarische Grüße

Margit Glasow

Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE
www.die-linke.de



Fünfter Gleichstellungsbericht der LINKEN

DIE LINKE hat im Oktober 2011 auf einem Parteitag ein Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN beschlossen. Dieses sieht vor, dass jährlich ein Gleichstellungsbericht vorgelegt wird. Dieser ist durch den Genderausschuss zu beraten.

Der vorliegende fünfte Gleichstellungsbericht gibt die Situation zum 31. Dezember 2016 wieder. Die Diskussion und Bewertung im Genderausschuss steht noch aus.

Kontakt: Antje Schiwatschew, DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle – Genderbüro für feministische Politik, Tel. 030-24009-340, antje.schiwatschew@die-linke.de

Ist-Stand

Zur Bestimmung der Qualität der Gleichstellung in der LINKEN wurden folgende Ebenen untersucht und im Folgenden dargestellt: Die Mitgliederentwicklung, die Umsetzung der Quotierungsvorschrift auf allen Ebenen der Partei und der Fraktionen, die Geschlechterverteilung im hauptamtlichen Bereich der Partei, bei den Mitgliedern in Verwaltungsämtern und die Zusammensetzung der Wählerschaft. Zur besseren Übersicht befinden sich die meisten Tabellen und einige Hintergrundinformationen im Anhang.

1. Mitgliederentwicklung

DIE LINKE hat mit 36,9 Prozent den zweithöchsten Frauenanteil. Innerhalb der Partei gibt es nach wie vor einen beachtlichen Ost-West-Unterschied. In den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) beträgt der Frauenanteil 43,5 Prozent und in den westlichen Landesverbänden 27,8 Prozent. Der Anteil von Frauen an den Neumitgliedern lag im Jahr 2016 bei 30,17 Prozent (2015 37,24 Prozent). Es ist ein Anstieg des Frauenanteils in der Mitgliedschaft zu verzeichnen. Der Anteil von Frauen bei Neueintritten ging um mehr als 7 Prozent zurück. (Vergleiche Tabellen 7 und 8)

Die Partei Bündnis 90/ Die Grünen hat mit 39 Prozent den höchsten Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Parteien und kann diesen kontinuierlich ausbauen.

Tabelle 1: Frauenanteil in den Parteien:

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
DIE LINKE	(nur Links-partei.PDS) 44,42%	39,1%	37,6%	37,2%	37,3%	37,3%	37,7%	37,3%	37,5%	37,2%	36,9%
Grüne	37,1%	37,4%	37,4%	37,4%	37,1%	37,3%	37,8%	38,2%	38,5%	38,6%	39,0%
SPD	30,7%	30,9%	31,1%	31,2%	31,3%	31,3%	31,5%	31,6%	31,8%	32,0%	32,2%
CDU	25,3%	25,4%	25,5%	25,5%	25,6%	25,6%	25,6%	25,7%	25,8%	25,9%	26,1%
FDP	23,0%	22,8%	22,8%	22,6%	22,8%	23,0%	23,0%	23,0%	23,0%	22,8%	22,6%
CSU	18,4%	18,8%	18,9%	18,9%	19,1%	19,3%	19,5%	19,9%	20,0%	20,1%	20,3%
AfD	-	-	-	-	-	-	-	15,4%	-	16,0%	16,0%

(Vgl.: Niedermayer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland. Version 2017. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr.27, FU Berlin 2017)

Die im Bundestag vertretenen Parteien (und die FDP) haben seit 2006 ihren Frauenanteil leicht erhöhen oder halten können. Die Zahlen von SPD und Grünen weisen darauf hin, dass sie offenbar

einen Anteil von deutlich über 30 Prozent bzw. an die 40 Prozent von Frauen bei den Eintritten erreichen können und somit ihr Frauenanteil deutlich wächst.

In der bundesdeutschen Parteienlandschaft werden die Parteien traditionell von Männern geprägt, während in den Parteien- und Massenorganisationen der DDR Frauen einen annähernd gleich großen Mitgliederanteil bildeten. Davon profitiert DIE LINKE noch 26 Jahre nach der Wende. Der Anteil von Frauen im Osten ist somit stärker als im Westen, wobei der Anteil von Frauen im Osten leicht fällt und im Westen leicht ansteigt. Es gibt kaum Aussagen darüber, warum Frauen sich weniger in Parteien organisieren. Es wird zwar immer wieder festgestellt, dass Frauen sich weniger für Politik interessieren und deshalb weniger in Parteien organisiert sind, aber die gleich hohe Wahlbeteiligung von Frauen wie von Männern hält dieser Betrachtung nicht Stand. Hier ist auch der Politikbegriff zu hinterfragen. Es könnte immerhin sein, dass Frauen einen anderen Politikbegriff haben als Männer.

2. Umsetzung der Quotierung in Partei, Fraktionen und Verwaltung

Bundessatzung §10:

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerberinnen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

2.1. Quotierung in den Organen der Partei

Die Quotierung wird weiterhin in den Gremien der Partei nur sehr unzureichend umgesetzt. Es gilt nach wie vor: Je höher die Gremien, desto eher wird die Quotierung erfüllt. Im Parteivorstand sind genau 50 Prozent der Mitglieder Frauen. Von den sechzehn Landesvorständen erfüllen 15 Landesverbände (lt. Tabelle 2) die Mindestquotierung, von den 15 mindestquotierten Landesvorständen weisen sieben (Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, das Saarland und Sachsen-Anhalt) mehr als 50 Prozent Frauen im Vorstand auf. Nur ein Landesvorstand (Brandenburg) ist nicht mindestquotiert besetzt.

Im Bundesausschuss und bei Parteitage wird die Quotierung eingehalten. Betrachtet man die vergangenen drei Parteitage, liegt der Frauenanteil der gewählten Delegierten immer über 51 Prozent*. (Siehe Tabellen 9 und 10)

In den Spitzenämtern der LINKEN wird der zum 31. Dezember 2013 erstmalig erreichte Frauenanteil von über 50 Prozent gehalten. Bei einer Gesamtanzahl von 30 Vorsitzen auf Bundes- und Landesebene liegt der Frauen-Anteil bei 60 Prozent. Im Parteivorsitz der Bundespartei sind Frau und Mann vertreten. In vier von sieben Landesverbänden, in denen es nur einen Vorsitz gibt, ist dieses Amt durch Frauen besetzt (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen). Sieben Landesverbände haben je zwei Vorsitzende (oder Sprecherinnen und Sprecher) und sind durchgängig mit je einer Frau und einem Mann besetzt. Den Vorsitz in Niedersachsen teilen sich zwei Frauen. Baden-Württemberg hat 5 Sprecher*innen, davon sind 3 Frauen.

Tabelle 2: Der Frauenanteil in den Vorständen der Partei:

	Vorsitzende			Geschäftsführer/in		Vorstände		
	Anzahl Vorsitzende	davon Frauen		Mann	Frau	Vorstandsmitglieder	davon Frauen	
Parteivorstand	2	1	50%	1		44	22	50%
Baden-Wü.	5	3	60%	1		20	10	50%
Bayern	2	1	50%	1		19	10	52,6%
Berlin	1	1	100%	1		20	10	50%
Brandenburg	1	0	0%		1	17	8	47,06%
Bremen	2	1	50%	1		12	6	50%
Hamburg	2	1	50%	1		19	10	52,6%
Hessen	2	1	50%	1		25	13	52%
Mecklenburg-Vorp.	1	1	100%	1		17	9	52,9%
Niedersachsen	2	2	100%	1		19	11	57,8%
NRW	2	1	50%	1		24	12	50%
Rheinland-Pf.	2	1	50%	1		10	5	50%
Saarland	1	1	100%	1		17	9	52,9%
Sachsen	1	0	0%		1	22	11	50%
Sachsen-Anh.	1	1	100%		1	17	9	52,9%
Schleswig-H.	2	1	50%	1		12	6	50%
Thüringen	1	1	100%		1	20	10	50%
Gesamt	30	18	60%	13	3	334	171	51,19%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2016

Sehr viel problematischer stellt sich die Situation nach wie vor in den Kreisverbänden der LINKEN dar (März 2017): 211 (62 Prozent) von 341 untersuchten Kreisvorständen (insgesamt gibt es 347 Kreisverbände) weisen mehr männliche als weibliche Mitglieder aus, halten also die Quotierung nicht ein. Etwa 49,7 Prozent davon, nämlich 105 Kreisverbände, unterschreiten einen Anteil von 25 Prozent weiblichen Mitgliedern im Kreisverband, was ihnen – im Einzelfall – die Ausnahme von der Quotierung gestatten würde. Die anderen 106 Kreisverbände – das sind immerhin noch 31 Prozent aller untersuchten Kreisverbände, – verstoßen also gegen die Satzung. 42 Prozent aller nichtquotierten Kreisvorstände, hat sogar weniger Frauen in seinen Reihen als anteilig an der Mitgliedschaft. Aber ca. 73 Prozent der untersuchten Kreisvorstände weisen anteilig mehr Frauen auf als in der Mitgliedschaft. In 27 (knapp 11 Prozent) Kreisvorständen gibt es keine einzige Frau (siehe Anhang Tabellen 11 und). Es gab in Jahr 2016 keinen Landesverband dessen gesamte Kreisvorstände mindestquotiert sind.

2.2. Parlamente

Die Delegation der LINKEN im Europaparlament erfüllt mit 57,14 Prozent Frauenanteil die Mindestquote, die Linksfraktion im Deutschen Bundestag weist mit einem Anteil von 35 weiblichen Abgeordneten von insgesamt 64 MdBs einen Anteil von 54,69 Prozent auf.

In acht von elf Landtagsfraktionen wird die Mindestquotierung eingehalten. Die Bürgerschaftsfraktion Bremen, die Linksfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, die Linksfraktion in Nordrhein Westphalen, die Linksfraktion im Saarland und die Linksfraktion im Landtag Sachsen-Anhalt liegen über der Mindestquotierung. Drei von elf Linksfraktionen halten die Mindestquotierung nicht ein.

DIE LINKE hat 55,55 Prozent Frauen an den Fraktionsspitzen. Weibliche Vorsitzende haben die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), die Linksfraktionen in der Hamburger und der Bremer Bürgerschaft und die Linksfraktionen im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Während die Landeslisten der LINKEN zumindest im vorderen Bereich quotiert sind, war bei den Direktkandidatinnen und -kandidaten der Männeranteil weitaus höher. Dies wirkte sich bei der Bundestagswahl 2013 so aus, dass von den 298 Direktkandidatinnen und -kandidaten 203 Männer und 95 (31,86 Prozent) Frauen waren (2009: 299 Direktkandidat_innen davon 217 Männer und 82 Frauen (27,4 Prozent). Von vier gewonnenen Direktmandaten der LINKEN bei der Bundestagswahl 2013 wurden zwei von Männern und zwei von Frauen gewonnen. (50 Prozent Frauenanteil).

Tabelle 3: Der Frauenanteil in den Parlamenten der Partei:

Fraktion	Vorsitzende			Fraktion		
	Anzahl Vorsitzende	davon Frauen		Mitglieder	davon Frauen	
Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)	1	1	100%	7	4	57,14%
Bundestag	2	1	50%	69	37	53,62%
Abgeordnetenhaus Berlin	2	1	50%	27	13	48,15%
Landtag Brandenburg	1	0	0%	17	8	47,06%
Bürgerschaft Bremen	1	1	100%	8	5	62,50%
Bürgerschaft Hamburg	2	2	100%	10	5	50,00%
Landtag Hessen	2	1	50%	6	3	50,00%
Landtag Meckl.-Vorp.	1	1	100%	11	6	54,54%
Landtag Saarland	1	0	0%	8	5	62,50%
Landtag Sachsen	1	0	0%	27	13	48,15%
Landtag Sachsen-Anhalt	1	0	0%	16	9	56,25%
Landtag Thüringen	1	1	100%	28	14	50,00%
Gesamt	16	9	56,25%	234	122	52,14%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2016

2.3. Verwaltung

Tabelle 4: Frauen in der Verwaltung

LINKE in der Verwaltung	Gesamt	davon Frauen	
Hauptamtlich tätig:			
Landrätinnen und Landräte	6	5	83,33%
Stellvertretende Landrätinnen und Landräte	1	0	0%
Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister	9	3	33,34%
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister	46	13	28,26%
Beigeordnete, Dezernentinnen und Dezernenten	17	7	41,18%
Hauptamtlich tätig gesamt:	79	28	35,44%
Ehrenamtlich tätig:			
Vorsitzende Kreistag bzw. kreisfreie Stadtvertretung	36	20	55,56%
Amtsvorsteher_innen	1	0	0%
Bürgermeister_innen*	87	24	27,59%
Ortsteilbürgermeister_innen bzw. Ortsvorsteher_innen*	104	32	30,77%
Beigeordnete*	23	6	26,09%
Magistratsmitglieder****	7	3	42,86%
Vorsitzende** von Kreistagen*	36	20	55,56%
Vorsitzende* von Stadträten***	79	39	49,37%
ehrenamtlich tätig gesamt:	373	144	38,61%
Gesamt:	452	172	38,05%

(Vgl.: [https://www.die-linke.de/politik/kommunal/fuer-links-im-amt/.](https://www.die-linke.de/politik/kommunal/fuer-links-im-amt/))

Erläuterungen

- * inklusive Stellvertreter/innen
- ** in Mecklenburg-Vorpommern: Kreistagspräsidenten
- *** in Berlin: Bezirksverordnetenversammlungen, in Brandenburg: Stadtverordnetenversammlungen, in Mecklenburg-Vorpommern: Stadtvertretungen bzw. Bürgerschaften
- **** in Hessen

2.4. DIE LINKE in Regierungsverantwortung

DIE LINKE ist zurzeit an drei Landesregierungen beteiligt. In **Thüringen** stellt sie mit **Bodo Ramelow** den ersten linken **Ministerpräsidenten**. In einer Koalition mit der SPD und B90/Die Grünen. In **Brandenburg** koalitiert sie mit der SPD, in **Berlin** mit der SPD und B90/Die Grünen.

LINKE in der Regierung	gesamt	davon Frauen	
Ministerpräsident	1	0	0%
Minister_innen Thüringen	5	3	60%
Staatssekretär_innen in Thüringen/ Chef der Staatskanzlei	4	2	50%
Minister_innen Brandenburg	3	1	33,34%
Staatssekretär_innen Brandenburg	4	3	75%
Senator_innen Berlin Bürgermeister Klaus Lederer	3	2	66,66%
Staatssekretär_innen Berlin	6	1	16,66%
Gesamt:	26	12	46,15%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2016

3. Hauptamtlich Beschäftigte

Tabelle 5: hauptamtlich Beschäftigte

Mitarbeiter_innen der Partei DIE LINKE			Entgeltgruppen											
		gesamt	DV	8	7	6	5	4	3	2	1	Mini	Midi	
LV	Frauen	74	6	0	1	11	14	10	6	0	1	24	0	davon 4 in Altersteilzeit
	von insg.	157	12	1	4	22	40	20	15	2	1	38	2	davon 8 in Altersteilzeit
	gesamt	47%	50%	0%	25%	50%	35%	50%	40%	0%	100%	63%	0%	
BGst	Frauen	45	1	6	4	18	12	0	2	0	0	2	0	davon 1 Befristung wg. Elternzeitvertretung
	von insg.	80	1	13	9	33	15	0	4	3	0	2	0	davon 2 in Altersteilzeit
	gesamt	56%	100%	46%	44%	55%	80%	0%	50%	0%		100%		
insgesamt	Frauen	119	7	6	5	29	26	10	8	0	1	26	1	
	Von insgesamt	237	13	14	13	55	55	20	19	5	1	40	2	
	gesamt	50%	54%	43%	38%	53%	47%	50%	42%	0%	100%	65%	50%	

Stichtag: Stand 31. Dezember 2016 Aufgeführt ist die Anzahl der zum Stichtag beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden, nicht die Anzahl der Stellen lt. Stellenplan.

4. Wahlen

DIE LINKE gewinnt bei fast allen Wahlen mehr Männer als Frauen. Der Anteil von Wählern war nach Neugründung der Partei deutlich höher, als der Anteil von Wählerinnen. Hier zeichnet sich jedoch ab, dass sich dies deutlich angleicht. In Sachsen und Brandenburg haben bei den Landtagswahlen 2014, sowie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern 2016 mehr Frauen als Männer DIE LINKE gewählt.

Tabelle 6: Wahlergebnisse der LINKEN nach Geschlecht:

	Gesamt	Frauen	Männer
Bundestagswahl 2005	8,7%	7,6%	9,9%
Bürgerschaftswahlen Bremen 2007	8,6%	6,7%	10,8%
Landtagswahl Niedersachsen 2008	7,3%	5,6%	9,1%
Bürgerschaftswahlen Hamburg 2008	7,7%	5,6%	9,8%
Landtagswahl Bayern 2008	4,9%	3,6%	6,2%
Landtagswahl Hessen 2009	5,4%	4,2%	6,9%
Europawahl 2009	7,5%	6%	9%
Landtagswahl Saarland 2009	21,3%	18%	24%
Landtagwahl Sachsen 2009	20,6%	19%	21%
Landtagswahl Thüringen 2009	27,4%	26%	29%
Landtagwahl Schleswig-Holstein H 2009	6,0%	6%	6%
Landtagswahl Brandenburg 2009	27,2%	26%	28%
Bundestagswahl 2009	11,9%	11%	13%
Landtagswahl NRW 2010	5,6%	4%	7%
Bürgerschaftswahl Hamburg 2011	6,4%	6%	7%
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011	23,7%	22%	25%
Landtagswahl Baden-Württemberg 2011	2,8%	2%	3%
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2011	3,0%	2%	4%
Bürgerschaftswahl Bremen 2011	5,6%	5%	6%
Landtagswahl Mecklenburg-Vorp. 2011	18,4%	18%	19%
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011	11,7%	11%	12%
Landtagswahl Saarland 2012	16,10%	14%	18%
Landtagswahl Schleswig Holstein 2012	2,3%	2%	2%
Landtagswahl NRW 2012	2,5%	3%	4%
Landtagswahl Niedersachsen 2013	3,1%	3%	4%
Landtagswahl Bayern 2013	2,1%	2%	2%
Bundestagswahl 2013	8,6%	8%	9%
Landtagswahl Hessen 2013	5,2%	5%	6%

	Gesamt	Frauen	Männer
Europawahl 2014	7,4%	7%	8%
Landtagswahl Sachsen 2014	18,9%	19%	18%
Landtagswahl Brandenburg 2014	18,6%	19%	18%
Landtagswahl Thüringen 2014	28,2%	28%	28%
Bürgerschaftswahl Hamburg 2015	8,5%	8%	9%
Bürgerschaftswahl Bremen 2015	9,5%	9%	10%
Landtagswahl Baden-Württemberg 2016	2,9%	3%	3%
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016	2,8%	3%	3%
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016	16,3%	16%	17%
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016	13,2%	13%	12%
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016	15,4%	16%	15%

(Quelle: infratest dimap)

Anlagen:

Tabelle 7: Mitglieder 2007-2016/Anteil Frauen

LV= Landesverband; MZ= Mitgliederzahl; FA= Frauenanteil

Stichtag: 31. Dezember 2016

LV	MZ 31.12. 2007	FA %	MZ 31.12. 2008	FA %	MZ 31.12. 2009	FA %	MZ 31.12. 2010	FA %	MZ 31.12. 2011	FA %	MZ 31.12. 2012	FA %	MZ 31.12. 2013	FA %	MZ 31.12. 2014	FA %	MZ 31.12. 2015	FA %	MZ 31.12. 2016	FA %
BW	2.214	23,10	2.639	23,20	3.046	22	2.950	22,9	2.880	22,9	2.601	23,7	2.819	24,1	2.708	24,2	2.836	24,82	3.134	25,1
BY	2.374	22,90	3.225	23,50	3.218	23	2.847	23,3	2.567	23,3	2.290	24,1	2.521	23,8	2.664	24,2	2.508	24,00	2.457	24,5
BE	9.105	47,10	9.008	46,10	9.008	45	8.801	44,2	8.325	44,2	7.800	44,0	7.821	43,3	7.480	43,3	7.447	42,86	7.508	42,2
BB	9.319	44,70	9.127	44,70	8.942	44	8.481	43,3	7.963	43,3	7.360	43,8	7.171	43,6	6.944	43,6	6.626	43,74	6.212	43,6
HB	453	27,50	492	29,80	523	28	629	31,0	462	31,0	456	28,5	480	29,4	497	28,1	481	28,69	507	28,8
HH	996	22,60	1.289	22,50	1.405	22	1.489	25,5	1.327	25,5	1.118	26,9	1.242	27,8	1.256	28,7	1.307	28,69	1.386	30,2
HE	2.001	23,70	2.610	24,10	2.733	23	2.605	25,7	2.498	25,7	2.322	26,0	2.464	26,1	2.474	26,1	2.525	26,65	2.679	26,2
MV	6.042	44,70	5.833	45,30	5.684	45	5.417	44,8	5.123	44,8	4.719	45,0	4.522	44,7	4.275	44,6	4.034	44,74	3.853	44,3
NI	2.546	23,90	2.864	24,80	3.376	25	3.259	25,1	3.139	25,1	2.944	25,5	2.728	25,3	2.573	25,9	2.552	25,98	2.742	25,7
NW	5.905	23	7.764	23,90	8.555	25	8.681	25,7	8.123	25,7	6.827	26,6	7.468	27,1	6.496	28,3	6.465	27,64	6.703	28,3
RP	1.450	23,10	1.655	24,50	1.992	26	1.746	28,8	1.761	28,8	1.675	29,2	1.649	29,1	1.609	29,8	1.594	29,11	1.584	29,7
SL	1.904	28,70	3.065	29,10	3.610	29	2.308	31,0	2.309	31,0	2.247	31,7	2.422	32,1	2.101	32,6	2.114	32,83	2.395	35,3
SN	13.280	46,90	12.682	46,60	12.390	45	11.614	44,9	10.927	44,9	10.200	45,2	9.686	45,1	9.205	45,0	8.677	44,69	8.284	44,5
ST	6.124	46,20	5.720	45,70	5.642	45	5.427	44,1	5.048	44,1	4.605	44,3	4.401	43,4	4.230	42,9	4.044	43,20	3.878	43,0
SH	815	22,50	1.066	24,10	1.093	26	980	25,5	983	25,5	912	25,8	965	25,5	942	26,3	970	25,88	1.019	26,5
TH	7.070	44,20	6.850	44	6.750	43	6.360	43,1	5.970	43,1	5.638	43,2	5.388	43,2	5.051	43,3	4.767	43,36	4.528	43,0
BGST	113	30,50	79	32,70	79	53	64	36,6	53	36,6	47	38,3	46	37,0	46	34,8	42	38,10	41	39,0
Gesamt	71.711	39,10	75.968	39,40	78.046	37	73.658	37,30	25.872	37,30	63.761	37,7	63.793	37,3	60.551	37,5	58.989	37,22	58.910	36,9

Tabelle 8: Frauenanteil an den Eintritten in DIE LINKE 2007 bis 2016

Stichtag: 31. Dezember 2016

Landesverband	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	21,99%	22,42%	23,44%	22,25%	39,23%	23%	24%	25,5%	36,26%	26,60%
Bayern	24,34%	28,34%	24,51%	24,94%	39,73%	25%	25%	28,9%	35,19%	25,36%
Berlin	25,33%	30,48%	22,56%	26,85%	39,44%	25%	31%	29,1%	35,20%	32,25%
Brandenburg	25,24%	26,18%	22,12%	27,61%	40,31%	38%	31%	34,2%	33,74%	26,77%
Bremen	32,04%	34,41%	22,85%	38,75%	39,97%	21%	41%	26,1%	39,98%	29,23%
Hamburg	25,34%	21,78%	22,40%	32,09%	41,33%	35%	31%	35,8%	37,70%	37,42%
Hessen	20,53%	20,13%	28,22%	32,98%	40,34%	22%	28%	25%	36,46%	26,27%
Mecklenburg- Vorpommern	40,63%	23,94%	28%	29,69%	39,97%	32%	30%	31,6%	36,71%	27,52%
Niedersachsen	24,71%	24,37%	26,95%	23,01%	41,06%	30%	23%	27,8%	37,91%	25,6%
Nordrhein- Westfalen	25%	26,04%	29,57%	30,23%	39,05%	31%	31%	34,3%	37,64%	29,23%
Rheinland-Pfalz	23,66%	29,68%	27,16%	30,04%	43,90%	33%	27%	31,1%	45,28%	29,73%
Saarland	24,74%	33,03%	30,90%	44,51%	44,20%	37%	37%	37,3%	44,23%	42,18%
Sachsen	26,09%	22,76%	21,55%	24,51%	34,78%	25%	30%	29,5%	32,47%	34,60%
Sachsen-Anhalt	28,89%	25,79%	24,78%	22,83%	39,30%	31%	27%	29,8%	33,81%	26,45%
Schleswig- Holstein	22,92%	25,19%	27,08%	37,32%	40,06%	28%	23%	29,7%	35,67%	26,88%
Thüringen	25%	24,35%	23,63%	28,57%	36,71%	38%	33%	31,9%	37,59%	28,79%
Gesamt	25,27%	26,33%	26,62%	30,96%	40,24%	30%	29%	31%	37,24%	30,17%

Tabelle 9: Frauenanteil im Bundesausschuss

	davon Frauen	Anteil Frauen
80 Mitglieder	40	50,00%
4 Mitglieder mit beratender Stimme	3	75,00%
Präsidium (6 Mitglieder)	3	50,00%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2016

Tabelle 10: Frauenanteil auf den Parteitag

	Frauenanteil der gewählten Delegierten	Frauenanteil der anwesenden Delegierten
Parteitag Cottbus 2008	51,5%	51,4%
Europaparteitag Essen 2009	51,3%	51%
Parteitag Berlin 2009	51,9%	51,2%
Parteitag Rostock 2010	51,2%	51,8%
Parteitag Erfurt 2011	52,3%	50,8%
Parteitag Göttingen 2012	51,6%	52,0%
Parteitag Dresden 2013	51,9%	48,4%
Parteitag Hamburg 2014	51,9%	51,6%
Parteitag Berlin 2014	52,7%	51,7%
Parteitag Bielefeld 2015	52,4%	51,4%
Parteitag Magdeburg 2016	52,0%	51,9%
Parteitag Hannover 2017	52,5%	52,4%

Tabelle 1 1: Quotierung von Kreisvorständen (Stand März 2017)

Die Tabelle setzt sich aus der Anzahl Mitglieder im Kreis,- bzw. Stadtvorstand und dem Anteil an Frauen, sowie den Mitgliedern des Kreisverbandes und dem Anteil Frauen an der Mitgliedschaft zusammen. Die Differenz gibt das Verhältnis des Anteils von Frauen in der Mitgliedschaft zum Anteil von Frauen im Kreisvorstand wieder. Die Tabelle ist nach dieser Differenz sortiert.

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Burgenlandkreis	Sachsen-Anhalt	1	0		0,00%	333	146	43,84%	-43,84
DIE LINKE KV Hochsauerland	NRW	5	0		0,00%	64	20	31,25%	-31,25
DIE LINKE KV Oberhausen	NRW	2	0		0,00%	93	25	26,88%	-26,88
DIE LINKE KV Friesland	Niedersachsen	3	0		0,00%	30	8	26,67%	-26,67
DIE LINKE KV Rhein-Berg	NRW	2	0		0,00%	87	23	26,44%	-26,44
DIE LINKE KV Donau-Ries-Dillingen	Bayern	2	0		0,00%	70	17	24,29%	-24,29
DIE LINKE KV Segeberg	Schleswig-Holstein	5	0		0,00%	75	18	24,00%	-24,00
DIE LINKE KV Calw	Baden-Württemberg	2	0		0,00%	46	11	23,91%	-23,91
DIE LINKE KV Göppingen	Baden-Württemberg	6	0		0,00%	53	12	22,64%	-22,64

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Oberland	Bayern	4	0		0,00%	62	14	22,58%	-22,58
DIE LINKE KV Osnabrück Land	Niedersachsen	4	0		0,00%	64	14	21,88%	-21,88
DIE LINKE KV Verden	Niedersachsen	3	0		0,00%	29	6	20,69%	-20,69
DIE LINKE KV Ulm / Alb-Donau	Baden-Württemberg	5	0		0,00%	68	14	20,59%	-20,59
DIE LINKE KV Nürnberger Land	Bayern	3	0		0,00%	21	4	19,05%	-19,05
DIE LINKE KV Rendsburg-Eckernförde	Schleswig-Holstein	6	0		0,00%	66	12	18,18%	-18,18
DIE LINKE KV Biberach	Baden-Württemberg	6	1		16,67%	24	8	33,33%	-16,67
DIE LINKE KV Neumarkt/Opf.	Bayern	3	0		0,00%	18	3	16,67%	-16,67
DIE LINKE KV Aitötting-Mühlendorf	Bayern	1	0		0,00%	25	4	16,00%	-16,00
DIE LINKE KV Dithmarschen	Schleswig-Holstein	6	1		16,67%	49	16	32,65%	-15,99
DIE LINKE KV Vulkaneifelkreis-Daun	Rheinland-Pfalz	1	0		0,00%	19	3	15,79%	-15,79

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Altenkirchen	Rheinland-Pfalz	5	1		20,00%	40	14	35,00%	-15,00
DIE LINKE KV Düsseldorf	NRW	7	1		14,29%	268	78	29,10%	-14,82
DIE LINKE KV Cochem-Zell	Rheinland-Pfalz	8	1		12,50%	11	3	27,27%	-14,77
DIE LINKE KV Lüchow-Dannenberg	Niedersachsen	5	1		20,00%	29	10	34,48%	-14,48
DIE LINKE KV Hersfeld-Rotenburg	Hessen	7	1		14,29%	46	13	28,26%	-13,98
DIE LINKE KV Hildesheim	Niedersachsen	6	1		16,67%	98	30	30,61%	-13,95
DIE LINKE BV Charlottenburg-Wilmersdorf	Berlin	5	1		20,00%	231	77	33,33%	-13,33
DIE LINKE KV Saale-Orla	Thüringen	9	3		33,33%	238	110	46,22%	-12,89
DIE LINKE BV Treptow-Köpenick	Berlin	16	6		37,50%	1136	559	49,21%	-11,71
DIE LINKE KV Vechta	Niedersachsen	5	0		0,00%	18	2	11,11%	-11,11
DIE LINKE KV Frankfurt/Oder	Brandenburg	8	3		37,50%	270	130	48,15%	-10,65

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Holzminden	Niedersachsen	5	1		20,00%	98	30	30,61%	-10,61
DIE LINKE KV Wolfsburg	Niedersachsen	4	1		25,00%	51	18	35,29%	-10,29
DIE LINKE KV Kaiserslautern Stadt	Rheinland-Pfalz	7	1		14,29%	53	13	24,53%	-10,24
DIE LINKE KV Grafschaft Bentheim	Niedersachsen	3	0		0,00%	20	2	10,00%	-10,00
DIE LINKE KV Höxter	NRW	7	1		14,29%	29	7	24,14%	-9,85
DIE LINKE KV Kusel	Rheinland-Pfalz	9	2		22,22%	44	14	31,82%	-9,60
DIE LINKE KV Breisgau-Hochschwarzwald	Baden-Württemberg	3	0		0,00%	53	5	9,43%	-9,43
DIE LINKE KV Landau	Rheinland-Pfalz	7	1		14,29%	38	9	23,68%	-9,40
DIE LINKE KV Odenwald	Hessen	6	2		33,33%	33	14	42,42%	-9,09
DIE LINKE KV Südwestpfalz	Rheinland-Pfalz	1	0		0,00%	11	1	9,09%	-9,09
DIE LINKE BV Nord	Hamburg	5	1		20,00%	229	65	28,38%	-8,38
DIE LINKE KV Freudenstadt	Baden-Württemberg	2	0		0,00%	12	1	8,33%	-8,33

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Bremerhaven	Bremen	4	1		25,00%	66	22	33,33%	-8,33
DIE LINKE KV Schleswig-Flensburg	Schleswig-Holstein	8	1		12,50%	34	7	20,59%	-8,09
DIE LINKE SV Zweibrücken	Rheinland-Pfalz	2	0		0,00%	25	2	8,00%	-8,00
DIE LINKE KV Warendorf	NRW	9	2		22,22%	53	16	30,19%	-7,97
DIE LINKE KV Bitburg-Prüm	Rheinland-Pfalz	4	0		0,00%	14	1	7,14%	-7,14
DIE LINKE KV Helgoland	Schleswig-Holstein	4	2		50,00%	7	4	57,14%	-7,14
DIE LINKE KV Bodensee	Baden-Württemberg	5	1		20,00%	85	23	27,06%	-7,06
DIE LINKE KV Trier	Rheinland-Pfalz	7	2		28,57%	80	28	35,00%	-6,43
DIE LINKE KV Main/Rhön	Bayern	5	1		20,00%	53	14	26,42%	-6,42
DIE LINKE KV Peine	Niedersachsen	5	0		0,00%	33	2	6,06%	-6,06
DIE LINKE KV Hameln-Pyrmont	Niedersachsen	7	1		14,29%	79	16	20,25%	-5,97
DIE LINKE KV Potsdam	Brandenburg	12	5		41,67%	693	327	47,19%	-5,52

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Märkisch Oderland	Brandenburg	11	4		36,36%	641	266	41,50%	-5,13
DIE LINKE KV Borken	NRW	9	2		22,22%	66	18	27,27%	-5,05
DIE LINKE KV Alzey-Worms	Rheinland-Pfalz	6	1		16,67%	60	13	21,67%	-5,00
DIE LINKE KV Waldeck-Frankenberg	Hessen	6	1		16,67%	37	8	21,62%	-4,95
DIE LINKE KV Jena	Thüringen	11	4		36,36%	262	108	41,22%	-4,86
DIE LINKE KV Greiz	Thüringen	10	4		40,00%	199	89	44,72%	-4,72
DIE LINKE KV Goslar	Niedersachsen	9	2		22,22%	78	21	26,92%	-4,70
DIE LINKE KV Pforzheim	Baden-Württemberg	4	1		25,00%	91	27	29,67%	-4,67
DIE LINKE KV Wartburgkreis-Eisenach	Thüringen	6	2		33,33%	280	106	37,86%	-4,52
DIE LINKE KV Mecklenburgische Seenplatte	Mecklenburg-Vorpommern	12	5		41,67%	778	359	46,14%	-4,48
DIE LINKE KV Freising	Bayern	7	1		14,29%	32	6	18,75%	-4,46
DIE LINKE KV Lüneburg	Niedersachsen	5	1		20,00%	86	21	24,42%	-4,42

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Baden-Baden/Rastatt	Baden-Württemberg	4	1		25,00%	48	14	29,17%	-4,17
DIE LINKE KV Landkreis Rostock	Mecklenburg-Vorpommern	15	6		40,00%	396	174	43,94%	-3,94
DIE LINKE KV Nordwestsachsen	Sachsen	13	5		38,46%	359	152	42,34%	-3,88
DIE LINKE KV Leverkusen	NRW	6	1		16,67%	44	9	20,45%	-3,79
DIE LINKE KV Viersen	NRW	6	2		33,33%	65	24	36,92%	-3,59
DIE LINKE KV Mayen-Koblenz	Rheinland-Pfalz	7	2		28,57%	28	9	32,14%	-3,57
DIE LINKE KV Starnberg	Bayern	4	1		25,00%	28	8	28,57%	-3,57
DIE LINKE KV Zollernalb	Baden-Württemberg	3	0		0,00%	29	1	3,45%	-3,45
DIE LINKE KV Nordfriesland	Schleswig-Holstein	6	1		16,67%	36	7	19,44%	-2,78
DIE LINKE KV Darmstadt-Dieburg	Hessen	5	1		20,00%	62	14	22,58%	-2,58
DIE LINKE KV Stade	Niedersachsen	4	1		25,00%	51	14	27,45%	-2,45
DIE LINKE KV Saarlouis	Saarland	10	4		40,00%	347	147	42,36%	-2,36

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Passau	Bayern	6	1	76	14	16,67%	18,42%	-1,75
DIE LINKE KV Eichsfeld	Thüringen	8	4	116	60	50,00%	51,72%	-1,72
DIE LINKE KV Schwerin	Mecklenburg-Vorpommern	11	5	359	169	45,45%	47,08%	-1,62
DIE LINKE KV Magdeburg	Sachsen-Anhalt	10	4	508	211	40,00%	41,54%	-1,54
DIE LINKE KV Waldshut	Baden-Württemberg	7	1	38	6	14,29%	15,79%	-1,50
DIE LINKE KV Landshut-Kelheim	Bayern	3	1	23	8	33,33%	34,78%	-1,45
DIE LINKE KV Hochtaunuskreis	Hessen	6	2	70	24	33,33%	34,29%	-0,9
DIE LINKE KV Paderborn	Nordrhein-Westfalen	15	3	86	18	20,00%	20,93%	-0,93
DIE LINKE KV Gera	Thüringen	13	6	340	160	46,15%	47,06%	-0,90
DIE LINKE KV Ortenau	Baden-Württemberg	9	2	70	16	22,22%	22,86%	-0,63
DIE LINKE KV Rhein-Lahn-Kreis	Rheinland-Pfalz	6	1	29	5	16,67%	17,24%	-0,57
DIE LINKE KV Schweinfurt	Bayern	14	3	116	25	21,43%	21,55%	-0,12

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Vogtland-Plauen	Sachsen	14	7		50,00%	375	187	49,87%	0,13
DIE LINKE KV Bad Kreuznach	Rheinland-Pfalz	4	1		25,00%	49	12	24,49%	0,51
DIE LINKE KV Saalfeld-Rudolstadt	Thüringen	13	6		46,15%	215	98	45,58%	0,57
DIE LINKE KV Dessau-Roßlau	Sachsen-Anhalt	11	4		36,36%	160	57	35,63%	0,74
DIE LINKE KV Rems-Murr	Baden-Württemberg	4	1		25,00%	83	20	24,10%	0,90
DIE LINKE BV Marzahn-Hellersdorf	Berlin	13	6		46,15%	868	392	45,16%	0,99
DIE LINKE KV Main-Taunus-Kreis	Hessen	6	1		16,67%	45	7	15,56%	1,11
DIE LINKE KV Hagen	NRW	5	1		20,00%	53	10	18,87%	1,13
DIE LINKE KV Halle	Sachsen-Anhalt	9	4		44,44%	505	218	43,17%	1,28
DIE LINKE KV Traunstein	Bayern	7	2		28,57%	44	12	27,27%	1,30
DIE LINKE KV Saale-Holzland	Thüringen	8	4		50,00%	109	53	48,62%	1,38
DIE LINKE KV Meißen	Sachsen	8	4		50,00%	356	173	48,60%	1,40

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Wesermarsch	Niedersachsen	3	1		33,33%	44	14	31,82%	1,52
DIE LINKE KV Stuttgart	Baden-Württemberg	3	1		33,33%	322	102	31,68%	1,66
DIE LINKE KV Euskirchen	NRW	3	1		33,33%	60	19	31,67%	1,67
DIE LINKE KV Aurich	Niedersachsen	5	2		40,00%	81	31	38,27%	1,73
DIE LINKE KV Salzwedel	Sachsen-Anhalt	12	5		41,67%	119	47	39,50%	2,17
DIE LINKE BV Lichtenberg	Berlin	16	8		50,00%	1246	595	47,75%	2,25
DIE LINKE KV Uelzen	Niedersachsen	3	1		33,33%	29	9	31,03%	2,3
DIE LINKE KV Saalekreis	Sachsen-Anhalt	14	7		50,00%	286	136	47,55%	2,45
DIE LINKE KV Wittenberg	Sachsen-Anhalt	16	8		50,00%	259	123	47,49%	2,51
DIE LINKE KV Würzburg	Bayern	5	1		20,00%	70	12	17,14%	2,86
DIE LINKE KV Nordhausen	Thüringen	9	4		44,44%	202	84	41,58%	2,86
DIE LINKE KV Duisburg	NRW	11	4		36,36%	275	92	33,45%	2,91

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Saizland	Sachsen-Anhalt	17	8		47,06%	345	151	43,77%	3,29
DIE LINKE SV Erfurt	Thüringen	11	5		45,45%	501	210	41,92%	3,54
DIE LINKE.RV Mittelsachsen	Sachsen	12	6		50,00%	579	269	46,46%	3,54
DIE LINKE KV Bad Dürkheim-Neustadt	Rheinland-Pfalz	3	1		33,33%	47	14	29,79%	3,55
DIE LINKE KV Saarbrücken	Saarland	11	4		36,36%	836	274	32,78%	3,59
DIE LINKE KV Zwickau	Sachsen	14	7		50,00%	664	308	46,39%	3,61
DIE LINKE KV Northeim	Niedersachsen	5	1		20,00%	49	8	16,33%	3,67
DIE LINKE KV Stendal	Sachsen-Anhalt	12	6		50,00%	231	107	46,32%	3,68
DIE LINKE KV Hohenlohe/Schwäbisch Hall	Baden-Württemberg	12	4		33,33%	71	21	29,58%	3,76
DIE LINKE KV Vogelsberg	Hessen	6	1		16,67%	39	5	12,82%	3,85
DIE LINKE KV Helmstadt	Niedersachsen	3	1		33,33%	17	5	29,41%	3,92
DIE LINKE KV Osterholz	Niedersachsen	5	2		40,00%	61	22	36,07%	3,93

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Harburg Land	Niedersachsen	4	1		25,00%	62	13	20,97%	4,03
DIE LINKE SV Chemnitz	Sachsen	10	5		50,00%	816	375	45,96%	4,04
DIE LINKE KV Ennepe-Ruhr	NRW	12	4		33,33%	140	41	29,29%	4,05
DIE LINKE KV Westerwald	Rheinland-Pfalz	5	1		20,00%	19	3	15,79%	4,21
DIE LINKE KV Gifhorn	Niedersachsen	7	2		28,57%	37	9	24,32%	4,25
DIE LINKE KV Celle	Niedersachsen	10	3		30,00%	43	11	25,58%	4,42
DIE LINKE KV Groß-Gerau	Hessen	11	4		36,36%	107	34	31,78%	4,59
DIE LINKE KV Düren	NRW	5	2		40,00%	116	41	35,34%	4,66
DIE LINKE KV Teltow-Fläming	Brandenburg	12	6		50,00%	320	145	45,31%	4,69
DIE LINKE KV Gießen	Hessen	7	2		28,57%	105	25	23,81%	4,76
DIE LINKE KV Main-Tauber	Baden-Württemberg	13	4		30,77%	27	7	25,93%	4,84
DIE LINKE KV Barnim	Brandenburg	11	5		45,45%	394	159	40,36%	5,10
DIE LINKE KV Potsdam-Mittelmark	Brandenburg	12	6		50,00%	366	164	44,81%	5,19

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Plön	Schleswig-Holstein	5	2		40,00%	49	17	34,69%	5,31
DIE LINKE KV Stormarn	Schleswig-Holstein	6	2		33,33%	61	17	27,87%	5,46
DIE LINKE KV Havelland	Brandenburg	10	5		50,00%	274	122	44,53%	5,47
DIE LINKE KV Pinneberg	Schleswig-Holstein	6	2		33,33%	72	20	27,78%	5,56
DIE LINKE KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Sachsen	18	9		50,00%	434	192	44,24%	5,76
DIE LINKE KV Soest	NRW	12	5		41,67%	98	35	35,71%	5,95
DIE LINKE KV Cloppenburg	Niedersachsen	4	1		25,00%	21	4	19,05%	5,95
DIE LINKE KV Westsachsen	Sachsen	14	7		50,00%	445	196	44,04%	5,96
DIE LINKE KV Schmalkalden-Meiningen	Thüringen	12	6		50,00%	193	85	44,04%	5,96
DIE LINKE KV Rotenburg-Wümme	Niedersachsen	7	2		28,57%	31	7	22,58%	5,99
DIE LINKE KV Oberfranken-Ost	Bayern	8	3		37,50%	54	17	31,48%	6,02

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Darmstadt	Hessen	7	2		28,57%	135	30	22,22%	6,35
DIE LINKE KV Ludwigslust-Parchim	Mecklenburg-Vorpommern	8	4		50,00%	468	204	43,59%	6,41
DIE LINKE KV Ilmkreis	Thüringen	12	6		50,00%	218	95	43,58%	6,42
DIE LINKE KV Oberspreewald / Lausitz	Brandenburg	9	5		55,56%	196	96	48,98%	6,58
DIE LINKE KV Bautzen	Sachsen	13	6		46,15%	562	222	39,50%	6,65
DIE LINKE KV Sonneberg	Thüringen	16	8		50,00%	217	94	43,32%	6,68
DIE LINKE BV Friedrichshain-Kreuzberg	Berlin	9	4		44,44%	818	307	37,53%	6,91
DIE LINKE KV Altenburger Land	Thüringen	11	6		54,55%	189	90	47,62%	6,93
DIE LINKE KV Görlitz	Sachsen	10	5		50,00%	660	284	43,03%	6,97
DIE LINKE KV Vorpommern-Rügen	Mecklenburg-Vorpommern	10	5		50,00%	421	181	42,99%	7,01
DIE LINKE KV Rostock Kreis	Mecklenburg-Vorpommern	12	6		50,00%	633	272	42,97%	7,03
DIE LINKE SV Dresden	Sachsen	18	9		50,00%	1078	462	42,86%	7,14

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Rhein-Sieg	NRW	16	5		31,25%	162	39	24,07%	7,18
DIE LINKE BV Mitte	Berlin	18	9		50,00%	1034	441	42,65%	7,35
DIE LINKE KV Heidelberg/Badische Bergstrasse	Baden-Württemberg	6	2		33,33%	189	49	25,93%	7,41
DIE LINKE KV Märkischer Kreis	NRW	7	2		28,57%	128	27	21,09%	7,48
DIE LINKE KV Nordwestmecklenburg	Mecklenburg-Vorpommern	12	6		50,00%	272	115	42,28%	7,72
DIE LINKE KV Erlangen-Höchstadt	Bayern	7	2		28,57%	48	10	20,83%	7,74
DIE LINKE KV Heidenheim	Baden-Württemberg	5	1		20,00%	33	4	12,12%	7,88
DIE LINKE KV Bamberg/Forchheim	Bayern	4	1		25,00%	47	8	17,02%	7,98
DIE LINKE KV Regensburg	Bayern	5	2		40,00%	75	24	32,00%	8,00
DIE LINKE KV Emsland	Niedersachsen	6	1		16,67%	35	3	8,57%	8,10
DIE LINKE KV Hildburghausen	Thüringen	13	6		46,15%	184	70	38,04%	8,11
DIE LINKE KV Aachen-Stadt	NRW	12	5		41,67%	313	105	33,55%	8,12

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Diepholz	Niedersachsen	6	2		33,33%	32	8	25,00%	8,33
DIE LINKE KV Lübeck	Schleswig-Holstein	9	3		33,33%	168	42	25,00%	8,33
DIE LINKE KV Allgäu	Bayern	6	1		16,67%	12	1	8,33%	8,33
DIE LINKE KV Coburg	Bayern	7	3		42,86%	113	39	34,51%	8,34
DIE LINKE KV Oberhavel	Brandenburg	10	5		50,00%	430	178	41,40%	8,60
DIE LINKE KV Apolda-Weimar	Thüringen	8	4		50,00%	261	108	41,38%	8,62
DIE LINKE KV Mansfeld-Südharz	Sachsen-Anhalt	12	6		50,00%	254	105	41,34%	8,66
DIE LINKE KV Rosenheim	Bayern	4	1		25,00%	37	6	16,22%	8,78
DIE LINKE KV Limburg-Weilburg	Hessen	4	1		25,00%	37	6	16,22%	8,78
DIE LINKE KV Harz	Sachsen-Anhalt	14	7		50,00%	353	145	41,08%	8,92
DIE LINKE KV Siegen-Wittgenstein	NRW	8	3		37,50%	77	22	28,57%	8,93
DIE LINKE BV Pankow	Berlin	19	10		52,63%	1079	470	43,56%	9,07
DIE LINKE KV Steinburg	Schleswig-Holstein	6	2		33,33%	33	8	24,24%	9,09

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Konstanz	Baden-Württemberg	6	2		33,33%	66	16	24,24%	9,09
DIE LINKE KV Marburg-Biedenkopf	Hessen	9	3		33,33%	215	52	24,19%	9,15
DIE LINKE KV Bottrop	NRW	6	3		50,00%	27	11	40,74%	9,26
DIE LINKE KV Koblenz	Rheinland-Pfalz	5	2		40,00%	62	19	30,65%	9,35
DIE LINKE KV Coesfeld	NRW	7	3		42,86%	51	17	33,33%	9,52
DIE LINKE KV Mönchengladbach	NRW	5	2		40,00%	89	27	30,34%	9,66
DIE LINKE KV Mittlere Oberpfalz	Bayern	5	2		40,00%	33	10	30,30%	9,70
DIE LINKE KV Suhl	Thüringen	10	6		60,00%	201	101	50,25%	9,75
DIE LINKE KV Freiburg	Baden-Württemberg	11	4		36,36%	177	47	26,55%	9,81
DIE LINKE KV Peene-Uecker-Ryck	Mecklenburg-Vorpommern	11	6		54,55%	526	234	44,49%	10,06
DIE LINKE KV Herford	NRW	8	3		37,50%	95	26	27,37%	10,13
DIE LINKE SV Leipzig	Sachsen	15	8		53,33%	1323	570	43,08%	10,25
DIE LINKE KV Kaufbeuren-Ostallgäu	Bayern	3	1		33,33%	26	6	23,08%	10,26

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Olpe	NRW	3	1		33,33%	26	6	23,08%	10,26
DIE LINKE BV Bergedorf	Hamburg	5	2		40,00%	74	22	29,73%	10,27
DIE LINKE KV Oder-Spree	Brandenburg	13	7		53,85%	471	205	43,52%	10,32
DIE LINKE BV Mitte	Hamburg	10	4		40,00%	280	83	29,64%	10,36
DIE LINKE KV Pirmasens	Rheinland-Pfalz	10	5		50,00%	154	61	39,61%	10,39
DIE LINKE KV Essen	NRW	10	4		40,00%	302	89	29,47%	10,53
DIE LINKE KV Göttingen	Niedersachsen	6	2		33,33%	180	41	22,78%	10,56
DIE LINKE KV Emmendingen	Baden-Württemberg	3	1		33,33%	31	7	22,58%	10,75
DIE LINKE KV Dahme-Spreewald	Brandenburg	13	7		53,85%	400	172	43,00%	10,85
DIE LINKE KV Jerichower Land	Sachsen-Anhalt	10	6		60,00%	118	58	49,15%	10,85
DIE LINKE KV Schwarzwald-Baar-Heuberg	Baden-Württemberg	3	1		33,33%	67	15	22,39%	10,95
DIE LINKE KV Delmenhorst	Niedersachsen	5	2		40,00%	31	9	29,03%	10,97

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Bielefeld	NRW	8	3		37,50%	223	59	26,46%	11,04
DIE LINKE KV Ahrweiler	Rheinland-Pfalz	6	2		33,33%	27	6	22,22%	11,11
DIE LINKE KV Esslingen	Baden-Württemberg	6	2		33,33%	131	29	22,14%	11,20
DIE LINKE KV Lausitz	Brandenburg	16	9		56,25%	694	311	44,81%	11,44
DIE LINKE KV Ostholstein	Schleswig-Holstein	2	1		50,00%	26	10	38,46%	11,54
DIE LINKE KV Nienburg	Niedersachsen	3	1		33,33%	23	5	21,74%	11,59
DIE LINKE KV Kleve	NRW	5	2		40,00%	67	19	28,36%	11,64
DIE LINKE KV Bochum	NRW	7	3		42,86%	218	68	31,19%	11,66
DIE LINKE KV Schwabach-Roth	Bayern	3	1		33,33%	37	8	21,62%	11,71
DIE LINKE KV Fulda	Hessen	7	2		28,57%	55	9	16,36%	12,21
DIE LINKE KV Herzogtum Lauenburg	Schleswig-Holstein	5	2		40,00%	54	15	27,78%	12,22
DIE LINKE KV Prignitz	Brandenburg	8	4		50,00%	128	48	37,50%	12,50
DIE LINKE KV Kyffhäuserkreis	Thüringen	13	7		53,85%	175	72	41,14%	12,70

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Ingolstadt	Bayern	13	5		38,46%	101	26	25,74%	12,72
DIE LINKE KV Werra-Meißner-Kreis	Hessen	6	3		50,00%	51	19	37,25%	12,75
DIE LINKE BV Wandsbek	Hamburg	5	2		40,00%	236	64	27,12%	12,88
DIE LINKE KV Salzgitter	Niedersachsen	11	4		36,36%	81	19	23,46%	12,91
DIE LINKE KV Solingen	NRW	8	4		50,00%	54	20	37,04%	12,96
DIE LINKE KV Emden	Niedersachsen	5	2		40,00%	37	10	27,03%	12,97
DIE LINKE KV Saarpfalzkreis	Saarland	11	5		45,45%	430	139	32,33%	13,13
DIE LINKE KV Lörrach	Baden-Württemberg	5	2		40,00%	56	15	26,79%	13,21
DIE LINKE KV Bonn	NRW	10	4		40,00%	191	51	26,70%	13,30
DIE LINKE KV Bernkastel-Wittlich	Rheinland-Pfalz	6	3		50,00%	30	11	36,67%	13,33
DIE LINKE KV Karlsruhe	Baden-Württemberg	10	4		40,00%	223	59	26,46%	13,54
DIE LINKE KV Tübingen	Baden-Württemberg	8	3		37,50%	142	34	23,94%	13,56

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Remscheid	NRW	7	3		42,86%	65	19	29,23%	13,63
DIE LINKE KV Börde	Sachsen-Anhalt	16	8		50,00%	165	60	36,36%	13,64
DIE LINKE KV Main-Kinzig-Kreis	Hessen	7	3		42,86%	115	33	28,70%	14,16
DIE LINKE KV Brandenburg /a.d.Havel	Brandenburg	13	7		53,85%	164	65	39,63%	14,21
DIE LINKE KV Mülheim/Ruhr	NRW	6	3		50,00%	56	20	35,71%	14,29
DIE LINKE BV Harburg	Hamburg	6	3		50,00%	101	36	35,64%	14,36
DIE LINKE KV Gotha	Thüringen	9	5		55,56%	208	85	40,87%	14,69
DIE LINKE KV Böblingen	Baden-Württemberg	9	4		44,44%	93	27	29,03%	15,41
DIE LINKE BV Reinickendorf	Berlin	8	4		50,00%	162	56	34,57%	15,43
DIE LINKE KV Schaumburg	Niedersachsen	5	2		40,00%	29	7	24,14%	15,86
DIE LINKE KV Hamm	NRW	10	5		50,00%	85	29	34,12%	15,88
DIE LINKE BV Tempelhof-Schöneberg	Berlin	11	5		45,45%	265	78	29,43%	16,02

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Ostprignitz-Ruppin	Brandenburg	13	7		53,85%	246	93	37,80%	16,04
DIE LINKE KV Dortmund	NRW	9	4		44,44%	276	78	28,26%	16,18
DIE LINKE KV Augsburg	Bayern	10	4		40,00%	147	35	23,81%	16,19
DIE LINKE KV Elbe-Elster	Brandenburg	7	4		57,14%	213	87	40,85%	16,30
DIE LINKE KV Gelsenkirchen	NRW	8	4		50,00%	87	29	33,33%	16,67
DIE LINKE KV Neuwied	Rheinland-Pfalz	8	4		50,00%	54	18	33,33%	16,67
DIE LINKE KV Cuxhaven	Niedersachsen	4	2		50,00%	81	27	33,33%	16,67
DIE LINKE KV Sömmerda	Thüringen	9	4		44,44%	101	28	27,72%	16,72
DIE LINKE KV Bremen Nord/West	Bremen	6	3		50,00%	152	50	32,89%	17,11
DIE LINKE KV Recklinghausen	NRW	13	6		46,15%	238	68	28,57%	17,58
DIE LINKE KV Krefeld	NRW	10	5		50,00%	75	24	32,00%	18,00
DIE LINKE KV Ravensburg	Baden-Württemberg	9	3		33,33%	85	13	15,29%	18,04

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Herne/Wanne Eifel	NRW	5	2		40,00%	55	12	21,82%	18,18
DIE LINKE BV Neukölln	Berlin	14	7		50,00%	406	129	31,77%	18,23
DIE LINKE BV Altona	Hamburg	10	5		50,00%	268	85	31,72%	18,28
DIE LINKE BV Eimsbüttel	Hamburg	8	4		50,00%	197	62	31,47%	18,53
DIE LINKE KV Kiel	Schleswig-Holstein	6	3		50,00%	178	56	31,46%	18,54
DIE LINKE KV Oberberg	NRW	7	3		42,86%	70	17	24,29%	18,57
DIE LINKE KV Wolfenbüttel	Niedersachsen	5	2		40,00%	42	9	21,43%	18,57
DIE LINKE KV Flensburg	Schleswig-Holstein	6	2		33,33%	63	9	14,29%	19,05
DIE LINKE KV Ludwigshafen	Rheinland-Pfalz	8	4		50,00%	97	30	30,93%	19,07
DIE LINKE KV Donnersbergkreis	Rheinland-Pfalz	7	4		57,14%	29	11	37,93%	19,21
DIE LINKE KV Offenbach-Stadt	Hessen	6	3		50,00%	72	22	30,56%	19,44
DIE LINKE KV Gütersloh	NRW	2	1		50,00%	92	28	30,43%	19,57

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Unna	NRW	2	1		50,00%	102	31	30,39%	19,61
DIE LINKE KV Lippe	NRW	8	4		50,00%	106	32	30,19%	19,81
DIE LINKE KV Merzig-Wadern	Saarland	5	3		60,00%	207	83	40,10%	19,90
DIE LINKE KV Heidekreis	Niedersachsen	5	2		40,00%	20	4	20,00%	20,00
DIE LINKE KV Rhein-Erft	NRW	11	5		45,45%	122	31	25,41%	20,04
DIE LINKE KV Rhein-Hardt	Baden-Württemberg	8	4		50,00%	77	23	29,87%	20,13
DIE LINKE KV Mettmann	NRW	4	2		50,00%	118	35	29,66%	20,34
DIE LINKE KV Ostalb	Baden-Württemberg	10	5		50,00%	95	28	29,47%	20,53
DIE LINKE KV Kraichgau-Neckar-Odenwald	Baden-Württemberg	4	2		50,00%	55	16	29,09%	20,91
DIE LINKE KV Erzgebirge	Sachsen	13	9		69,23%	633	303	47,87%	21,36
DIE LINKE KV Heinsberg	NRW	8	4		50,00%	56	16	28,57%	21,43
DIE LINKE KV St. Wendel	Saarland	9	5		55,56%	94	32	34,04%	21,51

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Heilbronn	Baden-Württemberg	7	3		42,86%	115	24	20,87%	21,99
DIE LINKE BV Steglitz-Zehlendorf	Berlin	12	6		50,00%	150	42	28,00%	22,00
DIE LINKE KV Osnabrück	Niedersachsen	4	2		50,00%	86	24	27,91%	22,09
DIE LINKE KV Amper	Bayern	6	3		50,00%	29	8	27,59%	22,41
DIE LINKE KV Reutlingen	Baden-Württemberg	8	4		50,00%	80	22	27,50%	22,50
DIE LINKE BV Spandau	Berlin	7	3		42,86%	113	23	20,35%	22,50
DIE LINKE KV Köln	NRW	12	6		50,00%	700	192	27,43%	22,57
DIE LINKE KV Offenbach Kreis	Hessen	8	4		50,00%	95	26	27,37%	22,63
DIE LINKE KV Kassel Land	Hessen	8	4		50,00%	66	18	27,27%	22,73
DIE LINKE KV Günzburg/Neu-Ulm	Bayern	10	5		50,00%	44	12	27,27%	22,73
DIE LINKE KV Hannover	Niedersachsen	14	7		50,00%	521	141	27,06%	22,94
DIE LINKE KV Anhalt-Bitterfeld	Sachsen-Anhalt	12	8		66,67%	231	101	43,72%	22,94

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Frankfurt/M.	Hessen	11	6		54,55%	579	182	31,43%	23,11
DIE LINKE KV Lahn-Dill	Hessen	8	4		50,00%	56	15	26,79%	23,21
DIE LINKE KV Nürnberg-Fürth	Bayern	11	5		45,45%	287	62	21,60%	23,85
DIE LINKE KV Aschaffenburg-Untermain	Bayern	2	1		50,00%	54	14	25,93%	24,07
DIE LINKE KV Wiesbaden	Hessen	8	4		50,00%	139	36	25,90%	24,10
DIE LINKE KV Mitte-Ost	Bremen	6	3		50,00%	186	48	25,81%	24,19
DIE LINKE KV Rhein-Hunsrück-Kreis	Rheinland-Pfalz	7	3	1	42,86%	27	5	18,52%	24,34
DIE LINKE KV Neunkirchen	Saarland	10	6		60,00%	481	170	35,34%	24,66
DIE LINKE KV Bremen Links der Weser	Bremen	6	3		50,00%	103	26	25,24%	24,76
DIE LINKE KV Rhein-Kreis-Neuss	NRW	7	3		42,86%	105	19	18,10%	24,76
DIE LINKE KV Frankenthal	Rheinland-Pfalz	5	3		60,00%	74	26	35,14%	24,86

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Mannheim	Baden-Württemberg	9	5		55,56%	155	47	30,32%	25,23
DIE LINKE KV Braunschweig	Niedersachsen	10	5		50,00%	123	30	24,39%	25,61
DIE LINKE KV Bergstraße	Hessen	7	3		42,86%	70	12	17,14%	25,71
DIE LINKE KV Speyer-Germersheim	Rheinland-Pfalz	7	4		57,14%	74	23	31,08%	26,06
DIE LINKE KV Wesel	NRW	15	8		53,33%	148	38	25,68%	27,66
DIE LINKE KV Bayreuth	Bayern	4	2		50,00%	27	6	22,22%	27,78
DIE LINKE KV Wuppertal	NRW	9	5		55,56%	141	39	27,66%	27,90
DIE LINKE KV Mainz Stadt	Rheinland-Pfalz	7	4		57,14%	152	43	28,29%	28,85
DIE LINKE KV Steinfurt	NRW	10	5		50,00%	113	23	20,35%	29,65
DIE LINKE KV Münster	NRW	10	5		50,00%	188	37	19,68%	30,32
DIE LINKE KV Unstrut-Hainich-Kreis	Thüringen	9	6		66,67%	113	41	36,28%	30,38
DIE LINKE KV Rheingau-Taunus	Hessen	9	5		55,56%	49	12	24,49%	31,07

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Kassel Stadt	Hessen	7	4		57,14%	191	49	25,65%	31,49
DIE LINKE KV Ludwigsburg	Baden-Württemberg	2	1		50,00%	126	22	17,46%	32,54
DIE LINKE KV Wittmund	Niedersachsen	2	1		50,00%	25	4	16,00%	34,00
DIE LINKE KV Weiden	Bayern	2	1		50,00%	19	3	15,79%	34,21
DIE LINKE KV Leer	Niedersachsen	3	2		66,67%	47	15	31,91%	34,75
DIE LINKE KV Kitzingen	Bayern	3	2		66,67%	19	6	31,58%	35,09
DIE LINKE KV Wilhelmshaven	Niedersachsen	3	2		66,67%	32	10	31,25%	35,42
DIE LINKE KV Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen	Bayern	8	5		62,50%	63	17	26,98%	35,52
DIE LINKE KV Oldenburg Land	Niedersachsen	3	2		66,67%	24	7	29,17%	37,50
DIE LINKE KV Kaiserslautern Land	Rheinland-Pfalz	3	2		66,67%	124	36	29,03%	37,63
DIE LINKE KV Niederbayern Mitte	Bayern	5	3		60,00%	41	9	21,95%	38,05
DIE LINKE KV München	Bayern	12	8		66,67%	438	120	27,40%	39,27

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	davon Transgender	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
DIE LINKE KV Uckermark	Brandenburg	7	6		85,71%	304	138	45,39%	40,32
DIE LINKE KV Schwalm-Eder-Kreis	Hessen	5	3		60,00%	56	11	19,64%	40,36
DIE LINKE KV Wetterau	Hessen	3	2		66,67%	111	26	23,42%	43,24
DIE LINKE KV Minden-Lübbecke	NRW	7	4		57,14%	65	9	13,85%	43,30
DIE LINKE KV Oldenburg	Niedersachsen	3	2		66,67%	133	31	23,31%	43,36
DIE LINKE KV Birkenfeld	Rheinland-Pfalz	6	5		83,33%	38	11	28,95%	54,39
DIE LINKE KV Erding/Ebersberg	Bayern	1	1		100,00%	22	6	27,27%	72,73
DIE LINKE KV Neumünster	Schleswig-Holstein	4	4		100,00%	46	12	26,09%	73,91

Stand März 2017

Tabelle 12(Grafiken): Quotierung von Kreisvorständen

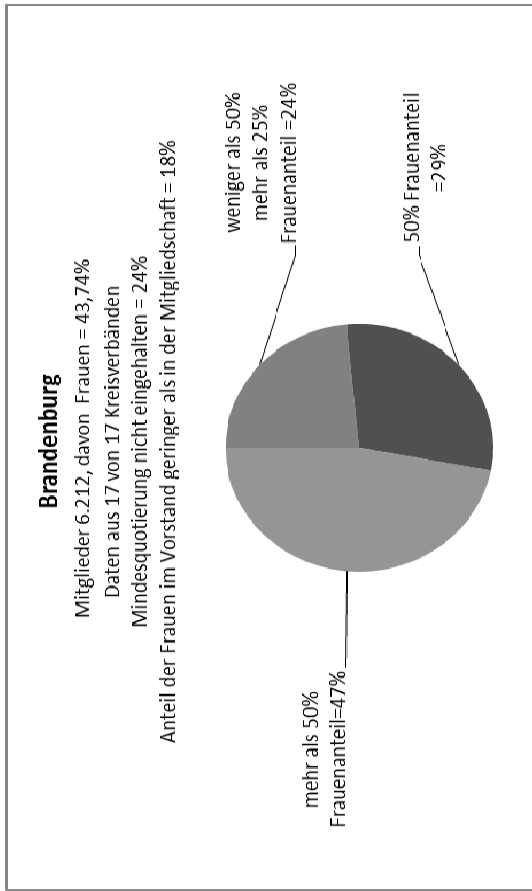
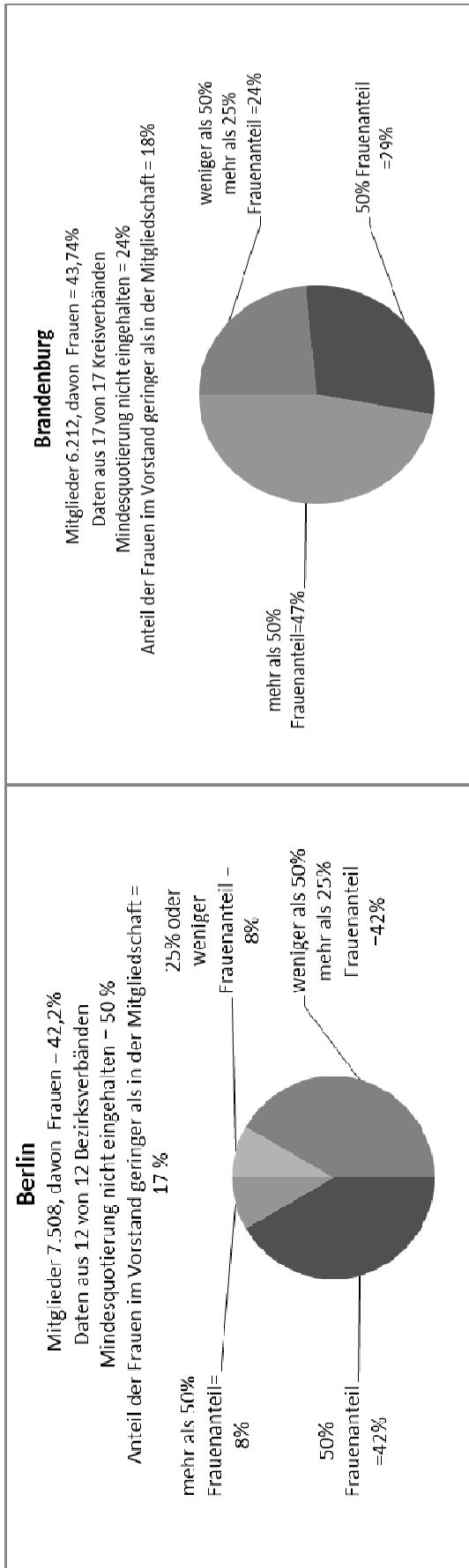
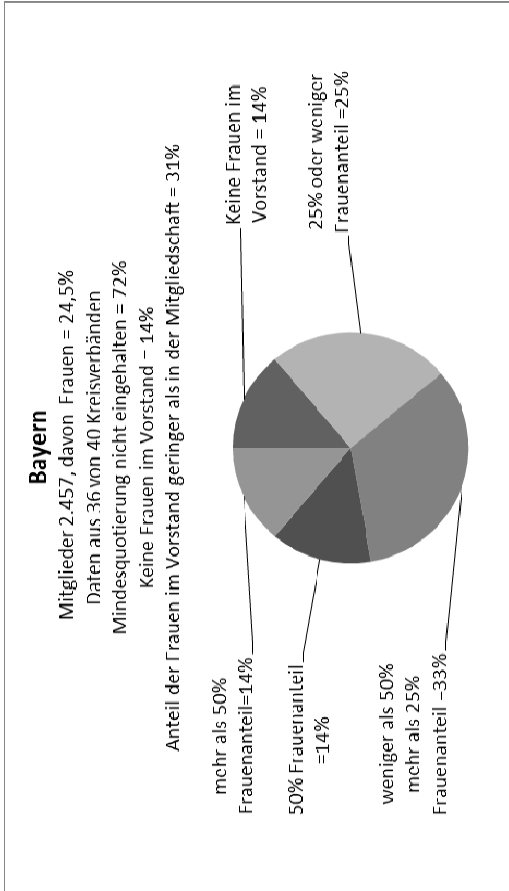
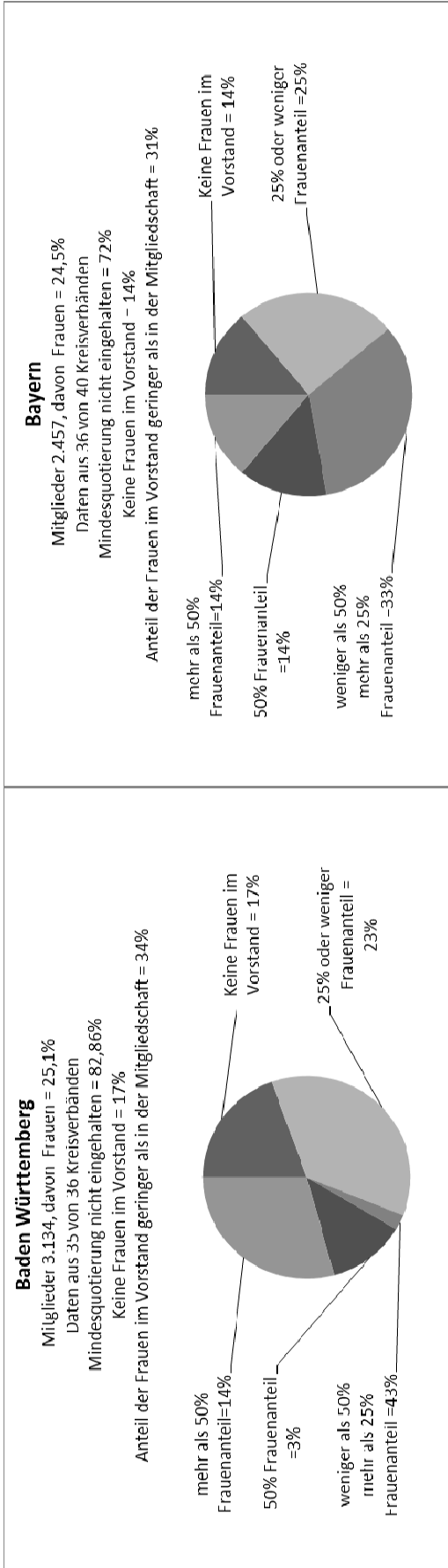
In den Kreisvorständen sieht die Situation hinsichtlich der Einhaltung der satzungsmäßigen Vorschrift weiterhin desolat aus.

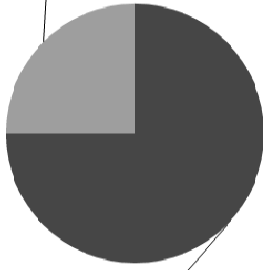
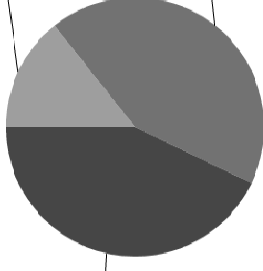
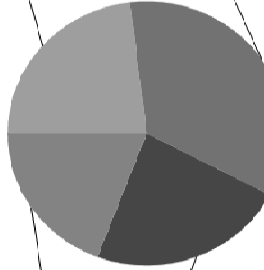
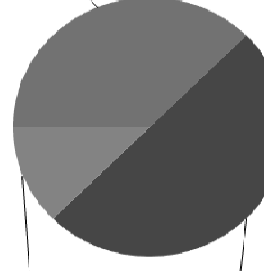
In der folgenden Übersicht wurden die Kreisvorstände nach Landesverbänden untersucht. Für jeden Landesverband wurden die Kreisvorstände in fünf Gruppen aufgeteilt:

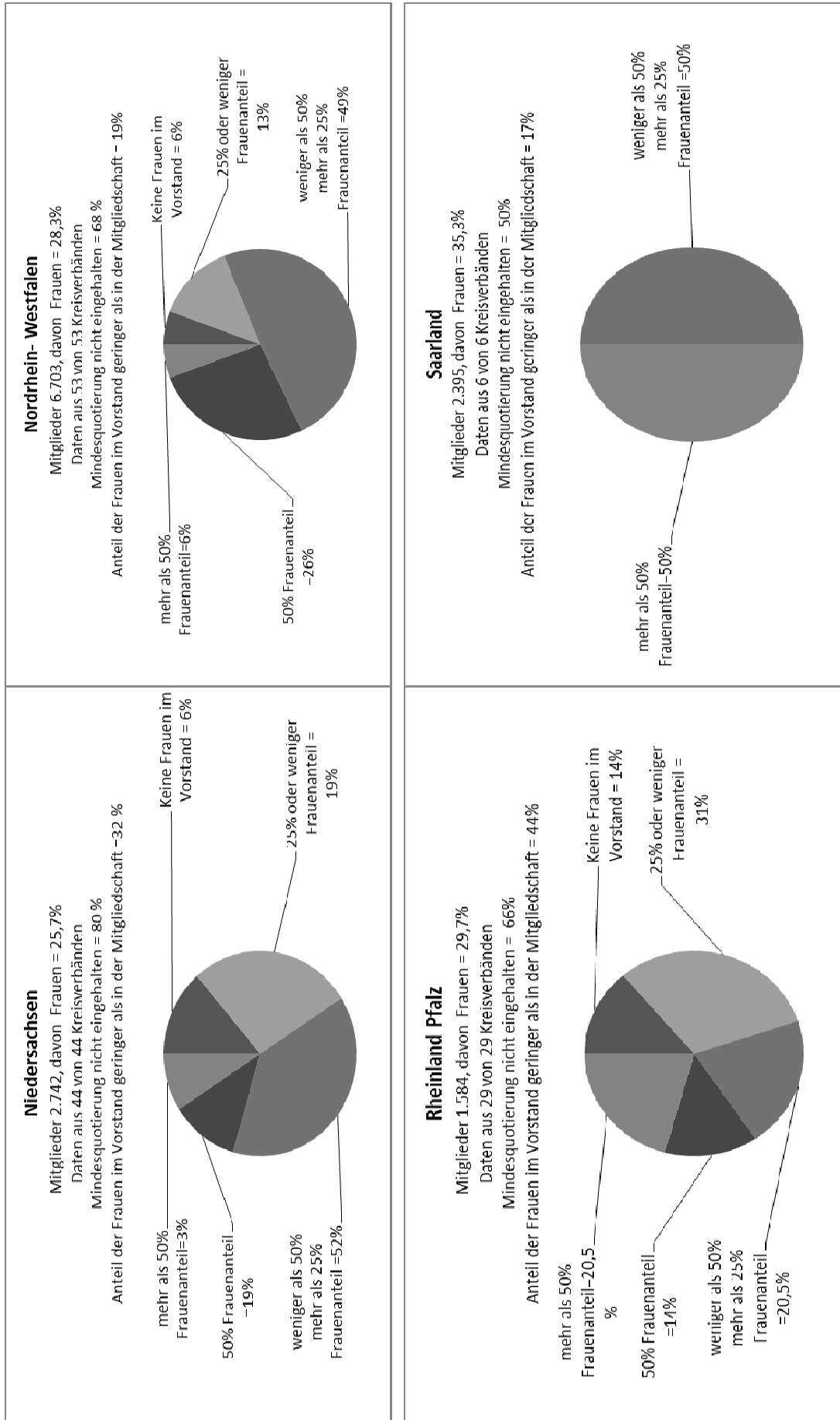
- In der ersten Gruppe sind die Kreisvorstände, die einen Frauenanteil von genau 50 Prozent aufweisen.
- In der zweiten Gruppe sind die Kreisvorstände, in denen es mehr als 50 Prozent Frauen gibt.
- In der dritten Gruppe sind Kreisvorstände, die die Mindestquotierung nicht einhalten, wobei der Anteil der Frauen im Vorstand über 25% (und unter 50 Prozent) liegt.
- In der vierten Gruppe sind Kreisvorstände, die die Mindestquotierung nicht einhalten und einen Frauenanteil von 25 Prozent oder weniger haben.
- In der fünften Gruppe sind die Kreisvorstände zusammengefasst, in denen es gar keine Frauen gibt.

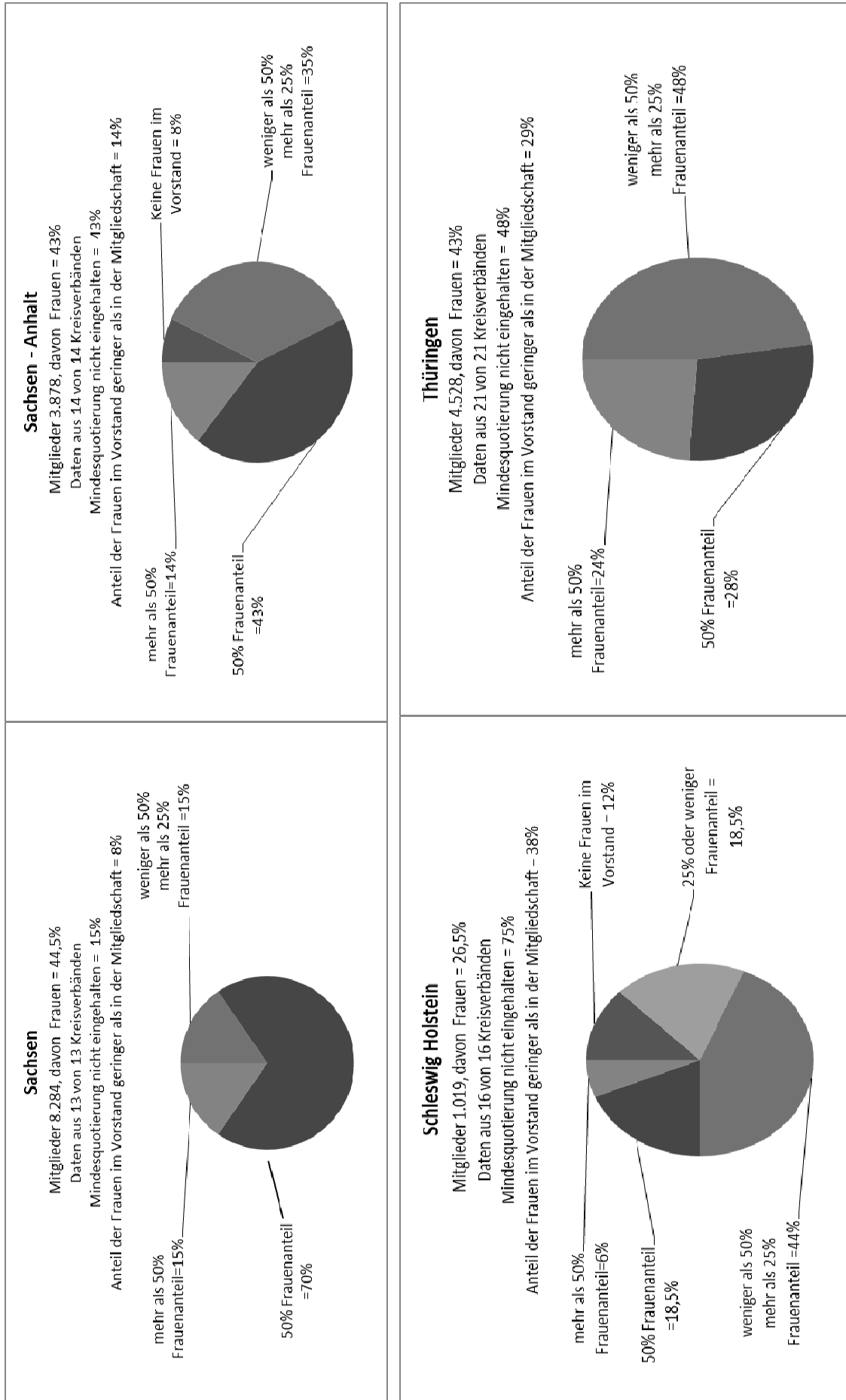
In der Kopfzeile jeder Grafik sind folgende Daten gesondert aufgeführt:

1. Mitgliederzahl zum 31.12.2016 und Frauenanteil
2. Anzahl der untersuchten Kreisverbände
3. Anteil der Kreisverbände, die die Mindestquote nicht einhalten (die Gruppen 3, 4 und 5).
4. Anteil der Kreisverbände, die keine einzige Frau im Vorstand haben .
5. Anteil der Kreisverbände, wo der Frauenanteil im Vorstand geringer ist als der Frauenanteil in der Mitgliedschaft. Problematischer sind die Fälle, in denen der Frauenanteil an der Mitgliedschaft zwischen 20 und 25 Prozent liegt, der Anteil an den Vorständen aber noch einmal unter 20% liegt (häufig bei null).



<p>Bremen</p> <p>Mitglieder 481, davon Frauen = 28,8% Daten aus 4 von 4 Kreisverbänden Mindestquotierung nicht eingehalten = 25 % Anteil der Frauen im Vorstand geringer als in der Mitgliedschaft = 25%</p>  <p>50% Frauenanteil = 50%</p> <p>25% oder weniger Frauenanteil = 25%</p>	<p>Hamburg</p> <p>Mitglieder 1.386, davon Frauen = 30,2% Daten aus 7 von 7 Kreisverbänden Mindestquotierung nicht eingehalten = 14 % Anteil der Frauen im Vorstand geringer als in der Mitgliedschaft = 14%</p>  <p>50% Frauenanteil = 43%</p> <p>25% oder weniger Frauenanteil = 14%</p> <p>weniger als 50% mehr als 25% Frauenanteil = 43%</p>
<p>Hessen</p> <p>Mitglieder 2.679, davon Frauen = 26,2% Daten aus 26 von 27 Kreisverbänden Mindestquotierung nicht eingehalten = 58 % Anteil der Frauen im Vorstand geringer als in der Mitgliedschaft = 19%</p>  <p>mehr als 50% Frauenanteil = 19%</p> <p>25% oder weniger Frauenanteil = 23%</p> <p>50% Frauenanteil = 23%</p> <p>weniger als 50% mehr als 25% Frauenanteil = 35%</p>	<p>Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>Mitglieder 3.853, davon Frauen = 44,3% Daten aus 8 von 8 Kreisverbänden Mindestquotierung nicht eingehalten = 37 % Anteil der Frauen im Vorstand geringer als in der Mitgliedschaft = 37%</p>  <p>mehr als 50% Frauenanteil = 13% in den Kreisvorständen</p> <p>weniger als 50% mehr als 75% Frauenanteil = 37%</p> <p>50% Frauenanteil = 50% in den Kreisvorständen</p>





Sechster Gleichstellungsbericht der LINKEN



DIE LINKE hat im Oktober 2011 auf einem Parteitag ein Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN beschlossen. Dieses sieht vor, dass jährlich ein Gleichstellungsbericht vorgelegt wird. Dieser ist durch den Parteivorstand, mit den Landesvorsitzenden und den Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführern zu beraten. Der vorliegende sechste Gleichstellungsbericht gibt die Situation zum 31. Dezember 2017 wieder.

Kontakt: Antje Schiwatschev, DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle – Genderbüro für feministische Politik, Tel. 030-24009-340, antje.schiwatschev@die-linke.de

Ist-Stand

Um die Qualität der Gleichstellung in der LINKEN zu bestimmen, wurden folgende Ebenen untersucht und im Folgenden dargestellt: die Mitgliederentwicklung, die Umsetzung der Quotierungsvorschrift auf allen Ebenen der Partei und der Fraktionen, die Geschlechterverteilung der Hauptamtlichen in der Partei und die Zusammensetzung der Wählerschaft. Zur besseren Übersicht befinden sich die meisten Tabellen und einige Hintergrundinformationen im Anhang ab Seite 14.

1. Mitgliederentwicklung

DIE LINKE hat einen Frauenanteil von 36,5 Prozent (Stand: 31. Dezember 2017). Innerhalb der Partei gibt es nach wie vor einen beachtlichen Ost-West-Unterschied.

In den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) beträgt der Frauenanteil 43,16 Prozent, in den westlichen Landesverbänden 28,46 Prozent. Der Anteil von Frauen bei den Neumitgliedern lag im Jahr 2017 bei 31,85 Prozent (2016 bei 30,17 Prozent). Auch wenn der Frauenanteil bei den Neueintritten 2017 leicht gestiegen ist (Vergleiche Tabellen 7, 9 und 11), ist der Anteil an Frauen an der Gesamtmitgliedschaft der LINKEN weiterhin leicht rückläufig.

Die Altersverteilung bei den Neueintritten zeigt, dass in absoluten Zahlen in der Altersgruppe 16 – 30 Jahre die meisten Frauen in die Partei eintreten. (1.330 von insgesamt 2.712 Frauen, also 49,04 Prozent aller eingetretenen Frauen). Tendenziell ist der Frauenanteil in der Gesamtmitgliedschaft in den höheren Altersgruppen größer. (Vergleiche Tabellen 8 und 10)

Die Partei Bündnis 90/ Die Grünen hat mit 39 Prozent den höchsten Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Parteien und kann diesen kontinuierlich ausbauen (Stand: 31. Dezember 2016).

Tabelle 1: Frauenanteil in den Parteien:

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017 ¹
DIE LINKE	(nur Linkspartei.PDS) 44,4,2%	39,1%	37,6%	37,2%	37,3%	37,3%	37,7%	37,3%	37,5%	37,2%	36,9%	
Grüne	37,1%	37,4%	37,4%	37,4%	37,1%	37,3%	37,8%	38,2%	38,5%	38,6%	39,0%	
SPD	30,7%	30,9%	31,1%	31,2%	31,3%	31,3%	31,5%	31,6%	31,8%	32,0%	32,2%	
CDU	25,3%	25,4%	25,5%	25,5%	25,6%	25,6%	25,6%	25,7%	25,8%	25,9%	26,1%	
FDP	23,0%	22,8%	22,8%	22,6%	22,8%	23,0%	23,0%	23,0%	23,0%	22,8%	22,6%	
CSU	18,4%	18,8%	18,9%	18,9%	19,1%	19,3%	19,5%	19,9%	20,0%	20,1%	20,3%	
AfD	-	-	-	-	-	-	-	15,4%	-	16,0%	16,0%	

(Vgl.: Niedermayer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland. Version 2017. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr.27, FU Berlin 2017)

In der bundesdeutschen Parteienlandschaft wurden die Parteien traditionell von Männern geprägt, während in den Parteien- und Massenorganisationen der DDR Frauen einen annähernd gleich großen Mitgliederanteil bildeten. Davon profitiert DIE LINKE noch 27 Jahre nach der Wende: Der Anteil von Frauen im Osten ist immer noch stärker als im Westen, wobei der Anteil von Frauen im Osten leicht fällt und im Westen leicht ansteigt. Es gibt kaum Aussagen darüber, warum Frauen sich weniger in Parteien organisieren. Es wird zwar immer wieder festgestellt, dass Frauen sich weniger für Politik interessieren und deshalb weniger in Parteien organisiert sind, aber die gleich hohe Wahlbeteiligung von Frauen wie von Männern hält dieser Betrachtung nicht Stand. Hier ist auch der Politikbegriff zu hinterfragen. Es könnte immerhin sein, dass Frauen einen anderen Politikbegriff haben als Männer.

2. Umsetzung der Quotierung in Partei, Fraktionen und Verwaltung

Bundessatzung §10:

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerberinnen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

2.1. Quotierung in den Organen der Partei

Die Quotierung wird in den Gremien der Partei auch weiterhin nur sehr unzureichend umgesetzt. Es gilt nach wie vor: Je höher die Gremien, desto eher wird die Quotierung erfüllt. Im Parteivorstand sind genau 50 Prozent der Mitglieder Frauen. Von den sechzehn Landesvorständen erfüllen 13 Landesverbände (lt. Tabelle 2) die Mindestquotierung, von den 13 mindestquotierten Landesvorständen weisen vier (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland) mehr als 50 Prozent Frauen im Vorstand auf. Drei Landesvorstände (Brandenburg, Hessen, Schleswig-

¹ Zahlen für 2017 stehen noch nicht zur Verfügung.

Holstein) sind nicht mindestquotiert besetzt, was eine Verschlechterung gegenüber dem Jahr 2016 darstellt (2016 gab es einen nicht quotierten Landesvorstand).

Im Bundesausschuss und bei Parteitagungen wird die Quotierung eingehalten. Betrachtet man die vergangenen drei Parteitage, liegt der Frauenanteil der gewählten Delegierten immer über 51 Prozent. (siehe Tabellen 12 und 13 im Anhang)

In den Spitzenämtern der LINKEN wird der zum 31. Dezember 2013 erstmalig erreichte Frauenanteil von über 50 Prozent gehalten. Bei einer Gesamtanzahl von 28 Vorsitzen auf Bundes- und Landesebene liegt der Frauenanteil bei 54 Prozent. Im Parteivorstand der Bundespartei sind Frau und Mann vertreten. In drei von sechs Landesverbänden, in denen es nur einen Vorsitz gibt, ist dieses Amt durch Frauen besetzt (Berlin, Sachsen, und Thüringen). Elf Landesverbände haben je zwei Vorsitzende (oder Sprecherinnen und Sprecher) und sind bis auf einen Landesverband durchgängig mit je einer Frau und einem Mann besetzt. In Niedersachsen teilen sich den Vorsitz zwei Frauen.

Tabelle 2: Der Frauenanteil in den Vorständen der Partei:

	Vorsitzende			Geschäftsführer/in		Vorstände		
	Anzahl Vorsitzende/ Sprecher*innen	davon Frauen		Mann	Frau	Vorstands- mitglieder	davon Frauen	
Parteivorstand	2	1	50%	1		42	22	52,38%
Baden-Wü.	2	1	50%	1		21	11	52,38%
Bayern	2	1	50%	1		20	10	50%
Berlin	1	1	100%	1		20	10	50%
Brandenburg	1	0	0%		1	17	8	47,06%
Bremen	2	1	50%	1		12	6	50%
Hamburg	2	1	50%	1		18	9	50%
Hessen	2	1	50%	1		25	11	44%
Mecklb.-Vorp.	2	1	50%	1		18	9	50%
Niedersachsen	2	2	100%	1		19	10	52,63%
NRW	2	1	50%	1		25	13	52%
Rheinland-P.	2	1	50%	1		10	5	50%
Saarland	1	0	0%	1		17	9	52,9%
Sachsen	1	1	100%	1		22	11	50%
Sachsen-Anh.	1	0	0%		1	18	9	50%
Schleswig-H.	2	1	50%	1		10	4	40%
Thüringen	1	1	100%		1	20	10	50%
Gesamt	28	15	53,57%	14	3	334	167	52,69%

Stichtag: 31. Dezember 2017

Sehr viel problematischer stellt sich die Situation nach wie vor in den Kreisverbänden der LINKEN dar (Stand März 2018), wenn auch eine leichte Verbesserung zu vorherigen Gleichstellungsberichten festzustellen ist: 171 (56,86 Prozent) von 299 untersuchten Kreisvorständen (insgesamt gibt es 347 Kreisverbände) weisen mehr männliche als weibliche Mitglieder aus, halten also die Quotierung nicht ein. Etwa 19 Prozent, 56 Kreisverbände, unterschreiten einen Anteil von 25 Prozent weiblichen Mitgliedern im Kreisverband, was ihnen – im Einzelfall – die Ausnahme von der Quotierung gestatten würde. Die anderen 114 Kreisverbände – das sind immerhin noch 38 Prozent aller untersuchten Kreisverbände – verstoßen also gegen die Satzung. 22 Prozent aller nichtquotierten Kreisvorstände haben sogar weniger Frauen in ihren Reihen als anteilig an der Mitgliedschaft. Aber ca. 76 Prozent der untersuchten Kreisvorstände weisen anteilig mehr Frauen auf als in der Mitgliedschaft. In 11 (4 Prozent) Kreisvorständen gibt es keine einzige Frau. Es gab im Jahr 2017 keinen Landesverband, dessen gesamte Kreisvorstände mindestquotiert sind. (Siehe Anhang Tabellen 15 und 16)

2.2. Parlamente

Die Delegation der LINKEN im Europaparlament erfüllt weiterhin mit 57,14 Prozent Frauenanteil die Mindestquote, die Linksfraktion im Deutschen Bundestag weist mit einem Anteil von 37 weiblichen von insgesamt 69 Abgeordneten einen Anteil von 53,62 Prozent auf und liegt damit auch in dieser Wahlperiode über der Mindestquotierung.

In acht von zehn Landtagsfraktionen wird die Mindestquotierung eingehalten. Die Linksfraktionen in Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen über der Mindestquotierung. Zwei von zehn Linksfraktionen halten die Mindestquotierung nicht ein (Linksfraktion Berlin und Linksfraktion im Saarland). Begründet sind die nicht quotierten Fraktionen dadurch, dass bei der Wahl die Anzahl der Abgeordneten so ausgefallen ist, dass jeweils ein Mann mehr ins Parlament gewählt wurde.

DIE LINKE hat 60 Prozent Frauen an den Fraktionsspitzen. Weibliche Vorsitzende haben die Delegation im Europaparlament, die Linksfraktionen in der Hamburger und der Bremer Bürgerschaft sowie die Linksfraktionen in den Landtagen in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Thüringen.

Während die Landeslisten der LINKEN zumindest im vorderen Bereich quotiert sind, war bei den Direktkandidatinnen und -kandidaten der Männeranteil weitaus höher. Dies wirkte sich bei der Bundestagswahl 2017 so aus, dass von den 298 Direktkandidatinnen und -kandidaten 201 Männer und 97 Frauen (32,55 Prozent) waren (2013: 298 Direktkandidat_innen, davon 203 Männer und 95 Frauen (31,86 Prozent). Von fünf gewonnenen Direktmandaten der LINKEN bei der Bundestagswahl 2017 wurden drei von Männern und zwei von Frauen gewonnen. (40 Prozent Frauenanteil). Zur Bundestagswahl 2013 wurden von vier Direktmandaten zwei von Frauen und zwei von Männern gewonnen (50 Prozent Frauenanteil).

Tabelle 3: Der Frauenanteil in den Parlamenten der Partei:

Fraktion	Vorsitzende			Fraktion		
	Anzahl Vorsitzende	davon Frauen		Mitglieder	davon Frauen	
Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)	1	1	100%	7	4	57,14%
Bundestag	2	1	50%	69	37	53,62%
Abgeordnetenhaus Berlin	2	1	50%	27	13	48,15%
Landtag Brandenburg	1	0	0%	17	9	52,94%

Fraktion	Vorsitzende			Fraktion		
	Anzahl Vorsitzende	davon Frauen		Mitglieder	davon Frauen	
Bürgerschaft Bremen	1	1	100%	8	5	62,50%
Bürgerschaft Hamburg	2	2	100%	10	5	50,00%
Landtag Hessen	1	1	100%	6	3	50,00%
Landtag Meckl.-Vorp.	1	1	100%	11	6	54,54%
Landtag Saarland	1	0	0%	7	3	42,86%
Landtag Sachsen	1	0	0%	27	14	51,58%
Landtag Sachsen-Anhalt	1	0	0%	16	9	56,25%
Landtag Thüringen	1	1	100%	28	14	50,00%
Gesamt	15	9	60%	233	122	52,36%

Stichtag: 31. Dezember 2017

2.3. DIE LINKE in Regierungsverantwortung

DIE LINKE ist zurzeit an drei Landesregierungen beteiligt. In Thüringen stellt sie mit Bodo Ramelow den ersten linken Ministerpräsidenten, in einer Koalition mit der SPD und B90/Die Grünen. In Brandenburg koalitiert sie mit der SPD, in Berlin mit der SPD und B90/Die Grünen.

Die Quotierung in den Landesregierungen wird ambivalent eingehalten. Vor allem bei den Minister_innen in Brandenburg und den Staatssekretär_innen in Berlin liegt sie deutlich unter der Mindestquotierung. Dafür sind die linken Staatssekretär_innen in Brandenburg und der Senator_innen in Berlin jeweils über der Mindestquotierung. In Thüringen sind sowohl die Minister_innen als auch Staatssekretär_innen quotiert.

LINKE in der Regierung	gesamt	davon Frauen	
Ministerpräsident	1	0	0%
Minister_innen Thüringen	4	2	50%
Staatssekretär_innen in Thüringen	4	2	50%
Minister_innen Brandenburg	3	1	33,33%
Staatssekretär_innen Brandenburg	4	3	75%
Senator_innen Berlin	3	2	66,66%
Staatssekretär_innen Berlin	6	1	16,66%
Gesamt:	25	11	44%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2017

3. Hauptamtlich Beschäftigte

Der Frauenanteil aller Beschäftigten der LINKEN liegt bei 49 Prozent. Die Quotierung bei den hauptamtlich Beschäftigten der LINKEN wird im Gesamten vor allem in den oberen Tarifstufen eingehalten, zum Teil liegt der Anteil an Frauen darüber. In der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN liegt der Frauenanteil in den höheren Tarifstufen deutlich über der Mindestquotierung. In den Landesverbänden wird die Quotierung in fast allen Tarifstufen nicht eingehalten.

Tabelle 5: Hauptamtlich Beschäftigte

Mitarbeiter/innen		Entgeltgruppen											gesamt	
		DV	8	7	6	5	4	3	2	1	Mini	Midi		
LV	Frauen	5	0	1	14	11	7	6	0	0	25	3	72	davon 4 in Altersteilzeit
	von insgesamt	11	1	2	29	38	17	14	1	0	45	3	161	davon 10 in Altersteilzeit
	Frauenanteil in %	45%	0%	50%	48%	29%	41%	43%	0%		55%	100%	45%	
BGst	Frauen	1	6	5	18	11	1	1	0	0	2	0	45	davon 4 in Altersteilzeit
	von insgesamt	1	11	9	32	15	1	2	4	0	2	0	77	davon 7 in Altersteilzeit
	Frauenanteil in %	100%	55%	56%	56%	73%	100%	50%	0%		100%	0%	58%	
insgesamt	Frauen	6	6	6	32	22	8	7	0	0	27	3	117	davon 8 in Altersteilzeit
	Von insgesamt	12	12	11	61	53	18	16	5	0	47	3	238	davon 17 in Altersteilzeit
	Frauenanteil in %	50%	50%	55%	52%	42%	44%	44%	0%		57%	100%	49%	

Stichtag: Stand 31. Dezember 2017

Aufgeführt ist die Anzahl der zum Stichtag beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden, nicht die Anzahl der Stellen lt. Stellenplan.

4. Wahlen

DIE LINKE gewinnt bei fast allen Wahlen mehr Männer als Frauen. Der Anteil an Wählern war nach Neugründung der Partei deutlich höher, als der Anteil an Wählerinnen. Hier zeichnet sich jedoch eine Angleichung ab. Bei den Landtagswahlen 2014 in Sachsen und Brandenburg, 2016 in Mecklenburg – Vorpommern und Berlin, sowie 2017 in Schleswig-Holstein, wählten mehr Frauen als Männer DIE LINKE.

Tabelle 6: Wahlergebnisse der LINKEN nach Geschlecht:

	Gesamt	Frauen	Männer
Bundestagswahl 2005	8,7%	7,6%	9,9%
Bürgerschaftswahlen Bremen 2007	8,6%	6,7%	10,8%
Landtagswahl Niedersachsen 2008	7,3%	5,6%	9,1%
Bürgerschaftswahlen Hamburg 2008	7,7%	5,6%	9,8%
Landtagswahl Bayern 2008	4,9%	3,6%	6,2%
Landtagswahl Hessen 2009	5,4%	4,2%	6,9%

	Gesamt	Frauen	Männer
Europawahl 2009	7,5%	6%	9%
Landtagswahl Saarland 2009	21,3%	18%	24%
Landtagwahl Sachsen 2009	20,6%	19%	21%
Landtagswahl Thüringen 2009	27,4%	26%	29%
Landtagwahl Schleswig-Holstein 2009	6,0%	6%	6%
Landtagswahl Brandenburg 2009	27,2%	26%	28%
Bundestagswahl 2009	11,9%	11%	13%
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2010	5,6%	4%	7%
Bürgerschaftswahl Hamburg 2011	6,4%	6%	7%
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011	23,7%	22%	25%
Landtagswahl Baden-Württemberg 2011	2,8%	2%	3%
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2011	3,0%	2%	4%
Bürgerschaftswahl Bremen 2011	5,6%	5%	6%
Landtagswahl Mecklenburg-Vorp. 2011	18,4%	18%	19%
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011	11,7%	11%	12%
Landtagswahl Saarland 2012	16,10%	14%	18%
Landtagswahl Schleswig Holstein 2012	2,3%	2%	2%
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2012	2,5%	3%	4%
Landtagswahl Niedersachsen 2013	3,1%	3%	4%
Landtagswahl Bayern 2013	2,1%	2%	2%
Bundestagswahl 2013	8,6%	8%	9%
Landtagswahl Hessen 2013	5,2%	5%	6%
Europawahl 2014	7,4%	7%	8%
Landtagswahl Sachsen 2014	18,9%	19%	18%
Landtagswahl Brandenburg 2014	18,6%	19%	18%
Landtagswahl Thüringen 2014	28,2%	28%	28%
Bürgerschaftswahl Hamburg 2015	8,5%	8%	9%
Bürgerschaftswahl Bremen 2015	9,5%	9%	10%
Landtagswahl Baden-Württemberg 2016	2,9%	3%	3%
Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016	2,8%	3%	3%
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016	16,3%	16%	17%
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016	13,2%	13%	12%
Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016	15,4%	16%	15%
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017	5%	4%	4,9%
Landtagswahl Saarland 2017	12,9%	12 %	14 %

	Gesamt	Frauen	Männer
Landtagswahl Schleswig Holstein 2017	4%	4%	3,8%
Bundestagswahl 2017	9%	9%	9,2%
Landtagswahl Niedersachsen 2017	5%	4%	4,6%

(Quelle: infratest dimap)

Anlagen

Tabelle 7: Mitglieder 2007-2017 / Anteil Frauen

LV= Landesverband; MZ= Mitgliederzahl; FA= Frauenanteil
2017

Stichtag: Stand 31. Dezember

LV	MZ 2007	FA % 2007	MZ 2008	FA % 2008	MZ 2009	FA % 2009	MZ 2010	FA % 2010	MZ 2011	FA % 2011	MZ 2012	FA % 2012	MZ 2013	FA % 2013	MZ 2014	FA % 2014	MZ 2015	FA % 2015	MZ 2016	FA % 2016	MZ 2017	FA % 2017
BW	2.214	23,10	2.639	23,20	3.046	22	2.950	26,78	2.880	22,9	2.601	23,7	2.819	24,1	2.708	24,2	2.836	24,82	3.134	25,1	3.438	25,65
BY	2.374	22,90	3.225	23,50	3.218	23	2.847	22,55	2.567	23,3	2.290	24,1	2.521	23,8	2.664	24,2	2.508	24,00	2.457	24,5	3.147	26,85
BE	9.105	47,10	9.008	46,10	9.008	45	8.801	44,04	8.325	44,2	7.800	44,0	7.821	43,3	7.480	43,3	7.447	42,86	7.508	42,2	7.961	42,02
BB	9.319	44,70	9.127	44,70	8.942	44	8.481	43,59	7.963	43,3	7.360	43,8	7.171	43,6	6.944	43,6	6.626	43,74	6.212	43,6	6.061	43,43
HB	453	27,50	492	29,80	523	28	629	29,73	462	31,0	456	28,5	480	29,4	497	28,1	481	28,69	507	28,8	579	30,74
HH	996	22,60	1.289	22,50	1.405	22	1.489	23,51	1.327	25,5	1.118	26,9	1.242	27,8	1.256	28,7	1.307	28,69	1.386	30,2	1.577	31,07
HE	2.001	23,70	2.610	24,10	2.733	23	2.605	25,26	2.498	25,7	2.322	26,0	2.464	26,1	2.474	26,1	2.525	26,65	2.679	26,2	3.029	27,34
MV	6.042	44,70	5.833	45,30	5.684	45	5.417	44,71	5.123	44,8	4.719	45,0	4.522	44,7	4.275	44,6	4.034	44,74	3.853	44,3	3.725	44,13
NI	2.546	23,90	2.864	24,80	3.376	25	3.259	24,42	3.139	25,1	2.944	25,5	2.728	25,3	2.573	25,9	2.552	25,98	2.742	25,7	3.078	26,32
NW	5.905	23	7.764	23,90	8.555	25	8.681	25,50	8.123	25,7	6.827	26,6	7.468	27,1	6.496	28,3	6.465	27,64	6.703	28,3	7.875	28,44
RP	1.450	23,10	1.655	24,50	1.992	26	1.746	26,69	1.761	28,8	1.675	29,2	1.649	29,1	1.609	29,8	1.594	29,11	1.584	29,7	1.633	29,64
SL	1.904	28,70	3.065	29,10	3.610	29	2.308	30,55	2.309	31,0	2.247	31,7	2.422	32,1	2.101	32,6	2.114	32,83	2.395	35,3	2.465	35,33
SN	13.280	46,90	12.682	46,60	12.390	45	11.614	45,15	10.927	44,9	10.200	45,2	9.686	45,1	9.205	45,0	8.677	44,69	8.284	44,5	8.261	43,80
ST	6.124	46,20	5.720	45,70	5.642	45	5.427	44,46	5.048	44,1	4.605	44,3	4.401	43,4	4.230	42,9	4.044	43,20	3.878	43,0	3.776	42,98
SH	815	22,50	1.066	24,10	1.093	26	980	27,14	983	25,5	912	25,8	965	25,5	942	26,3	970	25,88	1.019	26,5	1.239	28,81
TH	7.070	44,20	6.850	44	6.750	43	6.360	42,89	5.970	43,1	5.638	43,2	5.388	43,2	5.051	43,3	4.767	43,36	4.528	43,0	4.444	43,02
BGST	113	30,50	79	32,70	79	53	64	37,50	53	36,6	47	38,3	46	37,0	46	34,8	42	38,10	41	39,0	12	25,0
Gesamt	71.711	39,10	75.968	39,40	78.046	37	73.658	37,30	25.872	37,30	63.761	37,7	63.793	37,3	60.551	37,5	58.989	37,22	58.910	36,9	62.300	36,45

Tabelle 8: Altersstruktur Mitgliedschaft Anteil Frauen

Alter	Anzahl	davon Frauen	Frauenanteil in %
14 bis 15 Jahre	49	9	18,37%
16 bis 20 Jahre	2.114	613	29,00%
21 bis 25 Jahre	3.919	1.044	26,64%
26 bis 30 Jahre	4.763	1.352	28,39%
31 bis 35 Jahre	3.829	1.120	29,25%
36 bis 40 Jahre	3.129	978	31,26%
41 bis 45 Jahre	2.558	750	29,32%
46 bis 50 Jahre	3.329	1.021	30,67%
51 bis 55 Jahre	4.548	1.559	34,28%
56 bis 60 Jahre	5.331	1.942	36,43%
61 bis 65 Jahre	5.997	2.253	37,57%
66 bis 70 Jahre	5.095	1.835	36,02%
71 bis 75 Jahre	3.331	1.315	39,48%
76 bis 80 Jahre	4.293	1.872	43,61%
81 bis 85 Jahre	4.519	2.281	50,48%
86 Jahre und älter	5.232	2.815	53,80%
unbekannt	264	3	1,14%
Gesamt	62.300	22.762	36,54%

Stichtag: Stand 31.12.2017

Tabelle 9: Frauenanteil an den Eintritten in DIE LINKE 2007 bis 2017

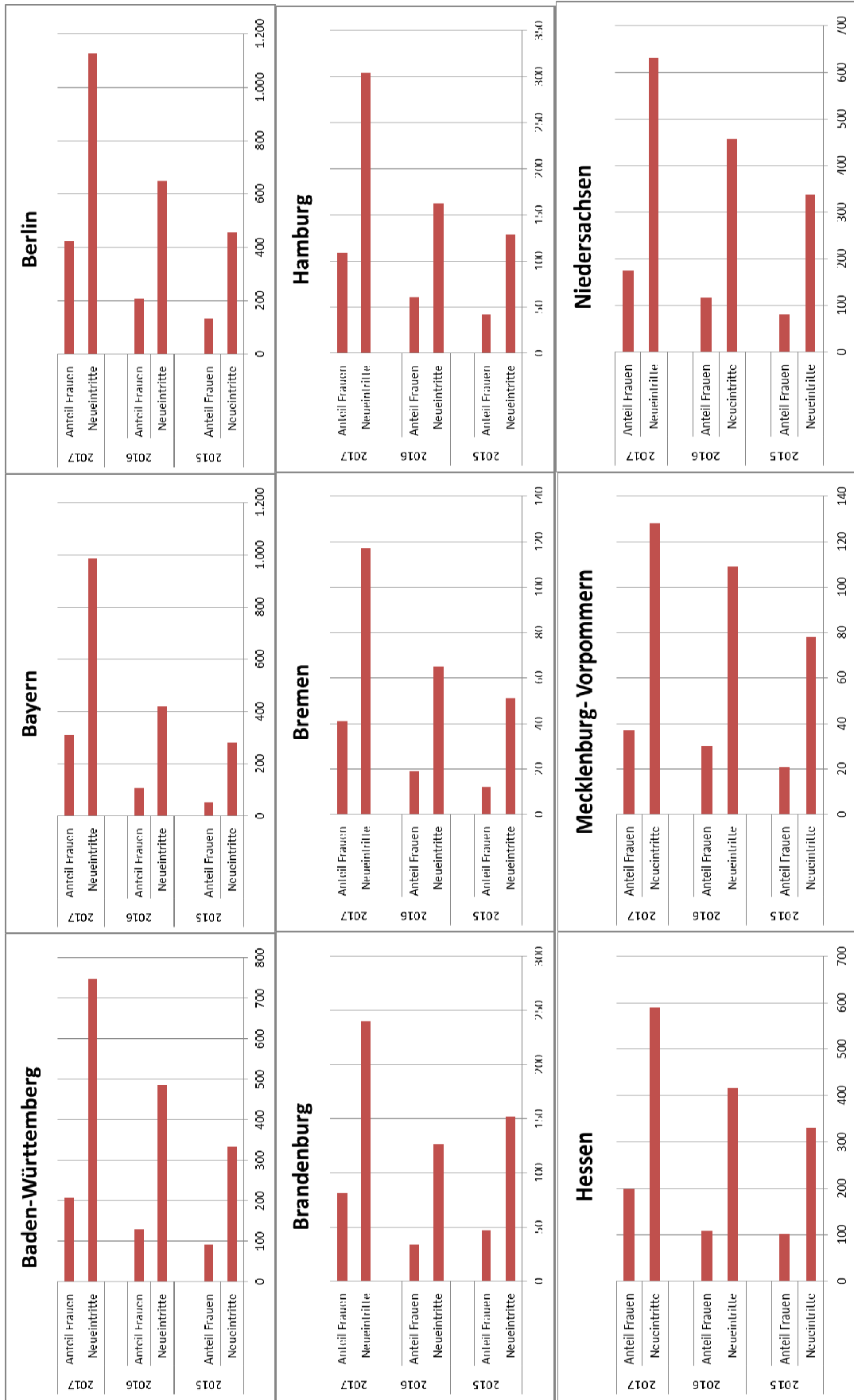
Landesverband	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	21,99%	22,42%	23,44%	22,25%	39,23%	23%	24%	25,5%	36,26%	26,60%	27,84%
Bayern	24,34%	28,34%	24,51%	24,94%	39,73%	25%	25%	28,9%	35,19%	25,36%	31,68%
Berlin	25,33%	30,48%	22,56%	26,85%	39,44%	25%	31%	29,1%	35,20%	32,25%	37,66%
Brandenburg	25,24%	26,18%	22,12%	27,61%	40,31%	38%	31%	34,2%	33,74%	26,77%	33,75%
Bremen	32,04%	34,41%	22,85%	38,75%	39,97%	21%	41%	26,1%	39,98%	29,23%	35,04%
Hamburg	25,34%	21,78%	22,40%	32,09%	41,33%	35%	31%	35,8%	37,70%	37,42%	35,86%
Hessen	20,53%	20,13%	28,22%	32,98%	40,34%	22%	28%	25%	36,46%	26,27%	33,79%
Mecklenburg- Vorpommern	40,63%	23,94%	28%	29,69%	39,97%	32%	30%	31,6%	36,71%	27,52%	28,91%
Niedersachsen	24,71%	24,37%	26,95%	23,01%	41,06%	30%	23%	27,8%	37,91%	25,6%	27,73%
Nordrhein- Westfalen	25%	26,04%	29,57%	30,23%	39,05%	31%	31%	34,3%	37,64%	29,23%	28,62%
Rheinland-Pfalz	23,66%	29,68%	27,16%	30,04%	43,90%	33%	27%	31,1%	45,28%	29,73%	28,15%
Saarland	24,74%	33,03%	30,90%	44,51%	44,20%	37%	37%	37,3%	44,23%	42,18%	40,51%
Sachsen	26,09%	22,76%	21,55%	24,51%	34,78%	25%	30%	29,5%	32,47%	34,60%	29,01%
Sachsen-Anhalt	28,89%	25,79%	24,78%	22,83%	39,30%	31%	27%	29,8%	33,81%	26,45%	34,09%
Schleswig- Holstein	22,92%	25,19%	27,08%	37,32%	40,06%	28%	23%	29,7%	35,67%	26,88%	33,33%
Thüringen	25%	24,35%	23,63%	28,57%	36,71%	38%	33%	31,9%	37,59%	28,79%	38,07%
Gesamt	25,27%	26,33%	26,62%	30,96%	40,24%	30%	29%	31%	37,24%	30,17%	31,85%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2017

Tabelle 10 (neu): Eintritt Frauen nach Alter 2017

Alter	Anzahl	Davon Frauen	Frauenanteil in %
14 bis 15 Jahre	45	8	17,78%
16 bis 20 Jahre	1.249	340	27,22%
21 bis 25 Jahre	1.654	493	29,81%
26 bis 30 Jahre	1.519	497	32,72%
31 bis 35 Jahre	910	291	31,98%
36 bis 40 Jahre	569	213	37,43%
41 bis 45 Jahre	425	141	33,18%
46 bis 50 Jahre	455	156	34,29%
51 bis 55 Jahre	511	194	37,96%
56 bis 60 Jahre	440	143	32,50%
61 bis 65 Jahre	315	105	33,33%
66 bis 70 Jahre	205	56	27,32%
71 bis 75 Jahre	102	34	33,33%
76 bis 80 Jahre	54	22	40,74%
81 bis 85 Jahre	12	4	33,33%
86 Jahre und Älter	8	4	50,00%
unbekannt	42	11	26,19%
gesamt	8515	2.712	31,85%

Tabelle 11: Entwicklung Neumitglieder und Frauenanteil 2015 – 2017 (neu)



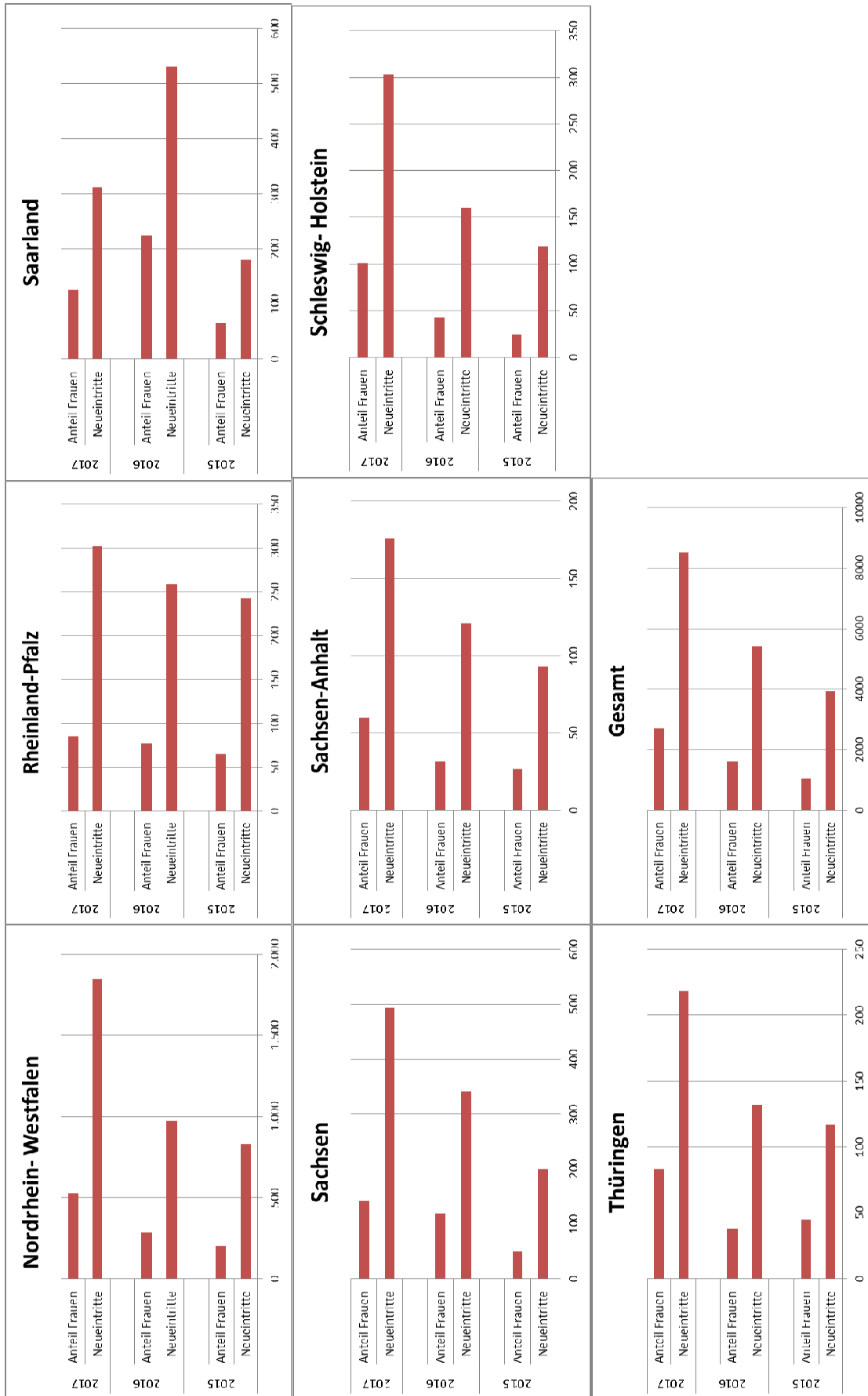


Tabelle 12: Frauenanteil im Bundesausschuss

Stichtag: 31. Dezember 2017

Gesamt	davon Frauen	Anteil Frauen
80 Mitglieder	40	50,00%
4 Mitglieder mit beratender Stimme	3	75,00%
Präsidium (6 Mitglieder)	3	50,00%

Tabelle 13: Frauenanteil auf den Bundesparteitage

Stichtag: 31. Dezember 2017

	Frauenanteil der gewählten Delegierten	Frauenanteil der anwesenden Delegierten
Parteitag Cottbus 2008	51,5%	51,4%
Europaparteitag Essen 2009	51,3%	51%
Parteitag Berlin 2009	51,9%	51,2%
Parteitag Rostock 2010	51,2%	51,8%
Parteitag Erfurt 2011	52,3%	50,8%
Parteitag Göttingen 2012	51,6%	52,0%
Parteitag Dresden 2013	51,9%	48,4%
Parteitag Hamburg 2014	51,9%	51,6%
Parteitag Berlin 2014	52,7%	51,7%
Parteitag Bielefeld 2015	52,4%	51,4%
Parteitag Magdeburg 2016	52,0%	51,9%
Parteitag Hannover 2017	52,5%	52,4%

Tabelle 14: Direktkandidat*innen Bundestagswahl

Jahr	gesamt	davon Frauen	Frauenanteil	Gewonnene Direktmandate	Davon Frauen	Frauenanteil
BTW 2009	299	82	27,42%	16	7	43,75%
BTW 2013	298	95	31,86%	4	2	50%
BTW 2017	298	97	32,55%	5	2	40%

Stichtag: Stand 31. Dezember 2017

Tabelle 15: Quotierung von Kreisvorständen (Stand Dezember 2017 - März 2018)

Die Tabelle setzt sich aus der Anzahl Mitglieder im Kreis,- bzw. Stadtvorstand und dem Anteil an Frauen, sowie den Mitgliedern des Kreisverbandes und dem Anteil Frauen an der Mitgliedschaft zusammen. Die Differenz gibt das Verhältnis des Anteils von Frauen in der Mitgliedschaft zum Anteil von Frauen im Kreisvorstand wieder. Die Tabelle ist nach dieser Differenz sortiert. Die Kreisverbände mit der größten Minus-Differenz bei den Prozentpunkten weisen die eklatantesten Verstöße gegen das Gebot der Mindestquotierung auf.

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Gießen	HE	5	0	0%	135	39	29%	-28,89
KV Cuxhaven	NI	4	0	0%	71	19	27%	-26,76
KV Coesfeld	NW	8	1	13%	43	16	37%	-24,71
KV Frankfurt (Oder)	BB	9	2	22%	258	121	47%	-24,68
KV Kaiserslautern-Land	RP	11	1	9%	121	40	33%	-23,97
KV Alzey-Worms	RP	3	0	0%	66	15	23%	-22,73
KV Wolfenbüttel	NI	4	0	0%	40	9	23%	-22,50
KV Rendsburg-Eckernförde	SH	6	0	0%	87	18	21%	-20,69
KV Limburg-Weilburg	HE	8	0	0%	45	9	20%	-20,00

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Neumarkt/Opf.	BY	3	0	0%	33	6	18%	-18,18
KV Saalekreis	ST	14	4	29%	290	135	47%	-17,98
BV Treptow-Köpenick	BE	16	5	31%	1126	541	48%	-16,80
KV Biberach	BW	5	1	20%	25	9	36%	-16,00
KV Landau / Südl. Weinstr.	RP	8	1	13%	44	12	27%	-14,77
KV Main-Taunus	HE	6	0	0%	46	6	13%	-13,04
KV Oberfranken-Ost	BY	10	2	20%	62	20	32%	-12,26
KV Osterholz	NI	5	1	20%	70	22	31%	-11,43
KV Mayen-Koblenz	RP	7	1	14%	35	9	26%	-11,43
KV Eichsfeld	TH	8	3	38%	109	53	49%	-11,12
KV Kaiserslautern-Stadt	RP	6	1	17%	54	15	28%	-11,11
KV Odenwald	HE	6	2	33%	32	14	44%	-10,42
KV Waldeck-Frankenberg	HE	6	1	17%	37	10	27%	-10,36
KV Vogelsberg	HE	3	0	0%	40	4	10%	-10,00
KV Nordfriesland	SH	6	1	17%	57	15	26%	-9,65
KV Donau-Ries/Dillingen	BY	6	1	17%	82	21	26%	-8,94
KV Dithmarschen	SH	12	3	25%	62	21	34%	-8,87
KV Freising	BY	7	1	14%	39	9	23%	-8,79
KV Märkischer Kreis	NW	7	1	14%	143	33	23%	-8,79
KV Altenkirchen	RP	5	1	20%	35	10	29%	-8,57
KV Nordwestsachsen	SN	12	4	33%	344	143	42%	-8,24

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Göppingen	BW	7	1	14%	54	12	22%	-7,94
KV Ravensburg	BW	8	1	13%	70	14	20%	-7,50
KV Bad Dürkheim	RP	4	1	25%	37	12	32%	-7,43
KV Harburg-Land	NI	7	1	14%	65	14	22%	-7,25
KV Bitburg-Prüm	RP	5	0	0%	14	1	7%	-7,14
KV Zollernalb	BW	4	0	0%	29	2	7%	-6,90
KV Darmstadt-Dieburg	HE	5	1	20%	85	22	26%	-5,88
KV Saalfeld-Rudolstadt	TH	10	4	40%	214	98	46%	-5,79
KV Mecklenburgische Seenplatte	MV	12	5	42%	736	348	47%	-5,62
BV Wandsbek	HH	4	1	25%	258	78	30%	-5,23
KV Hochsauerland	NW	4	1	25%	70	21	30%	-5,00
KV Traunstein	BY	10	2	20%	49	12	24%	-4,49
KV Schleswig-Flensburg	SH	7	1	14%	32	6	19%	-4,46
KV Stade	NI	4	1	25%	55	16	29%	-4,09
BV Spandau	BE	10	2	20%	108	26	24%	-4,07
KV Landshut-Kelheim	BY	4	1	25%	31	9	29%	-4,03
KV Pforzheim	BW	4	1	25%	94	27	29%	-3,72
KV Allgäu	BY	6	1	17%	64	13	20%	-3,65
KV Rosenheim	BY	5	1	20%	55	13	24%	-3,64
KV Vorpommern-Rügen	MV	10	4	40%	408	177	43%	-3,38
KV Ortenau	BW	9	2	22%	67	17	25%	-3,15

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Niederbayern Mitte	BY	4	1	25%	54	15	28%	-2,78
KV Saale-Orla-Kreis	TH	9	4	44%	223	105	47%	-2,64
KV Paderborn	NW	15	3	20%	120	27	23%	-2,50
KV Gifhorn	NI	5	1	20%	49	11	22%	-2,45
KV Coburg	BY	10	3	30%	102	33	32%	-2,35
KV Mansfeld-Südharz	ST	10	4	40%	248	105	42%	-2,34
KV Greiz	TH	9	4	44%	189	88	47%	-2,12
KV Helmstedt	NI	3	1	33%	17	6	35%	-1,96
KV Ludwigslust-Parchim	MV	12	5	42%	452	197	44%	-1,92
KV Main-Rhön	BY	5	1	20%	51	11	22%	-1,57
KV Groß Gerau	HE	11	3	27%	111	32	29%	-1,56
KV Lörrach	BW	7	2	29%	57	17	30%	-1,25
KV Rhein-Kreis-Neuss	NW	5	1	20%	127	26	20%	-0,47
KV Hohenlohe / Schwäbisch-Hall	BW	11	3	27%	76	21	28%	-0,36
SV Halle	ST	9	4	44%	505	225	45%	-0,11
KV Calw	BW	5	1	20%	50	10	20%	0,00
KV Emmendingen	BW	4	1	25%	32	8	25%	0,00
KV Kitzingen	BY	3	1	33%	21	7	33%	0,00
KV Viersen	NW	6	2	33%	78	26	33%	0,00
KV Saarländkreis	ST	16	7	44%	327	143	44%	0,02
KV Hameln-Pyrmont	NI	9	2	22%	86	19	22%	0,13

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Würzburg	BY	5	1	20%	101	20	20%	0,20
KV Schwerin	MV	12	6	50%	344	171	50%	0,29
KV Oder-Spree	BB	11	5	45%	457	206	45%	0,38
KV Lüchow-Dannenberg	NI	7	3	43%	33	14	42%	0,43
KV Meißen	SN	8	4	50%	345	171	50%	0,43
KV Stuttgart	BW	9	3	33%	356	117	33%	0,47
KV Leverkusen	NW	8	2	25%	50	12	24%	1,00
KV Rhein-Sieg	NW	16	4	25%	205	49	24%	1,10
KV Plön	SH	5	2	40%	49	19	39%	1,22
KV Hersfeld-Rotenburg	HE	7	2	29%	55	15	27%	1,30
KV Vogtland	SN	12	6	50%	378	184	49%	1,32
KV Saale-Holzland-Kreis	TH	8	4	50%	113	55	49%	1,33
KV Bottrop	NW	8	3	38%	36	13	36%	1,39
KV Hannover	NI	14	4	29%	579	157	27%	1,46
KV Waldshut	BW	6	1	17%	33	5	15%	1,52
KV Hagen	NW	5	1	20%	60	11	18%	1,67
KV Kassel Land	HE	6	2	33%	64	20	31%	2,08
BV Lichtenberg	BE	12	6	50%	1235	590	48%	2,23
KV Rems-Murr	BW	7	2	29%	96	25	26%	2,53
KV Mönchengladbach	NW	3	1	33%	124	38	31%	2,69
KV Celle	NI	10	3	30%	44	12	27%	2,73

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Friesland	NI	4	1	25%	27	6	22%	2,78
KV Nienburg	NI	4	1	25%	27	6	22%	2,78
SV Gera	TH	14	7	50%	333	157	47%	2,85
KV Nord-West	HB	5	2	40%	159	59	37%	2,89
KV Herne/Wanne Eickel	NW	4	1	25%	68	15	22%	2,94
KV Schwabach-Roth	BY	4	1	25%	41	9	22%	3,05
KV Pinneberg	SH	6	2	33%	90	27	30%	3,33
KV Delmenhorst	NI	5	2	40%	30	11	37%	3,33
KV Neuwied	RP	6	2	33%	57	17	30%	3,51
SV Dessau-Roßlau	ST	11	4	36%	165	54	33%	3,64
KV Havelland	BB	8	4	50%	268	124	46%	3,73
KV Stormarn	SH	6	2	33%	71	21	30%	3,76
KV Emden	NI	3	1	33%	34	10	29%	3,92
KV Mittelsachsen	SN	12	6	50%	569	262	46%	3,95
BV Mitte	BE	17	8	47%	1097	472	43%	4,03
KV Zwickau	SN	14	7	50%	636	292	46%	4,09
KV Rhein-Lahn-Kreis	RP	6	1	17%	24	3	13%	4,17
KV Schaumburg	NI	6	2	33%	38	11	29%	4,39
KV Stendal	ST	12	6	50%	229	104	45%	4,59
KV Potsdam	BB	12	6	50%	686	310	45%	4,81
KV Oberhavel	BB	11	5	45%	407	165	41%	4,91

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Vulkaneifelkreis-Daun	RP	4	1	25%	20	4	20%	5,00
KV Westerwaldkreis	RP	5	1	20%	40	6	15%	5,00
KV Altenburger Land	TH	11	6	55%	188	93	49%	5,08
BV Marzahn-Hellersdorf	BE	14	7	50%	858	383	45%	5,36
KV Schmalkalden-Meinungen	TH	12	6	50%	186	83	45%	5,38
KV Lausitz	BB	10	5	50%	649	288	44%	5,62
BV Friedrichshain-Kreuzberg	BE	9	4	44%	894	347	39%	5,63
KV Burgenlandkreis	ST	8	4	50%	318	141	44%	5,66
KV Segeberg	SH	6	2	33%	87	24	28%	5,75
BV Bergedorf	HH	5	2	40%	85	29	34%	5,88
KV Wittenberg	ST	15	8	53%	255	121	47%	5,88
KV Teltow-Fläming	BB	12	6	50%	330	145	44%	6,06
KV Salzwedel	ST	11	5	45%	117	46	39%	6,14
KV Breisgau-Hochschwarzwald	BW	5	1	20%	51	7	14%	6,27
SV Chemnitz	SN	12	6	50%	778	340	44%	6,30
KV Oberspreewald-Lausitz	BB	9	5	56%	195	96	49%	6,32
LK Rostock	MV	16	8	50%	387	169	44%	6,33
KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	SN	12	6	50%	422	184	44%	6,40
KV Westsachsen	SN	14	7	50%	433	188	43%	6,58
KV Sömmerda	TH	8	3	38%	94	29	31%	6,65
KV Olpe	NW	7	2	29%	32	7	22%	6,70

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Baden-Baden/Rastatt	BW	3	1	33%	53	14	26%	6,92
KV St. Wendel	SL	12	5	42%	98	34	35%	6,97
KV Dahme-Spreewald	BB	10	5	50%	399	171	43%	7,14
KV Ilmkreis	TH	12	6	50%	217	93	43%	7,14
KV Herzogtum Lauenburg	SH	5	2	40%	67	22	33%	7,16
KV Wilhelmshaven	NI	3	1	33%	46	12	26%	7,25
KV Darmstadt	HE	7	2	29%	155	33	21%	7,28
KV Gelsenkirchen	NW	8	3	38%	96	29	30%	7,29
KV Peene-Üecker-Ryck	MV	12	6	50%	502	214	43%	7,37
KV Karlsruhe	BW	11	4	36%	266	77	29%	7,42
BV Pankow	BE	20	10	50%	1111	470	42%	7,70
KV Harz	ST	14	7	50%	336	142	42%	7,74
KV Wittmund	NI	4	1	25%	29	5	17%	7,76
BV Charlottenburg-Wilmersdorf	BE	7	3	43%	248	87	35%	7,78
KV Hildburghausen	TH	13	6	46%	178	68	38%	7,95
KV Borken	NW	6	2	33%	75	19	25%	8,00
KV Aurich	NI	5	2	40%	72	23	32%	8,06
KV Apolda-Weimar	TH	8	4	50%	256	107	42%	8,20
KV Anhalt-Bitterfeld	ST	11	6	55%	199	92	46%	8,31
KV Diepholz	NI	6	2	33%	32	8	25%	8,33
KV Oberland	BY	8	2	25%	72	12	17%	8,33

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Bremerhaven	HB	5	2	40%	67	21	31%	8,66
SV Dresden	SN	20	10	50%	1141	471	41%	8,72
KV Nordwestmecklenburg	MV	12	6	50%	269	111	41%	8,74
KV Bonn	NW	11	4	36%	221	61	28%	8,76
KV Bochum	NW	7	3	43%	288	98	34%	8,83
KV Rostock	MV	12	6	50%	627	257	41%	9,01
KV Osnabrück Land	NI	6	2	33%	75	18	24%	9,33
KV Frankenthal	RP	6	3	50%	69	28	41%	9,42
KV Marburg-Biedenkopf	HE	12	4	33%	256	61	24%	9,51
KV Sonneberg	TH	17	9	53%	205	89	43%	9,53
KV Essen	NW	10	4	40%	365	111	30%	9,59
BV Steglitz-Zehlendorf	BE	10	4	40%	172	52	30%	9,77
SV Jena	TH	12	6	50%	281	113	40%	9,79
KV Kleve	NW	6	2	33%	77	18	23%	9,96
KV Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen	BY	10	4	40%	77	23	30%	10,13
SV Magdeburg	ST	12	6	50%	515	204	40%	10,39
KV Kiel	SH	7	3	43%	225	73	32%	10,41
KV Rotenburg/Wümme	NI	5	2	40%	44	13	30%	10,45
KV Pirmasens	RP	10	5	50%	160	63	39%	10,63
KV Bautzen	SN	14	7	50%	542	213	39%	10,70
SV Leipzig	SN	15	8	53%	1446	611	42%	11,08

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Oldenburg	NI	11	4	36%	178	45	25%	11,08
KV Potsdam-Mittelmark	BB	11	6	55%	372	161	43%	11,27
KV Wesel	NW	14	5	36%	172	42	24%	11,30
KV Freiburg	BW	11	4	36%	226	56	25%	11,58
KV Wartburgkreis-Eisenach	TH	8	4	50%	275	105	38%	11,82
KV Brandenburg an der Havel	BB	13	7	54%	162	68	42%	11,87
KV Krefeld	NW	9	4	44%	80	26	33%	11,94
KV Rhein-Erft	NW	10	4	40%	150	42	28%	12,00
KV Lüneburg	NI	7	3	43%	111	34	31%	12,23
KV Esslingen	BW	9	3	33%	143	30	21%	12,35
KV Barnim	BB	11	6	55%	385	162	42%	12,47
KV Merzig-Wadern	SL	14	7	50%	187	70	37%	12,57
KV Bad Kreuznach	RP	5	2	40%	44	12	27%	12,73
KV Heidelberg/Badische Bergstraße	BW	8	3	38%	212	52	25%	12,97
KV Hochtaunus	HE	6	3	50%	76	28	37%	13,16
KV Börde	ST	16	8	50%	163	60	37%	13,19
KV Lübeck	SH	9	4	44%	199	62	31%	13,29
KV Ahrweiler	RP	6	2	33%	30	6	20%	13,33
KV Salzgitter	NI	11	4	36%	87	20	23%	13,38
KV Bodensee	BW	7	3	43%	92	27	29%	13,51
KV Soest	NW	11	5	45%	113	36	32%	13,60

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Münster	NW	10	4	40%	228	60	26%	13,68
KV Region Ingolstadt	BY	12	5	42%	118	33	28%	13,70
KV Lahn-Dill	HE	5	2	40%	61	16	26%	13,77
KV Remscheid	NW	7	3	43%	62	18	29%	13,82
KV Aachen	NW	14	6	43%	357	103	29%	14,01
KV Recklinghausen	NW	12	5	42%	275	76	28%	14,03
KV Lippe	NW	8	4	50%	128	46	36%	14,06
KV Main-Kinzig	HE	7	3	43%	123	35	28%	14,40
KV Günzburg/Neu-Ulm	BY	10	4	40%	56	14	25%	15,00
KV Unna	NW	7	3	43%	128	35	27%	15,51
KV Saarlouis	SL	11	6	55%	378	147	39%	15,66
KV Unstrut-Hainich-Kreis	TH	9	5	56%	113	45	40%	15,73
KV Ostprignitz-Ruppin	BB	13	7	54%	250	95	38%	15,85
KV Grafschaft Bentheim	NI	4	1	25%	22	2	9%	15,91
KV Gotha	TH	9	5	56%	212	84	40%	15,93
BV Neukölln	BE	14	7	50%	517	176	34%	15,96
KV Elbe-Elster	BB	9	5	56%	205	81	40%	16,04
KV Saarbrücken	SL	16	8	50%	838	284	34%	16,11
SV Suhl	TH	11	7	64%	186	88	47%	16,32
KV Warendorf	NW	7	3	43%	49	13	27%	16,33
KV Siegen-Wittgenstein	NW	10	5	50%	113	38	34%	16,37

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Northeim	NI	6	2	33%	59	10	17%	16,38
KV Donnersbergkreis	RP	7	4	57%	27	11	41%	16,40
KV Duisburg	NW	12	6	50%	293	98	33%	16,55
KV Märkisch-Oderland	BB	12	7	58%	607	253	42%	16,65
KV Oberhausen	NW	9	4	44%	108	30	28%	16,67
KV Mülheim/Ruhr	NW	6	3	50%	63	21	33%	16,67
KV Erzgebirge	SN	11	7	64%	616	289	47%	16,72
KV Steinburg	SH	5	2	40%	43	10	23%	16,74
KV Böblingen	BW	10	5	50%	94	31	33%	17,02
KV Werra-Meißner	HE	6	3	50%	55	18	33%	17,27
KV Saarpfalz	SL	16	8	50%	415	134	32%	17,71
KV Kassel Stadt	HE	7	3	43%	240	60	25%	17,86
KV Offenbach Kreis	HE	6	3	50%	97	31	32%	18,04
SV Erfurt	TH	10	6	60%	499	208	42%	18,32
KV Mettmann	NW	8	4	50%	139	44	32%	18,35
KV Hildesheim	NI	10	5	50%	112	35	31%	18,75
KV Koblenz	RP	6	3	50%	64	20	31%	18,75
KV Prignitz	BB	7	4	57%	128	49	38%	18,86
BV Altona	HH	10	5	50%	291	90	31%	19,07
KV Jerichower Land	ST	9	6	67%	108	51	47%	19,44
KV Trier-Saarburg	RP	6	3	50%	50	15	30%	20,00

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
BV HH-Mitte	HH	6	3	50%	334	100	30%	20,06
BV Harburg	HH	6	3	50%	121	36	30%	20,25
KV Ennepe-Ruhr	NW	8	4	50%	158	47	30%	20,25
KV Erding/Ebersberg	BY	6	3	50%	37	11	30%	20,27
KV Rheingau-Taunus	HE	8	4	50%	54	16	30%	20,37
KV Rhein-Berg	NW	6	3	50%	104	30	29%	21,15
KV Heilbronn	BW	7	3	43%	111	24	22%	21,24
KV Ludwigshafen	RP	6	3	50%	94	27	29%	21,28
KV Nürnberg-Fürth	BY	12	6	50%	425	122	29%	21,29
KV Offenbach Stadt	HE	6	3	50%	91	26	29%	21,43
KV Mitte-Ost	HB	6	3	50%	228	65	29%	21,49
KV Nordhausen	TH	11	7	64%	196	82	42%	21,80
KV Dortmund	NW	8	4	50%	330	93	28%	21,82
KV Ostalb	BW	10	5	50%	107	30	28%	21,96
KV Flensburg	SH	6	2	33%	71	8	11%	22,07
KV Wiesbaden	HE	8	4	50%	172	48	28%	22,09
KV Göttingen	NI	8	4	50%	204	56	27%	22,55
KV Frankfurt am Main	HE	11	6	55%	629	201	32%	22,59
BV Eimsbüttel	HH	9	5	56%	222	73	33%	22,67
KV Schweinfurt	BY	12	6	50%	129	35	27%	22,87
KV Braunschweig	NI	10	5	50%	144	39	27%	22,92

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Oberberg	NW	6	3	50%	74	20	27%	22,97
KV Köln	NW	12	6	50%	819	221	27%	23,02
KV Neunkirchen	SL	10	6	60%	549	202	37%	23,21
KV Osnabrück	NI	4	2	50%	109	29	27%	23,39
KV Links der Weser	HB	6	3	50%	125	33	26%	23,60
KV Hamm	NW	11	6	55%	110	34	31%	23,64
BV Tempelhof-Schöneberg	BE	11	6	55%	327	101	31%	23,66
KV Augsburg	BY	10	5	50%	183	48	26%	23,77
KV Tübingen	BW	10	5	50%	161	42	26%	23,91
KV Kyffhäuserkreis	TH	11	7	64%	169	67	40%	23,99
KV Kraichgau-Neckar-Odenwald	BW	4	2	50%	58	15	26%	24,14
KV Reutlingen	BW	8	4	50%	89	23	26%	24,16%
KV Regensburg	BY	7	4	57%	98	32	33%	24,49
BV Reinickendorf	BE	8	5	63%	268	100	37%	25,19
KV Rhein-Hunsrück-Kreis	RP	7	3	43%	34	6	18%	25,21
KV Neumünster	SH	6	3	50%	49	12	24%	25,51
KV Solingen	NW	10	6	60%	64	22	34%	25,63
KV Mannheim	BW	9	5	56%	188	56	30%	25,77
KV Görlitz	SN	10	7	70%	611	270	44%	25,81
KV Passau	BY	6	3	50%	100	24	24%	26,00
KV Ludwigsburg	BW	11	5	45%	153	29	19%	26,50

Bezeichnung Kreisverband	Bundesland	Mitglieder Vorstand	davon Frauen	Anteil Frauen im Vorstand	Mitglieder	davon Frauen	Anteil Frauen an der Mitgliedschaft	Differenz in Prozentpunkten
KV Herford	NW	8	4	50%	94	22	23%	26,60
KV Bayreuth	BY	4	2	50%	39	9	23%	26,92
KV Trier-Stadt	RP	6	4	67%	88	34	39%	28,03
KV Mainz	RP	7	4	57%	200	58	29%	28,14
KV Uckermark	BB	8	6	75%	295	132	45%	30,25
KV Ulm / Alb-Donau	BW	6	3	50%	77	15	19%	30,52
KV Wuppertal	NW	11	7	64%	190	61	32%	31,53
KV Aschaffenburg-Unterrain	BY	3	2	67%	63	22	35%	31,75
KV Minden-Lübbecke	NW	6	3	50%	80	14	18%	32,50
KV Wesermarsch	NI	3	2	67%	47	16	34%	32,62
KV Uelzen	NI	3	2	67%	32	10	31%	35,42
KV Wetterau	HE	3	2	67%	122	36	30%	37,16
KV München	BY	12	8	67%	560	164	29%	37,38
KV Amper	BY	5	3	60%	38	8	21%	38,95
KV Oldenburg Land	NI	3	2	67%	30	8	27%	40,00
KV Schwalm-Eder	HE	5	3	60%	59	11	19%	41,36
KV Birkenfeld	RP	7	5	71%	34	9	26%	44,96

Stand Dezember 2017 - März 2018

Tabelle (Grafiken) 16: Quotierung von Kreisvorständen

In den Kreisvorständen sieht die Situation hinsichtlich der Einhaltung der satzungsmäßigen Vorschrift weiterhin desolat aus.

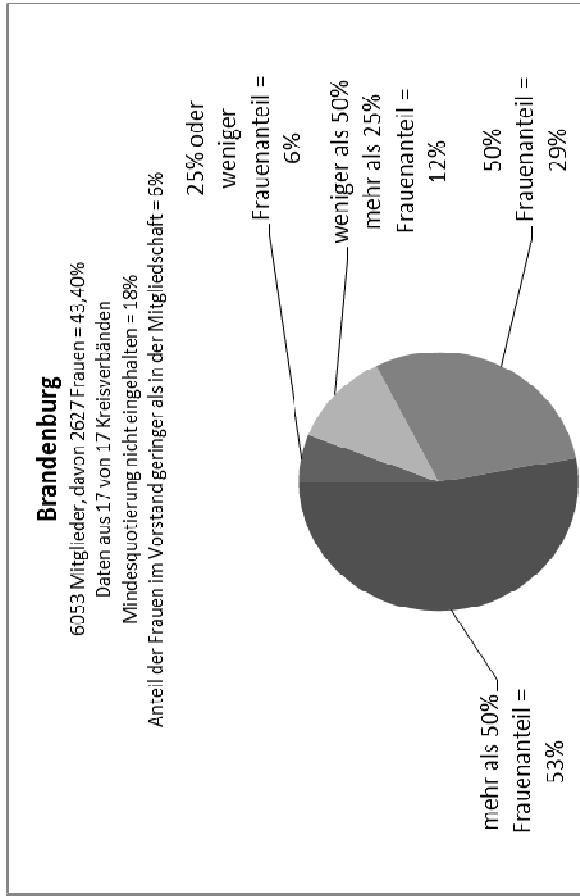
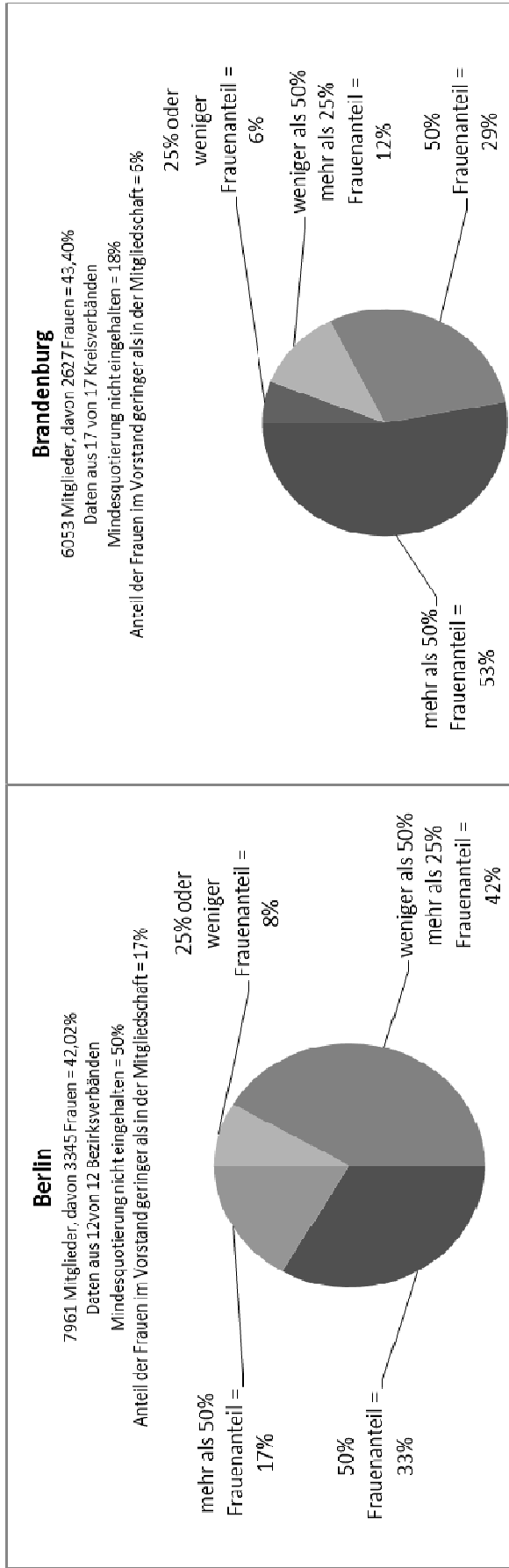
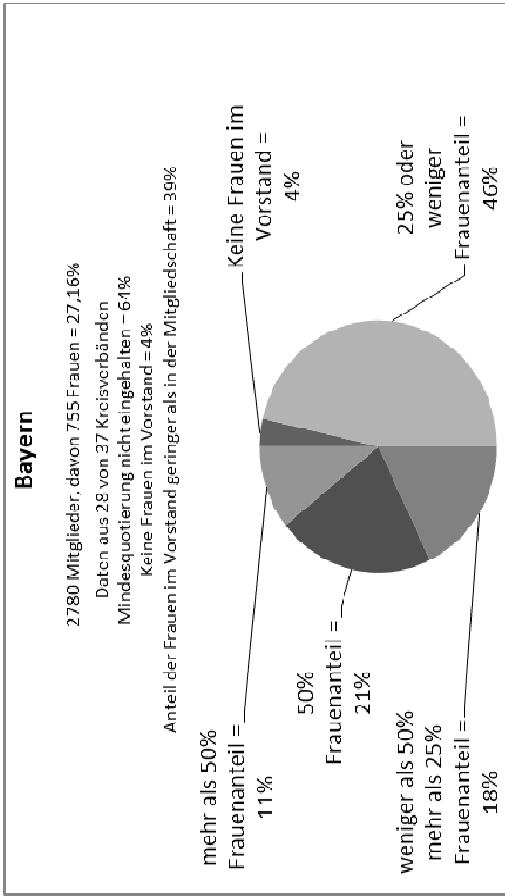
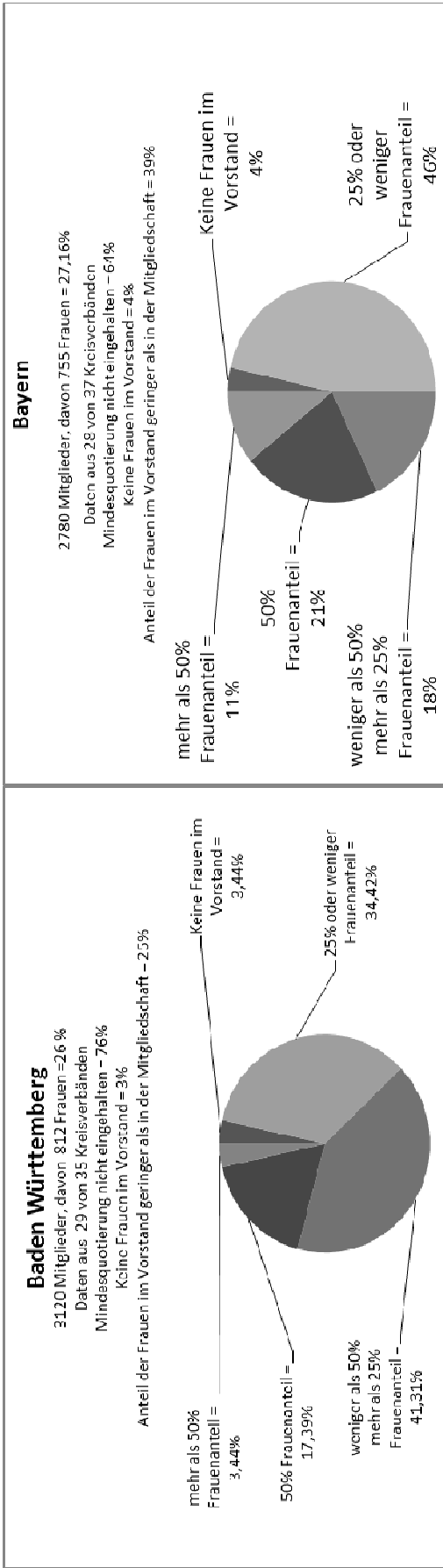
In der folgenden Übersicht wurden die Kreisvorstände nach Landesverbänden untersucht. Für jeden Landesverband wurden die Kreisvorstände in fünf Gruppen aufgeteilt:

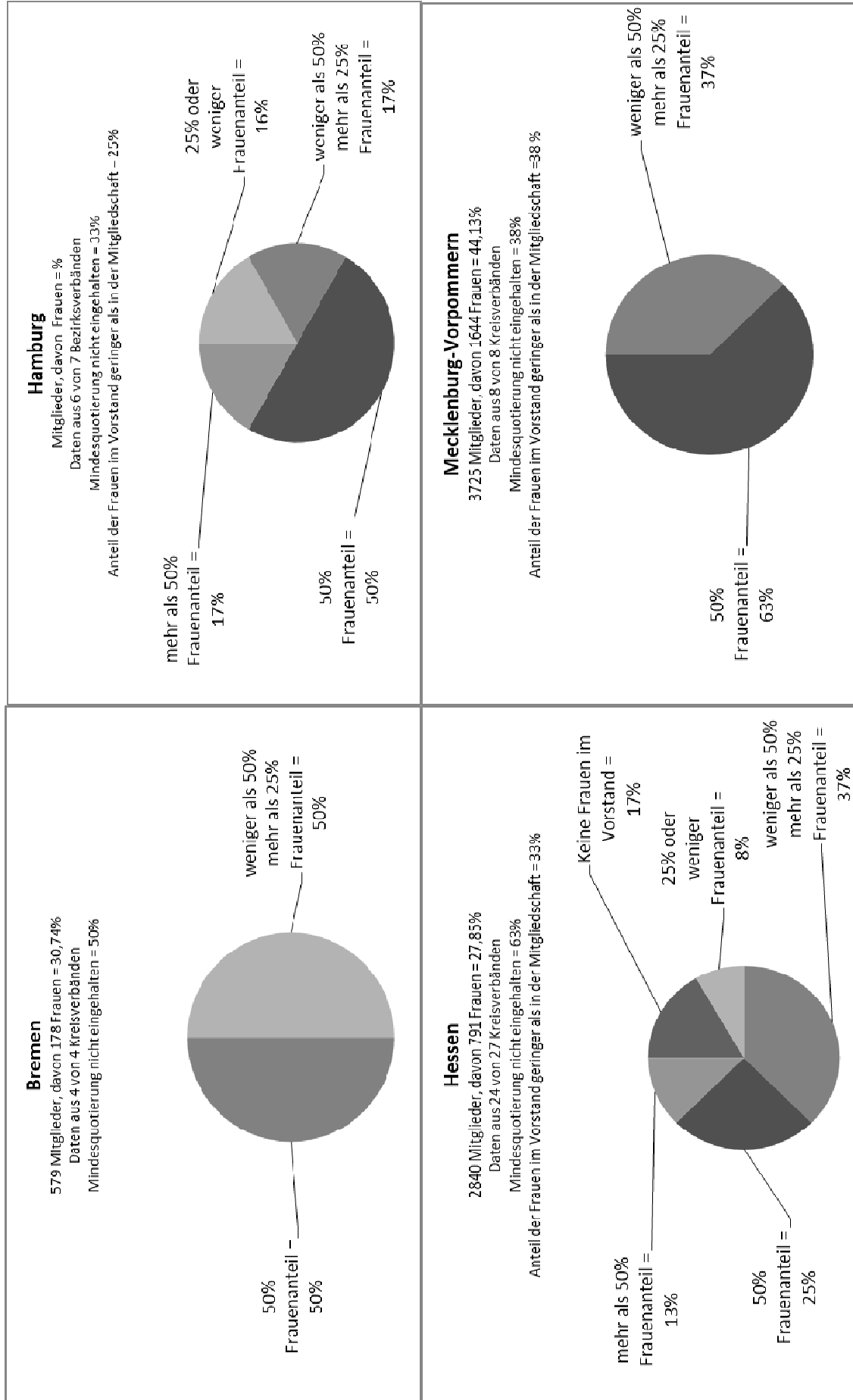
- In der ersten Gruppe sind die Kreisvorstände, die einen Frauenanteil von genau 50 Prozent aufweisen.
- In der zweiten Gruppe sind die Kreisvorstände, in denen es mehr als 50 Prozent Frauen gibt.
- In der dritten Gruppe sind Kreisvorstände, die die Mindestquotierung nicht einhalten, wobei der Anteil der Frauen im Vorstand über 25 Prozent (und unter 50 Prozent) liegt.
- In der vierten Gruppe sind Kreisvorstände, die die Mindestquotierung nicht einhalten und einen Frauenanteil von 25 Prozent oder weniger haben.
- In der fünften Gruppe sind die Kreisvorstände zusammengefasst, in denen es gar keine Frauen gibt.

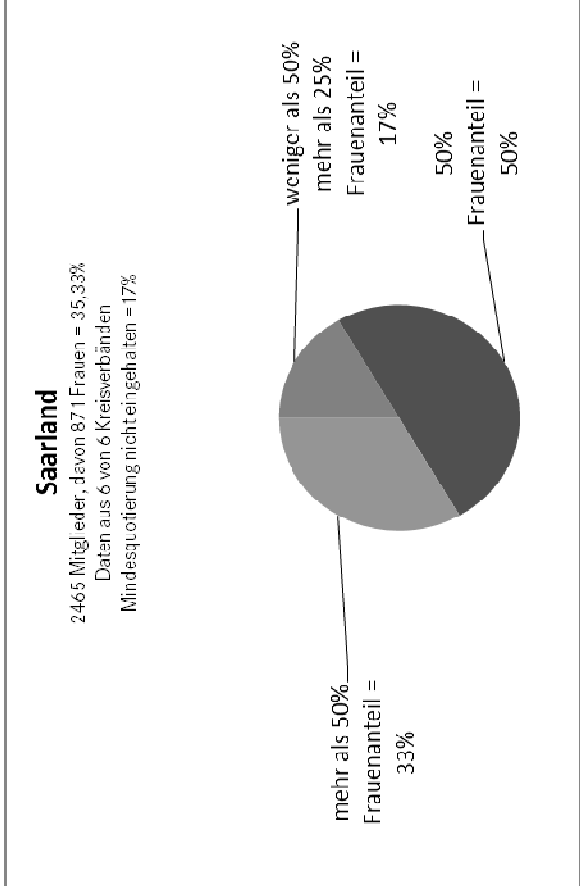
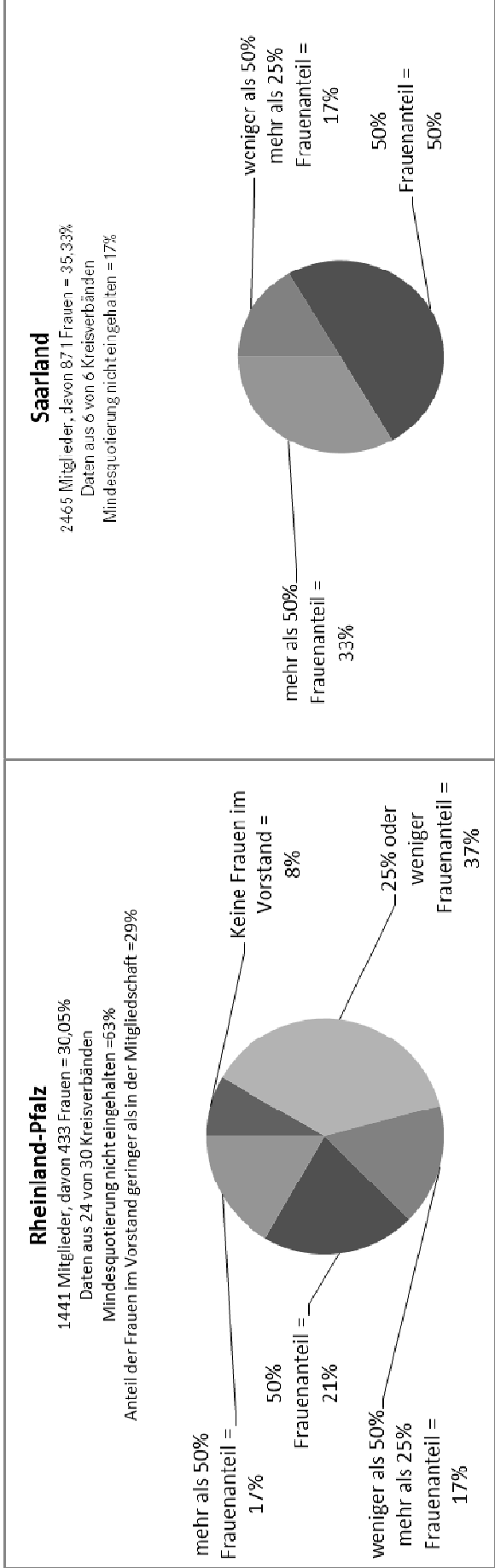
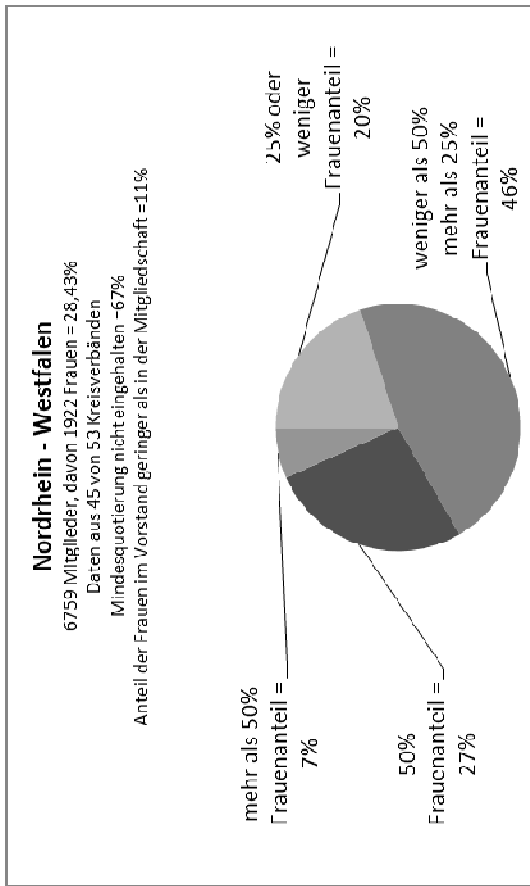
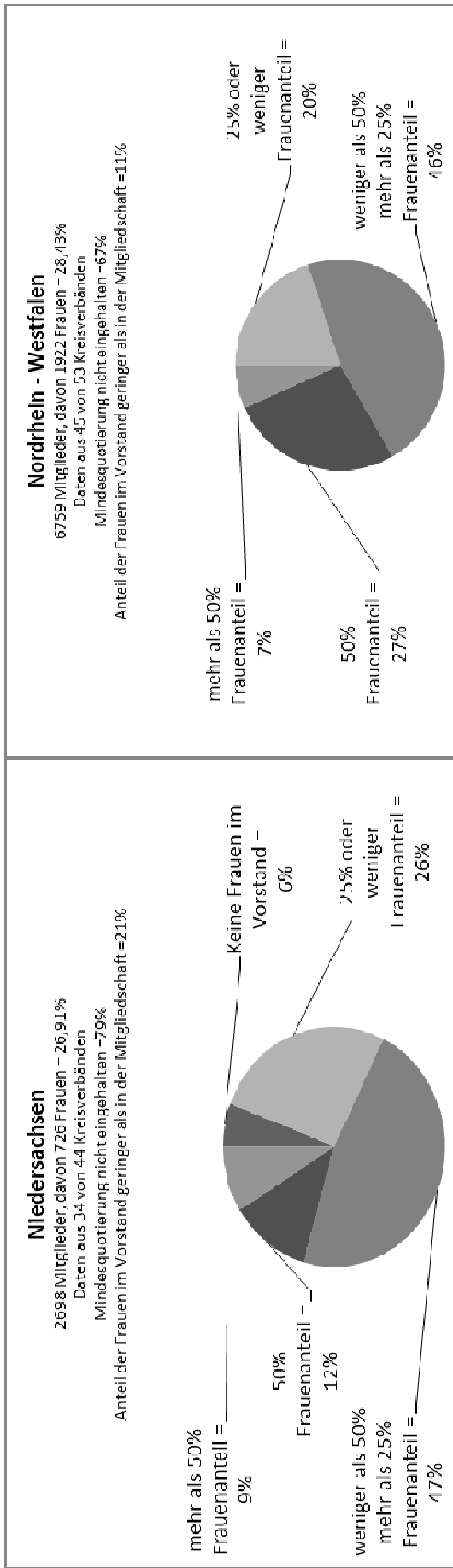
In der Kopfzeile jeder Grafik sind folgende Daten gesondert aufgeführt:

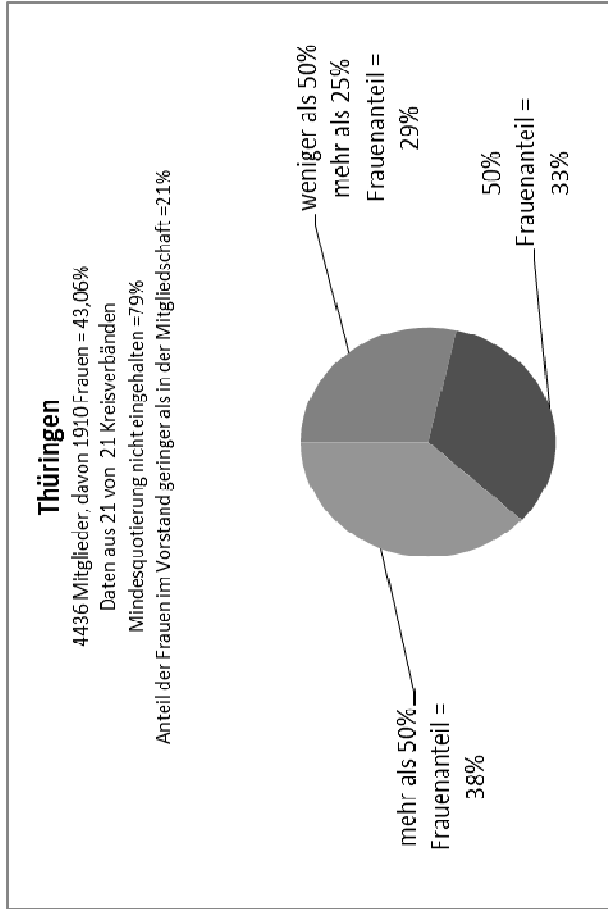
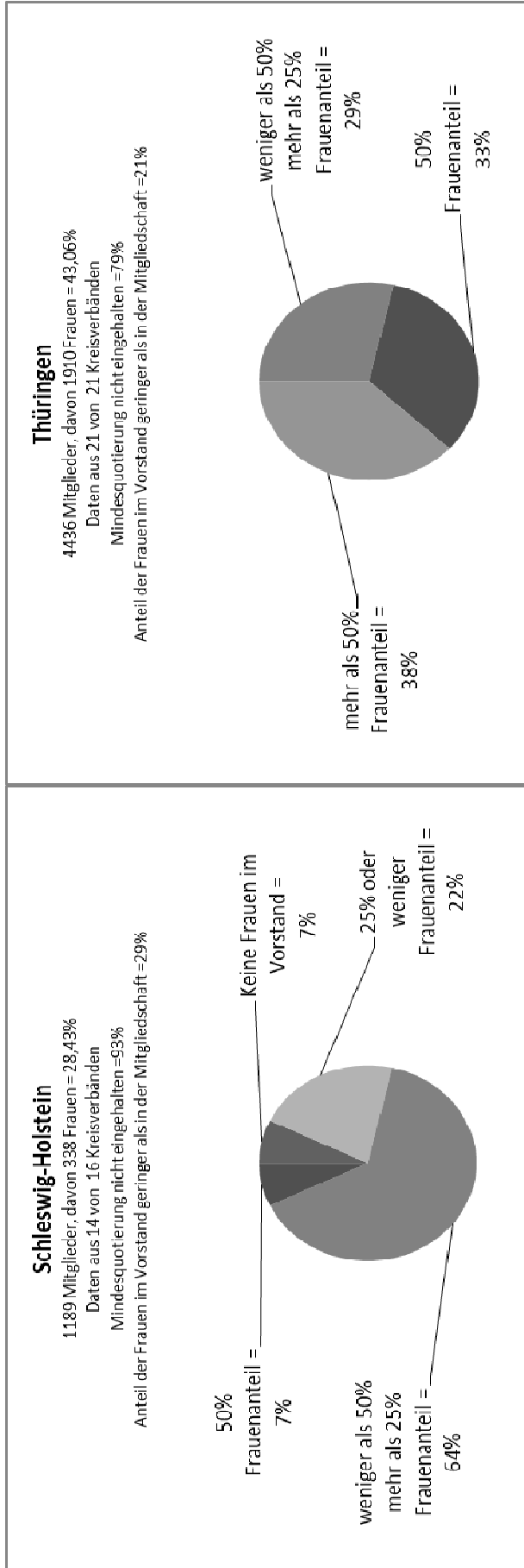
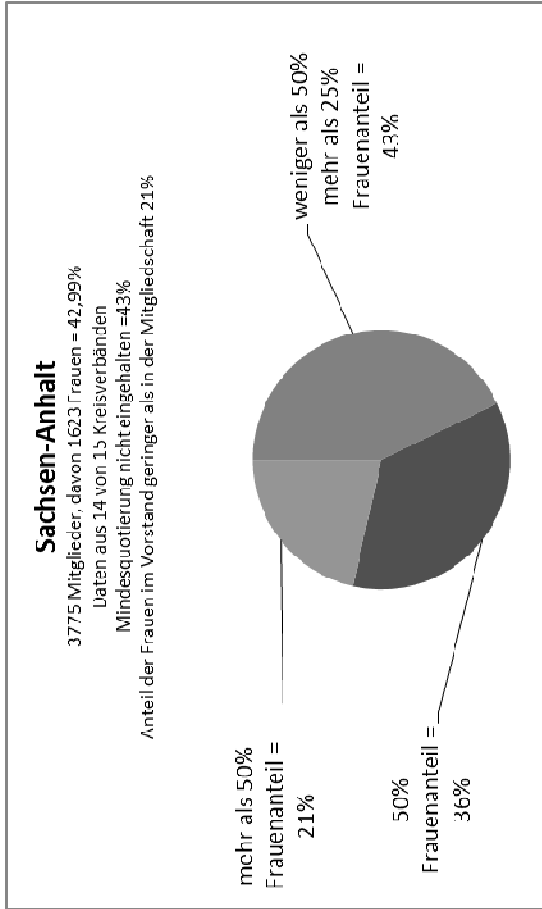
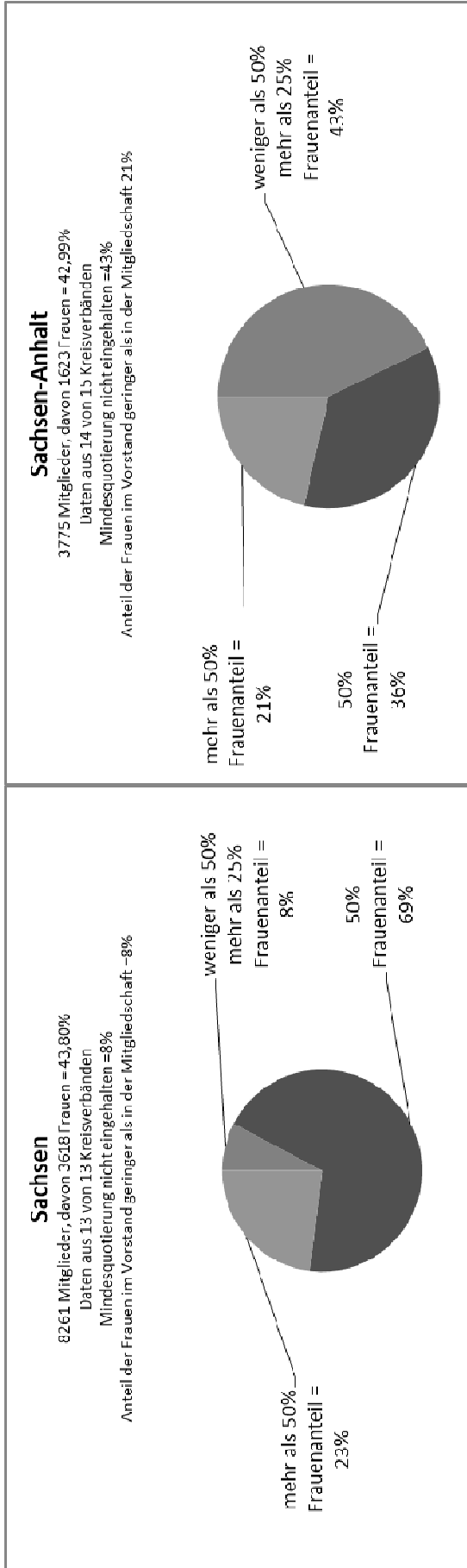
1. Mitgliederzahl zum 31.12.2017 und Frauenanteil
2. Anzahl der untersuchten Kreisverbände
3. Anteil der Kreisverbände, die die Mindestquote nicht einhalten (die Gruppen 3, 4 und 5).
4. Anteil der Kreisverbände, die keine einzige Frau im Vorstand haben .
5. Anteil der Kreisverbände, wo der Frauenanteil im Vorstand geringer ist als der Frauenanteil in der Mitgliedschaft. Problematischer sind die Fälle, in denen der Frauenanteil an der Mitgliedschaft zwischen 20 und 25 Prozent liegt, der Anteil an den Vorständen aber noch einmal unter 20 Prozent liegt (häufig bei null).

Stichtag: Stand 31. Dezember 2017









Kandidaturen für den Parteivorstand

Katja Kipping

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Sachsen



Nach sechs Jahren Parteivorsitz möchte ich zunächst all jenen danken, die daran mitgewirkt haben, dass wir heute als LINKE so gut dastehen:

- ... dass wir so viele neue Mitglieder gewinnen konnten,
- ... dass wir kampagnenfähiger geworden sind,
- ... dass wir wachsen und jünger werden und
- ... dass inzwischen gilt: Wer heute jung ist und die Welt verändern will, geht zur LINKEN.

In Zeiten, in denen sich die Gesellschaft nach rechts bewegt, kommt uns eine besondere Verantwortung zu. Als Partei in Bewegung sollten wir das Verbindende in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Wir sind eine Partei, die vor den Verhältnissen nicht kapituliert, sondern den Kampf um fortschrittliche Mehrheiten aufnimmt.

Für meine Arbeit ist dabei besonders prägend,

... **klar Haltung zu zeigen.** Sowohl in der Flüchtlings- wie in der Friedensfrage. Mit unserer konsequenten Haltung in der Flüchtlingssolidarität haben wir es nicht allen recht, aber für viele einen Unterschied gemacht.

... **immer das direkte Gespräch mit den Menschen zu suchen.** Sei es frühmorgens vor dem Jobcenter oder bei Haustürbesuchen in der Platte.

... **das Verbindende in den Mittelpunkt zu stellen, während die Neoliberalen und Rechten auf Spaltung setzen.** Es geht um die gemeinsamen Interessen all jener, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um (über)leben zu können.

... **mit beiden Beinen auf dem Boden zu stehen, um die täglichen Sorgen zu wissen, daran anzuknüpfen, für Verbesserungen zu streiten und immer wieder die Perspektive zu öffnen.** Dazu gehört auch, Auswege aus dem Kapitalismus ins Gespräch zu bringen. Soziale Garantien, Klimagerechtigkeit und Zukunftsdebatten, wie die um eine linke digitale Agenda, gehören für mich dringend dazu.

Ich kandidiere erneut zusammen mit Bernd Riexinger als Parteivorsitzende. Ich möchte anknüpfen an dem, was wir alle gemeinsam erreicht haben, nämlich DIE LINKE größer und wirkungsmächtiger zu machen. Letztlich geht es für uns Sozialist/innen darum, grundlegende Alternativen aufzuzeigen und sie gemeinsam zu erstreiten.

Bernd Riexinger

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Baden-Württemberg



Liebe Genossinnen und Genossen,

vor wenigen Jahren erst zitierte das Handelsblatt eine Umfrage, wonach fast die Hälfte der Befragten davon ausging, dass DIE LINKE dem Bundestag nach den Wahlen 2013 nicht mehr angehören würde. Dessen ungeachtet sind wir seitdem als Partei gewachsen, stetig und nachhaltig, sowohl bei den Bundestagswahlen als auch bei der Mitgliederentwicklung. Dies hat zwei Gründe:

1. Wir stehen für ein klares Profil mit Haltung: Wir sind die einzige Friedenspartei, stehen für Solidarität mit den Armen, lehnen die stigmatisierenden Hartz-Gesetze ebenso ab wie Asylrechtsverschärfungen, denken Klimaschutz und die soziale Frage zusammen und wissen, dass dies alles nur mit einer Umverteilung von Reichtum geht.
2. Wir reden mit den Menschen, nicht über sie, und ermutigen sie, sich selbst zu engagieren – im Rahmen unserer Kampagnen, beim Organizing in Stadtteilen oder bei unseren Modellprojekten in sozialen Brennpunkten. Wir verbreitern und verankern uns durch eine Partei in Bewegung.

Dadurch ist DIE LINKE stärker geworden, in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in Bewegungen, aber auch als Mitgliederpartei selbst. DIE LINKE besteht nicht nur aus ihren Vorsitzenden, sondern aus über 63 000 Mitgliedern. Sie entscheiden, für welches Programm DIE LINKE steht. Für dieses Verständnis einer demokratischen, sozialistischen Partei möchte ich mich weiter stark machen.

Die neoliberale Politik der anderen Parteien ist Nährboden für Wut und Verzweiflung, von der eine sich radikalisierte AfD und ihre Verbündeten profitieren. Ihrer Politik der Sündenböcke müssen wir eine Alternative der Solidarität entgegensetzen, die verbindet, statt zu spalten. Gemeinsam mit vielen Engagierten können wir das Gefühl der Ohnmacht durch die Hoffnung auf Veränderung ersetzen: So gewinnen wir erst die kleinen Kämpfe, dann gesellschaftliche Mehrheiten.

Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen.

Mit solidarischen Grüßen

Bernd Riexinger

Martina Renner

Kandidatur als stellvertretende Parteivorsitzende

Landesverband Thüringen



Zur Person:

- Geboren März 1967 in Mainz
- Verheiratet
- zwei Kinder
- Referentin, Autorin z. Zt. MdB

Linke Politik war immer Teil meines Lebens. Nach vielen Jahren in sozialen Bewegungen und Interessenvertretungen wurde 2001 DIE LINKE im Landtag Thüringen mein politisches Betätigungsfeld, zunächst als Mitarbeiterin, seit 2009 als Abgeordnete. Seit 2013 darf ich DIE LINKE im Bundestag vertreten. Dort war ich Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss und bin nun Obfrau im Untersuchungsausschuss zum Breitscheidplatz-Anschlag. Darüber hinaus bin ich Sprecherin für antifaschistische Politik und Mitglied im Innenausschuss.

Seit 20 Jahren bin ich Mitglied, zunächst der PDS, dann der LINKEN, weil ich diese Partei für eine unerlässliche Kraft in den gesellschaftlichen Kämpfen für Teilhabe und Gerechtigkeit halte. Aus demselben Grund möchte ich auch den Parteivorstand als politisch-strategisches Zentrum in den gegenwärtigen und kommenden Auseinandersetzungen stärken.

Meine Biographie in West- und Ostdeutschland, in der außerparlamentarischen Linken und im Parlament, in deutschen und kurdischen Zusammenhängen, hat mir unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen nahegebracht. In meiner politischen Arbeit versuche ich, diese Erfahrungen einfließen zu lassen und den Perspektiven gerecht zu werden.

Solidarität und der Kampf für Gerechtigkeit müssen konkret sein, wenn sie Menschen begeistern und Verhältnisse ändern sollen. Für mich heißt das:

Erfolge linker Regierungsverantwortung müssen im Alltag der Menschen erfahrbar werden. Darüber möchte ich einen solidarischen Austausch zwischen Parteivorstand und Landesverbänden unterstützen.

Ich möchte DIE LINKE als konsequent antifaschistische Kraft und glaubwürdige Kämpferin für Bürger- und Freiheitsrechte repräsentieren. Wir wollen frei leben ohne Nazis, Überwachung und Angst oder Armut! Das ist nicht nur historischer Auftrag, sondern auch konkrete Utopie einer solidarischen Gesellschaft.

Jörg Schindler

Kandidatur als Bundesgeschäftsführer

Landesverband Sachsen-Anhalt



Mein Name ist Jörg Schindler. Ich bin demokratischer Sozialist und arbeite als Anwalt für Arbeits- und Sozialrecht in Berlin und Wittenberg.

Demokratischer Sozialist bin ich, weil wir eine solidarische Alternative zum Rechtsruck wie zum neoliberalen »Weiter so« brauchen. Nur so können wir den dringenden Problemen der Gegenwart – die enorme soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die Rückkehr der Kriegspolitik und die Übermacht großer Konzerne – begegnen.

Ich bin 46 Jahre und in Borna (Sachsen) geboren. 1989 wurde ich politisch aktiv. 1991 zog ich erst zum Studium der Rechtswissenschaft nach Erlangen, dann zum Referendariat nach Duisburg. Ich engagierte mich in der Hochschulpolitik, dann bei Attac. 2004 fand ich zur LINKEN, bin derzeit Ortsvorsitzender in Wittenberg, Fraktionsvorsitzender im Kreistag und stv. Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt.

Mich treibt das Projekt einer erneuerten, sozialistischen Partei an, die mutig ihre Funktion als Gegenmacht wahrnimmt. In den letzten Jahren sind wir Schritte in diese Richtung gegangen. Unser Star, das ist das gesamte Team der Partei – die vielen Mitglieder, die zeigen, was linke Politik bedeutet.

Ich möchte, dass wir diesen Weg weitergehen: unsere Bündnis- und Kampagnenfähigkeit stärken, unseren Einfluss im parlamentarischen Raum ausweiten und als Partei wachsen. Wir brauchen kluge Strategien statt Schablonen, das Wissen der Vielen statt Ansagen von oben, gemeinsames Handeln statt Effekthascherei. Die verbindende Partei, die das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellt, muss in den nächsten Jahren zur lernenden Partei wachsen, die aus dem Gemeinsamen das Neue entwickelt. Dafür bitte ich um Euer Vertrauen.

Als Bundesgeschäftsführer werde ich meine Tätigkeit als Anwalt reduziert weiterführen. Damit will ich auch zeigen: Unser Leitbild ist die demokratische Mitgliederpartei. Es tut unserer Partei gut, wenn auch Menschen ohne Abgeordnetenmandat Wahlämter übernehmen.

Harald Wolf

Kandidatur als Bundesschatzmeister

Landesverband Berlin



Zur Person:

1986 bis 1990 Mitglied der Alternativen Liste Berlin, 1991 bis 2002 Mitglied der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, 1996 bis 2002 Fraktionssitzender. 2002 bis 2011 Bürgermeister und Wirtschaftssenator. Seit 2011 wieder Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mitglied im Parteivorstand seit 2014. Mitgliedschaft u. a. bei ver.di, dem BUND, im Präsidiums des ASB Berlin und dem Vorstand von Eurosolar.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Finanzsituation der Partei hat sich erfreulich entwickelt: 2017 stiegen die Beitragseinnahmen auf über 10 Millionen. Das ist eine solide Basis für die Finanzierung der kommenden Wahlen. Gemeinsam mit den Landesverbänden will ich die erfolgreiche Spendenkampagne zur Bundestagswahl für Landtagswahlen weiterentwickeln. Kommunalwahlkämpfe sollen in finanzschwachen Landesverbänden künftig wieder mit Mitteln des Parteivorstandes unterstützt werden.

Die gute Entwicklung bei den Beitragseinnahmen wollen wir fortsetzen. Dazu will ich u. a. eine Debatte zur Weiterentwicklung der Beitragstabelle organisieren. Weitere Herausforderungen sind der bevorstehende Generationswechsel bei Mitarbeiter/innen im Finanzbereich des Bundes und der Länder, wachsende Anforderungen im Datenschutz und der Digitalisierung. Die Modernisierung des MGL4Web muss beschleunigt, die Beteiligungen der Partei müssen transparent geführt und zukunftsfähig gemacht werden.

Geordnete Finanzen sind eine wichtige Grundlage für Politik. Darüber hinaus will ich mich weiter in die politische und strategische Weiterentwicklung der Partei einbringen. 2019 werden mit den Europawahlen, acht Kommunalwahlen und den Wahlen in Bremen, Sachsen, Brandenburg und Thüringen wichtige Weichen gestellt. Dafür sollten wir eine gemeinsame, koordinierte Strategie entwickeln. Wichtiger Bestandteil sollte ein Programm für die Stärkung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur in den strukturschwachen Regionen (nicht nur Ostdeutschlands) sein.

Jan van Aken

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hamburg



Zur Person:

57 Jahre, Landesverband Hamburg, 2007 Eintritt in die PDS, 2009-20017 Mitglied des Bundestages, 2012-2014 Stellvertretender Parteivorsitzender, seit 2016 Mitglied des Parteivorstandes, seit 1980 aktiv in der Anti-AKW-, Friedens- und Hausbesetzerbewegung, bis 2007 parteilos.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Schwerpunkt ist seit vielen Jahren die Friedenspolitik, der Kampf gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen die weitere Militarisierung der Außenpolitik und gegen Waffenexporte. In diesen Zeiten des Rechtsrucks und der fortschreitenden Militarisierung stehe ich für eine klare Positionierung, für uneingeschränkte internationale Solidarität und gegen alle nationalistischen Tendenzen. Ich möchte diese Positionen im und mit dem Parteivorstand in den nächsten Jahren weiter vertreten und dazu beitragen, unser Profil als Friedenspartei in der Öffentlichkeit weiter zu schärfen.

Dazu gehört aus meiner Sicht auch eine enge Verknüpfung unserer Arbeit innerhalb und außerhalb der Parlamente, mit Bündnispartner/innen aus den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und in vielen Initiativen vor Ort. Echte gesellschaftliche Veränderungen werden wir nur mit großem Druck von außen durchsetzen können.

Ich möchte auch dazu beitragen, den offenen und lebendigen Diskurs innerhalb der Partei weiter zu stärken. Vor einigen Jahren haben wir einmal geschrieben: »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist nicht nur eine Frage der Inhalte, sondern auch der Methode« – ich denke, das ist immer noch richtig und wichtig. In diesem Sinnen stehe ich für eine Partei der offenen Debatten, der kollektiven Entscheidungen und für eine Beteiligung aller Mitglieder an der Meinungsbildung.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte.

Judith Benda

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin

Zur Person:

- 30 Jahre
- Mitglied Parteivorstand DIE LINKE und EL
- Sprecherin LINKE Berlin LAG Internationals
- BTW 2017: Direktkandidatin Neukölln, Listenplatz 7
- aktiv im Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung
- Leiterin Verbindungsbüro Brüssel DIE LINKE.im BT /Europareferentin
- Mitgliedschaften: DIE LINKE.SDS, Linksjugend ['solid], ver.di, Hans-Böckler-Stiftung, Berliner Mietergemeinschaft
- judithbenda@gmail.com



In meinem Bezirk Neukölln sind die fatalen Auswirkungen des Kapitalismus jeden Tag sichtbar: massiv steigende Mieten, Verdrängung; 2 von 3 Menschen in unsicheren Verhältnissen, 70% der Kinder in Nordneukölln in Armut, eine massive soziale Not, viele Obdachlose, bettelnde Menschen.

Diese radikale Realität macht mich wütend und treibt mich an, mich für diese Menschen einzusetzen. Ein System, welches den Menschen die Würde nimmt, müssen wir bekämpfen!

Ich stehe für eine Partei, die glaubwürdige Kraft für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Antirassismus ist. Wer, wie wir, die Gesellschaft verändern will, muss den herrschenden Konsens in Frage stellen. Dies gilt verstärkt auch in der Europapolitik. Diesen Themenbereich möchte ich weiter mitgestalten und versuchen, meine Erfahrungen und Kontakte auf der europäischen Ebene nutzbar zu machen.

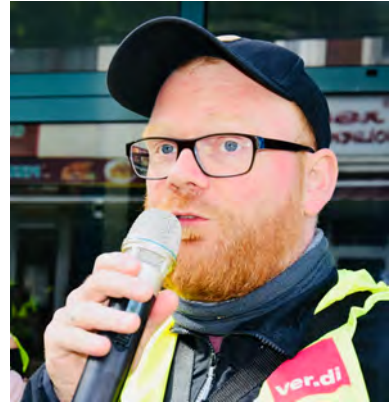
Eine starke Linke, die sich auch über Ländergrenzen hinweg programmatisch und aktions-orientiert koordiniert, ist besonders in Vorbereitung der Europawahl wichtig. EU-Kritik dürfen wir nicht den Rechtspopulisten überlassen. Wir erteilen eine Absage an die neoliberale Kürzungspolitik und EU-Militarisierung.

DIE LINKE muss einen Unterschied machen, insbesondere in der aktuellen Zeit gesellschaftlicher Polarisierung: Als kampagnenfähige Partei, die mit außerparlamentarischen Initiativen und Gewerkschaften zusammenarbeitet – nur gemeinsam sind wir stark! Diesen Anspruch haben wir in einem tollen und unglaublich erfolgreichen Bundestagswahlkampf umgesetzt (16,4%, 18,2%).

Arne Brix

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



Zur Person:

30. Mai 1977; Gewerkschaftssekretär bei ver.di, davor: Arbeitsrechtstudium; Mitarbeiter bei MdEP/MdB; Pfleger

Kontakt: arne.brix@die-linke.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

mir ist bewusst, dass die nächste Periode des Bundesvorstands von besonderer Bedeutung ist. Es wird darum gehen, dass die in den letzten Monaten zwischen Partei- und Fraktionsspitze ausgetragenen Auseinandersetzungen und inhaltlichen Zerreißproben nicht weiter unsere politische Energie aufzehren. Und es geht darum, unsere Partei programmatisch und organisatorisch für die nächsten Jahre zu rüsten – gegen die Rechtsverschiebung im öffentlichen Diskurs, die drohende Gefahr weiterer Kriege und gegen die soziale Zerklüftung unseres Landes.

Als Gewerkschaftssekretär in einem sehr prekären Beschäftigungsmilieu, dem Handel, bin ich nahezu täglich mit den Auswirkungen der kapitalistischen Profitgier konfrontiert. Trotz steigender Gewinne zahlen immer weniger Unternehmen Tariflohn, immer mehr Beschäftigte haben eher zwei oder drei Jobs statt einer Vollzeitstelle. Altersarmut ist gerade im Einzelhandel vorprogrammiert. Daher braucht es dringend einen armutsfesten Mindestlohn.

Zu meinem politischen Profil gehören weiterhin die Themen Gesundheit und Pflege. Auch dieser Bereich ist m.E. für DIE LINKE außerordentlich wichtig. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir die Partei der Pflegegerechtigkeit sind. Jetzt heißt es, diese Kraft gemeinsam mit den Beschäftigten und Betroffenen im Pflegesektor zu einer Bewegung der Solidarität auszubauen, gegen Spahns asoziale Gesundheits- und Pflegepolitik.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass unsere Partei neben den Gewerkschaften die erste Adresse wird, wo sich Beschäftigte gemeinsam für ihre Interessen einsetzen können. Hier sind wir klar gefordert, mit unseren Positionen noch sichtbarer und stärker als bisher in die anstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen.

Mit diesen Themen möchte ich meine Arbeit im Parteivorstand fortsetzen.

Christine Buchholz

Kandidatur für den Parteivorstand



Landesverband Hessen

Zur Person:

- 1971 geboren in Hamburg, verheiratet, zwei Söhne
- 1991-1998 Studium der Politik-, Religions- und Erziehungswissenschaften, Staatsexamen
- 1995-2009 Assistentin für Behinderte, freiberufliche Redakteurin und wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Seit 2009 hessische Bundestagsabgeordnete; Mitglied im Verteidigungsausschuss religionspolitische Sprecherin der Fraktion, Mitglied der LINKEN, bei ver.di, attac, in der Rosa-Luxemburg- Stiftung, der Sozialistischen Linken und Unterstützerin des Netzwerks marx21
- Seit 2007 Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes

Gegen Aufrüstung und Krieg

Die Welt gerät aus den Fugen. Doch Union und SPD schicken die Bundeswehr in Auslandseinsätze und rüsten Jahr für Jahr weiter auf. Ihnen geht es um geostrategische, imperiale Interessen – ob in Afrika, Afghanistan, in Syrien oder in der Ukraine. Der sogenannte »Krieg gegen den Terror« führt zu enormen Opfern. Die Bundeswehr hat im Ausland nichts zu suchen. Ich möchte weiter dazu beitragen, unsere Argumente gegen Auslandseinsätze zu schärfen und die Friedensbewegung zu unterstützen.

AfD stoppen – unsere Alternative heißt Solidarität

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit ist der Kampf gegen rechte Hetze. In vielen Orten demonstrieren Rassisten und Faschisten regelmäßig. Mit der AfD sitzt eine ‚faschistische Partei im Werden‘ im Bundestag, in vielen Landtagen und Kommunalparlamenten. Doch es gibt auch Widerstand in der Bevölkerung, den wir unterstützen. DIE LINKE hat solidarische Antworten auf die soziale Krise und zunehmenden Rassismus.

Rassismus entgegentreten

Wir stehen auf gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jede andere Form des Rassismus. Für DIE LINKE arbeite ich im Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« mit. Es bleibt wichtig, Genossinnen und Genossen zu unterstützen, um rechten Parolen an Stammtischen, in den Schulen, im Betrieb und an Wahlkampfständen etwas entgegenzusetzen.

Fragen an: christine.buchholz@bundestag.de, www.christinebuchholz.de

Christoph Eisenmann

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Liebe Genossinnen und Genossen,

Mein Name ist Christoph Eisenmann, ich bin 53 Jahre alt und arbeite als Anwendungsentwickler bei einer großen Genossenschaft in der Schweiz. Ich bin Mitglied im Kreisverband Biberach/Riss.

Wohnhaft bin ich im Schweizer Kanton St. Gallen. Ich bin ein überzeugter Anhänger des Schweizer Modells der Demokratie. Was wir in unserer Partei benötigen, sind mehr direktdemokratische Elemente.

Wichtige Parteientscheidungen müssen von der Basis und nicht von Delegierten, Funktionären gefällt werden! Das funktioniert in der Schweiz! Warum sollte es nicht in unserer Partei funktionieren?

Aufgewachsen in Aulendorf verbrachte ich einen großen Teil meines Lebens im Ausland (Schweiz, USA, Thailand, Australien). In Thailand habe ich viel Armut miterlebt. In der Schweiz die direkte Demokratie.

Beim Roten Kreuz habe ich eine Ausbildung als Rettungssanitäter absolviert. Anschließend habe ich Betriebswirtschaft an der FH Biberach studiert.

Wie stehe ich politisch? Da ich ein überzeugter Anhänger der direkten Demokratie bin, würde ich die Positionen der Mehrheit unserer Mitglieder vertreten. So funktioniert nun mal Basisdemokratie.

Wie stelle ich mir mehr Direktdemokratie vor? Einfach! Alle 3 Monate wird über wichtige Themen auf Kreisverbandsebene abgestimmt. Die Themen können von Kreisverbänden lanciert werden, die mindestens 5 Prozent der Mitglieder vertreten.

(Mehrere Kreisverbände können einen Antrag gemeinsam stellen). Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die mindestens 1 Jahr Mitglied bei unserer Partei sind.

Gewählt wird in geheimer Abstimmung nach öffentlicher Sitzung der Kreisverbandsmitglieder. Vor der Wahl müssen die Themen diskutiert werden. Der Vorstand sollte sich an solche Meinungsbilder halten.

Unsere Partei soll eine demokratische Mitgliederpartei werden!

Franziska Fehst

Kandidatur für den Parteivorstand

linksjugend ['solid]



Persönliches:

- 1990 geboren in Merseburg, aufgewachsen in Sachsen, wohnhaft in Dresden
- Seit 2012 außerparlamentarisch aktiv in verschiedenen Geflüchteten und antifaschistischen Initiativen/Bündnissen aktiv wie Dresden Nazifrei
- seit 2017 Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen
- 2015 bis 2017 Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden
- Seit 2014 aktiv bei linksjugend ['solid] auf Bundes-, Landes- und Stadtebene
- 2016 bis 2017 Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro Katja Kipping
- Dipl.-Ing. für Chemieingenieurwesen, TU Dresden
- Außerdem Mitglied bei:
 - Pro Asyl e.V.
 - ver.di
 - Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Liebe Freund/innen, liebe Genoss/innen,

im April wurde ich vom Bundeskongress der linksjugend ['solid] als jugendpolitische Sprecherin für den Parteivorstand nominiert. Ich bin mit folgenden Punkten angetreten, welche ich bei meiner Arbeit im Parteivorstand umsetzen will:

Ich will die Schnittstelle zwischen Jugendverband und Partei bilden. Das bedeutet für mich, Transparenz über die Arbeit des Parteivorstandes gegenüber dem Jugendverband herzustellen und mich im Parteivorstand für die Themen und Positionen des Jugendverbandes einzusetzen.

Dabei werden die Beschlüsse des Bundeskongresses sowie die Positionierungen des Bundessprecher/innenrates ausschlaggebend für meine Arbeit sein. Nur so kann unser pluralistischer Jugendverband angemessen repräsentiert werden.

In meinen Aufgabenbereich zähle ich aber auch, dass ich mich außerhalb der Vorstandssitzungen mit einbringe und beispielsweise den bevorstehenden Jugendwahlkampf bei den Europawahlen unterstütze.

Katalin Gennburg

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Katalin Gennburg heiße ich, bin 34 Jahre jung und geboren im Chemiedreieck Leuna-Buna-Schkopau, in Sachsen-Anhalt. Heute lebe ich mit meiner Tochter und meinem Freund in Berlin-Treptow und habe im früheren Grenzstreifen einen verloren geglaubten Wahlkreis zurückgeholt für die Berliner LINKE.

Seit 2016 bin ich Sprecherin für Stadtentwicklung, Tourismus und Smart City der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und streite für sozial-ökologische Stadtentwicklung und die strategische Raum-Umverteilung nach sozialen Kriterien.

Ich bin davon überzeugt, dass gesellschaftliche Verhältnisse sich im gebauten Raum manifestieren und eine LINKE Städtebaudebatte deshalb wichtig ist. Das Recht auf Teilhabe bezieht das Recht auf Wohnen unbedingt mit ein und auch deshalb gehören Zwangsräumungen und Spekulation mit Wohnraum verboten! Das Recht auf die Stadt wurde vom Kommunisten Henri Lefebvre formuliert und dient heute als Parole für städtische Bewegungen weltweit; die Mietenproteste, auch in Deutschland, werden davon getragen.

Weltweit leben drei Viertel der Menschen in Städten und Urbanisierung ist fast schon zum Kampfbegriff geworden, weil das Wachstum der Städte zu Verdrängung und dem Kampf aller gegen alle führt. Wer keine vergoldeten Ellenbogen hat, um andere wegzurempeln, verliert am Wohnungsmarkt - das ist krank!

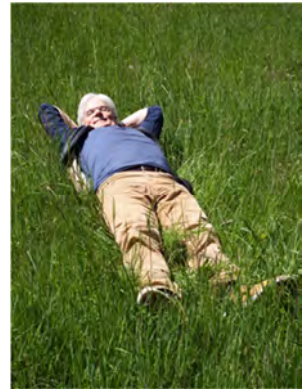
Was bedeutet das für LINKE Interventionen?

Ich meine: Wir müssen städtische Kämpfe als Kämpfe um Teilhabe aber auch als Klassenkampf im Hier und Jetzt begreifen und darin eine Rolle spielen. Als Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik bemühe ich mich um die bundesweite Zusammenarbeit LINKER im Fachbereich und darum, dass linke Stadtentwicklungspolitik zur Kernkompetenz unserer Partei wird. Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums hat eben viele Ebenen - Für die Mieterinnen und Mieter aber auch für die Debatte, was ein Recht auf die Stadt bedeutet und was wir für die Städte tun wollen, die nicht urban, hip und jung sind.

Thies Gleiss

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW



- Köln,
- 63 Jahre alt, Internationalist,
- Gewerkschafter, Maschinenschlosser, langjähriger Betriebsrat im deutschen Mittelstand, lesender Arbeiter,
- Milieuzugehörigkeit: hedonistisch-kosmopolitisch und unbedingt proletarisch.

*»Ob wir rüstig und geschäftig
wo es gilt zu wirken kräftig
immer tapfer greifen zu,
oder ob wir schläfrig denken:
Gott wird's schon im Schlafe schenken,
das tut das tut was dazu«*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich bewerbe mich um eine Wiederwahl in den Parteivorstand. Dafür gibt es zwei Gründe:

Der kleine Grund:

Der Parteivorstand muss mehr Mitglieder haben, die nicht aus Berlin sind, die nicht Abgeordnete im Land, Bund oder Europa sind, die nicht Angestellte von solchen Abgeordneten sind, die nicht Hauptamtliche einer Gewerkschaft oder Parteistiftung sind.

Im letzten Vorstand war ich diesbezüglich eine kleine Minderheit – und das war für die Ausstrahlung und Praxis der Partei nicht gut.

Der Vorstand muss den Willen der breiten Mitgliedschaft ausdrücken und die sich ausbreitende Vormundschaft der Parlamentsfraktionen zurückdrängen. Primat der Partei – sonst droht der LINKEN ein Schicksal wie anderen linken Parteien vor ihr: Zahnlos, zu jedem Kompromiss bereit und zu keiner radikalen Kritik und Veränderung mehr fähig.

Der große Grund:

Der Kapitalismus hat ein neues Jahrhundertthema. Er basiert nicht nur auf Ausbeutung und Ungleichheit, er schafft nicht nur Krieg, Hunger und Elend, er zerstört nicht nur das ökologische Klima sondern seit einigen Jahren hinterlässt er weltweit eine Spur von Massmigration, Flucht und Vertreibung.

DIE LINKE, muss zu diesem Thema eine radikale, antikapitalistische Antwort finden. Der LINKEN fehlt daran noch einiges. An dieser Frage muss eine neue, sozialistische Internationale begründet werden. Daran möchte ich gerne auf allen Ebenen der Partei mitwirken.

Mehr von mir gibt es auf Facebook oder hier:

<https://thiesgleiss.wordpress.com/>

<http://www.antikapitalistische-linke.de/>

Bettina Gutperl

Kandidatur für den Parteivorstand

DIE LINKE.SDS



Zur Person:

Seit 2012 Mitglied DIE LINKE.SDS und seit 2013 Mitglied der LINKEN. Studentin der Politikwissenschaft und Geschäftsführerin DIE LINKE.SDS.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kandidiere auf Vorschlag des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS für den Parteivorstand.

Der Sozialstaat wird weiter abgebaut, Sorgearbeit wieder vermehrt in Familien verlagert oder an ärmere Frauen delegiert. Neue Rechte wie AfD profitierten von den Ängsten der prekär Beschäftigten und vom sozialen Absturz bedrohten Mittelschichten. Rechtspopulisten stellen nicht die Herrschaftsfrage zwischen »oben und unten«, sondern zwischen »unten und noch weiter unten«. Nicht nur die Rechten befeuern dies, sondern auch CDU/SPD/Grüne. Die Parteien der selbsternannten »bürgerlichen Mitte« haben den Aufstieg der Rechten mit ihrer unsozialen Kahlschlag-Politik erst ermöglicht. Wir müssen uns der Politik von rechts ebenso entgegenstellen wie der neoliberalen Politik der politischen »Mitte«.

Aufgabe der LINKEN ist, Politik zu machen für die Anliegen der Arbeitenden. Gemeinsam mit ihnen und im Bündnis mit Gewerkschaft und Bewegung müssen wir soziale Forderungen vorantreiben. Ohne Folgen werden sie bleiben, wenn wir Fragen von Sexismus und Rassismus vergessen. Im SDS habe ich zusammen mit Frauen aus Studi- und Jugendverband das Bündnis Frauen*kampftag gegründet. Es ist mir ein besonderes Anliegen, feministische und anti-rassistische Anliegen mit sozialen Forderungen zu verbinden.

DIE LINKE muss neue Mitglieder in die Partei einbinden. Viele von ihnen sind unter 35 und ohne zuvor links aktiv gewesen zu sein. Umso wichtiger ist hier unsere Bildungsarbeit in SDS und Partei. Mit unserem marxistischen Analysewerkzeug an der Hand können wir die Welt erklären, um sie zu verändern. Um die neuen Mitglieder ein- und auszubilden, brauchen wir eine starke Basis. Letztlich entscheiden sich Menschen in den Basisgruppen Teil der Partei zu werden, dort müssen wir Mitmach-Angebote haben, die über »Sitzungssozialismus« hinausgehen.

Torsten Himm

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Mein Name ist Torsten Himm. Ich bin 33 Jahre alt und wohne in Berlin-Hellersdorf.

Seit Juli 2017 bin ich aktiv bei den LINKEN. Ich möchte mich euch gern als Bewerber für den Vorstand vorstellen.

Wir sind ruhig geworden in letzter Zeit. Gerade dann, wenn Deutschland uns am meisten braucht. Die rechte Ecke zeigt ihr wahres Gesicht und die vermeintliche Mitte driftet immer mehr nach rechts ab. Es wird wieder Politik gemacht, Politik für 18 Prozent der Bundesbürger/innen. Wer kümmert sich um die anderen 82 Prozent? Diese Frage ist so immer noch offen im Raum. Hier können wir unser Profil wieder zeigen und schärfen. Lasst uns wieder die Kümmererpartei sein, von der ich immer gehört habe. Kümmern wir uns um Alleinerziehende, Geringverdienende, Studierende, befristet Angestellte. Kümmern wir uns um alle, die seit der Bundestagswahl vergessen wurden.

Die Basis, sie ist es, die sich alle Sorgen und Nöte und auch Hoffnungen anhört. Einiges davon wird weitergetragen, einiges verschwindet auf dem Weg.

Wir sollten diese Nöte, Sorgen und Hoffnungen hören. Ich bin für eine Partizipation innerhalb der Partei, eine Partizipation der Ideen. Die Arbeit wird von unten vorgegeben und von oben gemacht.

Ich möchte gern regelmäßige Treffen, da wir vor der Digitalisierung nicht mehr haltmachen, gerne auch online mit Vertreter/innen der Landesvorstände und Vertreter/innen der jeweiligen Bezirksvorstände. Das klingt im ersten Moment nach viel Arbeit, aber ich glaube daran, dass es sich lohnt. Ein ständiger Informationsfluss zeigt doch, dass auch eine gemeinsame Linie gefahren wird. Wenn jedes Mitglied weiß, dass bundesweite Projekte auch von ihren Ideen getragen werden, ist doch eine viel größere Identifikation dahinter. Ich glaube daran, dass wir auch so viele neue Mitglieder einbinden können und viele eventuelle neue Mitglieder erreichen.

Eure Stimme geht an einen jungen Enthusiasten und Weltverbesserer. Ich freue mich, eure Stimme zu erhalten.

Sebastian Koch

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

Geb. 1982 in Leipzig, Mitglied seit 1999, aktiv im Jugendverband, Kommunalpolitik in Berlin, Mitglied im Bundesausschuss, Mit-Gründer BAG Netzpolitik, Mitarbeiter im Bundestag sowie beim Landesvorstand Berlin, seit 2016 Landesgeschäftsführer

Liebe Genoss/innen,

DIE LINKE muss den Kampf gegen Rechtsruck und für Demokratie fortführen. Es ist unsere Aufgabe, die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft am Leben zu erhalten und politische Veränderungen für alle erlebbar zu machen. Dies muss auf unterschiedlichen Ebenen geschehen, die für mich gleich wichtig sind: ob kommunalpolitisch im Stadtrat, im gemeinsamen Protest mit Bewegungen vor Ort oder durch die Arbeit in Parlamenten und Landesregierungen. Entscheidend ist dabei, ob wir es schaffen, durch unser Handeln weitere Menschen für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. In meinem Landesverband Berlin sind wir dabei auf einem guten Weg – über tausend neue Mitglieder und steigende Umfragewerte sprechen dafür.

In diesem Sinne möchte ich im Parteivorstand meine spezifischen Erfahrungen aus dem Landesverband einbringen. Uns ist es gelungen, mit der Frage »Wem gehört die Stadt?« Menschen für eine alternative Politik zu begeistern. Zum Erfolg getragen haben uns dabei nicht nur unsere engagierten Mitglieder, sondern auch die vielen stadtpolitischen Initiativen. Die in unserer Partei viel diskutierte notwendige Verbindung von urbanen und traditionellen Milieus, von Innenstadt und Außenbezirken, erleben wir auf engstem Raum. Wir dürfen sie nicht als Gegensatz behandeln, sondern ihre gemeinsamen Interessen in den Vordergrund stellen.

Um den Wahlerfolg von 2016 weiter in praktische Verbesserungen umzusetzen, brauchen wir den Austausch nicht nur mit den Bewegungen, sondern auch innerhalb der Partei. In Berlin gelingt es uns dabei, die Grenzen und Erfolge unserer Politik zwar scharf in der Sache, aber meist solidarisch im Umgang zu diskutieren. Dies wünsche ich mir auch für die Bundesebene und möchte mich im dafür Parteivorstand einsetzen.

Benjamin-Christopher Krüger

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zu meiner Person:

- Geboren 1982 in Schwerin aufgewachsen ab 1990 in Berlin-Hellersdorf
- 2002 und 2006 Studium Sozialpädagogik
- Februar 2005 Eintritt in die PDS
- 2007 bis 2008 Mitglied im BSpR der linksjugend [‘solid]
- 2006 bis 2009 Mitarbeiter bei Bodo Ramelow (MdB)
- 2009 bis 2015 Büroleiter bei Frank Tempel (MdB)
- 2015 bis 2017 Persönlicher Referent des Thüringer Staatssekretärs Malte Krückels
- Ab 2018 Referent in der Berliner Landesvertretung von Thüringen und Aufnahme eines Master-Studiums der Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Partizipation und Sozialraumorientierung.

Liebe Genoss/innen,

unsere Partei hat sich seit 2005 sehr gewandelt. Sowohl unsere Wählerinnen und Wähler als auch Mitglieder sind mehr und vor allem bunter geworden. Das ist eine tolle Entwicklung.

Wir stehen nun vor großen Herausforderungen, von denen ich zwei an dieser Stelle benennen möchte:

- Digitalisierung und Roboterisierung einzelner Bereiche des Arbeitsmarkts:

Grundlegend geht es um die Frage, ob die Automatisierung von Arbeitsprozessen als hilfreich für die Freiheit des Einzelnen und als langfristige Entkopplung von Arbeit und Lohn angesehen wird oder als Mittel des Kapitalismus zur Profitmaximierung.

- Ausbau der innerparteilichen Partizipationsprozesse:

Unsere Partei ist die Partei der Partizipation und Teilhabe. Dieses müssen wir nach innen stärker praktizieren. Der Parteivorstand sollte sich modernen Kommunikationsmöglichkeiten und neuen Veranstaltungsformaten öffnen, welche die Beteiligung der Mitgliedschaft an der programmatischen Arbeit vereinfachen und intensivieren. Der innerparteiliche Austausch und oftmals auch die Parteiarbeit werden aktuell mittels privater Unternehmen geführt, deren Unternehmenszweck vor allem den Verkauf von Nutzerdaten beinhaltet (Facebook, Google). Damit muss Schluss sein. Hier müssen wir nach ernsthaften Alternativmodellen suchen.

Für diese Themen möchte ich mich u.a. im Parteivorstand einsetzen und hoffe, dass ihr mir dafür euer Vertrauen schenkt.

Jan Marose

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

geb. 1986 in Berlin, zwei Kinder, 2010-2012 MA Vorsitzende Gesine Löttsch, 2012-2015 Strategiebereich Bundesgeschäftsstelle, 2015-2017 Referent Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn, seit Dez. 2017 MA in seinem Bundestagsbüro, Mitglied fds

Politik für die, die uns brauchen!

»DIE LINKE verliert an Zustimmung bei denen, für die sie einst gegründet wurde: den Arbeitern und Arbeitslosen.«

Jan Korte, DIE ZEIT 26.3.2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

das größte Problem unserer Zeit ist die Rechtsentwicklung. Die entscheidende politische Frage wird sein, ob die Wut und Enttäuschung über neoliberale Politik, Globalisierung und soziale Entsicherung einen Ausdruck finden kann: einen linken und solidarischen - einen anderen als jenen, den die Rechten ihr geben.

Über die Jungen, Weltoffenen, Urbanen und Gebildeten hinaus ist DIE LINKE derzeit nicht sonderlich angesagt. Wir verlieren an Zustimmung gerade bei jenen, die unsere Politik am dringendsten brauchen. Im prekären Milieu, bei den Schwächsten, darunter Arbeitslose, Alleinerziehende, Rentner und Niedriglöhner, sind wir bei der Bundestagswahl von 20 Prozent auf 14 Prozent gefallen. Die AfD ist dort von 10 Prozent auf 28 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Auch mit Blick auf den Osten. Wir müssen sie korrigieren. Ansonsten gingen wir den Weg der Grünen. Wer den Rechtsruck stoppen will, darf nicht dabei zusehen, wie sich der Zuspruch der AfD in eine Hegemonie bei denen auswächst, die am meisten unter der herrschenden Politik leiden.

Im Parteivorstand will ich mich dafür einsetzen, dass wir künftig den Schwerpunkt auf die Verlierer der Politik der letzten 20 Jahre legen. Das ist unsere Verantwortung! Und das sind nicht wenige. 40 Prozent der Bevölkerung geht es schlechter als in den 90er Jahren. Die Wiederherstellung des Sozialstaates ist unser Auftrag. Dafür sind wir da. 2021 droht eine Rechtsregierung wie in Österreich - die wir nur verhindern können, wenn wir mehr Menschen Hoffnung machen, die sozial und politisch abgeschrieben werden.

Thomas Nord

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg



Seit 2012 bin ich Mitglied des Parteivorstandes und seit 2014 Bundesschatzmeister der Partei. In den vergangenen Jahren hat sich die Partei positiv entwickelt. Das gilt auch in besonderer Weise für die finanzielle Arbeit, in der ich mich besonders engagiert habe.

Darüber hinaus habe ich mich auch als MdB, Wahlkampfleiter meines Landesverbandes und in den letzten Monaten als Kreisvorsitzender in Frankfurt (Oder) mit ganzer Kraft für eine positive Entwicklung der Partei eingesetzt. Aus familiären und gesundheitlichen Gründen muss ich in den kommenden Jahren meine Aktivitäten zurücknehmen. Ich bin daher sehr froh und dankbar, dass sich mit Jörg Schindler und Harald Wolf zwei sehr erfahrene und kompetente Genossen zu einer Kandidatur als Bundesgeschäftsführer bzw. Bundesschatzmeister bereit erklärt haben. Beide haben mein ganzes Vertrauen, meine Sympathie und Unterstützung.

Das soll keine leere Floskel sein und daher kandidiere ich als Mitglied für den Parteivorstand. Ich konnte in den vergangenen Jahrzehnten viele Kenntnisse und Erfahrungen bei der erfolgreichen Gestaltung der Arbeit in einer demokratischen Linken sammeln und in konkrete Projekte einbringen. Dies will ich gern auch in den kommenden zwei Jahren im Rahmen meiner Kräfte fortsetzen. Dabei liegt mir die organisatorische und finanzielle Weiterentwicklung einer wachsenden Partei besonders am Herzen. So braucht die Partei eine Reform der finanziellen Organisation auf Bundesebene und bei der Zusammenarbeit von Bund und Landesverbänden. Die unterschiedlichen und sich massiv verändernden Arbeitsbedingungen in Ost- und Westlandesverbänden benötigen neue bundesweite Antworten bei der Gestaltung und Finanzierung unserer Arbeit. Nötig ist z. B. eine zielgerichtete Debatte zur Beitragstabelle. Dafür braucht ein ehrenamtlicher Schatzmeister Unterstützung. Ich bitte daher bei dieser Vorstandswahl erneut um euer Vertrauen.

Olaf Michael Ostertag

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



»Dass etwas Revolutionäres in der Luft liegt, merkt man daran, dass die reaktionären Kräfte stärker werden«, sagt Richard David Precht. »Die soziale Frage ist eine weltweite Frage«, sagt Gregor Gysi. Die Herausforderung der Gegenwart ist, die soziale Sicherheit zu verbinden mit Weltoffenheit.

Weit über unsere Partei hinaus werden Konzepte erdacht, Lösungen entwickelt und dieselben Problemstellungen wahrgenommen. Dass dabei, wie Naomi Klein in »Die Schock-Strategie« beschrieben hat, interessierte Kreise Verschlimmerungen durchsetzen wollen, ist ebenso selbstverständlich wie die Möglichkeit echten zivilisatorischen Fortschritts.

Deshalb hat DIE LINKE zurzeit eine potenziell wichtigere Rolle denn je seit ihrer Gründung. Existierende Debatten brauchen einen spezifisch linken, emanzipatorischen Drall. Die Mehrheit der Bevölkerung will in Frieden, sozialer Sicherheit und Selbstbestimmung leben und ist auch bereit, dies allen Menschen auf dem Planeten zu gönnen. Unsere Aufgabe ist es, die Politik konkret zu entwickeln und vorzustellen, die dieses Ziel erreicht.

Mehr als zuvor sind heute grundlegende Änderungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise denkbar. Der Kapitalismus wird von weit mehr Menschen (und Institutionen) in Frage gestellt als zur Jahrtausendwende. Die Idee, die Wirtschaft durch Veränderung der Geldflüsse an anderen Zielen auszurichten, gewinnt an Popularität. Besteuerungssystematik kann geändert werden, die Konzepte der Gemeinwohl-Ökonomie liegen auf dem Tisch. Es gibt andere Vorschläge und Impulse, wir können an vielen andocken und sie uns erschließen.

Dabei können wir durchaus unterschiedlicher Auffassung sein, solange wir solidarisch miteinander diskutieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir neben These und Antithese dazu fähig sind, die Synthese zu entwickeln. Dafür engagiere ich mich seit meinem Eintritt in unsere Partei, dafür will ich mich im Parteivorstand engagieren.

Sebastian Rave

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bremen



Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bewerbe mich für den Parteivorstand, weil ich glaube, dass wir mehr grundsätzliche Opposition gebrauchen können: Der Kapitalismus steckt in einer Sackgasse, in die er sich selbst verrannt hat. Profitsuchendes Kapital hetzt über den Erdball, bis zum nächsten Crash riesige Spekulationsblasen aufblähend. Großmächte rasseln aufeinander. Millionen Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Konkurrenz und Profit machen den Kapitalismus unfähig, die Klimakrise zu lösen. Und sein zuverlässigster Retter, die Sozialdemokratie, liegt, als mahnendes Beispiel, im Sterben.

Der Kapitalismus ist nicht mehr zu retten. Die Frage sollte also nicht sein, wie wir ihn besser verwalten, sondern wie wir ihn überwinden können. Wir brauchen dafür offene Debatten um die Sache statt Personalisierungen; Transparenz und Partizipation einer sich einmischenden Mitgliedschaft.

Seien wir unangepasst, rebellisch und so radikal wie die Wirklichkeit: Lasst uns die täglichen Kämpfe, die wir führen, mit der Eigentums- und Systemfrage verbinden. Seien wir sichtbar und erlebbar, nicht nur alle vier Jahre im Wahlkampf und nicht nur im Fernsehen. Bauen wir aktive und einladende Basisstrukturen auf. Mischen wir uns überall ein, wenn Menschen wegen zu wenig Personal krank werden, sich die Miete nicht mehr leisten können, abgeschoben, diskriminiert oder als Sündenböcke missbraucht werden.

Für diese Aufgabe bringe ich mit:

- Sieben Jahre Erfahrung im Landesvorstand DIE LINKE Bremen als Sprecher für Antifa, Friedenspolitik und Internationales und als Direktkandidat 2017 für den Wahlkreis Bremen 1 (12,25%)
- Siege gegen die AfD in Bremen: 8 000 Menschen gegen den Bundesparteitag, Schließung eines AfD-Büros durch eine Nachbarschaftskampagne, regelmäßige Umzingelung der rassistischen »Frauenmärsche«
- Arbeit als prekär-selbstständiger Polit-Mediengestalter
- Mitgliedschaft in ver.di, AKL, SAV, BAG Antifaschismus, aktiv im Bremer Bündnis Krankenhauspersonal

Lucy Redler

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Persönliches:

- geb. 1979 in Hann Münden
- Dipl.-Sozialökonomin, 2004 Redakteurin von sozialismus.info
- 2004 Mitglied der WASG, Ende 2006/2007 Mitglied im Bundesvorstand
- seit 2016 Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE
- aktiv in DIE LINKE Berlin Neukölln und im Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus
- Mitglied: BAG Gesundheit und Soziales, Betrieb und Gewerkschaft, LiSA, ver.di, SAV, AKL-Bundessprecherin

Kontakt: lucy.redler@die-linke.de

Liebe Genoss/innen,

ich möchte meine Arbeit im Parteivorstand (PV) aus diesen Gründen fortsetzen:

- als Verantwortliche im PV für Gesundheit/Pflege, Aktivistin der Charité-Solidarität und Mitinitiatorin des Berliner Volksentscheids für Gesunde Krankenhäuser möchte ich helfen, unsere beschlossene Pflege-Kampagne erfolgreich umzusetzen,
- Ausbau der innerparteilichen Demokratie und Aufbau einer aktiven Mitgliederpartei. Gern möchte ich weiterhin über PV-Sitzungen schriftlich berichten, um die Transparenz zu verbessern,
- Partei in Bewegung und Sozialistische Klassenpolitik bedeuten für mich, dass unser wichtigster Platz in Protesten und Bewegungen ist und wir in diesen die Eigentums- und Systemfrage stellen zum Beispiel durch die Forderung nach Enteignung von Deutsche Wohnen und Vonovia,
- Klare Kante gegen Rechts, keine Aufweichung unserer migrationspolitischen Forderungen, für eine soziale Offensive für Alle. Gegen Rechts hilft nur eine starke Linke – in Abgrenzung zum Establishment, widerständig, sozialistisch und oppositionell. Koalitionen mit SPD und Grünen oder Diskussionen über Koalitionen mit der CDU können wie ein AfD-Aufbauprogramm wirken.
- Für eine Stärkung des friedenspolitischen Profils der Partei: Nein zu allen Auslandseinsätzen! Repression stoppen: Für die Aufhebung des PKK-Verbots!

Ich würde mich gern persönlich um das Amt bewerben. Da der Geburtstermin meines Babys wenige Tage vor dem Parteitag liegt, kandidiere ich in Abwesenheit und freue mich über Eure Unterstützung!

Uwe Tippelt

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg



Alter: 60
Landkreis: Oder-Spree
Tätigkeit: Kreisgeschäftsführer LOS
Familienstand: geschieden

Politischer Werdegang:

1980 - 2007	tätig auf jugendtouristischem Gebiet u.a. Leiter Schullandheim in Storkow (Mark)
ab 08.02.2008	Mitglied der Partei DIE LINKE
2014 - 2018	Leiter der AG Politische Bildung im Kreisverband Oder-Spree
seit 2014	Berufener Bürger im Ausschuss Finanzen und Tourismus der Stadt Storkow
seit Sept. 15	Ortsvorsitzender der Linken in Storkow (Mark)
seit 2016	stellv. Mitglied im Bundesausschuss
seit Feb. 2017	Kreisgeschäftsführer im KV Oder-Spree
seit März 2018	Berufener Bürger im Kreistagsausschuss des Landkreis Oder-Spree

Begründung der Kandidatur:

Mit meiner Mitgliedschaft möchte ich stärker die Interessen der Genoss/innen in den Basisorganisationen unserer Partei im Parteivorstand vertreten. Selbst tief verwurzelt in der Basisarbeit, aber auch in der Wahrnehmung von Funktionen in der Partei, möchte ich mich dafür einsetzen, dass Themen, Fragen aber auch Probleme, die die Genoss/innen in den Basisorganisationen bewegen, stärker in den Fokus der Arbeit des Bundesvorstandes gerückt werden.

Trotz einiger Skepsis unter den Genossen habe ich u.a. eine Aktivtagung zum Thema »Umgang der Partei DIE LINKE mit Angehörigen der Bundeswehr« durchgeführt.

Es gab einen regen Austausch und eine gute Basis für Dialogbereitschaft. Ich möchte in diesem Jahr eine weitere Aktivtagung zum Thema »Meinst du, die Russen wollen Krieg« organisieren. Dafür wollen wir wieder die BW und wenn es klappt den russischen Verteidigungsattachè gewinnen.

Wie ihr feststellen könnt, bin ich bereit auch schwierige Themen anzugehen und Antworten auf einige Fragen unserer Zeit zu finden.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, bitte ich um Euer Vertrauen.

Katrin Werner

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Rheinland-Pfalz



Zu meiner Person:

- geboren 1973 in Berlin
- Alleinerziehende Mutter
- Seit 2009: Mitglied des Bundestags
- Seit 2012: Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz
- Sprecherin für Familie, Senioren und bürgerschaftliches Engagement der Bundestagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich aus folgenden Gründen als Beisitzerin im Parteivorstand:

- Ich möchte zur Stärkung der Landesverbände, insbesondere der Flächenländer, beitragen. Einerseits durch eine inhaltliche und organisatorische Orientierung der Bundeskampagnen an den Gegebenheiten und Erfordernissen in den einzelnen Ländern. Andererseits durch eine bessere finanzielle Unterstützung durch die Bundespartei, um die ländlichen und kommunalen Strukturen auszubauen und zu stärken.
- Um als LINKE in gesellschaftlichen Debatten wieder eine größere Rolle zu spielen, möchte ich im PV dafür kämpfen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit stärker in unsere politische Kommunikation aufzunehmen und die Klassenorientierung sowie eine aktive Friedenspolitik nach vorne zu stellen. In Zeiten massiver gesellschaftlicher Umbrüche und Zuspitzungen von Widersprüchen ist dies dringender denn je. Denn die fortwährenden Krisen und Umwälzungen des Kapitalismus, der repräsentativen Demokratie und die zunehmenden imperialen Konflikte stellen uns vor große Herausforderungen, zu denen wir politische Alternativen anbieten müssen.
- Als Abgeordnete arbeite ich in den Themengebieten Familie, Senioren und bürgerschaftliches Engagement und bin in meinen Wahlkreis Trier und dem Landesverband Rheinland-Pfalz seit Jahren in der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung aktiv. In der letzten Legislatur habe ich als behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion gemeinsam mit Betroffenen für bessere Teilhabe gekämpft. Diese Themen möchte ich im PV stark machen und meine Erfahrungen und mein Wissen im Kampf gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck einbringen.

